



Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 73 – Dezember 2005

Die russische Außenpolitik unter Putin

Herausgegeben von
Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, D-28359 Bremen
Tel. + 49 421 218-3687, Fax + 49 421 218-3269
<http://www.forschungsstelle-osteuropa.de>

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 73: Heiko Pleines / Hans-Henning Schröder (Hg.):
Russische Außenpolitik unter Putin

Dezember 2005

ISSN: 1616-7384

Alle hier abgedruckten Beiträge stammen aus den „Russlandanalysen“, die von der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde mit finanzieller Unterstützung der Otto-Wolff-Stiftung herausgegeben werden. Die Analysen werden auf Anforderung (an fsopr@uni-bremen.de) unentgeltlich per Email als pdf-Datei versandt. Sie sind außerdem im Internet unter www.russlandanalysen.de archiviert.

Wir möchten der Otto-Wolff-Stiftung herzlich für die finanzielle Unterstützung danken, ohne die die Russlandanalysen nicht möglich wären.

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa

Publikationsreferat

Klagenfurter Str. 3

D-28359 Bremen

Tel.: +49 421 218-3687

Fax: +49 421 218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

internet: <http://www.forschungsstelle-osteuropa.de>

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
I. Überblick	
1. Russische Außenpolitik	8
<i>Hans-Henning Schröder</i>	
Russland als Partner? Ressourcen und Optionen russischer Außenpolitik	8
<i>Sabine Fischer</i>	
Russische Außenpolitik: Neue Akzente, bleibende Ambivalenzen. Blick aus dem Jahr 2003	11
<i>Dmitri Trenin</i>	
Der Westen und Russland: Das verlorene Paradigma.....	16
<i>Hans-Henning Schröder</i>	
Russische Außenpolitik 2005–2006. Chronik	21
2. Russische Militärpolitik.....	31
<i>Dale Herspring</i>	
Putin auf dem Weg zur Militärreform	31
3. Russland in der deutschen Außenpolitik.....	39
<i>Jens Siegert</i>	
Der Freund des Kanzlers – zur deutschen Russlandpolitik	39
...ohne Osteuropa. Zu Joschka Fischers außenpolitischem Design	42
<i>Iris Kempe</i>	
Rekonstruktion des Westens als gesamteuropäische Aufgabe	42
<i>Sabine Fischer</i>	
„Kleineuropäische Vorstellungen greifen nicht mehr?“	43
<i>Heinz Timmermann</i>	
Strategische Neuakzentuierungen gegenüber Russland	44
<i>Olaf Hillenbrand</i>	
Eine handlungsfähige Europäische Union ist ohne Alternative. Rekonstruktion des Westens statt Gravitationsraum Europa?	45
<i>Andrei Zagorski</i>	
Ist eine Rekonstruktion des Westens ohne Russland unmöglich?	47
Umfrage: Das heutige Deutschland und die Vergangenheit aus russischer Sicht	49
4. Russland und die Welt im Spiegel der russischen öffentlichen Meinung.....	55
Umfrage: Russland und die G 8.....	55
II. Russische Außenpolitik gegenüber strategischen Regionen	
1. EU/USA	58
<i>Daniela Mussnig</i>	
Russland und die OSZE: Gespannte Beziehungen.....	58
<i>Heinz Timmermann</i>	
Der Moskauer EU-Russland-Gipfel 2005 –Hintergründe, Ergebnisse, Perspektiven.....	61

<i>Roland Götz</i>	
Russland und die Energieversorgung Europas	70
<i>Heiko Pleines</i>	
Russland auf dem Weg in die WTO	75
<i>Heiko Pleines</i>	
Russische Unternehmen und die neuen EU-Mitgliedsländer	76
<i>Heinrich Vogel</i>	
Gipfeltreffen Bush-Putin 2005	84
<i>Sabine Fischer</i>	
Russland und die Wahlen in der Ukraine, Belarus und den USA	86
2. GUS	96
<i>Christoph Saurenbach</i>	
Russische Einflussnahme bei den ukrainischen Präsidentenwahlen	96
<i>Margarita M. Balmaceda</i>	
Russische Unternehmer und die neue Ukraine	98
<i>Jeronim Perović</i>	
Zwischen Markt und Macht.	
Russlands Wirtschaftsexpansion in den Südkaukasus und nach Zentralasien	102
<i>Erik R. Scott</i>	
Die russisch-georgischen Beziehungen bleiben schwierig	117
<i>Margarete Wiest</i>	
Russland im Nahen Osten	122
Umfrage: Russland und das Iran-Problem.	
Die Wahrnehmung der russischen Öffentlichkeit	130
III. Die Wertedebatte zwischen Russland und dem Westen	
<i>Diana Schmidt</i>	
Eine Wertelücke zwischen Russland und dem Westen?	
Vorläufige Anmerkungen zu einem schwierigen Diskurs	134
Offener Brief an die Staatsoberhäupter und Regierungschefs	
der Europäischen Union und der NATO vom 28. September 2004	148
<i>Heinrich Vogel</i>	
Anmerkungen zum „Offenen Brief an die Staatsoberhäupter	
und Regierungschefs der Europäischen Union und der NATO“	
vom 28. September 2004	150
<i>Andreas Langenohl</i>	
Putins Sicherheitspolitik und Russlands Intellektuelle	152
Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren.....	156
Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa	158
E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa	160

Vorwort

Russlands Außenpolitik ist im Wandel. Fünfzehn Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion hat das Land im System der internationalen Beziehungen immer noch keinen festen Platz gefunden. Nach 1992 erwarteten die russischen außen- und sicherheitspolitischen Eliten, daß auch das neue Russland mit seinem von der UdSSR ererbten nuklearstrategischen Potential und dem Sitz im UN-Sicherheitsrat eine führende Rolle in der Welt spielen würde. Doch die ökonomische, technologische und militärische Schwäche Russlands ließ es kaum als glaubhaften und handlungsfähigen Partner erscheinen. Weder die Annäherung an den Westen unter dem ersten Außenminister Andrej Kozyrev noch die noch die Idee eines eigenständigen russischen Weges, die später herausgestellt wurde, verschafften Russland außenpolitisch nennenswertes Gewicht.

Erst der wirtschaftliche Aufschwung – im Gefolge steigender Energiepreise – und die Konsolidierung staatlicher Macht in der Amtszeit von Präsident Wladimir Putin schufen nach 1999 für Russland bessere Voraussetzungen, international selbstbewusst aufzutreten. Doch auch in den Putin-Jahren vollzog die Außenpolitik mehrmals Schwenkungen: ging sie nach den Terroranschlägen des 9. September auf den Westen zu, so versuchte sie im Kontext des Irakkriegs europäische Irritationen über das Verhalten der Bush-Administration in eine festere Verbindung zwischen Frankreich, Deutschland und Russland umzumünzen, um 2004-2005 in Reaktion auf die ‚farbigen Revolutionen‘ in Georgien und der Ukraine auf Distanz zum ‚Westen‘ zu gehen.

Das vorliegende Arbeitspapier befaßt sich mit der Entwicklung russischer Außenpolitik seit 2003. Im ersten Teil versuchen mehrere Autoren aus ihrer spezifischen Sicht die Entwicklung außen- und sicherheitspolitischer Konzepte in Rußland wiederzugeben. Der zweite Block widmet sich dann einzelnen Aspekten russischer Außenpolitik, den Beziehungen zu den USA, zur EU und zum Nahen Osten. Der letzte Abschnitt schließlich thematisiert den Wertediskurs, der seit 2004 im europäisch-russischen Dialog zunehmen an Bedeutung gewinnt.

Alle hier abgedruckten Beiträge wurden für die „Russlandanalysen“ erstellt, einem wöchentlichen Informationsdienst, den die Forschungsstelle Osteuropa und die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde mit finanzieller Unterstützung der Otto-Wolff-Stiftung herausgeben. Die Analysen werden auf Anfrage (fsopr@uni-bremen.de) unentgeltlich per Email als pdf-Datei versandt. Sie sind zudem im Internet unter www.russlandanalysen.de zugänglich.

Der Otto-Wolff-Stiftung, ohne deren finanzielle Unterstützung die Russlandanalysen nicht möglich wären, möchten wir in diesem Zusammenhang noch einmal herzlich danken.

Heiko Pleines & Henning Schröder

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

I. Überblick

1. Russische Außenpolitik

Hans-Henning Schröder

Russland als Partner?

Ressourcen und Optionen russischer Außenpolitik

„Nachbar“ Russland

Nach der Erweiterung der Europäischen Union ist Russland ein „Nachbar“. Nachbar, in der vertrauten Bedeutung des Wortes, weil russisches Territorium nun unmittelbar an das etlicher EU-Mitglieder grenzt. „Nachbar“ auch in der sublimen Ausdrucksweise der EU-Bürokratie, die den als „Nachbarn“ ausgrenzt, der keine Aussicht hat, in absehbarer Zeit Mitglied der Union zu werden. Die „Russländische Föderation“ wird also auf lange Sicht außen- und sicherheitspolitisch Partner der Europäischen Union sein. Insofern ist naturgemäß die Frage danach von Interesse, wie das neue Russland seine Rolle in der internationalen Politik versteht.

Diese Frage kann nicht aus der Perspektive von Brüssel, Berlin, Paris oder Riga beantwortet werden. Es gilt, sich die Möglichkeiten und Begrenzungen für russisches außenpolitisches Handeln zu vergegenwärtigen. Realien wie geographische Lage und verfügbare Ressourcen sind dabei ebenso von Bedeutung wie deren Perzeptionen in Russland selbst und die Kräfteverhältnisse in der russischen Innenpolitik, die der einen oder anderen Interpretation der eigenen Rolle das Übergewicht verleihen. Der vorliegende Text beschränkt sich daher darauf, die Rahmenbedingungen russischer Außenpolitik und die sich daraus ergebenden Handlungsoptionen zu betrachten.

Die geopolitische und geostrategische Lage

Russland ist der größte Flächenstaat der Welt und bedeckt ein Territorium, das 47mal so groß ist wie das der Bundesrepublik Deutschland. Wirft man einen Blick auf die Karte, so wird rasch deutlich, dass der russische Staat allein aufgrund seiner Lage und der Länge seiner Grenzen mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert ist:

- im Norden – über den Pol hinweg – ist Russland Nachbar der USA. Die USA und Russlands Vorgängerstaat UdSSR haben eine schwierige nuklearstrategische Partnerschaft gepflegt, in die Russland als Nachfolger eingetreten ist. Das lange aufrechterhaltene strategische Gleichgewicht ist heute durch Russlands wirtschaftliche Schwäche nicht mehr gegeben.
- im Westen grenzt Russland an einen durch die EU organisierten Wirtschaftsraum, der in der NATO auch eine militärische Struktur hat. Insbesondere das ökonomische Potential ist dem Russlands weit überlegen.
- China, Japan und die beiden Koreas sind Russlands Nachbarn im Osten. Vor allem China und Japan sind Staaten, die Russland auf lange Sicht demographisch, technologisch und wirtschaftlich marginalisieren.
- im Süden Russlands ist die Situation unklar und schwierig. Im „Krisenbogen“ vom Kaukasus bis Zentralasien ist eine Vielzahl interethnischer, politischer und religiöser Konflikte virulent. Einer davon (Tschetschenien) wird gegenwärtig offen gewaltsam ausgetragen, weitere Kriege sind in den nächsten Jahren denkbar.

Russland im internationalen Umfeld

Der kurze Rundblick verdeutlicht, dass Russland aufgrund seiner geographischen Lage dazu verurteilt ist, aktiv internationale Politik zu treiben. Und weil Russland sich in vielen Regionen engagieren muss, ist es in vielen regionalen Zusammenhängen ein möglicher Partner. Die Nähe zu den Krisenregionen ist gewiss eine große Belastung, doch sie kann auch zu einer politischen Ressource werden – wenn sie als solche genutzt wird.

Ressourcen

Geht man davon aus, dass Russland internationale Politik treiben muss, dann stellt sich naturgemäß die Frage, ob es über die Ressourcen verfügt, dies erfolgreich zu tun. Dies ist nicht ohne weiteres zu bejahen:

- Demographisch verfügt Russland über beträchtliche Ressourcen. Es liegt – was die Bevölkerungszahl angeht – 2004 international an siebter Stelle, allerdings weit hinter China, Indien und Indonesien, hinter den USA, dem Euro-Währungsraum und nur knapp vor Japan. Die Bevölkerungszahlen Frankreichs und Deutschlands zusammengenommen entsprechen in etwa der Russlands. Die ungünstige demographische Entwicklung deutet nicht darauf hin, dass sich an diesen Größenverhältnissen in Zukunft etwas zugunsten Russlands ändern wird.
- Wirtschaftlich stellt sich Russlands Lage in der Welt trotz des beachtlichen Wachstums der letzten Jahre nicht sonderlich eindrucksvoll dar. Im Vergleich mit Industrieländern wie Japan, Frankreich, Italien, Deutschland oder Großbritannien ist die Wirtschaftsleistung unbeachtlich. Russland steht etwa auf dem Niveau Belgiens, der Niederlande bzw. – nimmt man Flächenstaaten – Mexikos und Brasiliens. Nimmt man die Wirtschaftsleistung pro Kopf, so liegt Russland weit hinter Polen, Mexiko oder Brasilien.
- Technologisch hatte die Sowjetunion seinerzeit international im Bereich rüstungsrelevanter Technologien mithalten können, hatte allerdings Ende der siebziger Jahre bei den neuen Schlüsseltechnologien den Anschluss verloren. In Russland hat sich die Situation nach 1991 weiter verschlechtert. Die Krise der Staatsfinanzen hat die Bildungs- und Wissenschaftslandschaft schwer beschädigt.
- Militärisch ist Russland nur im nuklearen Bereich ein Faktor. Die konventionellen Streitkräfte sind schlecht bezahlt, schlecht ausgerüstet und nur zum Teil einsatzfähig. Die Militärreform will dies beheben. Die Führung strebt die Fähigkeit an, in mehreren Regionen gleichzeitig einen lokalen Konflikt erfolgreich führen zu können. Dazu bedarf es moderner Waffen- und Kommunikationssysteme und qualifizierten, motivierten Personals. An diesem allen jedoch fehlt es.
- Die politischen Ressourcen sind nicht sonderlich eindrucksvoll. Immerhin verleiht das nuklearstrategische Potential Russland politisch einen Sonderstatus. Auch der Sitz im UN-Sicherheitsrat gibt Russland ein gewisses internationales Gewicht. Allerdings haben die Fälle Kosovo und Irak gezeigt, dass die Einwirkungsmöglichkeiten begrenzt sind. Negativ schlägt zu Buche, dass Russland seit 1989/91 international isoliert, nicht Mitglied einer Mächtegruppierung ist. Historisch ist das ein Novum – seit seinem Eintritt in die europäische Politik im 17. Jahrhundert war Russland meist in Allianzen eingebunden. Die außenpolitische Isolation ist historisch ein Ausnahmefall, eine Schwäche der russischen außenpolitischen Position.

Aus den geopolitisch bedingten Problemen einerseits und der politischen und wirtschaftlichen Schwäche andererseits ergibt sich das Grunddilemma russischer Außenpolitik: Russland ist dazu verurteilt, Weltpolitik zu machen, es fehlen ihm aber die Ressourcen, dies erfolgreich zu tun. In seiner Botschaft an die Föderalversammlung hat Putin im Mai 2003 ganz richtig festgestellt: „Ein Land wie Russland kann in den gegebenen Grenzen nur dann leben und sich entwickeln, wenn es eine starke Macht ist.“ Als „starke Macht“ kann man Russland gegenwärtig aber gewiss nicht ansprechen. Entscheidungen im internationalen Raum werden auf absehbare Zeit ohne sein Zutun gefällt. Russland muss auf politische Lösungen setzen und Kompromisse eingehen, es muss sich insbesondere nach Allianzpartnern umsehen.

Optionen

Prüft man die Optionen, die die russische Außenpolitik hat, dann wird deutlich, dass Russland viele potentielle Partner hat und dass es unklug wäre, nur auf einen Partner zu setzen:

- Die USA sind das traditionelle Gegenüber und der alte Gegensatz wirkt im Bewusstsein der russischen Eliten durchaus noch fort. Dazu kommt in den letzten Jahren die Sorge, die USA könnten sich in der eigenen Interessensphäre (Südkaucasus, Zentralasien) festsetzen. Für

Konfrontation ist Russland zu schwach, daher ist allein der Versuch, die USA in ein kooperatives Konzept einbinden, eine realistische Option. Als solches Konzept bot sich spätestens nach dem 11. September 2001 der Kampf gegen den „internationalen Terrorismus“ an. Putins rasche Wendung zu den USA nach dem New Yorker Attentat erklärt sich aus dieser Lageeinschätzung. Dass diese Haltung von amerikanischer Seite nicht honoriert wurde, ist ein Problem Putinscher Außenpolitik. Trotzdem begreifen die russischen Eliten die USA als starke Macht und als einzigen sicherheitspolitisch relevanten Partner.

- Die Beziehungen zu Japan sind aufgrund des Kurilenkonfliktes nur allmählich zu verbessern. Mit China kann Russland bei latenter Konkurrenz eine strategische Partnerschaft pflegen (Rüstungsgeschäfte) und in Zentralasien kooperieren (Terrorismusbekämpfung).
- Europa ist Russlands wichtigster wirtschaftlicher Partner, mit dem man die Zusammenarbeit ausbauen und vertiefen will. Europa seinerseits deckt seinen Energiebedarf zu einem beträchtlichen Teil aus und über Russland. Insofern besteht ein erhebliches beiderseitiges Interesse an der Zusammenarbeit. Doch auf absehbare Zeit ist die Europäische Union kein relevanter sicherheitspolitischer Partner.
- An der Südgrenze sucht Russland seine Position durch Ausbau der Zusammenarbeit mit Staaten der Region zu stabilisieren (Shanghai-6, Stationierung von Grenztruppen, militärische Präsenz in Tadschikistan). Der Ausbau der Beziehungen zum Iran gehört in diesen Kontext. Ziel ist die Minimierung der Zahl unkontrollierbarer Konflikte und die Annäherung an mögliche Partner, mit denen man im Konfliktfall kooperieren kann.

Dilemmata

Russland ist und bleibt ein wichtiger Akteur in der internationalen Politik, ein Akteur, der trotz seiner ökonomischen Kraftlosigkeit auch als Großmacht wahrgenommen werden will. Russland ist dazu verdammt, im internationalen Rahmen aktiv Politik zu betreiben, doch es fehlen ihm die Ressourcen, dies erfolgreich zu tun. In dieser Situation ist Putins Politik notwendigerweise ein System von Aushilfen, mit dem die Position Russlands in wechselnden Konstellationen gesichert werden soll. Allein auf sich gestellt ist Russland nicht in der Lage, Entscheidungen in der Substanz zu beeinflussen. Insofern ist es auf Partner angewiesen. Europa – die EU – kann diese Rolle im wirtschaftlichen Bereich übernehmen, ist allerdings sicherheitspolitisch kein ernstzunehmender Akteur. Die USA bietet sich als Sicherheitspartner an. Das unberechenbare und wenig kluge Verhalten der Bush-Administration macht es Russland jedoch unmöglich, sich auf die USA festzulegen. Insofern wird es eine rationale russische Außenpolitik vermeiden, den einen oder anderen Partner auszuschließen, vielmehr wird sie parallel die Beziehungen zu den USA, Europa, China und zu den regionalen Großmächten im nahen und mittleren Osten auszubauen suchen. Konstant bleibt die Verfolgung nationaler Interessen, bei der es darum geht, die russischen Außenwirtschaftsinteressen politisch zu flankieren, die internationale Isolierung zu überwinden und sich als Partner für starke Allianzen darzustellen, mit dem Ziel, in möglichen künftigen Konflikten nicht allein dazustehen. Schließlich sucht die russische Führung auch nach Rückendeckung für ihren Krieg in Tschetschenien.

Wie europäische Politik mit einem Russland umgeht, das ökonomisch in den EU-Raum hineinwächst, politisch aber auch auf vielfältige andere Herausforderungen reagieren muss, darüber muss die Gemeinschaft nachdenken, wenn sie die „neue Nachbarschaft“ zu Russland in der Perspektive entwickeln will.

Russische Außenpolitik: Neue Akzente, bleibende Ambivalenzen. Blick aus dem Jahr 2003

Als das Amt des Präsidenten der Russischen Föderation im Jahre 2000 offiziell von Boris Jelzin auf Wladimir Putin überging, gaben die Außenbeziehungen ein äußerst ambivalentes Bild ab. Die politischen und sicherheitspolitischen Beziehungen zu den westeuropäischen Staaten und den USA waren vor allem im Verlauf des Krieges der NATO im Kosovo 1999 merklich abgekühlt. Zwischen den USA und Russland schien die nach 1989/91 gewonnene Freundschaft in Frage zu stehen. Die Beziehungen zwischen Russland und der NATO waren offiziell noch immer unterbrochen. Gleichzeitig hatte die EU trotz dieser Probleme zu keinem Zeitpunkt aufgehört, Russlands wichtigster Handelspartner zu sein. Die Beziehungen Russlands zu den übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken waren auch Ende der 1990er Jahre von wechselseitigen Abhängigkeiten geprägt. Russische Versuche jedoch, die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in einen neu-alten Integrationszusammenhang unter russischer Hegemonie zu bringen, schienen zum Scheitern verurteilt. Russisch dominierte internationale Organisationen auf post-sowjetischem Gebiet, wie beispielsweise die GUS, schienen eher der geordneten Auflösung alter Strukturen zu dienen.

Wladimir Putin wurde im Westen zunächst mit Argwohn betrachtet. Was konnte man von einem ehemaligen KGB-Offizier anderes erwarten als eine noch stärkere Hinwendung zu einer nationalistischen, auf internationale Gegenmachtbildung und Hegemonie im post-sowjetischen Raum ausgerichteten russische Außenpolitik? Die Tatsache, dass er für den zweiten Tschetschenienkrieg verantwortlich war und ihn für die Wahlkämpfe 1999/2000 instrumentalisierte, schien diese Vermutungen zu untermauern. Vieles kam jedoch anders, als die Debatten des Jahres 2000 es erwarten ließen.

Putin setzte sehr schnell außenpolitische Akzente. Seine selbstbewusste Erscheinung bildete einen scharfen Kontrast zu den oft peinlichen Auftritten seines Vorgängers Jelzin. Von Beginn an betonte er Russlands angestammtes Recht, die Position einer Großmacht in den internationalen Beziehungen zu beanspruchen und übte Kritik an den unipolaren Tendenzen der amerikanischen Außenpolitik. Putin verwahrte sich entschlossen gegen westliche Kritik am Tschetschenienkrieg, den er als innere Angelegenheit Russlands apostrophierte. Gleichzeitig setzte er jedoch auch von Beginn an deutliche Signale der Kooperationsbereitschaft. Die Beziehungen zu den westeuropäischen NATO-Staaten und zur NATO selbst wurden rasch intensiviert. Putin entfaltete zahlreiche diplomatische Aktivitäten, in denen die westliche Staatenwelt den zentralen Raum einnahm. Die Annäherung an den Westen gipfelte in der demonstrativen Solidarisierung Russlands mit den USA nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001. Russland wurde zum Teil der von den USA angeführten, westlich dominierten „Allianz gegen den Terror“.

Veränderte innenpolitische Determinanten der russischen Außenpolitik

Während der beiden Amtsperioden Boris Jelzins herrschte nicht nur im Ausland sondern auch in Russland selbst Unklarheit über die außenpolitische Orientierung des neu entstandenen Staates. „Liberale“ politische Akteure traten für die vollständige Demokratisierung und Liberalisierung von Politik und Wirtschaft nach westlichem Modell sowie für die schnellstmögliche Integration in die westliche Staatengemeinschaft und die Weltwirtschaft ein. „Zentristische“ bzw. „realistische“ Positionen schlossen Demokratisierung, Marktwirtschaft sowie kooperative Beziehungen zu den westlichen Industrienationen nicht aus, verknüpften sie jedoch mit der Bedingung, dass Russland als Großmacht in einer multipolaren Welt anerkannt werden müsse. Eine schillernde Koalition roter und brauner Nationalisten schließlich erging sich in Forderungen nach internationaler Isolation und Abschottung gegen schädliche Einflüsse von außen bei gleichzeitiger imperialer Reintegration des post-sowjetischen Territoriums unter russischer Hegemonie. Verwoben

mit diesen Diskursen über die (außenpolitische) Identität des post-sowjetischen Russland waren die Auseinandersetzungen zwischen wirtschaftlichen Interessengruppen, die unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich der Öffnung bzw. Isolation Russlands nach außen vertraten.

Bis Ende der 1990er Jahre standen sich die genannten Positionen weitgehend unversöhnlich gegenüber und waren in formalen und informellen Strukturen und Institutionen präsent, die ihnen unterschiedlich großen Einfluss auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess gewährten: Nationalisten und Kommunisten artikulierten sich – neben traditionell konservativen Strukturen wie den Militärs oder dem Verteidigungsministerium – vor allem über die Duma, eine bereits verfassungsrechtlich und erst recht im praktischen politischen Prozess der 1990er Jahre ausgesprochen schwache Institution. Realistische bzw. zentristische Positionen fanden breites Echo in zentralen Institutionen des außenpolitischen Entscheidungsprozesses (Außenministerium, Verteidigungsministerium, Präsidialadministration etc.). Liberale Ideen schließlich wurden in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zwar in der außenpolitischen Debatte marginalisiert, gleichzeitig hatten viele ihrer Vertreter über informelle Beraterkreise direkten Zugang zu Präsident Jelzin, was ihnen einen vergleichsweise großen Einfluss gewährleistete. Diese Konstellation änderte sich nach 2000 in zweifacher Weise.

Lernprozesse und durch sie bedingte Annäherungen zwischen einzelnen Positionen im außenpolitischen Diskurs führten zu Interessenkoalitionen. Dies betraf vor allem die hier als realistisch bezeichneten Vorstellungen. Ihre Vertreter erkannten wirtschaftliche Globalisierungsprozesse, die ihnen Anfang der 1990er Jahre noch als westliche bzw. amerikanische globale Herrschaftsstrategie gegolten hatte, zunehmend als „objektive“ Rahmenbedingungen russischer wirtschaftlicher und politischer Entwicklung an. Durch diesen Perspektivenwechsel verschob sich auch ihr Großmachtbegriff weg von rein militär-politischen Aspekten hin zu der Vorstellung, Russland müsse als internationale Wirtschaftsmacht sein Eigengewicht in der Weltwirtschaft geltend machen und bestimmend auf globale Wirtschaftsprozesse und -flüsse wirken.

Die Außenpolitik des neuen Präsidenten setzte genau bei dieser Verschmelzung ursprünglich liberaler und realistischer Ideen an und verfolgt die daraus sich ergebenden Strategieoptionen mit Abwandlungen bis heute. Damit deckte sie von Beginn an eine sehr viel breitere – wenn auch bei weitem nicht das vollständige – Spektrum der in den außenpolitischen Diskursen artikulierten Vorstellungen ab und ruhte so auf einer deutlich stabileren Basis als die Jelzinsche Außenpolitik. Darüber hinaus führten der *rallying around the flag*-Effekt des zweiten Tschetschenienkriegs, der überwältigende Wahlerfolg Putins und der von ihm unterstützten Parteien in den Wahlen 1999/2000, die in den folgenden Jahren gleichbleibend hohe Unterstützung des Präsidenten in der Bevölkerung und schließlich der zunehmend repressive Umgang der neuen Administration mit kritischen Medien und politischen Akteuren zur teilweisen Marginalisierung oppositioneller Stimmen auch in der Außenpolitik.

Die Veränderungen unter Putin sind häufig mit den Schlagwörtern „Pragmatismus“ und „Ökonomisierung“ charakterisiert worden. Ihre Auswirkungen lassen sich in alle Bereiche der russischen Außenpolitik hinein verfolgen.

Russland und die Allianz gegen den Terror

Der sogenannte „Westswenk“, die sofortige und weitgehende Solidarisierung des russischen Präsidenten mit den USA nach den Terroranschlägen des 11. September 2001, kam für viele westliche Beobachter überraschend. Am naheliegendsten schien noch die Erklärung, dass die russische Regierung sich internationale Legitimität für ihren Krieg in Tschetschenien schaffen wollte, indem sie ihn im Rahmen des internationalen Kampfes gegen den Terror interpretierte. Der Swenk basierte jedoch auch auf einer Akzentverschiebung, die von Beginn an die Putinsche Außenpolitik prägte. Putin betonte von Beginn an die Bedeutung, die die westlichen Industrienationen als Partner für die wirtschaftliche Entwicklung Russlands haben sollten. Dem entsprachen die rasch reaktivierten Beziehungen zu westlichen Regierungen eine aktive Politik im Rahmen der G7/G8 sowie die Forcierung der Beitrittsverhandlungen zur WTO.

Diese Prioritätensetzung – und vor allem ihre stärkere Absicherung durch Putins innenpolitische Machtposition – machte sich in der Folge deutlich bemerkbar. Russland akzeptierte die Stationierung amerikanischer Truppen in Zentralasien, einer Region, die zum selbstdefinierten traditionellen Einflussgebiet der russischen Großmacht gehört. Ein solcher Schritt wäre Ende der 1990er Jahre noch völlig undenkbar erschienen. Den Krieg der Allianz in Afghanistan konnte die russische Regierung auch deshalb unterstützen, weil das Taliban-Regime die gesamte zentralasiatische Region destabilisierte. Insgesamt duldet Russland damit die offensichtliche Ausweitung westlichen, vor allem amerikanischen Einflusses in seiner unmittelbaren Umgebung.

Gleichzeitig wurde aber auch relativ früh zweierlei deutlich: Zum einen hatte die Neuordnung und Neudefinition russischer Interessen und Präferenzen sichtbare Grenzen. Die amerikanischen Bestrebungen, nach dem Sieg in Afghanistan auch den Irak anzugreifen, stießen von Beginn an auf heftige russische Kritik. Der Irak unter Saddam Hussein war nicht nur ein Verbündeter der Sowjetunion in den Zeiten der Blockkonfrontation gewesen sondern auch ein wichtiger Handelspartner in der Region und Russland hatte auch in den 1990er Jahren immer an den wirtschaftlichen Beziehungen zu dem als „Schurkenstaat“ geächteten Land festgehalten. Zum zweiten stellte sich bald heraus, dass die Putinsche Außenpolitik trotz des großen innenpolitischen Rückhalts des Präsidenten, in strittigen Fragen nicht unwidersprochen blieb. Dies machte sich bereits in den ersten Monaten nach dem 11. September 2001 bemerkbar. Offensichtlich wurden neuerliche innenpolitische Auseinandersetzungen über die Außenpolitik dann jedoch im Zusammenhang mit der Debatte über eine Resolution des UN-Sicherheitsrates zum Irak-Krieg, die in Russland heftige Kritik am Westkurs des Präsidenten hervorrief. Erstmals seit Putins Amtsantritt kam es nun wieder zu widersprüchlichen Äußerungen unterschiedlicher Regierungsinstitutionen auf offizieller Ebene, ein Phänomen, das die internationale Öffentlichkeit in den 1990er Jahren regelmäßig irritiert hatte.

Die Auseinandersetzung über den Irak-Krieg relativierte einige Verschiebungen, die sich nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen abzuzeichnen begonnen hatten. Die neue russisch-amerikanische „strategische Freundschaft“ erwies sich an einigen Stellen als brüchig (wenn auch, wie sich jetzt herausstellt, nicht als so brüchig, wie viele glauben wollten). Nachdem in den europäischen Hauptstädten bereits der Eindruck entstanden war, die russische Außenpolitik habe sich von Europa weg auf die USA orientiert, setzte Putin mit der russisch-deutsch-französischen Allianz gegen den Irak-Krieg plötzlich wieder auf ein Mittel der Gegenmachtbildung, das bereits Präsident Jelzin in den 1990er Jahren – erfolglos – zu instrumentalisieren versucht hatte. Insgesamt zeigt die russische Politik im Zusammenhang mit der Allianz gegen den Terror, dass

- der Konzessionsbereitschaft vor allem gegenüber den USA auch jetzt noch Grenzen gesetzt sind;
- bei der Suche nach Bündnispartnern pragmatisch vorgegangen wird, dabei die grundsätzliche Priorität guter Beziehungen zu den westlichen Industrienationen jedoch nicht in Frage steht;
- die innenpolitischen Auseinandersetzungen zwar noch existieren, jedoch deutlich schwächer geworden sind und Gegner des außenpolitischen Kurses der Exekutive weniger Möglichkeiten haben, in den außenpolitischen Entscheidungsprozesse einzugreifen.

Russland und Europa

Die Europäische Union – und in ihr die Bundesrepublik Deutschland – ist in den 1990er Jahren rasch zum wichtigsten und größten Handelspartner der Russischen Föderation aufgestiegen. An der prioritären Ausrichtung der russischen Außenwirtschaftspolitik auf Europa hat sich unter Präsident Putin nichts geändert. Die Ost-Erweiterung der EU barg in den Augen der außenpolitischen Elite keinen vergleichbaren politischen Sprengstoff wie die NATO-Osterweiterung – auch das Problem der zukünftigen Enklaven-Existenz der russischen Region Kaliningrad konnte durch eine entsprechende Visa- und Transferregelung relativ ruhig gelöst werden. Insofern lässt

sich hinsichtlich der Beziehungen zur EU eine gewisse Kontinuität der Putinschen Politik mit den 1990er Jahren feststellen.

Dennoch gibt es auch hier Veränderungen: Während in den 1990er Jahren immer wieder von verschiedenen russischen Akteuren angeregt oder gar gefordert wurde, Russland müsse oder solle mittelfristig in die EU aufgenommen werden, so ist dieser Gedanke aus der russischen Politik ebenso wie aus den sie anleitenden Strategiepapieren verschwunden. Die offizielle russische Position beschränkt sich auf die Feststellung, dass die EU als wichtigster Handels- und Kooperationspartner in den Außenbeziehungen der Russischen Föderation eine zentrale Position einnimmt. In strittigen Fragen, wie z.B. dem von europäischer Seite (wenn auch immer schwächer) kritisierten Krieg Russlands in Tschetschenien, verweist die russische Regierung ebenso knapp und deutlich darauf, dass dies eine interne Angelegenheit des russischen Staates sei, in die sich kein externer Akteur einzumischen habe. Gleichzeitig scheint Russland die EU zunehmend nicht nur als wirtschaftlichen, sondern auch als politischen und sicherheitspolitischen Akteur auf der internationalen Bühne wahrzunehmen.

Die Beziehungen Russlands zur NATO haben sich seit der schweren Krise im Zusammenhang mit dem Krieg des Militärbündnisses im Kosovo deutlich entspannt. Auch hier machte sich die klarere Prioritätensetzung der Administration Putin bald bemerkbar. Im Zuge der gemeinsamen Allianz gegen den Terror und vor dem Hintergrund der zweiten Erweiterungsrunde des Bündnisses begründeten Russland und die NATO beim NATO-Gipfel in Rom im Mai 2002 den Rat der 20, in dem Russland erstmals gleichberechtigt mit den 19 NATO-Staaten über sicherheitspolitische Fragen diskutiert und bestimmt. Die russische Kritik ist zwar nicht vollständig verstummt, gegen die fortschreitende Erweiterung der NATO gab es von russischer Seite aber kaum mehr nennenswerten Widerstand.

Russland und die GUS

Ebenso wie im Falle der Allianz gegen den Terror spiegeln sich auch in der russischen Politik gegenüber den übrigen GUS-Staaten die Veränderungen der russischen Außenpolitik ebenso wie ihre Grenzen. Sowohl die „Ökonomisierung“ als auch das Festhalten an traditioneller Großmachtpolitik prägen – manchmal direkt nebeneinander – die russische Politik in der Region.

Die „Ökonomisierung“ macht sich dort bemerkbar, wo Russland sich aus Positionen zurückzieht, die in den vergangenen Jahren eingenommen wurden, um den eigenen Status der Groß- und Hegemonialmacht auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion aufrecht zu erhalten. So hat die russische Seite den Entstehungsprozess der Union Russland-Belarus in den vergangenen Jahren immer wieder verzögert. Die ist als deutliches Zeichen für das schwindende russische Interesse an einer Union mit dem von dem autoritären und unkalkulierbaren Aleksandr Lukaschenko beherrschten Belarus zu werten. In der Zwischenzeit hat dies zu gegenseitigen Verstimmungen geführt, so dass die Zukunft des Unionsprojekts immer ungewisser wird.

Auch in den Beziehungen zu Armenien und Aserbaidschan lassen sich leichte Akzentverschiebungen beobachten. In den 1990er Jahren unterstützte Russland im Nagorno-Karabach-Konflikt meist die armenische Seite und setzte auf diese Weise das aus dem russischen Einflussbereich herausstrebende Aserbaidschan unter Druck. In den vergangenen Jahren gab es jedoch immer wieder vorsichtige Signale in Richtung einer Verbesserung der Beziehungen zu Aserbaidschan, das als Anrainerstaat des ressourcenreichen Kaspischen Meeres und wichtiges Transportterritorium zum Tummelplatz für ausländische Energiekonzerne geworden ist.

In den Beziehungen zu dem sich ebenfalls nach Westen orientierenden Georgien hingegen tritt die traditionelle russische Großmachtpolitik deutlicher zu Tage. Dies hat vor allem mit dem Übergreifen des Tschetschenienkrieges auf georgisches Territorium zu tun. Mehrmals sah sich Georgien russischen Vorwürfen ausgesetzt, es unterstütze die tschetschenischen Unabhängigkeitskämpfer, indem es ihnen auf seinem Staatsgebiet (Pankisi) Rückzugs- und Regenerations-

möglichkeiten gewähre. Diese Vorwürfe waren zum Teil von massivem politischen und auch militärischem Druck begleitet.

Bilanzierend lässt sich festhalten, dass die russische Außenpolitik im Verhältnis zu den übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken die größten Ambivalenzen aufweist. Zwar machen sich auch hier deutliche Tendenzen hin zu einer „Ökonomisierung“ bemerkbar, doch scheint die russische Politik dort, wo man russische Sicherheitsinteressen direkt betroffen sieht, doch auf Elemente traditioneller Großmachtpolitik zurückzugreifen.

Ausblick

Die jüngsten Parlamentswahlen [2003] haben die Position von Wladimir Putin weiter gestärkt. Gleichzeitig ist es äußerst unwahrscheinlich, dass einer der gegnerischen Kandidaten sich bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden März [2004] gegen den amtierenden Präsidenten durchsetzen können. Für die Außenpolitik wird dies Kontinuität sowohl hinsichtlich der neuen Tendenzen als auch hinsichtlich der Ambivalenzen bedeuten.

Putin wird auch in seiner zweiten Amtszeit eine pragmatische, an wirtschaftlicher Entwicklung orientierte und den westlichen Industrienationen gegenüber kooperative Politik betreiben und dabei gleichzeitig auf die Position Russlands als internationaler Großmacht (zukünftig auch mit wirtschaftlichem Gewicht) pochen. Die faktische Zweidrittelmehrheit der den Präsidenten unterstützenden politischen Parteien in der neuen Duma bedeutet jedoch nicht, dass es in der nächsten Legislaturperiode keinerlei Opposition zum außenpolitischen Kurs der Regierung bzw. des Präsidenten geben wird. Liberale Kritik ist tatsächlich nicht mehr zu erwarten, nachdem die demokratischen Parteien Jabloko und Union der rechten Kräfte an der Fünfprozenthürde gescheitert sind. Von nationalistischer Seite ist jedoch weiterhin mit Widerspruch zu rechnen: Die neu gegründete Partei Rodina (Heimat), die u.a. von dem strammen Nationalisten und früheren Vorsitzenden des Komitees für internationale Beziehungen der Duma, Dmitrij Rogosin, angeführt wird, ist in ihren Äußerungen zur Außenpolitik vor allem gegenüber den übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken weitaus nationalistischer als die Präsidentenpartei Einheit. Ursprünglich als kleineres Auffangbecken gedacht, dass der KPRF Wähler entziehen sollte, erreichte sie auf Anhieb über 9% der Stimmen. Dies bedeutet zum einen, dass nationalistische Rhetorik nach wie vor bei zahlreichen Wählern in Russland Anklang findet. Zum anderen folgt daraus, dass die für die erste Amtszeit Putins festgestellten, auch durch innenpolitische Konflikte hervorgerufenen Ambivalenzen die russische Außenpolitik auch in den nächsten Jahren begleiten werden.

Dmitri Trenin

Der Westen und Russland: Das verlorene Paradigma

Das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen steht vor einem Paradigmenwechsel. Russland macht einen Prozess durch, der als außenpolitische Revolution bezeichnet werden kann. Es hat angefangen, sich als moderne Großmacht zu erneuern. Nach dem Fall der Berliner Mauer blieb Russland ein Sonderfall: Es wurde ihm, im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Ländern, keine volle Mitgliedschaft im westlichen Klub angeboten, es sollte aber in einer „Imitation“ von Partnerschaft in den Westen eingebunden werden. Diese Imitation einer Integration in die westlichen Institutionen hat nicht funktioniert. Die Putin-Administration hat jetzt eine aggressivere Außenpolitik begonnen. Ausgehend von den durch Energieexport verbesserten Finanzen und vom Wunsch, den verlorenen Großmachtstatus wiederzuerlangen, ist Russland dabei auch nicht mehr um sein Image besorgt.

Planet Russland

Als der damalige Kanzler Schröder Präsident Putin gestattete, außer der Reihe den Vorsitz der G-8 für 2006 in Anspruch zu nehmen, sprach man auf beiden Seiten des Atlantiks von Russlands Integration in den, oder wenigstens „mit“ dem, Westen. Die „vollen“ G-8 hatten gerade die unbeholfene Konstruktion der G-7+1 ersetzt, es wurde erwartet, dass der NATO-Russland-Rat die Allianz in den Schatten stellen würde, und der Krieg gegen den Terrorismus hatte die USA und Russland zu den Musterverbündeten des 21. Jahrhunderts gemacht.

Dieses Bild ist jetzt in Fetzen. Russland ist als korporatistischer Staat „entlarvt“ worden, mit einem zaristischen politischen System, einer kleptokratischen Elite und einer atomisierten Gesellschaft, die auf individuelles Überleben oder individuelle Bereicherung, je nachdem, ausgerichtet ist, aber bestimmt nicht auf Demokratie. Nun heißt das Schlagwort „russischer Neo-Imperialismus“, verbunden mit einem „Neo-Isolationismus“ zuhause.

In der Tat macht Russland einen Prozess durch, der als außenpolitische Revolution bezeichnet werden kann. Es hat tatsächlich angefangen, sich als moderne Großmacht zu erneuern. Der äußerste Planet des westlichen Sonnensystems, hat seine Umlaufbahn verlassen, um eine neue und unabhängige Flugbahn einzuschlagen. Das hat weit reichende Folgen.

Die neue Ordnung nach dem Mauerfall

Es ist ironisch, aber auch bezeichnend, dass dies mit dem Beginn des G-8-Vorsitzes Russlands zusammenfällt und gerade vor dem sehr viel weniger spektakulären Vorsitz im Europarat kommt. Viele sind überrascht, einige sind erschüttert. Russland ist einer Mitgliedschaft im westlichen Klub für unwürdig erklärt worden, geschweige denn, diesen Klub anzuführen.

Emotionen bleiben Emotionen; man sollte lieber zugeben, dass die Parameter der Interaktion von Russland und dem Westen, die während des Zusammenbruches der Sowjetunion abgesteckt wurden und in den letzten 15 Jahren mehr oder weniger unverändert geblieben sind, sich fundamental verändert haben. Das alte Paradigma ist verloren, ein neues wird immer noch gesucht.

Als ihr Feind aus dem Kalten Krieg zusammenbrach, knüpften die westlichen Länder eine Vielzahl von Partnerschaften mit ihren ehemaligen kommunistischen Gegnern, die den Einfluss des Westens über die gefallene Berliner Mauer hinaus erweitern sollten. Einige Länder sollten sich einem Europa anschließen, das jetzt „ganz und frei“ war, während andere im Gravitationsfeld des westlichen Orbit schweben sollten.

Sonderfall Russland

Russland war von Anfang an ein Sonderfall. Da es Nuklearwaffen besaß, eine angeschlagene aber ungebrochene Großmachtmentalität hatte und einfach zu groß war, wurde ihm eine privilegierte Beziehung angeboten, aber keine wirkliche Aussicht auf Mitgliedschaft. Offiziell würde die Tür nicht zugemacht werden, aber die Idee, dass Russland tatsächlich durch diese Tür hineinkommen würde, war undenkbar.

Russland würde seinerseits eine Mitgliedschaft nur dann in Erwägung ziehen, wenn ihm so etwas wie der Mitvorsitz im westlichen Klub oder zumindest eine Mitgliedschaft in seinem Verwaltungsrat, dem „Politbüro“, angeboten würde. Für die russische Führung wäre es ein Gräuelpiece gewesen, sich Anleitungen aus Washington und Brüssel zu fügen, die existierenden Regeln zu akzeptieren und den ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten zu folgen. Daher war die Option, Russland in westliche Institutionen zu integrieren, praktisch eine Totgeburt.

Während andere ehemalige Staaten des Warschauer Paktes schon in den Westen einbezogen wurden, wurden Russland, das zu groß war, um es zu ignorieren, Übergangslösungen angeboten. Die G-8 sollte es politisch an den Westen anbinden und seine Führer persönlich sozialisieren. Der NATO-Russland-Rat sollte die Sicherheitsagenden miteinander abstimmen und eine Militärreform in Russland fördern. Die „Gemeinsamen Räume“ von EU und Russland sollten Russland wirtschaftlich und sozial „europäisieren“ und es politisch mit Europa assoziieren. Der Europarat, in den Russland zur Zeit des ersten Tschetschenienkrieges eintrat, sollte westliche Werte und Normen in Russland fördern.

Krise der „Imitationen“?

Diese Regelungen versagten nicht so sehr – sie blieben einfach hinter allen Erwartungen zurück. Die G-8 ist in Wahrheit immer noch nur ein anderer Name für die G-7 plus Russland, obwohl Russland einen (fast) gleichen Status wie die anderen hat. Der NATO-Russland-Rat, das sichtbarste Produkt der Annäherung nach dem 11. September 2001, ist eine Werkstatt für technische Kooperation mit niedrigem Profil an der Seite der NATO. Die „Road Maps“ von EU und Russland kleistern nur die wachsende Kluft zwischen Europa und Russland zu. Der Europarat ist zu einem rednerischen Schlachtfeld für russlandbezogene Themen wie Tschetschenien und kürzlich das neue russische NGO-Gesetz geworden. Das erboste Moskau hat mit der Halbierung seines Beitrages zum Budget des Rates gedroht. Sogar den überlebenden ehrwürdigen Überbleibseln aus den Tagen des Kalten Krieges, der OSZE und dem Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), geht es nicht gut. Russland hat beschlossen, erstere im Wesentlichen zu ignorieren und hat angedeutet, dass es sich von den Schlüsselbestimmungen des letzteren zurückziehen könnte.

Ehrlich gesagt sind es nicht so sehr Partnerschaft und Integration, die versagt haben, als ihre Imitationen. Ganz wie die russischen Eliten, die niemals wirklich die durch den Westen aufgezungenen Regeln und die Dominanz der USA akzeptieren konnten, hat der Westen niemals wirklich das post-sowjetische Russland als „einen von uns“ angesehen. Ein sehr bezeichnendes Beispiel ist, dass, während die G-7-Staaten einander nicht ausspionieren, nach wie vor in beiden Richtungen zwischen ihnen und dem achten Mitglied des „Klubs“ wie im Kalten Krieg spioniert wird.

Wege russischer Westpolitik

Eine Zeit lang wurde die vorgetäuschte Partnerschaft vor allem aufrechterhalten, weil Russland schwach, chaotisch und zu abhängig von westlicher finanzieller Unterstützung war. Unter Jelzin konnte und wollte Moskau den Westen nicht herausfordern. Es murrte und schmolte, aber am Ende schmeichelte es sich wieder ein, wie bei der Osterweiterung der NATO oder dem Kosovokrieg. 1999 war es sogar soweit, dass Themen wie „die Welt ohne Russland“ und „das Russland der Regionen“ (d.h., eine lose Konföderation anstelle einer Zentralregierung) sowohl in wissen-

schaftlichen Seminaren als auch in Regierungsbüros zu hören waren. Russland war nicht so sehr Partner als Objekt westlicher Politik.

Nach dem 11. September ergriff Putin die Gelegenheit, mit dem Weißen Haus einen Deal zu suchen. Russland war bereit, seinen Respekt für die globale Führungsrolle der USA gegen Amerikas Anerkennung von Russlands Rolle als seinem Hauptverbündeten, eine Art ebenbürtigem Führer, ausgestattet mit einer besonderen (hegemonialen) Verantwortung für den ehemaligen sowjetischen Raum, zu tauschen. Dieses umfassende Angebot, das offensichtlich aus einer Position der Schwäche heraus gemacht worden war, wurde von Washington abgelehnt, das nur bereit war, über die „Regeln des Straßenverkehrs“ in der GUS zu diskutieren. Also hatte Putins berühmte „strategische Wahl“ keine Fortsetzung.

Der Kreml versuchte sich ein weiteres Mal an seiner Westpolitik, indem er wiederum eine sich bietende Möglichkeit ausnutzte und sich der „Koalition der Unwilligen“ während des Irakkrieges anschloss. Die Idee dahinter war, in das westliche System durch die europäische Tür einzutreten und eine russisch-deutsch-französische Achse als Gegengewicht gegen Washington und London zu schaffen. Aber auch dieser Versuch schlug fehl. Eine neue antiamerikanische Entente kam nicht zustande; situationsbezogene Übereinstimmung mit Moskau (und Unstimmigkeiten mit Washington) konnte nicht gegen den fundamentalen Charakter der transatlantischen Beziehungen konkurrieren.

Moskau scheitert

Stattdessen setzten die transatlantischen und europäischen Institutionen ihre Erweiterung nach Osten fort, indem sie die übrigen ehemaligen Länder von Warschauer Pakt und COMECON und die baltischen Staaten aufnahmen. Mit den Polen und den Balten als Mitglieder ist die EU eindeutig Russland gegenüber skeptischer und misstrauischer geworden. Darüber hinaus begannen Amerika und Europa, ihre Anziehungskraft jenseits der ehemaligen sowjetischen Grenze in die GUS hinein zu projizieren. Das Konzept des nahen Auslandes wurde plötzlich wiederbelebt, nur waren es jetzt zwei, die dasselbe Territorium beanspruchten. In den Jahren 2003–2005 gingen Moskaus Beziehungen gleichzeitig zu *beiden* Teilen des Westens zum ersten Mal seit 1991 schief.

In dieser Periode kamen westliche Regierungen endgültig zu dem Schluss, dass Russland in absehbarer Zukunft nicht demokratisch werden würde. In ihrem Weltbild gehörte Russland nicht mehr zur selben Gruppe wie Polen oder auch nur die Ukraine. Stattdessen stellten sie es, wenn auch ungerne, in dieselbe Ecke wie China, während sie immer noch hofften – vielleicht unrealistischerweise – so viel wie möglich aus den Partnerschaftsvereinbarungen herauszuholen, die in einer glücklicheren Ära zustande gekommen waren.

Die gleichzeitigen Veränderungen auf russischer Seite waren sehr viel tiefer gehend und mit weiter reichenden Implikationen besetzt. Bis zur Mitte des Jahres 2005 war Russland zwei Jahrzehnte lang in der internationalen Politik ständig auf dem Rückzug gewesen. Die „farbigen“ Revolutionen in der Ukraine, Georgien und Kirgisistan machten deutlich, dass sogar der post-sowjetische Raum für Moskau zu einem *peau de chagrin* wurde. Ende 2004 und Anfang 2005, im Gefolge von Beslan, dem Wahlfiasco in der Ukraine und Sozialprotesten zuhause, war das Selbstbewusstsein der Regierung Putin an einem bislang unerreichten Tiefpunkt angelangt.

Phönix aus der Asche

Erstaunlicherweise kam der Kreml schnell wieder auf die Beine – sehr schnell. Lehren sind gelernt, Ressourcen mobilisiert, Kräfte umgruppiert, die Moral wiederhergestellt worden. Das Resultat ist, dass der Rückzug aufgehört hat und Gegenangriffe erfolgt sind. Zuerst agierte Moskau vorsichtig, seiner selbst noch nicht ganz sicher. Als Russland und China den Rückzug der US-Streitkräfte aus Zentralasien verlangten, spielte Russland eher keine führende Rolle. Dann, zum Jahresende, ging es mutiger voran, indem es Taschkent als formellen Verbündeten anerkannte.

2005 endete mit dem Crescendo des Gaskonfliktes mit der Ukraine, als der Kreml demonstrierte, dass es die Nerven hatte, um sich mit dem „Leuchtturm der Demokratie“ im post-sowjetischen Raum anzulegen.

An der Heimatfront wurde das Konzept der souveränen Demokratie im neuen NGO-Gesetz verankert, das jedweden ausländischen politischen Einfluss in Russland eliminieren soll. Gleichzeitig bestimmt die Duma eine relativ bescheidene Summe, um im Ausland die Demokratie zu fördern. Es gibt hier keinen Widerspruch. Der Kreml glaubt, dass es in der Welt nur eine kleine Anzahl souveräner Staaten gibt, darunter die USA, China und Indien. Jetzt ist das Ziel, Jelzins Erbschaft von Toleranz rückgängig und auch Russland völlig souverän zu machen – unter zentralisierter Kontrolle.

Die große Veränderung des Jahres 2005 ist, dass in diesem Jahr die russische Außenpolitik von einer Position der Schwäche zu einer der Stärke wechselte. Sicherlich fußt dies auf der sehr viel besseren finanziellen Lage des Landes und auf der Konsolidierung von politischer und wirtschaftlicher Macht in den Händen des herrschenden Zirkels im Kreml, es gehört aber mehr dazu als nur Geld in der Staatskasse – und der phänomenale persönliche Erfolg derjenigen, die über den Staat herrschen. Der psychologische Faktor ist entscheidend. Post-sowjetische Erniedrigung ist ein Ding der Vergangenheit und den russischen Führern gefällt das Spiel mit harten Bandagen.

Das neue russische Selbstbewusstsein

Ihre Vorstellung von Außenpolitik könnte wie folgt zusammengefasst werden: In internationalen Beziehungen geht es hauptsächlich um Rivalität, das Spiel der Kräfte und einen Wettbewerb, bei dem fast alles erlaubt ist. Kooperation ist selbst das Ergebnis von erfolgreichem Wettkampf. Als großes Land ist Russland im Wesentlichen ohne Freunde in der Welt. Keine Großmacht möchte ein starkes Russland, das ein Respekt einflößender Konkurrent wäre, viele würden aber von einem schwachen Russland profitieren wollen. Russland kann nur als Großmacht überleben. Um seinen rechtmäßigen Platz in der Welt einzunehmen (welcher, nach Ansicht der Elite, darin besteht, dass Russland den USA und China ebenbürtig ist, nicht Indien und Brasilien), hat Russland keine andere Wahl als sich durchzukämpfen. Wenn im 19. Jahrhundert angeblich seine einzigen wahren Verbündeten seine Armee und seine Marine waren, so sind es heute Öl und Gas. Energie ist eine Schlüsselressource, die so weit wie möglich ausgenutzt werden muss, während die Preise hoch sind. Energie ist auch eine wirksame politische Waffe, die aber mit Sorgfalt verwendet werden sollte.

Bemerkenswerterweise strebt das heutige Russland im Gegensatz zu früher nicht mehr nach Anerkennung. Sogar die Sowjetunion machte sich mehr Sorgen um ihr Image. Der Kreml sorgt sich anscheinend nicht genug um die internationalen politischen Reaktionen auf seine Aktionen. *Public relations* und Lobbytätigkeit haben für den Kreml keine hohe Priorität. *GR*, also *Government relations*, Beziehungen zwischen den Regierungen, sind wichtiger als *PR*. Gerhard Schröder für die Gaspipeline zu gewinnen und Donald Evans für einen Job in der Ölindustrie zu umwerben sind nur zwei erstaunliche Beispiele für diese Herangehensweise. Russland, so glaubt der Kreml, bekommt eine schlechte Presse, egal, was es tut. Warum sollte es sich also bemühen? Auf der anderen Seite nehmen die Kremlherren die Börsengänge der Firmen, an denen sie Anteile halten, wichtig. In ihren Augen ist der steile Anstieg der Kapitalausstattung von Gazprom Anfang Januar 2006 ein Beweis für die Richtigkeit ihres harten Kurses gegenüber der Ukraine. Um die Richtungen der russischen Politik besser zu verstehen, muss man die Geldströme genau untersuchen.

Natürlich geht es nicht nur um Geld. Die russische Führung hat jetzt ernsthaft begonnen, Moskaus wirtschaftliche, politische und kulturelle Vorrangstellung in der GUS zu etablieren. Die Rückkehr von Usbekistan in Moskaus Umlaufbahn sollte als Anfang dieses neuen Trends angesehen werden. Die nächsten Schritte werden eine Konsolidierung von Moskaus Verbindungen mit den loyalen Ländern in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vertragsorganisa-

tion für Kollektive Sicherheit; die wirtschaftliche und finanzielle Integration von Belarus; und eine Steigerung von Russlands Einfluss in den energiereichen kaspischen Staaten Aserbaidshan und Turkmenistan beinhalten. Russland geht davon aus, dass die Regierung Saakashwili in Georgien aus wirtschaftlichen Gründen fallen wird und den Weg für eine neue, Moskau-freundlichere Regierung bereiten wird; ähnliches wird in Bezug auf Moldawien erwartet. Vor allem aber scheint Moskau entschlossen zu sein, eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO zu verhindern. Wenn dies erfolgreich wäre, wäre es das erste Mal, dass das NATO-Förderband vor seinem Ziel anhält.

All dies verspricht ernsthafte Spannungen, sogar Konflikte zwischen Russland und den westlichen Ländern, auch wenn es keine Wiederholung des Kalten Krieges geben wird. Die USA und Europa müssen darüber nachdenken, was die Ziele ihrer Russlandpolitik sein sollten. Es hat keinen Sinn, alte Klischees zu wiederholen und auf Platituden zurückzugreifen. Das alte Paradigma ist verloren. Ein neues Spiel beginnt.

Übersetzung aus dem Amerikanischen: Matthias Neumann

Russische Außenpolitik 2005–2006. Chronik

5.1.2005	Putin erörtert mit den Ministerpräsidenten von Indien und Thailand sowie den Präsidenten von Indonesien und Sri Lanka telephonisch Pläne zur Hilfe für Opfer der Tsunami-Katastrophe. Russische Rettungsteams sind bereits vor Ort und das Ministerium für Notstand und Katastrophenschutz lässt Hilfsgüter nach Thailand, Indonesien und Sri Lanka einfliegen.
7.1.2005	Das chinesische Handelsministerium belegt russische Firmen, die Trichlorethylen exportieren, wegen Dumpings mit Strafgebühren.
12.1.2005	Putin und der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew einigen sich bei einem Treffen in Kasachstan auf die Delimitation der gemeinsamen Grenze. Der entsprechende Vertrag soll nächste Woche in Moskau unterzeichnet werden. Umstritten war bisher die Grenzziehung im Kaspischen Meer, die über die Zugehörigkeit der Ölvorkommen entscheidet.
14.– 15.1.2005	Bundespräsident Köhler besucht Russland. Er trifft mit dem russischen Präsidenten Putin zusammen und nimmt an der Festveranstaltung zum Abschluss der „Russisch-Deutschen Kulturbegegnungen 2003–2004“ teil.
19.1.2005	Außenminister Lawrow kritisiert die Aussagen der designierten US-Außenministerin Condoleezza Rice vor dem amerikanischen Senat, die USA würden den innerrussischen Vorgängen, der Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten, künftig mehr Aufmerksamkeit widmen. Er erklärt: „Die Innenpolitik Russlands ist unsere innere Angelegenheit“. Moskau werde es nicht zulassen, dass die innerhalb des Landes gefällten Entscheidungen dazu benutzt würden, um zum „Kalten Krieg“ zurückzukehren.
21.1.2005	Im Rahmen des Russisch-Französischen Sicherheits- und Kooperationsrats erörtert Außenminister Lawrow mit seinem französischen Amtskollegen Michel Barnier Möglichkeiten, auf dem Verhandlungswege auf die Nuklearpolitik des Iran einzuwirken.
23.1.2005	Putin empfängt den kirgisischen Präsidenten Askar Akajew zu Gesprächen. Erörtert werden bilaterale Wirtschaftsfragen und die Zusammenarbeit in der Shanghai Kooperationsorganisation. Das Gespräch findet im Vorfeld der Parlamentswahlen in Kirgisistan am 27.2.2005 statt.
24.1.2005	Der neue ukrainische Präsident Juschtschenko macht einen Tag nach seiner Amtseinführung einen Antrittsbesuch in Moskau und führt Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Putin. Juschtschenko erklärt, Russland sei ein „ewiger strategischer Partner“ der Ukraine.
25.1.2005	Staatsbesuch des syrischen Präsidenten Bashar Assad in Moskau. Er führt Gespräche mit Putin, u. a. über die Lage im Irak. Die beiden Präsidenten unterzeichnen ein Abkommen über die Vertiefung der Beziehungen zwischen Russland und Syrien. Die russische Führung kündigt an, dass sie 73% der Schulden Syriens abschreiben wird.
27.1.2005	Präsident Putin nimmt gemeinsam mit anderen Staatsoberhäuptern an der Gedenkfeier zur Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz teil. In seiner Rede betont er Russlands Rolle bei der Zerschlagung des Faschismus, bedauert aber er auch antisemitische Vorfälle im eigenen Land. Nach der Feier trifft Putin mit dem polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski und dem israelischen Präsidenten Moshe Katzav zusammen.
31.1.2005	Russland überweist dem Internationalen Währungsfonds (IMF) 3,3 Mrd. US\$ und tilgt damit vorzeitig alle seine Schulden gegenüber der Bretton-Woods-Institution.
2.2.2005	Der russische Außenminister Sergej Lawrow trifft in Baku mit seinem aserbajdschanischen Amtskollegen Elmar Mammadyarow, Ministerpräsident Artur Rasizade und Präsident Ilham Alijew zusammen und erörtert Fragen der bilateralen Beziehungen.
3.2.2005	Putin empfängt James Wolfensohn, den Präsidenten der Weltbank, und erörtert mit ihm Wirtschaftsfragen.
5.2.2005	Der russische Außenminister Sergej Lawrow trifft in Ankara seine amerikanische Amtskollegin Condoleezza Rice und erörtert mit ihr die Agenda für das treffen zwischen Putin und Bush. Condoleezza Rice kritisiert die inneren Verhältnisse Russlands und erklärt, dass der Zustand der Demokratie in Russland Einfluss auf die bilateralen Beziehungen zwischen Russland und den USA hätten.
7.2.2005	Der italienische Außenminister Gianfranco Fini besucht Moskau und führt Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow.
14.2.2005	Der rumänische Präsident Traian Basescu erörtert in Moskau mit Putin die russisch-rumänischen Beziehungen und die Situation in Transnistrien.
14.2.2005	Der Generalsekretär des Europarates, Terry Davis, führt Gespräche in Moskau.
16.2.2005	Der russische Außenminister Sergej Lawrow wandelt seinen für den 17. geplanten Staatsbesuch in Georgien in einen Arbeitsbesuch um, um eine Kranzniederlegung am Denkmal für die im georgischen Einigungskrieg Gefallenen zu vermeiden.
16.2.2005	Putin empfängt den aserbajdschanischen Präsidenten, Ilham Alijew, und erörtert mit ihm Fragen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

18.2.2005	Präsident Putin empfängt den Vorsitzenden des iranischen Sicherheitsrats, Hassan Rowhani. Nach dem Gespräch versichert Putin, der Iran habe nicht die Absicht, Atomwaffen zu bauen.
24.2.2005	Präsident Putin trifft in Bratislava (Slowakei) mit dem US-Präsidenten George W. Bush zusammen. In einem dreistündigen Gespräch erörtern die beiden Präsidenten Möglichkeiten bilateraler Kooperation und diskutieren gemeinsame strategische Ziele. In der Pressekonferenz betont Bush die Bedeutung der Demokratie für die Stärke eines Landes, während Putin betonte, es gebe für sein Land „kein Zurück vom eingeschlagenen Weg zur Demokratie“. Er warnte aber davor, die Diskussion „auf die Spitze zu treiben“: Demokratie sei nicht Anarchie.
5.3.2005	Verteidigungsminister Sergej Iwanow besucht den russischen Marinestützpunkt Sewastopol und erklärt, Russland habe nicht die Absicht, sich von dort zurückzuziehen. Russland hat Sewastopol von der Ukraine gepachtet, der Vertrag läuft bis zum Jahr 2017.
7.3.2005	Der estnische Präsident Arnold Rüütel und sein litauischer Amtskollege Valdas Adamkus erklären, dass sie der russischen Einladung zur Teilnahme an der Siegesfeier am 9. Mai in Moskau nicht folgen werden, da ihre Völker die Jahre der sowjetischen Besetzung nach dem Krieg noch nicht vergessen hätten.
10.3.2005	Der japanische Ministerpräsident Junichiro Koizumi erklärt, dass er nicht in der Lage sei, der russischen Einladung zu den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Kriegsendes zu folgen.
18.3.2005	Putin trifft in Paris mit dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac, dem deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem spanischen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero zu einem Vierergipfel zusammen. Sie erörtern u. a. Nahostfragen, die iranische Haltung zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, das Rüstungslieferungsembargo gegenüber der Volksrepublik China und die Lage in der Ukraine.
18.3.2005	Der französische Staatspräsident Jacques Chirac besucht mit Putin das französische strategische Operationszentrum in Taverny. Die beiden Präsidenten vereinbaren gemeinsame militärische Übungen im Herbst 2005.
19.3.2005	Putin trifft in Kiev zu einem Staatsbesuche ein und führt Gespräche mit dem neu gewählten ukrainischen Präsidenten Juschtschenko und der Ministerpräsidentin Julia Timoschenko.
21.3.2005	Das russische Außenministerium appelliert an die kirgisische Opposition und an die ausländischen Wahlbeobachter in Kirgisistan, „destruktive Elemente“ nicht zu ermutigen und den konstruktiven Dialog mit der Administration des kirgisischen Präsidenten Akajew zu suchen. In Kirgisistan war es nach den Wahlen zu Massenprotesten und Auseinandersetzungen mit Ordnungskräften gekommen, nachdem die Opposition dem Präsidenten Wahlfälschung vorgeworfen hatte. In Teilen des Landes übernimmt die Opposition die Macht.
21.3.2005	Im Dorf Ganmuchuri (Westgeorgien) nehmen georgische Polizisten vier Angehörige der russischen Friedenstruppen in Abchasien fest.
25.3.2005	Putin versichert der kirgisischen Übergangsregierung, er sei bereit, mit ihr zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig erklärt er, dem gestürzten Präsidenten Askar Akajew stehe es frei, nach Russland zu kommen.
25.3.2005	Putin eröffnet in Erevan, der Hauptstadt Armeniens, feierlich das Jahr Russlands in Armenien. Im Kontext des Treffens führt er Gespräche mit dem armenischen Präsidenten Robert Kotscharjan und wird vom Katolikos der armenischen Kirche empfangen.
30.3.2005	Außenminister Sergej Lawrow erklärt, dass Russland über die Situation in der GUS besorgt sei und kritisiert die OSZE für Ihre Rolle bei den Ereignissen in Kirgisistan.
4.4.2005	Putin empfängt in Sotschi den belarussischen Präsidenten Lukaschenko und erörtert mit ihm die Zukunft der GUS sowie bilaterale Wirtschafts- und Rüstungsfragen.
5.4.2005	Präsident Putin empfängt in Sotschi Javier Solana, den Hohen Beauftragten der EU für Außenpolitik. Das Treffen dient der Vorbereitung des Gipfeltreffens Russland – EU in Moskau. Darüber hinaus werden die Zukunft der OSZE sowie die Entwicklungen im Nahen Osten, im Iran und Moldawien erörtert.
5.4.2005	Präsidentengehilfe Wiktor Iwanow erörtert in Peking Fragen russischer Öllieferungen an China. Probleme waren im Zusammenhang mit der Zerschlagung des Mineralölkonzerns Jukos entstanden, da Jukos der wichtigste Lieferant von russischem Erdöl an China gewesen war.
10.4.2005	Bundeskanzler Gerhard Schröder und Präsident Putin eröffnen gemeinsam die Hannover Messe. Russland ist 2005 offizielles Partnerland der Messe.
11.4.2005	Auf der Hannover-Messe unterzeichnen der russische Erdgaskonzern Gazprom und das Chemieunternehmen BASF ein Kooperationsabkommen. Der russische Eisenbahnkonzern „Russische Eisenbahnen“ und Siemens treffen eine Vereinbarung über den Bau von Hochgeschwindigkeitszügen in Russland. Gazprom und Wintershall intensivieren die Zusammenarbeit und kündigen an, gemeinsam das Jushno Russkoje Feld in Westsibirien zu entwickeln.
13.4.2005	Julia Timoschenko, die ukrainische Ministerpräsidentin, sagt eine für den 15.–16. April geplante Russlandreise ab, nachdem der russische Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinov noch einmal festgestellt hatte, dass der Haftbefehl gegen sie in Kraft bleibt.

19.– 20.4.2005	Die US-Außenministerin Condoleezza Rice führt in Moskau Gespräche mit Präsident Putin und ihrem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow.
21.4.2005	Sitzung des NATO-Russlandrates auf Außenministerebene in Wilna. Russland und die NATO unterzeichnen eine „Status of Forces Agreement“, das den Transit von Truppen über das Territorium des Vertragspartners und gemeinsame Übungen erleichtern wird.
21.4.2005	Putin empfängt den Präsident der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, im Kreml. In den Gesprächen wird der EU-Russland-Gipfel am 10.Mai vorbereitet.
22.4.2005	Putin empfängt den belarussischen Präsidenten Lukaschenko in Moskau zu Gesprächen.
22.4.2005	Auf dem Gipfeltreffen der GUUAM-Staaten (Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldawien) in Kischinau, der Hauptstadt von Moldawien, fordern die Staatsoberhäupter Russland auf, seine Truppen aus Georgien und Moldawien zurückzuziehen.
22.4.2005	Präsident Putin empfängt Lord John Browne, den Vorstandsvorsitzenden von British Petroleum (BP), und erörtert mit ihm die Perspektive des Joint Ventures TNK-BP.
27.4.2005	Auf seiner Nahostreise besucht Putin als erste Station Kairo. Der russische Präsident führt Gespräche mit dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak über die Lage im Nahen Osten. u. a. schlägt Putin eine Friedenskonferenz in Moskau vor.
27.– 28.4.2005	Putin trifft auf seiner Nahostreise in Israel ein. Nach einem Besuch der Klagemauer, der Grabeskirche und einem Treffen mit dem Oberhaupt der russischen orthodoxen Geistlichkeit in Jerusalem führt er Gespräche mit dem israelischen Präsidenten Mosche Katzav und mit Ministerpräsident Ariel Sharon. Thema sind u. a. die russischen Rüstungslieferungen an Syrien und die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran.
28.4.2005	Das russische Außenministerium erklärt, es werde den Grenzvertrag mit Lettland nicht unterzeichnen, wenn Lettland sich nicht von der Deklaration des lettischen Parlaments distanzieren, das am 27. April Kompensationen für die Besetzung durch die Sowjetunion gefordert hatte.
4.5.2005	Generalleutnant Wladimir Gorbis, Befehlshaber der Luftstreitkräfte und der Luftabwehr in Rostow am Don, teilt mit, dass die Aktivität der ausländischen Luftaufklärung, insbesondere durch NATO-Staaten, an der Südgrenze Russlands zugenommen hat.
4.5.2005	Verteidigungsminister Sergej Iwanow erklärt in einem Interview mit der „Rossijskaja gazeta“, dass Russland bereit sei, seine Stützpunkte in Georgien zu räumen, dies jedoch vier Jahre in Anspruch nehmen werde.
4.5.2005	In einem Brief an die lettische Präsidentin Vaira Vike-Freiberga erklärt US-Präsident George W. Bush, dass das Kriegsende für die baltischen Republiken Beginn der sowjetischen Okkupation bedeutete. Diese Äußerung ruft auf russischer Seite erhebliche Irritationen hervor.
6.5.2005	In einem Interview mit ARD und ZDF betont Putin zum 60. Jahrestag des Kriegsendes in Europa die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. In einem Interview mit der Bild-Zeitung würdigen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Präsident Putin den 60. Jahrestag des Kriegsendes in Europa als Befreiung Deutschlands und beschwören die Freundschaft und Partnerschaft beider Länder.
7.5.2005	US-Präsident George Bush besucht demonstrativ Lettland. In einer Rede verurteilt er die Besetzung des Baltikums durch die sowjetische Armee im Jahre 1945. Während seines Aufenthalts in Riga trifft er mit den Präsidenten von Lettland, Estland und Litauen, Vaira Vike-Freiberga, Arnold Rüütel und Valdas Adamkus, zusammen.
7.5.2005	Der georgische Präsident Saakaschwili sagt seine Reise zu den Siegesfeierlichkeiten in Moskau ab, nachdem die Gespräche über den Abzug der russischen Truppen aus Georgien in eine Sackgasse geraten sind.
8.5.2005	Gipfeltreffen der Mitgliederstaaten der GUS in Moskau. Neben dem georgischen Präsidenten Saakaschwili bleibt auch der Präsident von Aserbaidschan, Alijew, der Veranstaltung fern, da er nicht mit seinem armenischen Amtskollegen Kotscharjan zusammentreffen will.
8.5.2005	Präsident Wladimir Putin empfängt U.S. Präsident George W. Bush. Die beiden Staatsmänner erörtern Fragen der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und die Lage im Nahen Osten.
9.5.2005	In Anwesenheit von mehr als 50 Staats- und Regierungschefs aus aller Welt, darunter UN Generalsekretär Kofi Annan, der chinesische Präsident Hu Jintao, der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi, der französische Präsident Jacques Chirac, US Präsident George W. Bush, der israelische Präsident Moshe Katsav, der japanischer Ministerpräsident Junichiro Koizumi, und Bundeskanzler Gerhard Schröder, feiert Russland den 60. Jahrestag des „Tags des Sieges“. An einer Parade auf dem Roten Platz nehmen 7.000 Soldaten und 2.500 Kriegsveteranen teil. 20.000 Polizisten und Soldaten sichern das Stadtzentrum Moskaus, das weiträumig abgesperrt ist.
9.5.2005	US Präsident George W. Bush und Außenministerin Condoleezza Rice treffen sich mit den Vertretern von 18 russischen Menschenrechtsgruppen und erörtern mit Ihnen den Zustand von Pressefreiheit und Zivilgesellschaft in Russland.
9.5.2005	Präsident Wladimir Putin führt Gespräche mit dem chinesischen Präsident Hu Jintao, dem japanischen Ministerpräsidenten Junichiro Koizumi, dem südkoreanischen Präsidenten Roh Moo-hyun, dem indischen Ministerpräsidenten Manmohan Singh, u. a. Politikern.

9.5.2005	Ein lettisches Fernseheteam, das im Gebiet Pskow in einer Region Aufnahmen macht, auf die Lettland territoriale Ansprüche erhebt, wird von der russischen Polizei festgenommen und über die Grenze abgeschoben, obwohl die Fernsehleute über die notwendigen Visa und Akkreditierungen verfügen. Das aufgenommene Material wird von der Polizei vernichtet.
10.5.2005	Der 15. EU-Russland-Gipfel findet in Moskau statt. Auf EU-Seite nehmen daran der José Manuel Barroso, Vorsitzender der EU-Kommission, der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker als Präsident des Europäischen Rates und Javier Solana als Hoher Repräsentant für Außenpolitik teil. Die russische Delegation wird von Präsident Putin und Ministerpräsident Fradkow geführt. Der Gipfel beschließt eine „road map“ für die Entwicklung der „vier Räume“, die eine Intensivierung der Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Inneres und Justiz, äußere Sicherheit sowie Wissenschaft, Bildung und Kultur vorsieht. Die Vereinbarungen enthalten detaillierte Ziele für die Zusammenarbeit und definieren Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele. Umsetzung und Überwachung obliegt dem Ständigen Partnerschaftsrat.
13.5.2005	Russland vereinbart mit dem „Pariser Klub“, ein Drittel seiner Schulden, ca. 15 Mrd. US\$, vorzeitig zu tilgen.
14.5.2005	Eine Untersuchungskommission des U.S. Senats veröffentlicht einen Bericht, nach dem sich russische Spitzenpolitiker, darunter Shirinowskij und der damalige Leiter der Präsidentschaftsadministration, Woloschin, 2001 im Rahmen des „Öl für Lebensmittel-Programms“ an irakischem Erdöl bereichert haben.
15.5.2005	Außenminister Sergej Lawrow erklärt, die Unruhen in Usbekistan, die von usbekischen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen worden sind, von islamischen Extremisten organisiert worden seien.
16.5.2005	In Warschau findet das dritte Gipfeltreffen des Europarats statt. Russland wird durch Außenminister Sergej Lawrow vertreten. Präsident Putin hält sich zu einer regionalen Konferenz im Föderalbezirk Ural auf.
17.5.2005	Präsident Putin trifft in Tscheljabinsk mit seinem kasachischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew zusammen und erörtert mit ihm die Vereinfachung des Visaregimes zwischen beiden Staaten.
22.– 25.5.2005	Staatsbesuch des indischen Staatspräsidenten Abdul Kalam in Russland. Abdul Kalam führt politische Gespräche, besichtigt Rüstungsbetriebe und besucht Petersburg.
24.5.2005	Präsident Putin empfängt seinen indischen Amtskollegen Abdul Kalam und erörtert mit ihm die internationale Lage und die bilateralen Beziehungen.
26.5.2005	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution, die Besorgnis über den Missbrauch der russischen Justiz für politische Ziele äußert und auf größere Pressefreiheit in Russland drängt.
27.5.2005	Lord John Browne, der Vorstandsvorsitzende von British Petroleum (BP), erörtert mit Ministerpräsident Fradkow und dem Gazprom-Vorsitzenden Aleksej Miller den Verkauf von Anteilen des Unternehmens TNK-BP an Gazprom.
27.5.2005	Putin empfängt den Menschenrechtsbeauftragten der Europäischen Kommission, Alvaro Gil-Robles, im Kreml. Gil-Robles kritisiert den Freispruch von vier Speznas(Sondereinheit)-Angehörigen, die sechs tschetschenische Zivilisten ermordet haben, und spricht die Hoffnung aus, dass die Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien beendet werden.
30.5.2005	Außenminister Lawrow und seine georgische Amtskollegin Zurabischwili unterzeichnen in Moskau ein Abkommen, das die Räumung der beiden russischen Militärstützpunkte in Georgien bis zum Jahr 2008 vorsieht. Der Zeitplan sieht einen geordneten Abzug der russischen Einheiten zuerst aus der Basis von Alchalkalaki und dann aus jener von Batumi vor.
31.5.2005	Der russische Außenminister Sergej Lawrow führt in Tokio Gespräche mit seinem japanischen Amtskollegen Nobutaka Matimura. Lawrow teilt der Presse mit, dass es in der Frage der Kurilen nach wie vor keine Übereinstimmung gibt.
2.6.2005	Außenminister Sergej Lawrow trifft in Wladiwostok mit seinem indischen und seinem chinesischen Amtskollegen zusammen. Die drei Außenminister erörtern Fragen der Erweiterung der trilateralen Partnerschaft und der regionalen Stabilität. u. a. behandeln sie auch die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus, des Drogenverkehrs und anderer Gefahren.
2.6.2005	Außenminister Sergej Lawrow und sein chinesischer Amtskollege Li Zhaoxing unterzeichnen ein Abkommen, das den Verlauf eines 86 Kilometer langen Teilstücks der insgesamt rund 4300 Kilometer langen Grenze zwischen beiden Ländern festlegt.
2.6.2005	Putin trifft sich anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Gründungstages des Raumbahnhofs in Baikonur mit Nursultan Nasarbajew, dem Präsidenten Kasachstans.
3.6.2005	In Tbilisi findet ein zweistündiges Treffen der Regierungschefs der GUS-Staaten statt. Erörtert wurde unter anderem eine Reform der Gemeinschaft. Im Rahmen des Treffens wurden mehr als 30 Dokumente verabschiedete, von denen Gastgeber Georgien jedoch nur neun unterzeichnete. Die Ukraine lehnte als einziges Land ab, das Protokoll über die schrittweise Abschaffung von Beschränkungen im Handel zwischen den Staaten zu signieren.
7.6.2005	Putin empfängt den Sultan von Brunei im Kreml und erörtert mit ihm die bilateralen Beziehungen beider Länder.

13.6.2005	Putin empfängt den britischen Premierminister Tony Blair im Kreml. Die beiden Staatsmänner erörtern die Agenda für den kommenden G-8 Gipfel.
13.6.2005	Der neue russische Botschafter im Irak, Wladimir Tschamow, führt im Rahmen seiner Treffen mit irakischen Politikern ein Gespräch mit dem radikalen Schiitenführer Muqtada al-Sadr.
21.6.2005	Präsident Putin empfängt seinen mexikanischen Amtskollegen Vicente Fox im Kreml und erörtert mit ihm Fragen der Energiepolitik. Es wird vereinbart, Mexiko von Sachalin aus mit verflüssigtem Erdgas zu beliefern.
22.6.2005	Der Europarat verabschiedet eine Resolution, die Russland auffordert, die Demokratie zu stärken, dem Parlament, den Medien und der Zivilgesellschaft mehr Einfluss zu geben.
23.6.2005	In Moskau findet ein Gipfeltreffen der Mitgliederstaaten der Organisation des Kollektiven Sicherheitsvertrages statt. Der Organisation gehören Russland, Armenien, Belarus, Kasachstan und Tadschikistan an. Auf der Agenda stehen Fragen der Bekämpfung von Terrorismus und Drogenhandel sowie der Ausbau der multilateralen militärischen Zusammenarbeit.
25.6.2005	Putin empfängt im Konstantin-Palast von St. Petersburg Repräsentanten amerikanischer Großunternehmen und kündigt Steuervorteile für Investitionen und den Abbau administrativer Barrieren an. u. a. sind Vertreter von United Technologies, Citigroup und ConocoPhillips anwesend.
26.6.2005	Putin empfängt im Konstantin-Palast von St. Petersburg Top-Manager deutscher Konzerne wie Eon Ruhrgas, EADS, BASF, Metro, RWE, Thyssen-Krupp, Siemens und Dresdner Bank. Er kündigt den Abbau von Bürokratie in der Wirtschaft, die Vervollkommnung der Anti-Monopolpolitik, verbesserte Garantien für Eigentümerrechte sowie straffe Regeln für die Steuerorgane an.
27.6.2005	Das russische Außenministerium teilt dem estnischen Botschafter mit, dass Russland vom Grenzvertrag mit Estland, der am 18.5. unterzeichnet worden war, zurücktritt, da das estnische Parlament die Ratifizierung mit der Verabschiedung einer Präambel verbunden habe, in denen in unakzeptabler Weise von sowjetischer Besetzung die Rede sei.
28.6.2005	Putin empfängt den usbekischen Präsidenten Karimow im Kreml und erörtert mit ihm die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und anderer globaler Bedrohungen. Thema sind auch die Unruhen, die Usbekistan im Mai erschüttert hatten.
30.6.2005	Präsident Putin empfängt seinen chinesischen Amtskollegen Hu Jintao im Kreml. Die beiden Staatsmänner erörtern Fragen der politischen und ökonomischen Zusammenarbeit. Im Energiebereich kommt es nicht zu der Erweiterung der Zusammenarbeit, über die im Vorfeld spekuliert worden war.
3.7.2005	Putin, Bundeskanzler Gerhard Schröder und der französische Staatspräsident Jacques Chirac treffen sich zu einem Dreiergipfel im russischen Ostseebad Swetlogorsk (ehemals Rauschen) in der Region Kaliningrad. Themen der Gespräche waren der kommende G-8-Gipfel, die Reform der UN sowie die Lage im Iran und im Irak.
3.7.2005	Putin und Bundeskanzler Schröder nehmen gemeinsam an den 750-Jahr-Feierlichkeiten von Kaliningrad (Königsberg) teil.
5.7.2005	Gipfeltreffen der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SCO), der neben China und Russland Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan angehören. China und Russland fordern die USA auf, einen Termin festzulegen, an dem sie die Militärbasen, die Ihnen 2001 für die Kriegführung in Afghanistan eingeräumt worden waren, wieder räumen.
7.7.2005	Putin nimmt am Gipfeltreffen der G-8 in Gleneagles (Schottland) teil.
20.7.2005	Putin spricht vor dem Konsultationsrat zur Förderung der Institutionen der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte. u. a. warnt er vor der Finanzierung politischer Aktivitäten durch ausländische Geldgeber.
21.7.2005	Putin empfängt den belarussischen Präsidenten Lukaschenko und erörtert mit ihm die russisch-belarussische Union und bilaterale Wirtschaftsfragen.
1.– 2.8.2005	Präsident Putin besucht Finnland.
7.8.2005	Ein Angehöriger der polnischen Botschaft wird von Unbekannten zusammengeschlagen.
8.8.2005	Alexander Jakowlew, ein russischer UN-Beamter, bekennt sich vor einem New Yorker Bezirksgericht der Geldwäsche und des Betrugs für schuldig. Jakowlew hatte sich im Rahmen des Öl-für-Lebensmittel-Programms der UN von Bewerberfirmen bestechen lassen.
10.8.2005	Ein zweiter Angehöriger der polnischen Botschaft wird von Unbekannten zusammengeschlagen. Der polnische Botschafter übergibt dem russischen Außenministerium eine Protestnote.
10.8.2005	Im Konflikt um das iranische Atomprogramm fordert das russische Außenministerium die iranische Regierung in einer ungewöhnlich scharfen diplomatischen Note auf, ihr Programm zur Urananreicherung umgehend zu stoppen.
11.8.2005	Ein Korrespondent der polnischen Tageszeitung „Rzeczpospolita“ wird in Moskau von Unbekannten zusammengeschlagen.

12.8.2005	Das russische Außenministerium unterstützt die Resolution der „International Atomic Energy Agency“ (IAEA), die den Iran auffordert, das Moratorium für die Produktion nuklearer Brennstoffe wieder in Kraft zu setzen. Gleichzeitig spricht sich Russland für eine Lösung aus, die die Interessen des Iran wahrt.
12.8.2005	In Boržomi (Georgien) unterzeichnen der georgische Präsident Michail Saakaschwili und der ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko eine Erklärung, die die Schaffung einer „Gemeinschaft der Demokratien der Ostsee-, Schwarzmeer- und Kaspischen Region“ anregt.
13.8.2005	Die Regierung teilt mit, dass Ministerpräsident Michail Fradkow einen Erlass unterzeichnet hat, der das Ratifizierungsverfahren des Grenzabkommens mit Estland unterbricht. Präsident Putin wird von der Regierung gebeten, Estland über die Entscheidung zu informieren.
15.8.2005	Beginn gemeinsamer chinesisch-russischer Flottenmanöver vor der chinesischen Küste. An der Übung nehmen 140 Schiffseinheiten teil.
17.8.2005	König Abdullah II. von Jordanien besucht die die 7. Moskauer Luft- und Raumfahrtmesse (MAKS) und unterzeichnet einen Vertrag über die Lieferung von zwei Il-76 Transportflugzeugen an die jordanische Luftwaffe.
18.8.2005	Putin empfängt in Sotschi König Abdullah II. von Jordanien und erörtert mit ihm die Lage im Nahen Osten.
18.8.2005	Der russische Generalstabschef Generaloberst Jurij Balujewskij und sein chinesischer Amtskollege Generaloberst Liang Guanglie eröffnen die erste gemeinsame russisch-chinesische militärische Übung „Friedensmission 2005“.
23.8.2005	In einem Interview mit RIA Novosti droht ein ungenannter hoher Kremlbeamter, GUS-Staaten, die sich politisch nach Westen orientieren, Energie nur noch zu Weltmarktpreisen zu liefern. Außenminister Sergej Lawrow deutet am selben Tag eine Wende in der russischen GUS-Politik an.
24.8.2005	Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Wolfgang Schäuble, trifft in Moskau Außenminister Sergej Lawrow und den Leiter der Präsidialverwaltung, Dimitri Medwedew.
24.8.2005	Der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow und sein chinesischer Amtskollege Cao Gangchuan beobachten im Rahmen der gemeinsamen Manöver eine Landung chinesischer und russischer Truppen auf der Shandong Halbinsel.
25.8.2005	Das gemeinsame chinesisch-russische Manöver „Friedensmission 2005“ endet mit einer Militärparade der beteiligten Truppen vor den Verteidigungsministern beider Länder in Weifang.
26.8.2005	In Kasan findet anlässlich der 1.000-Jahrfeier der Stadt ein Gipfeltreffen der GUS-Staaten statt, an dem außer dem turkmenischen Präsidenten Sapamurat Nijasow alle Staatsoberhäupter teilnehmen. Die Teilnehmer sind einig, dass die GUS der Reform bedarf. Konkrete Beschlüsse werden nicht gefasst.
27.8.2005	Im Anschluss an das Gipfeltreffen der GUS tagen die vier Staatsoberhäupter des „Einheitlichen Wirtschaftsraumes“, dem Russland, Belarus, Kasachstan und die Ukraine angehören. Russland, Belarus, Kasachstan verabreden, bis Dezember 29 Basisdokumente zu unterzeichnen, weitere 15 bis März 2006. Die Ukraine wird sich der Gruppe schrittweise annähern, soweit damit die ukrainische Annäherung an Europa nicht behindert wird.
28.8.2005	Der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi trifft mit seiner Frau zu einem dreitägigen Besuch in Sotschi ein. Er führt mit Putin Gespräche über russische Energieexporte nach Italien und über die Situation im Nahen Osten.
1.9.2005	Wiktor Trufanow, der Stellvertretende Chef des russischen Grenzdienstes erklärt, dass Russland den letzten Abschnitt der tadschikisch-afghanischen Grenze an Tadschikistan übergeben hat, das von nun an seine Grenzen selbst überwachen wird. Eine russische Einsatzgruppe wird in Tadschikistan verbleiben.
5.9.2005	Der neue kirgisische Präsident Bakijew besucht auf seiner ersten Auslandsreise Moskau und trifft mit Präsident Putin zusammen.
8.9.2005	Offizieller Besuch Präsident Putins in Berlin. Putin trifft Bundeskanzler Schröder und die CDU-Kanzlerkandidatin Angela Merkel. In Anwesenheit Putins und Schröders unterzeichnen die Energiekonzerne Gazprom, E.O.N. und BASF ein Abkommen über den Bau einer Erdgaspipeline von St. Petersburg nach Greifswald.
8.–9.9.2005	Staatsbesuch Präsident Putins in Griechenland. Putin erörtert mit dem griechischen Premierminister Costas Karamanlis bilaterale Wirtschaftsfragen und den Bau einer Balkanpipeline. Er besucht auch das Kloster Athos.
9.9.2005	Nach der Sitzung der russisch-chinesischen Kommission für Rüstungsfragen kündigt China den Kauf von 40 Il-76 Transportflugzeugen an.
14.9.2005	Präsident Putin trifft in New York ein, um am Gipfeltreffen der UN teilzunehmen. Er führt u. a. Gespräche mit dem pakistanischen Präsidenten Pervez Musharraf, dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon, dem britischen Premierminister Tony Blair und dem irakischen Präsidenten Jalal Talabani.
15.9.2005	Putin spricht vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

15.9.2005	Ein russisches Jagdflugzeug vom Typ Su-27 verliert infolge eines Defekts der Navigationsgeräte auf dem Weg von St. Petersburg nach Kaliningrad die Orientierung und stürzt über Litauen ab. Der Pilot kann sich mit dem Schleudersitz retten.
16.9.2005	Präsident Putin trifft in Washington mit Präsident Bush zusammen.
21.9.2005	Verteidigungsminister Sergej Iwanow trifft in Taschkent ein, um die ersten gemeinsamen russisch-usbekischen Manöver zu beobachten.
30.9.2005	Der neue ukrainische Ministerpräsident Jurij Jechanurow besucht Moskau und führt Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen, Michail Fradkow. Jechanurow wird auch von Präsident Putin empfangen.
3.10.2005	Staatsbesuch Putins in Belgien. Putin führt Gespräche mit dem belgischen König Albert II. und Ministerpräsident Guy Verhofstadt.
4.10.2005	EU-Russland-Gipfel. Putin führt in London Gespräche mit dem britischen Premierminister Tony Blair, dessen Land derzeit die Präsidentschaft der EU innehat, und EU-Vertretern. Auf dem Treffen werden Energiefragen und die Regelung der Visaerteilung zwischen Russland und der Europäischen Union erörtert. Bei Visafragen werden Fortschritte gemacht. Danach sollen die Visaregeln für Studenten, Geschäftsleute und Diplomaten gelockert werden.
6.10.2005	In Petersburg findet hinter verschlossenen Türen ein Gipfeltreffen der Präsidenten von Russland (Wladimir Putin), Belarus (Alexander Lukaschenko), Kasachstan (Nursultan Nasarbajew), Usbekistan (Islam Karimov), Kirgisistan (Kurmanbek Bakijew) und Tadschikistan (Imomali Rachmonow) statt.
6.10.2005	Litauen gibt Walerij Trojanow, den Piloten des über Litauen abgestürzten russischen Jagdflugzeugs, frei.
7.10.2005	Putin feiert in Petersburg seinen 53. Geburtstag. Zu seinen Gästen gehört Bundeskanzler Gerhard Schröder, der für diesen Besuch die laufenden Konsultationen über die Bildung einer neuen Regierung unterbricht.
11.11.2005	Verteidigungsminister Sergej Iwanow und Außenminister Sergej Lawrow nehmen in Paris am 5. Treffen des franco-russischen Kooperationsrates zu Sicherheitsfragen teil. Sie führen Gespräche mit ihren französischen Amtskollegen Philippe Douste-Blazy und Alliot-Marie über europäische Sicherheit, den Kampf gegen Terror und regionale Krisen. Die russischen Minister werden auch von Staatspräsident Chirac empfangen.
12.10.2005	Präsident Putin empfängt den früheren amerikanischen Außenminister Henry Kissinger, der sich geschäftlich in Moskau aufhält.
15.10.2005	Die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice führt in Moskau Gespräche mit Präsident Putin und ihrem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow. Die russische Regierung lehnt es ab, den Sicherheitsrat der UN mit der Frage zu befassen, ob Iran mit seinem Nuklearprogramm friedliche Ziele verfolge oder Massenvernichtungswaffen entwickle.
15.10.2005	Ein norwegisches Fischereischutzschiff stellt den russischen Fischtrawler „Elektron“ in der umstrittenen Fischereischutzzone vor Spitzbergen. Als zwei Fischereiinspektoren an Bord gehen und den Kapitän auffordern, einen norwegischen Hafen anzulaufen, nimmt der Trawler mit den Norwegern an Bord Kurs auf russische Gewässer. Der Fall wird von den Außenministerien beider Länder erörtert.
17.– 18.10.2005	Staatsbesuch des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio „Lula“ da Silva in Moskau. Russland und Brasilien vereinbaren eine Intensivierung der Kooperation in den Bereichen Biotechnologie, Flugzeugbau und Agrarwirtschaft
19.10.2005	Der russische Fischtrawler „Elektron“ erreicht russische Gewässer. Ein U-Boot-Jäger der russischen Seekriegsflotte nimmt das Schiff in Empfang. Das norwegische Fischereischutzboot, das den Trawler verfolgte, bleibt außerhalb der Hoheitsgewässer. Die zwei entführten norwegischen Fischereiinspektoren sollen bei nächster Gelegenheit an ein norwegisches Schiff übergeben werden.
19.10.2005	Paul Wolfowitz, der Präsident der Weltbank, trifft zu einem zweitägigen Besuch in Moskau ein und fordert Russland zur Weiterführung der institutionellen Reformen und zum Kampf gegen Korruption auf. Er wird am folgenden Tag von Präsident Putin empfangen.
19.10.2005	Die japanische Polizei verhaftet einen Mitarbeiter von Toshiba unter der Beschuldigung, militärisch relevante, geheime Technologien an die russische Handelsvertretung in Tokio weitergegeben zu haben.
19.– 21.10.2005	Der russische Generalstabschef Balujewskij führt in Erevan Gespräche mit dem armenischen Ministerpräsidenten Andranik Markarian und Verteidigungsminister Serzh Sarkisian über bilaterale Zusammenarbeit.
24.10.2005	U.S. Präsident Bush empfängt den russischen Energie- und Industrieminister Wiktor Christenko, der sich mit einer Wirtschaftsdelegation in Washington aufhält.
24.– 25.10.2005	Stephen Hedley, der U.S. Sicherheitsberater, führt in Moskau Gespräche mit Präsident Putin und Außenminister Lawrow über die russisch-amerikanische Sicherheitskooperation.
25.10.2005	Das russische Konsulat in Oslo räumt offiziell ein, dass zwei russische Fischtrawler norwegische Fischereibestimmungen verletzt haben, kritisiert die norwegischen Maßnahmen aber als unangemessen.

26.10.2005	Die Ministerpräsidenten der Shanghai Kooperations-Organisation (Russland, China, Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan) treffen sich in Moskau und erörtern Fragen der Zusammenarbeit. Die Mongolei, Pakistan, Indien und der Iran sind durch hochrangige Repräsentanten vertreten.
26.10.2005	Außenminister Sergej Lawrow besucht Israel und führt Gespräche mit Präsident Moshe Katzav und dem israelischen Außenminister Silvan Shalom.
31.10.2005	Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet eine Resolution, die Syrien verwarnt und dazu auffordert, die internationale Untersuchung der Ermordung des libanesischen Präsidenten Rafiq Hariri zu unterstützen. Der Einspruch Russlands hatte schärfere Formulierungen verhindert. Außenminister Sergej Lawrow lobt die Resolution als Kompromiss.
1.– 2.11.2005	Staatsbesuch Präsident Putins in den Niederlanden. Putin wird von der Königin empfangen und führt Gespräche mit Jan Peter Balkenende, dem niederländischen Ministerpräsident, und Wirtschaftsvertretern. Putin besucht ferner den Internationalen Gerichtshof der UN.
3.11.2005	Der russische UN-Botschafter Andrej Denisow, erklärt, Russland werde den Beschuldigungen der von Paul A. Volcker geleiteten Untersuchungskommission nachgehen. Der Volcker-Bericht stellt fest, dass sich zahlreiche russische Politiker und Beamte im Rahmen des Programms „Öl für Lebensmittel“ illegal bereichert haben.
4.11.2005	Ministerpräsident Fradkow und sein chinesischer Amtskollege Wen Jiabao unterzeichnen in Peking eine Vereinbarung, nach der der russische Ölexport im Jahre 2006 von 8 Mio t auf 15 Mio t gesteigert werden soll.
8.11.2005	Das russische Außenministerium kritisiert die Bewertung der Wahlen in Aserbaidschan am 6.11.2005 durch die OSZE-Beobachtermission. Die OSZE-Vertreter hatten erklärt, dass die Wahlen nicht demokratischen Standards entsprochen hätten.
10.11.2005	Das estnische Außenministerium teilt mit, dass Russland dem estnischen Außenminister die Einreise zu einer Podiumsdiskussion in St. Petersburg verweigert. Zwei Tage später entschuldigt sich der russische Außenminister Sergej Lawrow telephonisch für diesen Vorfall bei seinem estnischen Amtskollegen.
10.11.2005	Außenminister Sergej Lawrow nimmt in Norwegen an der Sitzung des Euro-Arktische und Barentssee-Rates teil und führt Gespräche mit seinem norwegischen Amtskollegen.
13.11.2005	Der serbische Präsident Boris Tadić trifft zu einem dreitägigen Besuch in Moskau ein, um mit russischen Politikern die Zukunft des Kosovo zu diskutieren.
14.11.2005	Außenminister Sergej Lawrow erörtert mit seinem polnischen Amtskollegen Stefan Meller Möglichkeiten zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen.
14.11.2005	Präsident Putin und sein usbekischer Amtskollege Islam Karimov unterzeichnen in Moskau einen Vertrag über bilaterale Zusammenarbeit, der u. a. gegenseitige militärische Hilfe vorsieht und Russland die Möglichkeit eröffnet, Militärbasen auf usbekischem Gebiet einzurichten.
17.11.2005	Putin nimmt in der Türkei gemeinsam mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und dessen italienischer Amtskollege Silvio Berlusconi an den Feierlichkeiten anlässlich der Eröffnung der Gaspipeline „Blauer Strom“ teil, über die russisches Gas durch das Schwarze Meeres direkt in die Türkei geliefert werden soll.
18.11.2005	Präsident Putin und sein amerikanischer Amtskollege George W. Bush führen am Rande des Gipfeltreffens der Asia Pacific Economic Cooperation (APEC) in Pusan (Südkorea) Gespräche über außen- und sicherheitspolitische Fragen. Iran, Nordkorea und Syrien gehören zu den behandelten Themen.
18.11.2005	Die russische Regierung hinterlegt eine Kautions in Höhe von 500.000 US\$, damit Wladimir Kusnezow, ein russischer Mitarbeiter der UN, der wegen Korruptionsverdacht inhaftiert ist, auf freien Fuß gesetzt werden kann.
20.– 21.11.2005	Putin besucht Japan und erörtert mit dem japanischen Ministerpräsidenten Junichiro Koizumi bilaterale Fragen. Die beiden Staatsmänner vereinbaren den Bau einer Pipeline durch Sibirien bis zur Pazifikküste. In der Kurilenfrage vertreten beide Seiten unterschiedliche Standpunkte.
21.11.2005	Außenminister Sergej Lawrow empfängt seinen irakischen Amtskollegen Hoshiyar al-Zebari in Moskau und diskutiert mit ihm Fragen des Wiederaufbaus im Irak. Lawrow kündigt an, dass Russland mehr Fachleute in den Irak entsenden will.
22.11.2005	Am Schluss seines Japanbesuchs wird Präsident Putin vom japanischen Kaiser empfangen.
30.11.– 1.12.2005	Treffen des Petersburger Dialogs in St. Petersburg.
3.12.2005	Der neue deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier trifft zu seinem Antrittsbesuch in Moskau ein. Er führt Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow und wird in Nowo-Ogarewo von Präsident Putin empfangen.
4.– 6.12.2005	Außenministertreffen der OSZE-Staaten in Laibach. Der russische Außenminister Sergej Lawrow kritisiert „Doppelstandards“ in der Wahlbeobachtung der OSZE und verlangt eine Neudefinition der Prozeduren bei der Organisation der Wahlbeobachtung. Das Treffen geht zu Ende, ohne dass ein gemeinsames Abschlussdokument unterzeichnet wird.

4.– 6.12.2005	Staatsbesuch des indischen Ministerpräsidenten Manmohan Singh in Russland.
6.12.2005	Putin empfängt den indischen Ministerpräsidenten Manmohan Singh im Kreml und erörtert mit ihm Fragen der wirtschaftlichen und strategischen Zusammenarbeit.
6.12.2005	Die Staatsanwaltschaft der Republik Inguschetien leitet ein Verfahren gegen das regionale Parlament ein, da dieses bisher der Direktive des Verfassungsgerichts nicht gefolgt sei, Verfassung und Gesetzgebung der Republik dem der Föderation anzupassen.
12.– 14.12.2005	Putin nimmt am Gipfel der ASEAN in Kuala Lumpur teil. Russland hat bei der ASEAN Beobachterstatus.
13.12.2005	In Kuala Lumpur entschuldigt sich der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao bei Präsident Putin für die Bedrohung der Wasserversorgung von Chabarovsk, die durch einen chinesische Umweltunfall ausgelöst wurde.
15.12.2005	Außenminister Sergej Lawrow kritisiert die Äußerungen des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad, in denen dieser den nationalsozialistischen Massenmord an den Juden geleugnet hatte.
15.12.2005	Präsident Putin und sein belarussischer Amtskollege Alexander Lukaschenko treffen in Sotschi zusammen. Die beiden Präsidenten erörtern Energie- und Zollfragen.
16.12.2005	Putin trifft sich in Sotschi mit seinem armenischen Amtskollegen Robert Kotscharjan und erörtert mit ihm die bilateralen Beziehungen.
19.12.2005	Nordkorea gibt den russischen Frachter „Ternej“ frei, den der nordkoreanische Grenzschutz am 5. Dezember wegen angeblichen Eindringens in die Hoheitsgewässer aufgebracht hatte.
19.12.2005	Der belarussische Ministerpräsident Sergej Sidorskiј teilt mit, dass Russland bereit ist, Belarus im Jahre 2006 21 Mio. Kubikmeter Erdgas zum Preis von 46,68 US\$ pro 1.000 Kubikmeter zu liefern.
19.12.2005	Der ukrainische Ministerpräsident Jurij Jechanurow trifft in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Michail Fradkow zusammen, um über die Preise für Gaslieferungen zu verhandeln. Der teilweise in staatlichem Besitz befindliche Energiekonzern Gazprom hatte Mitte Dezember mitgeteilt, die Ukraine solle ab 2006 statt wie bisher 50 US\$ pro 1.000 Kubikmeter bis zu 230 US\$ zahlen.
24.12.2005	Russland überreicht der iranischen Regierung eine Note mit Vorschlägen zur Lösung des iranischen Atomproblems. Darin bietet Russland an, die umstrittene Uran-Anreicherung gemeinsam auf russischem Boden vorzunehmen. Damit soll eine unkontrollierte Herstellung von waffenfähigem Plutonium in Iran verhindert werden. Das iranische Außenamt erklärt zunächst, es habe kein entsprechendes Angebot von Russland erhalten.
29.12.2005	Ministerpräsident Michail Fradkow unterzeichnet eine Resolution, die den Verkauf von Gazprom-Aktien an Ausländer liberalisiert.
29.12.2005	Präsident Putin kritisiert im Fernsehen die Verhandlungspartner in den Erdgas-Gesprächen zwischen Russland und der Ukraine und wirft ihnen vor, sie hätten eine Krisensituation geschaffen – nicht nur im Energiesektor, sondern in den Beziehungen zwischen beiden Ländern.
31.12.2005	Gazprom verringert die Einspeisung in die Gasleitung durch die Ukraine nach Europa um 120 Millionen Kubikmeter am Tag, nachdem sich Russland und die Ukraine nicht über eine Erhöhung des Gaspreises einigen können.
1.1.2006	Russland übernimmt von Großbritannien den Vorsitz bei der G-8, der Gruppe der acht führenden Industrieländer.
2.1.2006	Gazprom nimmt die Lieferungen durch die Ukraine wieder auf, nachdem die Regierungen mehrerer europäischer Länder gegen die Kürzungen protestiert haben.
2.1.2006	Gazprom stellt die Gaslieferungen nach Moldawien ein, da es bisher nicht zum Abschluss eines neuen Liefervertrages gekommen ist. Gazprom setzt einen Preis von 160 US\$ pro 1.000 Kubikmeter an. Bisher betrug der Preis 80 US\$.
3.– 4.1.2006	Aleksej Miller, der Vorstandsvorsitzende von Gazprom, und Oleksij Iwtschenko von Naftagaz Ukrainy unterzeichnen einen Vertrag, nach dem sich Gazprom verpflichtet, an Naftagaz Ukrainy in den nächsten fünf Jahren Erdgas zum Preis von 230 US\$ pro 1.000 Kubikmetern zu liefern. Die Lieferung erfolgt vorläufig über RosUkrEnergo, ein joint venture von Gazprom und der Raiffeisenbank Österreich, das das Gas seinerseits zum Preis von 95 US\$ an Naftagaz weitergibt. Die Differenz wird durch die Einspeisung von billigem turkmenischem Erdgas abgedeckt. Der Preis, den die Ukraine in Zukunft für den Transfer von russischem Erdgas nach Westen erhält, wird von 1,09 auf 1,60 US\$ pro 100 km angehoben.
11.1.2006	Präsident Putin nimmt in Astana an der Amtseinführung des kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew teil. Am Rande der Feierlichkeiten trifft er mit dem ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko zusammen und erörtert mit ihm das russisch-ukrainische Energieabkommen. Beide Präsidenten loben die Übereinkunft ausdrücklich.
11.1.2006	Der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück führt in Moskau Gespräche über Finanz- und Wirtschaftsfragen. Ein wichtiges Thema ist Russlands Absicht, seine Schulden gegenüber Deutschland vorzeitig abzulösen.

12.1.2006	Präsident Putin erörtert bei einem Treffen mit seinen Amtskollegen aus Kasachstan und der Ukraine, Nasarbajew und Juschtschenko, in Astana eine Zusammenarbeit im Bereich der Nuklearenergie.
13.1.2006	Der ukrainische hydronavigatorische Dienst nimmt einen Leuchtturm des hydronavigatorischen Dienstes der russischen Schwarzmeerflotte in Jalta gegen den Willen der russischen Seite in Besitz.
16.1.2006	Putin empfängt die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zu ihrem Antrittsbesuch und erörtert mit ihr u. a. die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und Fragen der Energiesicherheit.
16.1.2006	Nach dem Treffen mit Putin empfängt Angela Merkel Vertreter russischer Menschenrechtsgruppen und oppositioneller Parteien in der deutschen Botschaft in Moskau.
17.1.2005	Eine hochrangige israelische Delegation trifft in Moskau ein, um mit der russischen Regierung die Situation im Iran zu erörtern. Der Delegation sollen u. a. Giora Eiland, der Vorsitzende des israelischen Sicherheitsrates, und Gideon Frank, der an der Spitze der Atomenergiekommission Israels steht, angehören.
22.1.2006	Der Fernsehsender „Rossija“ sendet Aufnahmen des Inlandsgeheimdienstes FSB, die britische Diplomaten beim Entleeren eines „toten Briefkastens“ zeigen. Einer der britischen Vertreter, der Botschaftssekretär Marc Doe, ist in der Botschaft für die Förderung von NGOs zuständig. Einige russische Medien bringen daher russische Menschenrechtsorganisationen mit Spionage in Verbindung.
23.6.2006	Der Sprecher des Inlandsgeheimdienstes FSB wirft dem britischen MI6 vor, er habe ein „Gentleman's Agreement“ gebrochen, nach dem der offizielle Geheimdienstvertreter in der Botschaft sich nicht an Spionageoperationen beteiligen solle. Aus diesem Grunde habe der FSB den öffentlichen Skandal inszeniert.
23.1.2006	Der georgische Präsident Micheil Saakaschwili wirft Russland in Zusammenhang mit den Anschlägen auf Pipelines und Hochspannungsleitungen Sabotage vor. Außenminister Gela Beschuaschwili beschuldigt Russland, die Unterbrechung der georgischen Energieversorgung zur politischen Erpressung auszunutzen. Das russische Außenministerium weist diese Vorwürfe zurück.
23.1.2006	Außenminister Sergej Lawrow erörtert mit dem iranischen Stellvertretenden Außenminister Mehdi Safari Möglichkeiten zur Lösung des Konflikts, der sich an der iranischen Nuklearpolitik entzündet hat.
23.5.2006	Der russische Erdgasmonopolist Gazprom beschuldigt die Ukraine, unberechtigt Gas aus den Transitleistungen abzuzweigen, und erklärt, dies sei Ursache der verminderten Gaslieferungen.
24.1.2006	Der Vorsitzende des Obersten Nationalen Sicherheitsrats des Iran, Ali Laridschani, führt in Moskau mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow und dem Sekretär des russischen Sicherheitsrats, Igor Iwanow, Gespräche über eine politische Lösung des Konflikts um das iranische Atomprogramm.
24.1.2006	Putin trifft in Petersburg mit dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko zusammen und erörtert mit ihm Möglichkeiten, die russisch-belarussische Union auszubauen. Lukaschenko stellt sich im März zur Wiederwahl.
25.1.2006	In St. Petersburg tagt der Rat der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan angehören. Usbekistan wird als neues Mitglied aufgenommen.
25.1.2006	Putin und sein kasachischer Amtskollege Präsident Nursultan Nasarbajew erörtern in St. Petersburg bilaterale Fragen der Energiekooperation.
25.1.2006	Im Europarat wird Wladimir Shirinowskij das Mikrofon abgeschaltet, als er den Vorsitzenden der russischen Kommunisten, Gennadij Sjuganow, attackiert.
26.1.2006	Nach einem Wortwechsel mit einem georgischen Abgeordneten wird Wladimir Shirinowskij im Europarat abermals das Mikrofon abgeschaltet.
26.1.2005	Am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos führen Wirtschaftsentwicklungs- und Handelsminister German Gref und der US-Handelbeauftragte Robert Portman Gespräche über Russlands Zulassung zur WTO.
29.1.2006	Die Erdgaslieferungen nach Georgien werden wieder aufgenommen, nachdem Kawkasgas die Reparatur der beschädigten Erdgasleitung abgeschlossen hat.
30.1.2006	Siemens teilt mit, dass es 20,62% der Aktien des Unternehmens „Silowye maschiny“ von Interros erworben hat. Damit verfügt Siemens jetzt über 25%+1 Aktie von „Silowye maschiny“.
30.1.2006	Die Außenminister der USA, Chinas, Russlands, Frankreichs und Großbritanniens unterzeichnen in London eine Erklärung, wonach die nuklearen Aktivitäten des Iran im März Thema im Sicherheitsrat werden sollen. Zuvor solle der Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) zum Atomprogramm abgewartet werden.
31.1.2006	Die österreichische Raiffeisen-Gruppe erwirbt 100% der Aktien der Impeksbank.
1.2.2006	In Georgien löst ein Verkehrsunfall, in den ein russischer Militärlastwagen verwickelt ist, eine Massenschlägerei aus, an der am Ende etwa 100 russische und 300 georgische Soldaten beteiligt sind. Die Russen sind als Friedenstruppen in Südossetien stationiert.
5.2.2006	Auf der Münchner Sicherheitskonferenz spricht sich der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow für eine stärkere Rolle der UNO bei der Bekämpfung des Terrorismus aus.

2. Russische Militärpolitik

Dale Herspring

Putin auf dem Weg zur Militärreform

Auch wenn noch viel zu tun bleibt, hat Putin doch den langen und langwierigen Prozess einer Reform des Russischen Militärs in Gang gebracht. Dabei gibt es keine Erfolgsgarantie. Die Probleme, denen die Streitkräfte gegenwärtig ausgesetzt sind, sind immens. Aber zum ersten Mal seit 1985 werden sie systematisch angegangen. Das Ergebnis ist mehr Stabilität und größere Berechenbarkeit – Faktoren, die für die militärische Führung von größter Wichtigkeit sind.

Der Hase und die Schildkröte

Im Gegensatz zur vorherrschenden Meinung vertrete ich die Ansicht, dass Putin eine systematische, wenn auch bisher nicht abgeschlossene und sicherlich nicht perfekte Reform des russischen Militärs in Angriff genommen hat. Statt Gorbatschows Desinteresse und Jelzins Politik des Chaos bietet Putin der militärischen Führung das, was sie am meisten schätzt: Stabilität und Berechenbarkeit. Das bedeutet nicht, dass ein Ende der Reformen in Sicht wäre, oder dass es dieses überhaupt geben wird. Wenn man allerdings den chaotischen Zustand des Militärs bei Putins Amtsübernahme betrachtet (Flugzeuge, die nicht fliegen, Schiffe, die nicht seetüchtig sind, zerfallende Panzer, eine Moral auf dem Tiefstand und eine Menge sozialer Probleme), sieht die Welt 2005 für die Generäle wesentlich besser aus als im Januar 2000.

Zunächst ein paar Worte zu Putin selbst. Warum? Weil sein militärischer Ansatz sich in seinem Politikansatz widerspiegelt. Im Jahr 2000 entschied Putin, dass das Land in erster Linie *Stabilität* brauchte. Jelzin war ein Revolutionär gewesen und er hatte den Kommunismus zerschlagen. Nun aber brauchte das Land nach Auffassung Putins eine ruhigere Gangart.

Zum Zweiten ist Putin ein Pragmatiker. Bei ihm gibt es keine vorgefertigten Lösungen; er arbeitet problemorientiert. Es ist für ihn unerheblich, ob ein Lösungskonzept von der Rechten oder Linken kommt. Überhaupt denkt Putin nicht ideologisch. Die Kommunistische Weltanschauung schuf ein Chaos in Russland. Diesen Fehler will Putin nach eigener Aussage nicht wiederholen.

Zum Dritten ist Putin ein Bürokrat, was angesichts seines KGB-Hintergrundes nicht überrascht. Er schätzt Institutionen wie das Militär, weil dessen Mitarbeiter ausgebildet sind, Probleme zu lösen, und verstehen, Anweisungen einer zentralisierten Kommandostruktur zu folgen. Viertens glaubt Putin an die Existenz einer eigenständigen russischen politischen Kultur. Er ist davon überzeugt, dass die Probleme des Landes *po-russki* gelöst werden, nicht nach einem westlichen oder irgendeinem anderen Modell. Schließlich ist Putin ein Gradualist. Er glaubt an die Methode der kleinen Schritte bei der Lösung der Probleme des Landes. In Aesops Fabeln ist er die Schildkröte, nicht der Hase. Um zum Militär zurückzukehren: Was hat Putin angesichts der ihm chaotischen Situation unternommen, die er von seinem Vorgänger geerbt hat?

Probleme, Probleme (1)

Bei seinem Amtsantritt fand Putin im Verteidigungsministerium eine Situation vor, in der alle gegen alle kämpften. Sein Verteidigungsminister, Marschall Igor Sergejew und der Generalstabschef, General Anatoli Kwaschnin waren ineinander verbissen – ein bürokratischer Ringkampf, der für den Kreml peinlich war. Putins löste das Problem, indem er beide Männer scharf anging, sich aber Zeit dabei ließ, Sergejew in den Ruhestand abzuschieben. Kwaschnins Eintreten für konventionelle Streitkräfte hielt er für berechtigt. Die Nuklearwaffen, die Sergejew befürwortet hatte, waren im Tschetschenienkonflikt nutzlos und hätten auch das „Rennen nach Pristina“ nicht ermöglicht.

Außerdem blieb da das Dauerproblem der Personalergänzung für die Streitkräfte. Die demographische Misere führt dazu, dass die Zahl der verfügbaren Rekruten ständig abnimmt und es in einigen Jahren unmöglich sein wird, die Streitkräfte mit Personal zu versorgen. Wieder entschied sich Putin für schrittweises Vorgehen. Die Generäle lehnten die Abschaffung der Wehrpflicht ab – aus patriotischen, aber auch finanziellen Gründen (wer hätte dann ihre Datschen bauen, und wen hätten sie gegen Entgelt an Unternehmer verleihen sollen?). Statt eine sofortige Veränderung der Situation zu fordern, drängte Putin die Generäle dazu, Zeitsoldaten, den so genannten *kontraktniki*, eine größere Rolle einzuräumen. Die Generäle widersetzten sich aber dieser Vorstellung und Kwaschnin versuchte den Truppenversuch in der 76. Luftlandedivision in Pskow zu torpedieren. Nichtsdestoweniger, trotz Kwaschnins Anstrengungen und trotz der enormen Probleme in nahezu jedem Bereich – Wohnungsfrage, Infrastruktur, Entlohnung, Personalrekrutierung und -unterhalt – ist Anfang 2005 klar, dass sich Russland langsam in Richtung einer zweigliedrigen Armee bewegt. Rund 144.000 Zeitsoldaten (*kontraktniki*), denen die Kampfeinsätze obliegen, werden in eine Anzahl „Eingreifereinheiten“ gegliedert. Diese werden aus der 42. Infanteriedivision in Tschetschenien, der Marineinfanterie, den Luftlandetruppen, der Speznas (Sonder- bzw. Kommandoeinheiten), den U-Booten und anderen Eliteverbänden bestehen, während die Dienstzeit der Wehrpflichtigen von zwei auf ein Jahr reduziert wird. Nach Ableistung des Dienstes bleiben sie Reservisten.

Bedenken bereitet momentan, dass nahezu 40% der Zeitsoldaten Frauen sind – Töchter und Ehefrauen der Soldaten, die keinen Dienst an der Waffe verrichten. Deren Familien aber die Einkommen benötigen, insbesondere in abgelegenen Standorten.

Befehl und Gehorsam

Die wichtigste strukturelle Umgestaltung, die Putin vornahm, war die Abschaffung des Jelzin-Arrangements, wonach der Generalstab theoretisch dem Verteidigungsminister unterstand, jedoch eigentlich die operative Befehlsgewalt über die Streitkräfte innehatte. Dass Kwaschnin noch dazu Mitglied im **nationalen** Sicherheitsrat war, ermöglichte es ihm, den Verteidigungsminister Sergej Iwanow – ein enger Freund und Vertrauter Putins – zu übergehen. Putin tat zwei entscheidende Schritte. Zunächst wurde der Artikel 13.2 des Verteidigungsgesetzes von 1996 dahingehend geändert, dass der Generalstab nun dem Verteidigungsminister unterstellt war und seine operative Verantwortlichkeit verlor. Von nun an sollte er sich auf Planungsaufgaben konzentrieren. Indes wurde Kwaschnin zu Gunsten seines Stellvertreters, des intellektuelleren und weniger aggressiven Juri Balujewski, gefeuert. Nun ist die Befehlsgebung klar geordnet – sie läuft von Putin über Iwanow zu Balujewski.

„Wir brauchen mehr Geld“

Wie jeder, der sich mit der Geschichte der Militärreform in Russland beschäftigt hat, weiß, haben sich die Generäle stets hinter Finanzproblemen versteckt. Was auch immer die Politik vorschlug, die Antwort lautete immer „wir brauchen mehr Geld“. Auch wenn das vielfach eine Ausrede war, steht doch fest, dass Jelzin das Militär derart aushungerte, dass zivile Kraftwerke die Stromversorgung wegen mangelnder Zahlungen einstellten, dass Soldaten Pilze zur Aufbesserung ihrer Verpflegung sammelten oder dass russische Streitkräfte in Tschetschenien so erbärmlich versorgt waren, dass sie Waffen und Munition aus dem 2. Weltkrieg benutzten und von einer Bank gestiftete Schuhe tragen mußten.

Putin erhöhte unverzüglich den Militäretat. Nicht in dem Umfang, wie von den Generälen gewünscht (sie forderten 3,5 % des Bruttonationalproduktes, bis 2005 waren es aber nur 2,8 %), aber mit dem Rückenwind eines steigenden Ölpreises begann er, Sold zu erhöhen, Ausbildungszeiten zu verlängern und Schritte in Richtung auf eine professionelleren Armee zu finanzieren. Dabei gab es auch deutliche Beschränkungen: bis 2008 werden keine neuen Waffen beschafft, weshalb in der Zwischenzeit strukturell modernisiert werden muss. Auch standen nicht genügend Mittel zur Verfügung, um die Besoldung dem zivilen Arbeitsmarkt anzupassen.

Kleine Reformfortschritte ...

In der Zwischenzeit hat die Putin-Administration einige „kleine“ aber wichtige Schritte unternommen, um das Leben im Militär rationeller zu organisieren. Um ein paar Beispiele zu nennen: Zunächst die Wohnungsfrage – ein Problem, das die Führung seit dem Abzug der Truppen aus Deutschland und Osteuropa umtreibt. Um dieses Problem anzugehen, führte das Militär ein neues Programm von Wohnungs-Zertifikaten für alle ein, die seit 2003 in die Streitkräfte eintreten. Das Militär bezahlt hierbei Geld auf das Konto des Berufssoldaten ein. Nach drei Jahren kann dieser das Geld abheben und zusammen mit einem Kredit der Bank eine Wohnung kaufen. Reicht das, um eine Wohnung in Moskau zu kaufen? Sicher nicht, aber es ist ein Anfang.

Zweitens – mit dem Problem des Rekrutenmangels konfrontiert, versuchte das Militär zunächst, die Zahl der Zurückstellungsgründe (etwa 25) zu reduzieren was allerdings in der Öffentlichkeit auf Widerstand stieß. Also kündigte Iwanow die Reduzierung der Militärfakultäten an Universitäten von 229 auf etwa 30 an. Studenten an diesen 30 Universitäten bekommen ein Stipendium im Austausch dafür, dass sie sich für mindestens drei Jahre als Reserveoffiziere verpflichten. Studenten anderer Universitäten, die ihren Wehrdienst nicht vorher abgeleistet haben, müssen nach ihrem Studium ein Jahr als einfache Wehrpflichtige dienen.

Die Putin-Administration betraute nicht nur eine Zivilperson (noch dazu eine Frau!) damit, die Finanzen des Verteidigungsministeriums in den Griff zu bekommen, sie führte auch klare Zuständigkeiten für die Beschaffung ein. Darüber hinaus ist die Einrichtung eines zentralen Logistiksystems geplant. Verteidigungsminister Iwanow berichtet, dass es bei seinem Amtsantritt 52 verschiedene Abteilungen im Verteidigungsministerium, die alle zum Kauf von Militärgerät und Waffen sowie zur Inanspruchnahme von Forschungs- und Entwicklungsmitteln berechtigt waren. Heute gibt es nur noch eine solche Abteilung.

Schließlich – auch wenn das für viele westliche Leser weniger wichtig erscheinen mag – trug das Oberkommando in Tschetschenien in gewissem Sinne einen Sieg davon: der Einsatz der regulären Streitkräfte ist zeitlich begrenzt. Heute ist das Innenministerium in Tschetschenien zuständig. Der Beitrag des Verteidigungsministeriums ist auf etwa 30.000 Mann festgesetzt, die der 42. Division zugeordnet werden – ein sehr wichtiger Faktor aus der Sicht des Planers.

...und Rückschläge

Allerdings waren nicht alle Maßnahmen der Putin-Administration erfolgreich. Als Beispiel sei die Monetarisierung genannt. Die Öffentlichen Verkehrsmittel in Russland haben ein Problem: Von der staatlichen Subventionierung, mit der die Verkehrsbetriebe früher finanziert wurden, ist man zur Eigenfinanzierung übergegangen. Nun gibt es eine Reihe Städte, in denen sehr viel Militär stationiert ist (z.B. Moskau, St. Petersburg). Früher konnten Angehörige der Streitkräfte die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos nutzen. Wenn die Soldaten nicht bezahlen, kann die Stadt (oder der Staat im Fall der Eisenbahn) das Transportsystem nicht modernisieren (z.B. durch Anschaffung neuer Busse oder Bahnwaggons). Folglich war der Druck hoch, dem Militär seine Freifahrten zu nehmen. Die Lösungsidee war, länger dienenden Soldaten Geld als Kompensation für die entstehenden Transportkosten zu zahlen. Leider erhielten sie zu wenig, wodurch es fast zu einer Revolte in dieser und in ähnlich gelagerten Problemen kam, bei denen Berufssoldaten und Ruheständler betroffen waren. Zwar erhöhte das Verteidigungsministerium die Mittel, die für solche Zahlungen an die Streitkräfte zur Verfügung standen, aber die Angelegenheit wurde insgesamt schlampig gehandhabt.

Probleme, Probleme (2)

Die Frage ist also: gelingt der Putin-Administration so die Militärreform? Wohl kaum. Konfuzius sagte angeblich „auch eine lange Reise beginnt mit dem ersten Schritt“. Mehr als diesen hat Putin nicht getan – obschon man es im Vergleich zu Jelzins Bilanz einen „Großen Sprung nach vorne“ nennen könnte. Die Probleme sind Legion, zum Teil schlimmer als im Jahr 2000.

Immer noch scheiden viele Offiziere freiwillig aus dem Dienst aus. Neue Waffen werden nur langsam und spärlich beschafft (und ich meine wirklich langsam und spärlich). Verbrechen und Korruption sind weiterhin nicht unter Kontrolle. Moskau muss die Details zu Putins neuer „Terrorismus-Doktrin“ erst noch ausarbeiten. Außerdem ist da noch die abscheuliche Praxis der *dedowschtschina* – das Schikanieren jüngerer Soldaten durch ältere, ein Brauch, der nahezu völlig außer Kontrolle geraten ist, und jedes Jahr zum Selbstmord von Rekruten führt, die die Vergewaltigungen, Schläge und Demütigungen nicht mehr ertragen können.

Bei dem Versuch, diese Probleme in den Griff zu bekommen, geht das russische Oberkommando von bestimmten Annahmen aus. Es unterstellt zum einen, dass strukturelle Veränderungen wie die einjährige Dienstzeit, die Wiederbelebung des Wachdienstes, um gegen Disziplinverstöße vorzugehen, und die bessere Qualität der Rekruten aus den Universitäten die *dedowschtschina* beseitigen werden. Die westliche Antwort auf dieses Problem ist der länger dienende Unteroffizier, der in allen westlichen Armeen den eigentlichen Truppenalltag kontrolliert. Es gibt Gerüchte, dass Unteroffiziere der *kontraktniki* den Kasernen zugeteilt werden, um die Missbräuche zu unterdrücken, aber viele russische Offiziere möchten nicht so viel Autorität an Untergebene abtreten. Es gibt sogar Berichte, wonach sich höhere Offiziere an die russische Geistlichkeit gewandt haben mit der Bitte um Hilfe bei diesem Problem, aber auch bei anderen wie Kriminalität oder Korruption.

In Russland geht man weiterhin davon aus, dass der Ölpreis in den nächsten Jahren auf einem hohen Niveau bleiben wird. Das beflügelt den wirtschaftlichen Aufschwung und verschafft Putin die Mittel, die er zur Reform der Streitkräfte benötigt. Außerdem nimmt man an, dass eine wachsende Wirtschaft (und damit eine breitere Steuerbasis) mehr Geld für Löhne bedeutet, was wiederum dem Kreml Spielräume zur Lösung von Problemen wie Kriminalität und Korruption öffnet, von der Behebung der Schwierigkeiten bei Personalrekrutierung und -unterhalt ganz zu schweigen.

Drittens nimmt man in Russland an, dass Putins Nachfolger sich nach 2008 dem Umbau der Streitkräfte genau so verpflichtet fühlt wie Putin heute. Das bleibt abzuwarten.

Unter dem Strich kann man sagen, dass noch viel getan werden muss, dass das russische Militär von ernsthaften Problemen geplagt wird und dass es keine Erfolgsgarantie gibt. Andererseits bin ich der Auffassung, dass jeder, der die russische Armee schon abschreibt, dies auf eigenes Risiko tut. Putin hat mehr zum Umbau der russischen Armee getan, als ihm meist zugebilligt wird – im Westen und in Russland.

Übersetzung: Bastian Stenzel

Statistische Angaben zu den russischen Streitkräften

(zusammengestellt von Bastian Stenzel)

Streitkräfte der Russischen Föderation

<i>Truppenart</i>	<i>Gesamtzahl</i>		<i>Davon: Wehrdienstleistende</i>
Streitkräfte insgesamt			
Aktives Personal	1.212.700		
Reservisten	etwa 20.000.000		
Verteidigungsministerium			
Strategische Abschreckungskräfte	149.000		k.A.
- abgestellt aus den Luftstreitkräften		38.000	
- abgestellt aus der Seekriegsflotte		11.000	
Strategische Raketentruppen	100.000		50.000
Frühwarnsysteme	k.A.		k.A.
Kosmische Truppen	k.A.		k.A.
Landstreitkräfte	360.000		190.000
Seekriegsflotte	155.000		16.000
Marineluftstreitkräfte	35.000		k.A.
Küstenverteidigung	9.500		k.A.
Luftstreitkräfte	184.600		k.A.
Paramilitärische Truppen des Verteidigungsministeriums			
Eisenbahntruppen	54.000		k.A.
Bautruppen	k.A.		k.A.
Summe	902.600 (zuzüglich Bausoldaten)		
Andere Ministerien			
Föderaler Grenzschutz	140.000		k.A.
Innere Truppen	151.100		k.A.
Föderaler Sicherheitsdienst (FSB)	4.000		k.A.
Föderaler Schutzdienst	10.000 – 30.000		k.A.
Föderale Agentur für Kommunikation und Information	54.000		k.A.
Summe	349.100 (zuzüglich Föderaler Schutzdienst)		
Insgesamt	1.202.700 (zuzüglich Föderaler Schutzdienst und Bautruppen)		

Zusammengestellt nach: The Military Balance 2004–2005, Oxford 2004, S. 104ff. (Stand Oktober 2004)

Im Ausland stationierte Truppen

Land/ Region	Landstreit- kräfte	Luftstreit- kräfte	Marine- infanterie	Ohne Spezifikation	Gesamt nach Region
Armenien	3.500				3.500
Georgien	3.000				3.000
Kirgisistan		500			500
Moldawien	1.400				1.400
Tadschi- kistan	7.800				7.800
Ukraine			1.100		1.100
Afrika				100	100
Syrien				150	150
Summe	15.700	500	1.100	250	17.550

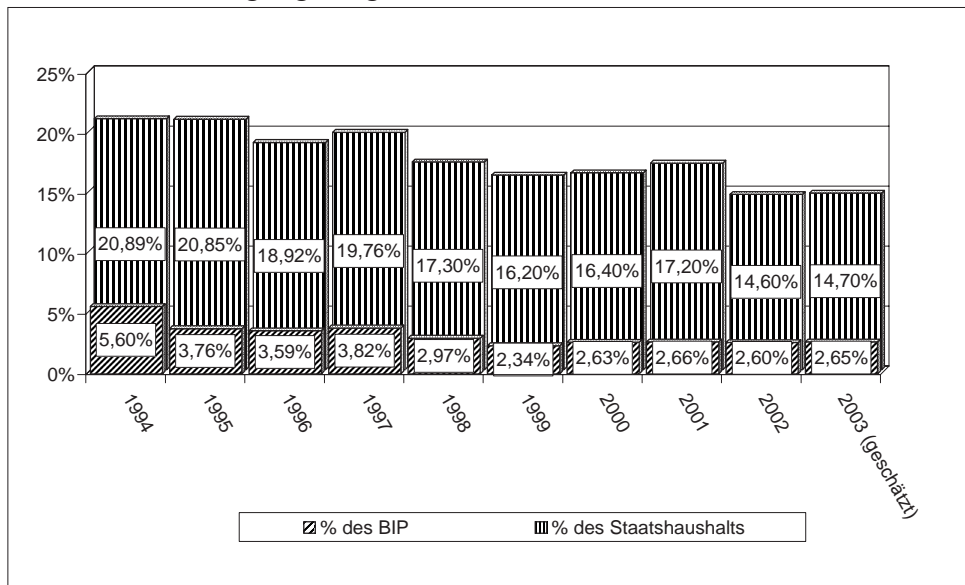
Zusammengestellt nach: The Military Balance 2004–2005, Oxford 2004, S. 109. (Stand Oktober 2004)

Truppen in Peacekeeping-Einsätzen

<i>Land/Region</i>	<i>Truppenstärke</i>	<i>davon Beobachter</i>
Einsätze im Rahmen der GUS		
Georgien/Abchasien	1.600	
Georgien/Südossetien	530	
Moldawien/Transnistrien	500	
Einsätze im Rahmen der UN		
Elfenbeinküste (UNOCI)	10	8
Demokratische Republik Kongo (MONUC)	28	27
Ost-Timor (UMNISET)	2	2
Äthiopien/Eritrea (UNMEE)	6	6
Georgien (UNOMIG)	3	3
Liberien (UNMIL)	6	6
Mittlerer Osten (UNTSO)	5	5
Serbien und Montenegro (UNMIK)	2	2
Sierra Leone (UNAMSIL)	129	15
Westsahara (MINURSO)	26	26
Summe	2.847	100

Zusammengestellt nach: The Military Balance 2004–2005, Oxford 2004, S. 109f. (Stand Oktober 2004)

Russische Verteidigungsausgaben 1994–2003



Quelle: Alexei Arbatov: Military Reform: From Crisis to Stagnation, in: Rossijskie wooruzhennye sily: vlast i politika. Pod red. Stiwena Millera i Dmitrija Trenina, <http://www.carnegieendowment.org/files/3arbatov.pdf> 10. Februar 2005

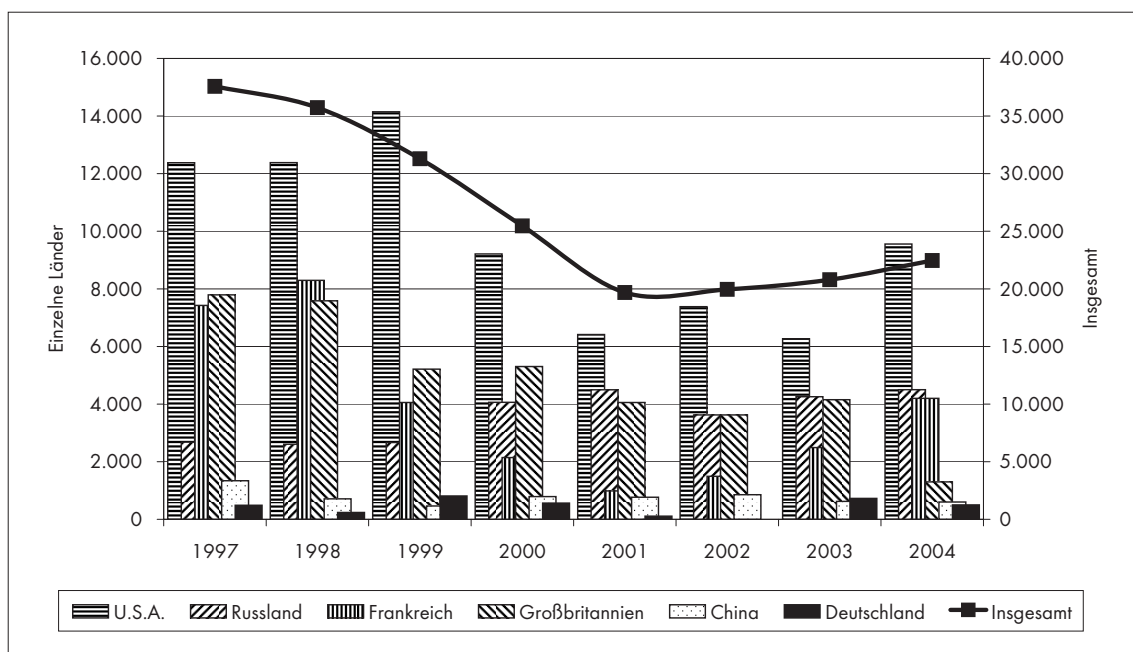
* Angaben für 2003 geschätzt

Internationale Rüstungsexporte 1997–2004

(zusammengestellt von Bastian Stenzel)

Waffenlieferungen an Entwicklungsländer 1997–2004

(nach Lieferländern; Mio. konstante US-Dollar von 2004)



Waffenlieferungen an Entwicklungsländer 1997–2004

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1997–2004
(nach Lieferländern; Mio. konstante US-Dollar von 2004)									
U.S.A.	12.380	12.384	14.149	9.214	6.416	7.382	6.264	9.557	77.746
Russland	2.678	2.607	2.665	4.063	4.496	3.624	4.255	4.500	28.888
Frankreich	7.425	8.296	4.055	2.144	987	1.492	2.491	4.200	31.090
Großbritannien	7.791	7.585	5.213	5.305	4.057	3.624	4.152	1.300	39.027
China	1.339	711	463	790	768	853	623	600	6.147
Deutschland	487	237	811	564	110	0	727	500	3.436
Italien	487	237	579	0	219	107	104	100	1.833
Andere europäische Staaten	3.652	2.489	2.433	2.257	1.206	1.279	1.038	500	14.854
Übrige Staaten	1.339	1.185	927	1.129	1.426	1.599	1.142	1.200	9.947
Insgesamt	37.578	35.731	31.295	25.466	19.685	19.960	20.796	22.457	212.968
Anteil an den Gesamtlieferungen in %									
U.S.A.	32,94%	34,66%	45,21%	36,18%	32,59%	36,98%	30,12%	42,56%	36,51%
Russland	7,13%	7,30%	8,52%	15,95%	22,84%	18,16%	20,46%	20,04%	13,56%
Frankreich	19,76%	23,22%	12,96%	8,42%	5,01%	7,47%	11,98%	18,70%	14,60%
Großbritannien	20,73%	21,23%	16,66%	20,83%	20,61%	18,16%	19,97%	5,79%	18,33%
China	3,56%	1,99%	1,48%	3,10%	3,90%	4,27%	3,00%	2,67%	2,89%
Deutschland	1,30%	0,66%	2,59%	2,21%	0,56%	0,00%	3,50%	2,23%	1,61%
Italien	1,30%	0,66%	1,85%	0,00%	1,11%	0,54%	0,50%	0,45%	0,86%
Andere europäische Staaten	9,72%	6,97%	7,77%	8,86%	6,13%	6,41%	4,99%	2,23%	6,97%
Übrige Staaten	3,56%	3,32%	2,96%	4,43%	7,24%	8,01%	5,49%	5,34%	4,67%

Quelle: Richard F. Grimmett: Conventional Arms Transfers to Developing Nations, 1997-2004. August 29, 2005. Congressional Research Service (CRS) Reports and Issue Briefs. Order Code RL33051, S. CRS-53f. <http://fpc.state.gov/documents/organization/52179.pdf>

3. Russland in der deutschen Außenpolitik

Jens Siegert

Der Freund des Kanzlers – zur deutschen Russlandpolitik

Bundeskanzler Gerhard Schröder war Anfang April der erste westliche Regierungschef, der Wladimir Putin zu seinem Wahlsieg persönlich in Moskau gratulierte. Schröder, selbst im Umfragetief, zeigte sich beeindruckt über die 70 Prozent seines „Freundes“, wie er Putin nennt. Putin revanchierte sich Mitte April mit einem als „privat“ bezeichneten Geburtstagsfeierbesuch in Hannover. Nur einen Tag nach Schröder machte der französische Präsident Jacques Chirac seine Aufwartung beim Wahlsieger Putin. Während der Besichtigung eines geheimen Raketenzentrums bei Moskau lobte er ausdrücklich die „Fortschritte der russischen Demokratie“. Schröders und Chiracs öffentliches Wohlwollen gegenüber dem russischen Präsidenten und der gleichzeitige Verzicht auf ebenso öffentliche Kritik sind kennzeichnend für die Russlandpolitik der meisten westlichen Regierungen.

Die für diese „Politik der weichen Hand“ angegebenen Gründe lassen sich zugespitzt im Dreiklang „Stabilität, Antiterrorkrieg, Wirtschaft“ zusammenfassen. Den westlichen Regierungen, darunter auch der Bundesregierung, sind diese drei Komponenten wichtiger als die russischen Probleme mit demokratischen Normen, Menschenrechten, Pressefreiheit und Zivilgesellschaft. Hinter dieser Prioritätensetzung verbirgt sich die lange nachwirkende Erleichterung, dass die Auflösung der Sowjetunion und der Systemwechsel in Russland Anfang der 1990er Jahre ohne großen Bürgerkrieg vollzogen wurden. Aktuell noch wichtiger dürfte die Erleichterung sein, dass die Instabilität der Jelzin-Zeit nicht zum Staatszerfall geführt hat. Jedenfalls braucht in absehbarer Zeit niemand zu befürchten, dass Russland die länger werdende Liste der *failing states* bereichern wird. Beide Überlegungen entspringen sicher legitimem politischem Denken. Doch reichen sie eben nicht aus, sind nicht weitsichtig genug. Wer eine mögliche demokratische Entwicklung Russlands zumindest auf politisch absehbare Zeit abschreibt und schon froh ist, wenn dieses große, oft gewalttätige und irgendwie unheimliche Land nicht allzu viel Destruktivpotential entwickelt, unterschätzt die in dieser Politik verborgenen Untiefen. Das Schiff kann trotzdem sinken.

Ein neues Russland...

Was ist geschehen, dass die Sorge um die demokratische Entwicklung Russlands so sehr in den Hintergrund getreten ist? Die Antwort ist einfach: Die Welt hat sich verändert und Putin hat Russland verändert. Putin trat Anfang 2000 sein Amt mit der Ankündigung an, die so genannte „Machtvertikale“ zu stärken, um einerseits den zentrifugalen und desintegrativen Tendenzen im Land entgegen zu steuern und andererseits einer „Diktatur des Gesetzes“ zum Durchbruch zu verhelfen. Nur so, in kontrollierter Weise und als starker Zentralstaat könne sich ein so großes und in demokratischen Regeln so unerfahrenes Land wie Russland in Richtung einer demokratischen Gesellschaft entwickeln. Das in der Folge entstandene politische System – und man kann durchaus von einem neuen politischen System sprechen – der „gelenkten Demokratie“ – ist spätestens seit den Dumawahlen im Dezember 2003 innerhalb einer liberalen Verfassung Wirklichkeit geworden.

Durch die Zwei-Drittel-Mehrheit der Putin-Partei „Einiges Russland“ ist auch die Duma, wie zuvor schon der Föderationsrat, zu einem technischen Parlament oder zu einem „Staatskomitee für Politik“ geworden. Technisch im Sinne von „im Kreml getroffene politische Entscheidungen ausführend“ sind ebenso die Regierung, fast alle Gerichte mit Ausnahme des Verfassungsgerichts, in etwas geringerem Maße die Wirtschaftsverbände, die Gewerkschaften und die – politisch zentralen – elektronischen Massenmedien. Die liberalen und demokratischen Parlamentsparteien haben ein Fiasko erlitten. Ihre Strategie einer „Opposition von Kremels Gnaden“ ohne ausreichende gesellschaftliche Verankerung ist gescheitert. Dort herrscht nach der auch selbstverschuldeten K.O.-Niederlage Ratlosigkeit. Versuche von wem auch immer, autonome Machtfelder aufzubauen, duldet der Kreml nicht, wie der Fall Chodorkowskij/Jukos zeigt. Einzige autonome,

wenn auch schwache politische Subjekte in Russland bleiben einige liberale Politiker und eine große Zahl von Nichtregierungsorganisationen.

... in einer Welt nach dem 11. September

Nach den Terroranschlägen auf New York und Washington am 11. September 2001 entschied sich Putin ohne Zögern, die US-geführte Anti-Terrorkoalition zu unterstützen. Daraufhin stellten viele westliche Politiker ihre Kritik an Demokratiedefiziten, Menschenrechtsverletzungen und Problemen des russischen Rechtsstaates weitgehend ein. Der brutale Krieg und die schrecklichen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien werden seither fast kommentarlos als Teil des „Kriegs gegen den Terrorismus“ akzeptiert. Zwar versichern auch deutsche Politiker, sie sprächen diese Defizite bei Treffen mit russischen Offiziellen regelmäßig an, aber es gibt nur wenige deutliche öffentliche Äußerungen, wie die zwei kurzen Absätze in der Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer vor der UN-Menschenrechtskommission Mitte März 2004.

Allerdings hilft es in der Praxis wenig, wenn die Probleme benannt werden, dann aber der Wille fehlt, sie auch mit Maßnahmen in harten Politikfeldern wie Wirtschaft oder Militärpolitik zu verbinden. Die deutsche Russlandpolitik ist typisch: Der Außenminister mahnt, der Bundeskanzler lobt und schließt Wirtschaftsverträge ab. Die Wirtschaftsverbände haben sich mit den zustimmenden, ja fast euphorischen Äußerungen ihrer VertreterInnen zur Verhaftung von Chodorkowskij und zu Putins Wahlsieg längst aus ihrer auch im wirtschaftlichen Eigeninteresse stehenden Verpflichtung gestohlen, rechtsstaatliche Normen zu fördern. Das ist mindestens so fraglich und würdelos wie Schröders Geburtstagsverbrüderung. Von russischer Seite wird dieses entgegenkommende Verhalten als insgeheimes Einverständnis und als Schwäche interpretiert. Zudem führt die Einbindung Russlands in den „Krieg gegen den Terrorismus“ nicht zu der intendierten „Zivilisierung“ der russischen Außenpolitik. Im Gegenteil sind nach dem Motto „wenn wir schon beim Krieg gegen den Terrorismus mitmachen, müssen wir auch was davon haben“ eher Versuche einer Re-Imperialisierung zu beobachten. Das spüren besonders die direkten Nachbarn Russlands wie die Ukraine, Georgien oder die baltischen Staaten.

Was tun?

Wie sollte die Politik der Bundesregierung gegenüber Russland aussehen? Wichtigster Punkt bleibt die Stärkung bilateraler und multilateraler Kontakte auf allen Ebenen: offiziell, wissenschaftlich, wirtschaftlich und zivilgesellschaftlich. Die russische Gesellschaft hat eine starke Tendenz, sich wieder von der Außenwelt abzukapseln, selbstgenügsam („*samodostatotschno*“) zu sein. Diese Tendenz wird durch die aktuellen Entwicklungen und den nationalistischen Boom eher befördert und könnte in einem neuen bürokratisch-autoritären System enden. Derartige Systeme spiegeln zwar erfahrungsgemäß langfristige Stabilität vor, tragen ihre inneren Sprengsätze aber wie Selbstmordattentäter um den Bauch geschnallt mit sich. Tschetschenien ist nur der größte russische Sprengsatz, nicht der einzige.

Wenn es also ein wichtiges Ziel ist, die russische Zivilgesellschaft zu stärken, die Menschenrechte voranzubringen, Ökologie, Minderheitenrechte, Toleranz und Geschlechterdemokratie zu fördern, dann müssen strategische Partnerschaften mit russischen NGOs aufgebaut werden. Dafür ist natürlich nicht nur die Bundesregierung verantwortlich. Aber sie muss der russischen Staatsführung klar machen, dass zivilgesellschaftliche Kontakte eine Schlüsselrolle in den deutsch-russischen Beziehungen spielen. Die Bundesregierung muss diese Themen auch auf den Tisch bringen, wenn die „harten“ wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Themen diskutiert werden. Im Umgang mit Russland sollten die EU-Europäer keinen Zweifel daran lassen, dass es sich bei Russland um ein europäisches Land handelt. Russland ist Mitglied des Europarats und hat alle damit verbundenen Verpflichtungen auf sich genommen.

Gleichzeitig muss es natürlich auch vielfältige Kontakte zu den VertreterInnen der neuen „gelenkten“ Demokratie, wie der Staatsduma und seiner Mehrheitsfraktion „Einiges Russland“, geben. Aber man muss sich darüber im Klaren sein, dass es sich hier eben um vom Kreml kont-

rollierte Institutionen handelt. Auch die Erfahrung mit einer so „unschuldigen“ Einrichtung wie dem von Schröder und Putin initiierten Petersburger Dialog zeigt das deutlich. Der Petersburger Dialog spielt bisher eine fatale Rolle, weil er der russischen Seite gestattet, Zivilgesellschaft zu ignorieren oder zu simulieren. Die deutsche Seite hat nicht den Mut und keine ausreichende politische Unterstützung, um das zu ändern. Der nominelle Leiter des russischen Teils des Lenkungsausschusses, Michail Gorbatschow, trifft ohne Einverständnis der Kreml-Vertrauensleute keinerlei Entscheidungen – und er tut nichts, um diese Tatsache zu verbergen.

In diesem Zusammenhang ist auch eine intensivere Diskussion über das Verhältnis von Stabilität und Demokratie und wie Demokratie zu erreichen ist nach dem definitiven Ende des Kalten Kriegs notwendig. Darüber wird auf unterschiedlichen Foren bereits viel gesprochen und diskutiert. Der Einfluss dieser Diskussionen auf die konkrete Politik bleibt bisher aber eher schwach. Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung vom Herbst 2002 enthält zwar Elemente der Anerkennung dieser Verbindung, aber im Alltagsgeschäft geraten sie meist unter die Räder von Geo- und Haushaltspolitik. Der Dialog auf Staatsebene ist unabdingbar, aber es ist der Dialog mit kritischen russischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, der mehr Unterstützung braucht.

Der Blick auf Russland sollte wachsam, aber nicht hysterisch geschärft werden. Westliche, deutsche Russlandpolitik leidet traditionell unter einem starken Pendelausschlag zwischen euphorisch und katastrophisch – der russische Blick nach Westen übrigens auch!

...ohne Osteuropa. Zu Joschka Fischers außenpolitischem Design

Die „Rekonstruktion des Westens“, das ist der Schlüsselbegriff, mit dem Bundesaußenminister Joschka Fischer Anfang März in einem ganzseitigen Interview in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Aufgabe deutscher und europäischer Außenpolitik umrissen hat. Dieses Konzept beinhaltet Fortentwicklung des europäischen Einigungsprozesses, die Entfaltung eines neuen Transatlantismus und die aktive Gestaltung globaler Prozesse. Die Integration der Türkei sieht der Außenminister als Bestandteil einer solchen Politik, die auch auf den Nahen und mittleren Osten ausstrahlen soll. In dem strategischen Design, das Fischer entwickelte, gibt es aber keinen Raum für Russland oder die Ukraine. Weder als Märkte noch als Problemregionen, geschweige denn als Partner finden die Länder östlich der EU-Außengrenze Erwähnung. Den „Russlandanalysen“ ist dies eine Diskussionsrunde wert.

Hans-Henning Schröder

Das Fischer-Interview:

Die „Rekonstruktion des Westens“ – Interview von Bundesaußenminister Fischer zu Europa, Amerika und den gemeinsamen strategischen Aufgaben mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 06.03.2004 – auch auf der Website des Auswärtigen Amtes: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/archiv_print?archiv_id=5473

Gunter Hofmann: Des Rudels Kern. Der Terror in Madrid fordert Europa heraus. Wie findet die EU in der Bedrohung zusammen? Außenminister Fischer entwirft eine „strategische“ Union. Der Kanzler ist skeptisch, in: Die Zeit 25.3.2004, Nr. 14, S. 3, <http://www.zeit.de/2004/14/Europa>

Iris Kempe

Rekonstruktion des Westens als gesamteuropäische Aufgabe

Mit seinem Plädoyer für eine Rekonstruktion des Westens eröffnet Joschka Fischer gleichzeitig eine gesamteuropäische Debatte. Dabei blendet er Russland gänzlich aus und reduziert die Politik gegenüber Osteuropa auf das Nachbarschaftskonzept der Europäischen Union. Die Rekonstruktion des Westens ist jedoch nicht ohne die Einbeziehung des Ostens denkbar.

Russland ist in den meisten globalen Konflikten sowohl ein Risiko- als auch ein Stabilitätsfaktor. Dies wird etwa in seiner Reaktion auf den 11. September deutlich oder in seiner Irak-Politik. Seine große strategische Bedeutung ergibt sich aus der territorialen Ausdehnung, dem Gewicht in internationalen Organisationen und dem Rohstoffreichtum. Gewiss hat der Kreml in den letzten Jahren außenpolitisch sich in bemerkenswerter Weise auf den Westen zu bewegt, aber dennoch bleibt Russland aufgrund der gelenkten Demokratie, der rückständigen Modernisierung und den schwach entwickelten gesellschaftlichen Akteuren ein schwieriger Partner. Die zurückliegenden Parlamentwahlen im Dezember 2003 unterstreichen diesen Befund ebenso wie die Präsidentschaftswahlen.

Mit dem im März 2003 der Öffentlichkeit vorgestellten Konzept „Größeres Europa – Nachbarschaft“ unternahm die Europäische Kommission einen konzeptionellen Vorstoß zur Gestaltung Gesamteuropas und versuchte die Beitrittsforderungen einzelner Nachbarstaaten, allen voran der Ukraine, zu beantworten. Das Konzept enthält umfangreiche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit, schließt aber eine institutionelle Mitgliedschaft aus. Aus Sicht der Brüsseler Integrations- und Vertiefungslogik ist dieser Ansatz verständlich; aus der Perspektive einer gesamteuropäischen Rekonstruktion bleiben wichtige Potentiale ungenutzt. An dieser Stelle gilt es, Fischers Türkeiargumentation weiterzudenken. Eine Beschränkung auf eine privilegierte Partnerschaft weist die Ukraine, Moldawien und ein möglicherweise reformiertes Belarus zurück – mit ungewissem Ausgang für die innere Transformation dieser Länder aber auch für die sicherheitspolitische Landkarte Europas.

Europa wird sich nur rekonstruieren können, wenn es seine bisherigen Defizite bei der Willensbildung, der Schwäche seiner außenpolitischen Institutionen und der militärischen Handlungsfähigkeit überwindet. Dies darf nicht im Gegensatz zu den USA, sondern muss in Kooperation mit diesen stattfinden. Über Kerneuropa hinaus gilt es ein Europa der mehreren Ebenen („Multi Layered Europe“) zu entwerfen, in dem beitragswillige Staaten, nicht nur an der funktionalen Kooperation sondern auch am europäischen Institutionsgefüge teilnehmen können. Mit unterschiedlicher institutioneller Dichte, etwa durch Teilmitgliedschaften, ließe sich nicht nur eine Überdehnung der Europäischen Union vermeiden, vielmehr könnte man damit ihre Handlungsfähigkeit ausbauen.

Europäische Denkfabriken und Entscheidungsträger sind gleichermaßen herausgefordert, eine Definition für die Zusammenarbeit mit globalen Akteuren wie Russland und der Türkei zu finden, deren innerer Entwicklungsstand sich von dem Kerneuropas unterscheidet. Die Partnerschaft mit ihnen bildet den äußeren Ring des „Multi Layered Europe“ und geht am weitesten über das bestehende Institutionengefüge hinaus. Um der multilateralen Sicherheitsarchitektur Handlungsfähigkeit zu verleihen, bedarf es Mechanismen, um Sicherheitsrisiken frühzeitig zu erkennen und auf dieser Grundlage Entscheidungen treffen und umsetzen zu können. Die dafür erforderliche gesellschaftliche Dynamik erwächst erst aus öffentlichen Debatten in Ost und West, die Europa neu denken.

Sabine Fischer

„Kleineuropäische Vorstellungen greifen nicht mehr?“

Mit diesen Worten schließt Joschka Fischer kerneuropäische Konzepte für die Zukunft Europas aus. Er formuliert weiter: „Wenn wir uns für einen Moment ein Klein-Europa [...] vorstellen, in dem die Entscheidungen einfacher sind, wie würde sich dann der Rest Europas organisieren? Als Hinterhof? Oder würden nicht sofort Antihegemonialreflexe wirksam?“ Fischer liegt die Entscheidungsfähigkeit der EU besonders am Herzen, da er sie vor einer neu herangewachsenen strategischen Herausforderung sieht, deren Herzstück er gegenwärtig vor allem im Nahen Osten, in der Türkei, Iran, Irak lokalisiert. Die Türkei, Iran und Irak sollen demokratisiert werden.

Russland und die meisten anderen post-sowjetischen Staaten tauchen in diesem Szenario nicht auf. Das verwundert aus zwei Gründen.

Erstens: Die Erweiterung der EU birgt noch immer die Gefahr, dass jenseits der neuen Grenzen tatsächlich ein europäischer Hinterhof entsteht. Es ist eine erstrangige Aufgabe der EU, den von Fischer gefürchteten „antihegemonialen Reflex“ in diesen Gesellschaften zu verhindern, der aus dem enormen wirtschaftlichen und sozioökonomischen Gefälle und dem daraus erwachsenden Frustrationspotential erwächst. Dieses Potential ist der Nährboden für eine Vielzahl von Problemen, wie z.B. Migration, transnationale Kriminalität u.a.m.

Zweitens: Berechtigterweise wird die Demokratisierung Irans oder Iraks als strategisches Ziel bezeichnet, um die Sicherheit Europas zu fördern. Dies trifft jedoch in mindestens ebenso großem Maße für die Staaten östlich der erweiterten EU zu. Die Transformationsprozesse in einigen dieser Staaten haben an Geschwindigkeit verloren. Gerade im Falle Russlands lässt sich seit 2000 die Etablierung eines relativ stabilen Zustandes beobachten, der jedoch kaum als demokratisch bezeichnet werden kann.

- Wie die Wahlen zum russischen Parlament im Dezember [2003] und die Präsidentschaftswahlen im März [2004] einmal mehr gezeigt haben, werden demokratische Prozeduren nicht eingehalten. Dabei sind die Wahlen nur ein besonders herausragendes Beispiel für die permanenten Regelverletzungen, die nach wie vor auf allen Ebenen in Russland zu beobachten sind. Sie alle sind Signale für die Zunahme autoritärer Tendenzen im politischen System.

- Im vergangenen Jahr [2003] wurde der vergebliche Versuch unternommen, eine politische Lösung des Tschetschenienkrieges zu simulieren. Tschetschenien wird jedoch auf diese Art nicht zu befrieden sein. Bereits heute ist Tschetschenien eine völlig zukunftslose und zerrüttete Kriegsgesellschaft. Sie wird ohne nachhaltige politische Lösungen ein permanenter Konfliktherd und eine Gefahr für Demokratie und Staatlichkeit in der Russischen Föderation bleiben.

Dies sind nur einige Aspekte der verhinderten Demokratisierung. Alles verweist auf die Entstehung einer „Entwicklungsdiktatur“, die möglicherweise kurzfristig einen stabilisierenden Effekt hat, kaum jedoch nachhaltige Stabilität bewirkt. Darauf muss sich auch EU-Europa einstellen. Eine wesentliche Aufgabe der EU muss es deshalb sein, die eigenen Strategien kritisch zu überdenken

Sie darf in ihren Beziehungen zu Russland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken nicht vom Ziel der Demokratisierung abrücken, weil die europäische Sicherheit in dieser (europäischen) Region auf dem Spiel steht.

Heinz Timmermann

Strategische Neuakzentuierungen gegenüber Russland

In seinem FAZ-Interview vom 6. März 2004 legt Außenminister Fischer überzeugend dar, dass vor allem zwei Ereignisse der letzten Jahre die deutsche und europäische Politik vor neue Aufgaben stellen. Gemeint sind die Beendigung der Ost-West-Konfrontation und die Herausforderungen des internationalen Terrorismus. Zu Recht zieht er daraus den Schluss, dass sich die EU nicht auf Neuüberlegungen zur inneren Struktur der Union beschränken darf, so wichtig diese für die zukünftige innere Kohäsion sowie für das geschlossene und damit auch nach außen wirkungsmächtige Auftreten sind. Vielmehr gelte es angesichts neuer Herausforderungen, eine selbständige, an den eigenen Interessen orientierte außen- und sicherheitspolitische Strategie zu entwickeln, insbesondere im Hinblick auf den mit einem Beitritt der Türkei auch geographisch naherrückenden Nahen und Mittleren Osten.

Merkwürdigerweise geraten dem Außenminister bei seinen Strategiekonzepten Russland und die zukünftigen Neuen Nachbarn der erweiterten EU, nämlich die Ukraine, Belarus und Moldawien, nicht in den Blick. Und dies, obwohl die EU nach dem für 2007 anvisierten Beitritt Rumäniens eine gemeinsame Grenze von über 5.000 km mit den vier Ländern haben wird – Ländern, die in unterschiedlichem Grade auch weiterhin Merkmale von Instabilität aufweisen und daher strategische Aufmerksamkeit verdienen. Worin liegen die Gründe für das Vakuum in der Strategie des Außenministers? Wollte er sich bewusst auf die Krisenregion des Nahen und Mittleren Ostens konzentrieren? Oder ist er der Ansicht, dass sich die Dinge in Russland und der westlichen GUS normal entwickeln und ihnen daher für die gemeinsame Strategie der EU nur sekundäre Bedeutung zukommt? Das wäre, wie die jüngsten Entwicklungen in Russland zeigen, ein fataler Irrtum. Eine umfassende außen- und sicherheitspolitische Strategie der EU muss auch Russland und sein regionales Umfeld einschließen – einen Raum, der noch keineswegs konsolidiert ist und die Interessen der Union stark berührt.

In Russland hat der Durchmarsch von Konservativen und „Nationalpatrioten“ bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen [2003 bzw. 2004] eindrucksvoll demonstriert: Hier wächst ein staatsfixiertes autoritäres Regime heran, dessen Stärke und Stabilität ihren Ausdruck in der Machtvertikale des Präsidenten findet, nicht aber in Transparenz und Berechenbarkeit gewählender Gewaltenteilung, in funktionierendem Rechtswesen und demokratischer Öffentlichkeit. Dies führt zu einem unterschiedlichen Verständnis von Partnerschaft, in deren Zeichen sich die Vertragsbeziehungen zwischen Russland und EU entwickeln. Für Russland und seine Interessen gilt die EU vorrangig als *wirtschaftlicher* Modernisierungspartner, der Charakter des politischen Systems ist dabei weitgehend irrelevant. Die EU lässt sich zwar auch von konkreten Interessen

leiten, verbindet diese aber mit der Erwartung an Moskau, seine Politik auf gemeinsame demokratische Werte als zentrale Voraussetzung für die Bildung gesamteuropäischer Räume zu gründen.

Strategische Neuausrichtungen gegenüber Russland als Folge wachsender Differenzen im Werte- und Demokratieverständnis bedeuten nicht, das Land an den Rand zu drängen oder es überhaupt zu ignorieren, wie es je nach politischer Konjunktur die USA aus ihrer überlegenen Position heraus mitunter praktizieren. Als Mitspieler wird Russland auch in Zukunft dringend gebraucht: aufgrund seiner Größe, seiner geographischen Nähe, seines Nutzen- und Schadenpotentials sowie seiner Rolle als regionaler und globaler Akteur (übrigens auch in dem von Fischer herausgehobenen Nahen und Mittleren Osten). Dies erfordert eine *Einbeziehung* des Landes in gesamteuropäische Kooperationsprozesse und weltweites Krisenmanagement. Ein eindrucksvolles Beispiel für konstruktive Lösungen trotz ursprünglich scharf divergierender Positionen ist die Regelung des Personentransits zwischen dem russischen Kernland und seiner Exklave Kaliningrad vom November 2002. Sie sollte beiden Seiten als Ansporn für die Suche nach Kompromiss und Verständigung auch auf anderen Gebieten dienen, z.B. durch Balancieren der Vor- und Nachteile, die Russland handelspolitisch mit der EU-Erweiterung entstehen.

In diesem Kontext sollte eine EU-Strategie zwar russische Interessen in den westlichen GUS-Staaten in ihr Kalkül einbeziehen (das von Fischer kurz erwähnte EU-Nachbarschaftskonzept vom März 2003 geht auf solche Zusammenhänge nicht ein). Das gilt um so mehr, als die Neuen Nachbarn in ihrer Energieversorgung fast vollständig von Moskau abhängig und in ihren Exporten noch immer stark auf Moskau ausgerichtet sind. Zugleich sollte die EU in einem Strategiekonzept jedoch die *Unabhängigkeit* dieser Staaten unterstreichen, in je spezifischer Weise offen nach Ost und West. Die Akzente sollten dabei nicht wie bei den USA vorrangig auf Erlangen militärstrategischer Vorteile zielen. Vielmehr sollte sie umfassende, nachhaltige und nachprüfbar fördernde Maßnahmen betreiben, die mehrdimensional angelegt ist, also neben wirtschaftliche auch demokratische Modernisierung einschließt.

Olaf Hillenbrand

Rekonstruktion des Westens statt Gravitationsraum Europa?

Eine handlungsfähige Europäische Union ist ohne Alternative

In seinem Interview in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung bekennt Joschka Fischer sich zu einer Umbewertung seiner viel diskutierten Thesen zum Gravitationsraum Europa. Die Rekonstruktion des Westens sei notwendig, sagt er nun, um die strategische Dimension der europäischen Integration angemessen umsetzen zu können. In der Tat spricht vieles dafür, diese Diskussion gerade jetzt zu führen. Wie nützlich Diskurse zur rechten Zeit sein können, hat der deutsche Außenminister ja bereits durch seine bedeutende Rede an der Humboldt-Universität eindrucksvoll bewiesen.

Natürgemäß bestimmt die Perspektive des Betrachters die Schlussfolgerungen seines Raisonierens. Für beitriftswillige Staaten wie etwa die Türkei oder perspektivisch Moldawien oder die Ukraine ist die Möglichkeit einer EU-Mitgliedschaft trotz der noch zu bewältigenden Reformprozesse sehr attraktiv; bedeutet er doch Zugang zu Ressourcen, mehr Stabilität und die Beteiligung an Entscheidungen, die den Kontinent prägen werden. Aus der Sicht der heutigen EU ergibt sich ein differenzierteres Meinungsbild, je nach dem, welche Prioritäten europäischer Politik in den Vordergrund gestellt werden.

Dass die EU als Weltmacht im Werden verstärkt gefordert sein wird, strategische Aufgaben zu übernehmen, kann nicht angezweifelt werden. Dies gilt insbesondere für den europäischen Kontinent, aber auch darüber hinaus. Man sollte sich daher davor hüten, diejenigen Komponenten der europäischen Integration zu schwächen, die für die Lösung dieser Aufgaben von entscheidender Bedeutung sind.

Das wichtigste Gut des erfolgreichen integrierten Europas war stets eine Kombination von Stabilität und Handlungsfähigkeit. Die Konsequenz ist das Spannungsfeld von Vertiefung und Erweiterung, zu dem die kontinuierliche Debatte um die Finalität des Prozesses gehört. Die Europäische Union konnte zum Stabilitätsmagneten werden, weil sie vor dem Hintergrund gemeinsamer Werte und Interessen Leistungen liefern konnte, welche die Bürger nachgefragt haben und welche die Staaten allein immer weniger bereitstellen konnten. Als Freihandelszone *de luxe* ist sie ebenso wenig denkbar wie als bloßer Schirm verschiedenster Orientierungen.

Durch sein neues Bild vom kontinentalen Europa stellt Joschka Fischer zumindest Elemente dieses Erfolgsrezepts in Frage. Es ist durchaus zweifelhaft, ob die strategische Handlungsfähigkeit Europas dadurch verbessert werden kann, dass man fundamentale Unterschiede zwischen den europäischen Staaten in die EU verlagert. Die EU ist durch viele Schwächen gegangen. Sie kennt das Syndrom der Uneinigkeit ihrer Mitglieder ebenso wie ernüchternde Blockaden, mangelnden Gestaltungswillen oder ernste Legitimationskrisen wie die nach Maastricht. Trotz aller Erfolge ist die EU jedoch durchaus ein fragiles Gebilde. Wenn sie nicht mehr leisten kann, was sie ihren Bürgern verspricht – Sicherheit, Wohlstand, eine Fortschreibung des europäischen Ordnungsmodells –, dann droht ihr die Erosion von innen.

Insofern liegt die Frage nahe, inwieweit der produktive Gegensatz von Erweiterung und Vertiefung zur Disposition gestellt werden sollte. Provokativ kann man sogar fragen, ob eine Erweiterung um zehn Staaten, basierend auf den dafür gewiss nicht ausreichenden Vertiefungsbeschlüssen von Nizza und begleitet von einer hohen Skepsis der Bürger, wirklich die bestmögliche Strategie war. Es hätte ja durchaus die Möglichkeit bestanden, den Kontinent zunächst durch andere Integrationsformen als eine Vollmitgliedschaft zu stabilisieren. Immerhin: Der Verfassungsentwurf ist in den vergangenen Wochen vorangekommen – und er wird die Union im Erfolgsfall zu der Politischen Union machen, die schon seit langem angestrebt war. Aber man sollte nicht vergessen, dass die europäische Verfassung im Effekt fast daran gescheitert wäre, dass der Erweiterung nicht eine angemessene Form von Vertiefung vorausging.

Das Wort vom Kerneuropa mag einen schalen Beigeschmack haben – aber ein starkes Europa muss Handeln können und sollte sich gerade im Angesicht der Globalisierung nie an den Langsamen und Unwilligen orientieren müssen. Die Frage nach der geeigneten Integration der Türkei, aber auch anderer Staaten wie der Ukraine oder gar Russlands kann nur in einem offenen Prozess beantwortet werden. Ist die Europäische Union der Türkei und allen anderen europäischen Staaten die EU-Mitgliedschaft schuldig? Soll sie Erwartungen wecken, von denen sie heute nicht weiß, ob sie eingehalten werden können? Und darf die EU Teile ihrer Handlungsfähigkeit und ihrer Werteorientierung dem Ideal eines auf dem Papier geeinten Kontinents opfern? Sicher: Die Kopenhagener Kriterien haben in gewisser Hinsicht „die Preise verdorben“, weil nach der jetzigen Beitrittschwelle jede Integration neuer Staaten unterhalb einer Vollmitgliedschaft wohl als krasse Zurückweisung empfunden wird. Ihr augenscheinliches Defizit aber ist, dass mit der Aufnahmefähigkeit der EU der wichtigste Parameter fehlt.

Es mag selbstzentriert klingen oder vielleicht tatsächlich altes Denken sein – aber die EU ist nicht das zwangsläufige Dach gesamteuropäischer Integration. Sie wird weiterhin nur als hoch integrierte Wertegemeinschaft den neuen strategischen Aufgaben gerecht werden. Dies umfasst selbstverständlich die Aufgabe, in Europa nicht einen neuen Hinterhof entstehen zu lassen. In dieser Logik ist die neue Nachbarschaftspolitik nicht nur geboten, sondern folgt auch dem europäischen Ansatz einer Vielzahl von Integrationsformen, die im besten Falle produktiv ineinander greifen. Sie sollte kreativ und mit neuen Formen der Anbindung zur EU weiter entwickelt werden. Nicht zuletzt die Nachbarstaaten dürften von einer hoch integrierten Europäischen Union stärker profitieren als von einer EU an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit.

Vor jeder künftigen EU-Erweiterung steht die Frage nach der Handlungsfähigkeit des integrierten Europas. Wenn sie positiv beantwortet werden kann, steht einer Fortsetzung dieses Prozesses nichts im Weg.

Andrei Zagorski

Ist eine Rekonstruktion des Westens ohne Russland unmöglich?

Die in den „Russlandanalysen“ geäußerte Kritik an Joschka Fischers Diskurs zur „Rekonstruktion des Westens“ richtet sich in erster Linie gegen etwas, was Fischer in seinem Interview gar nicht anspricht: In seinen Ausführungen habe er Russland gänzlich ausgeblendet. Damit verfehlt die Kritik das Ziel, kann aber zur Eröffnung einer anderen Diskussion beitragen, nämlich zu einer über Russlandpolitik, die sich angesichts der Entwicklungen in diesem Lande durchaus lohnt.

Fischer begründet in seinen Ausführungen die Notwendigkeit eines „neuen Transatlantismus“. Der Zusammenhalt der transatlantischen Staaten- oder Sicherheitsgemeinschaft sei „für eine positive Gestaltung der Globalisierung und die Überwindung der Gefahr des neuen Terrorismus von entscheidender Bedeutung“. Geht es um neue Herausforderungen, weist Fischer völlig zu Recht auf die strategische Bedeutung der Großregion des Nahen und Mittleren Ostens hin, wo sich die gegenwärtigen und die künftigen Bedrohungen lokalisieren lassen.

Die Modernisierung des Mittleren und Nahen Ostens hat in der Tat das Potential, sich zum wichtigsten strategischen transatlantischen Projekt für die kommenden Jahrzehnte zu entwickeln. Scheitern die transatlantischen Partner dabei, eine solche gemeinsame Strategie zu entwickeln, werden sie den aktuellen Herausforderungen kaum gewachsen sein. Die Vollendung der Mission in Afghanistan, eine dauerhafte Lösung des Nahost-Konfliktes sowie die Auseinandersetzung mit der Iran-Politik sind in der Tat die ausschlaggebenden Aspekte der aktuellen Weltpolitik, genauso wie die strategische Aufgabe einer „europäischen Verankerung der Türkei“. Die Agenda ist sicherlich breiter angelegt. Da fehlen weder Saudi Arabien, noch Ägypten oder Pakistan. Aber gerade um die ersten Themen dreht sich die aktuelle Debatte, die zur „Rekonstruktion des Westens“ beitragen soll, wie auch die Debatte über die jüngste Nahost-Initiative.

Eine erfolgreiche Rekonstruktion des Westens wird, so Fischer, erst durch eine „Konstruktion“ EU-Europas möglich. Und dies ist ohne eine relevante „strategische Dimension“ der gemeinsamen Politik undenkbar. Auch da hat Fischer vollkommen recht, und die Aufgabe stellt sich in der Tat nicht als eine gesamteuropäische, sondern eher als eine EU-europäische. Die gesamteuropäische Perspektive wird hingegen von seinen Kritikern konstruiert.

Fischer ist jedoch in seinen Ausführungen eine überzeugende Antwort auf die EU-europäische Frage schuldig geblieben. Denn sollte eine vom Europäischen Konvent entworfene Verfassung eine „Finalität“ darstellen, „die für unsere Generation und darüber hinaus ein Optimum dessen ist, was man an Integration erreichen kann“, dann fragt sich, ob dieses Optimum wirklich greift. Denn eine verbesserte und mit einem Außenminister verzierte EU-Politik, für die die wichtigsten Probleme der Weltpolitik zu groß sind, bleibt weiter auf die „nationale Reflexe“ einzelner Staaten angewiesen. Sollte diese Politik aber als „Entwicklungsprozess“ begriffen werden, so steht abzuwarten, ob an seinem Ende das EU-Europa als einheitlicher Akteur entsteht.

Was hat das alles mit Russland zu tun?

Russland ist seit langem nicht mehr *die* Herausforderung, die einst zur Begründung der Notwendigkeit des Zusammenhaltes der transatlantischen Gemeinschaft entscheidend beigetragen hat.

Geschichtlich ist die transatlantische Staatengemeinschaft ohne Russland, ja gegen die Sowjetunion gewachsen. Das Verhältnis hat sich nach dem Ende des kalten Krieges wesentlich geändert, trotzdem hat Russland seine internen Transformationsprozesse noch nicht abgeschlossen. Es gehört noch kaum zum Westen – weder wertemäßig noch institutionell. Trotz zunehmender Kooperation bei der Bewältigung neuer Herausforderungen zeigt Moskau wenig Interesse, sich in das „westliche“ oder transatlantische System einbinden zu lassen.

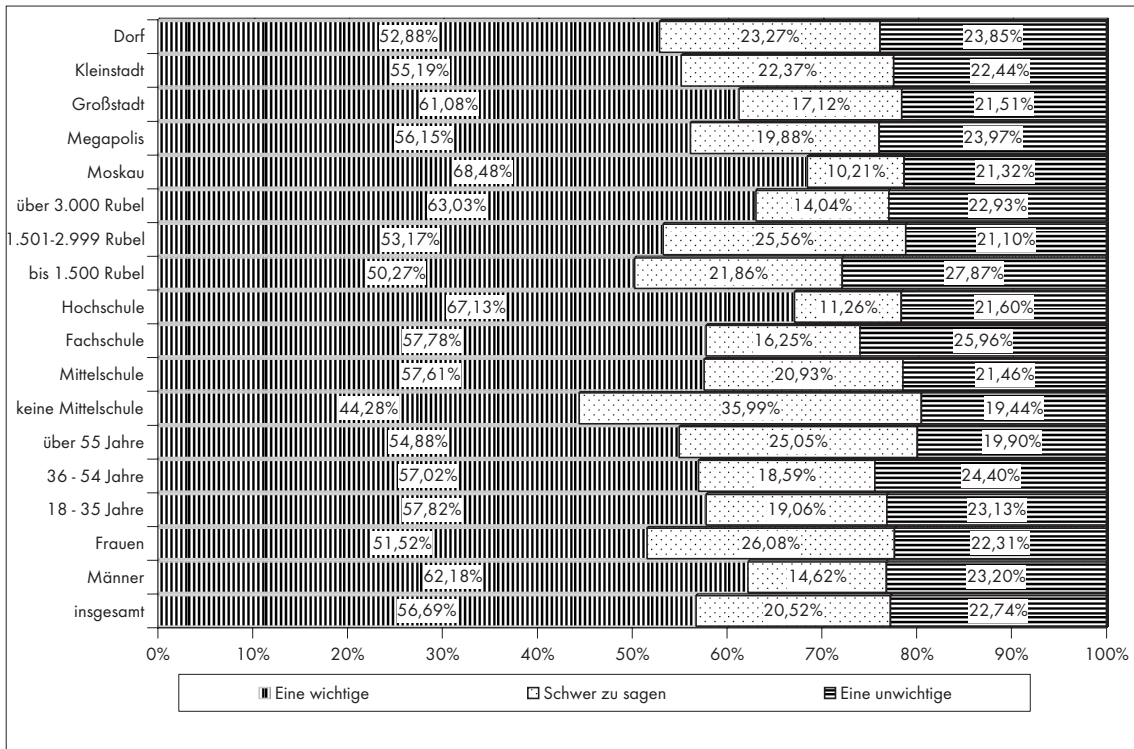
Natürlich ist es im wohlwollenden Interesse aller, Russland als Partner in der Bekämpfung neuer Herausforderungen zu gewinnen. Natürlich ist es von enormer Bedeutung, Russland zu helfen sich zu einer erfolgreichen, prosperierenden und weltpolitisch verantwortlichen Demokratie und Marktwirtschaft zu entwickeln. Natürlich ist es wünschenswert, dass die Staaten der transatlantischen Gemeinschaft, unter anderem die EU-Staaten eine positive, offene und kohärente Politik gegenüber Russland entwickeln und umsetzen. Den Autoren in den „Russlandanalysen“ kann man nur recht geben, wenn sie den Mangel an langfristigen Vorstellungen in der Russlandpolitik beklagen.

Dies ist aber eine andere Geschichte, die in keinem direkten Zusammenhang mit dem Projekt zur „Rekonstruktion des Westens“ steht. Denn auf jeden Fall muss sich die transatlantische Staatengemeinschaft den neuen Herausforderungen stellen – mit oder ohne Russland. Sicherlich lieber mit, als ohne.

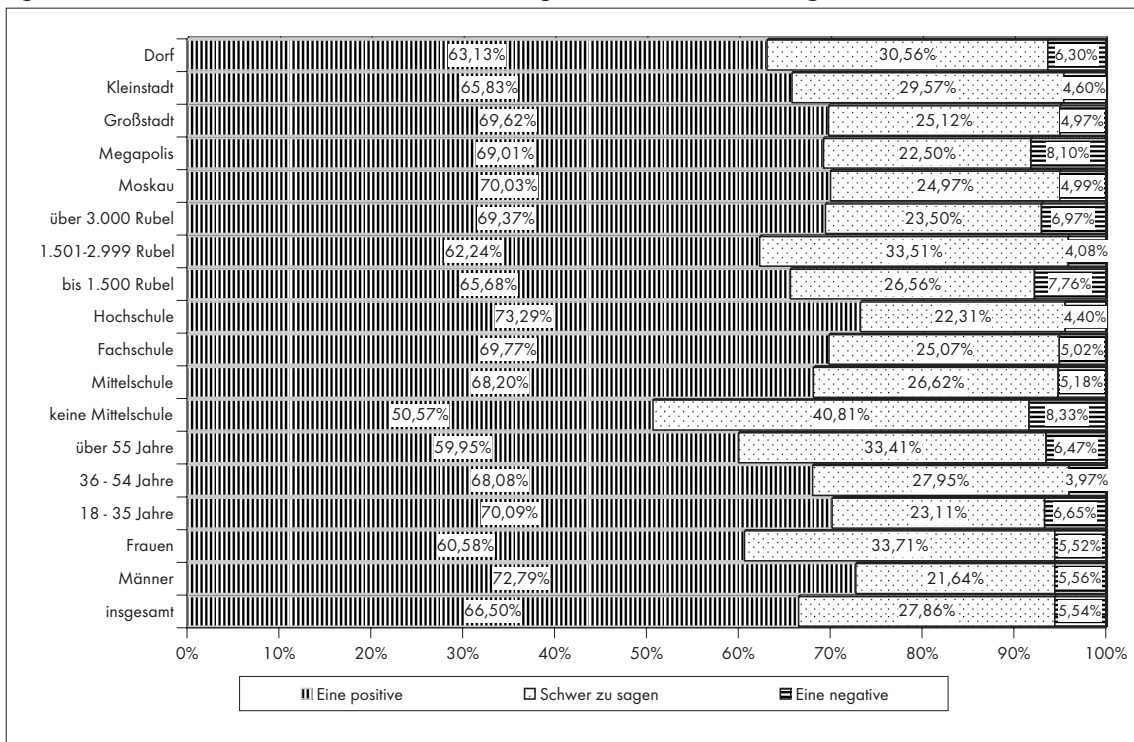
Umfrage: Das heutige Deutschland und die Vergangenheit aus russischer Sicht

Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 16. und 17. April 2005

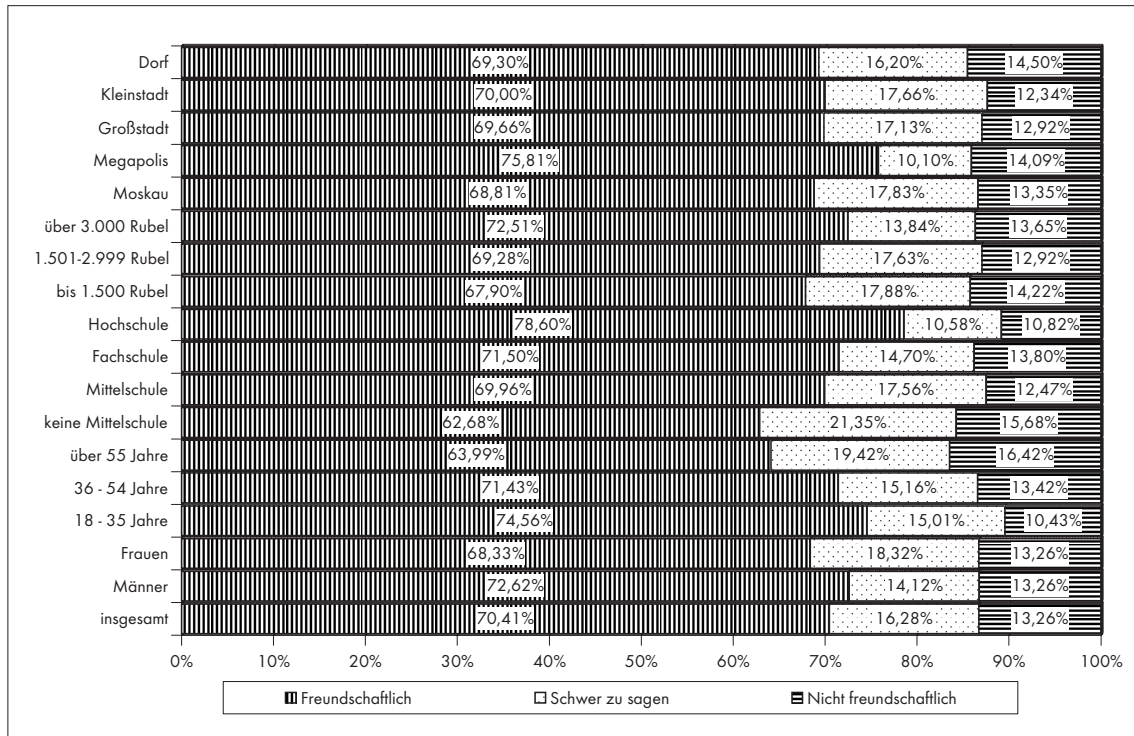
Spielt Deutschland heute in der Welt eine wichtige Rolle?



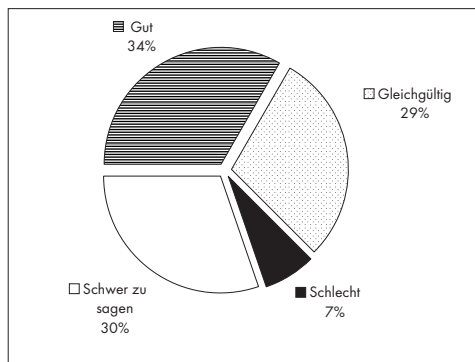
Spielt Deutschland heute in der Welt eine positive oder eine negative Rolle?



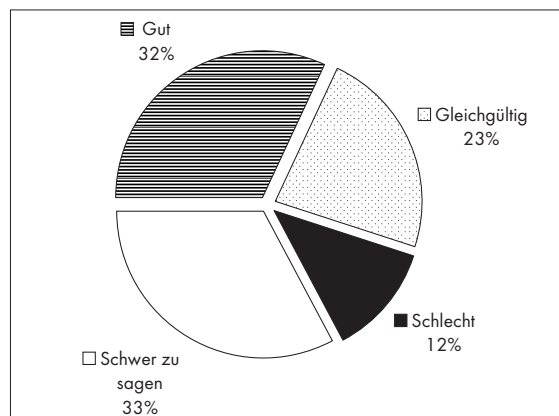
Steht Deutschland als Staat Russland freundschaftlich gegenüber?



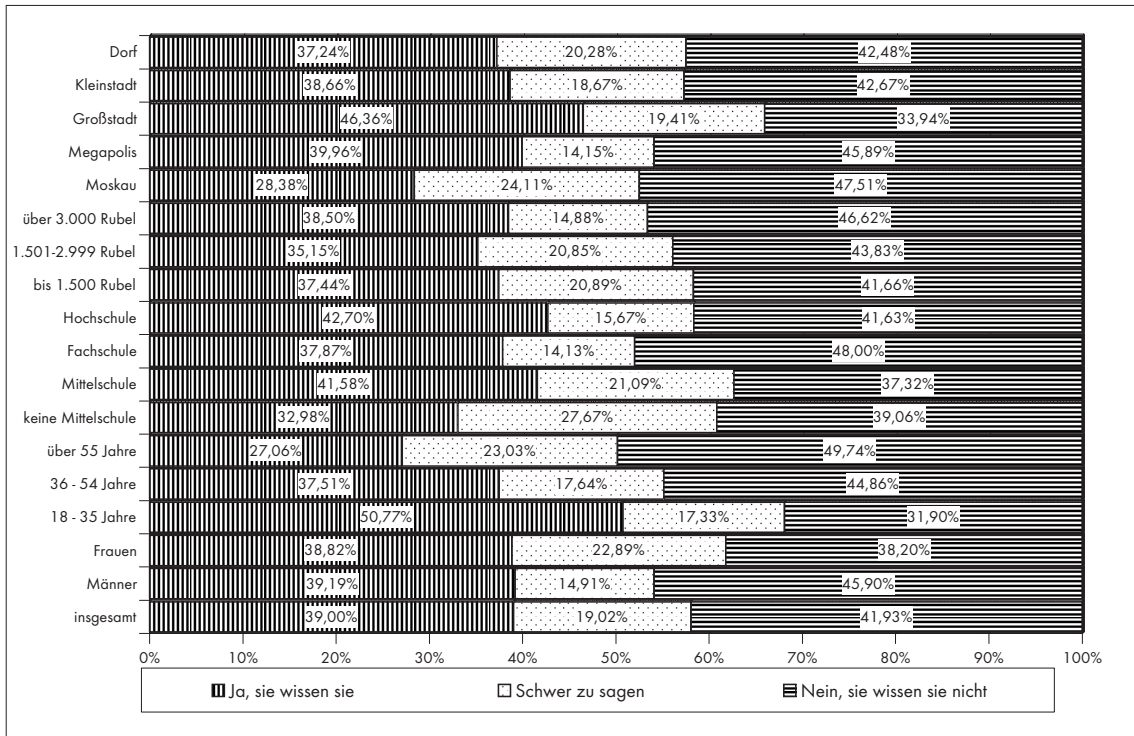
Wie steht die Mehrheit der Russen zu Deutschland?



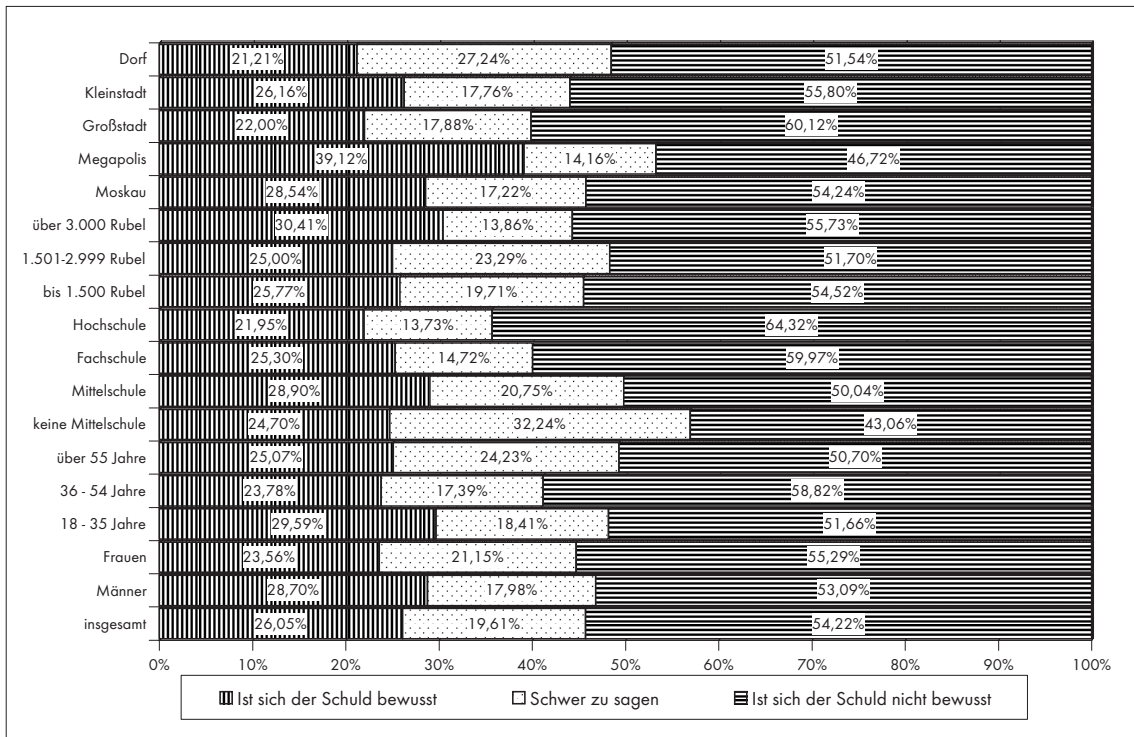
Wie steht Ihrer Meinung nach heute die Mehrheit der Deutschen zu Russland ?



Was glauben Sie, weiß die Mehrheit der Deutschen die Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg?



Glauben Sie, dass die Mehrheit der Deutschen ein Gefühl der Schuld für die Entfesselung des Krieges empfindet ?



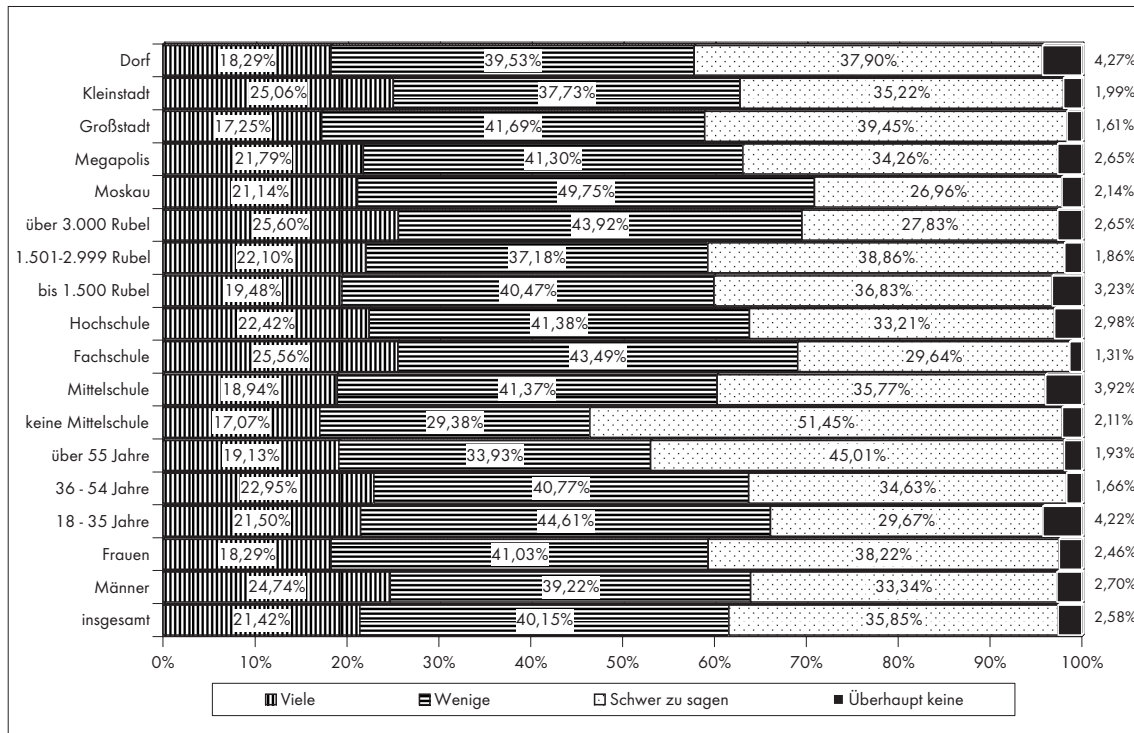
Das heutige Deutschland und die Vergangenheit

	Russland insgesamt		Geschlecht		Lebensalter				Bildung			
			Männer	Frauen	18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	
Anteil der Gruppe	100,00%		48,48%	51,52%	32,95%	39,49%	27,56%	16,44%	35,45%	35,38%	12,73%	
Glauben Sie, dass Deutschland heute in der Welt eine wichtige oder eine unwichtige Rolle spielt?												
Eine wichtige	56,69%		62,18%	51,52%	57,82%	57,02%	54,88%	44,28%	57,61%	57,78%	67,13%	
Eine unwichtige	22,74%		23,20%	22,31%	23,13%	24,40%	19,90%	19,44%	21,46%	25,96%	21,60%	
Schwer zu sagen	20,52%		14,62%	26,08%	19,06%	18,59%	25,05%	35,99%	20,93%	16,25%	11,26%	
Glauben Sie, dass Deutschland heute in der Welt eine positive oder eine negative Rolle spielt?												
Eine positive	66,50%		72,79%	60,58%	70,09%	68,08%	59,95%	50,57%	68,20%	69,77%	73,29%	
Eine negative	5,54%		5,56%	5,52%	6,65%	3,97%	6,47%	8,33%	5,18%	5,02%	4,40%	
Schwer zu sagen	27,86%		21,64%	33,71%	23,11%	27,95%	33,41%	40,81%	26,62%	25,07%	22,31%	
Russland und Deutschland												
Was glauben Sie, ist Deutschland als Staat Russland gegenüber freundschaftlich oder nicht freundschaftlich?												
Freundschaftlich	70,41%		72,62%	68,33%	74,56%	71,43%	63,99%	62,68%	69,96%	71,50%	78,60%	
Nicht freundschaftlich	13,26%		13,26%	13,26%	10,43%	13,42%	16,42%	15,68%	12,47%	13,80%	10,82%	
Schwer zu sagen	16,28%		14,12%	18,32%	15,01%	15,16%	19,42%	21,35%	17,56%	14,70%	10,58%	
Wie stehen Sie persönlich zu Deutschland – gut, schlecht oder gleichgültig?												
Gut	49,03%		54,90%	43,50%	50,62%	54,84%	38,80%	27,10%	49,28%	53,72%	63,62%	
Gleichgültig	41,37%		36,30%	46,14%	43,80%	37,39%	44,16%	52,48%	42,75%	38,97%	29,85%	
Schlecht	5,96%		5,93%	5,99%	3,96%	4,11%	11,00%	13,68%	4,61%	4,58%	3,58%	
Schwer zu sagen	3,59%		2,86%	4,28%	1,61%	3,67%	5,86%	6,45%	3,36%	2,73%	2,94%	
Wie steht Ihrer Meinung nach die Mehrheit der Russen zu Deutschland - gut, schlecht oder gleichgültig?												
Gut	33,32%		34,11%	32,59%	34,91%	36,85%	26,38%	23,07%	33,86%	34,42%	42,03%	
Gleichgültig	29,04%		29,11%	28,97%	29,97%	27,02%	30,81%	31,45%	27,46%	31,34%	23,90%	
Schlecht	7,22%		6,87%	7,55%	7,12%	6,37%	8,58%	8,82%	7,57%	6,45%	6,35%	
Schwer zu sagen	30,37%		29,91%	30,80%	28,01%	29,76%	34,06%	36,37%	31,11%	27,79%	27,73%	

Was meinen Sie, wie steht heute die Mehrheit der Deutschen zu Russland – gut, schlecht oder gleichgültig?										
Gut	31,88%	34,87%	29,07%	35,45%	33,19%	25,74%	25,25%	32,55%	33,04%	35,35%
Gleichgültig	23,08%	23,93%	22,28%	23,76%	23,47%	21,69%	24,40%	20,34%	24,73%	24,38%
Schlecht	12,30%	11,93%	12,64%	10,74%	12,88%	13,33%	10,30%	11,23%	14,51%	11,72%
Schwer zu sagen	32,70%	29,27%	35,92%	30,04%	30,46%	39,07%	39,76%	35,88%	27,72%	28,56%
Der Zweite Weltkrieg im Gedächtnis der Deutschen										
Was glauben Sie, weiß die Mehrheit der Deutschen, die nach dem Kriege geboren und aufgewachsen ist, die Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg oder nicht?										
Ja, sie wissen sie	39,00%	39,19%	38,82%	50,77%	37,51%	27,06%	32,98%	41,58%	37,87%	42,70%
Nein, sie wissen sie nicht	41,93%	45,90%	38,20%	31,90%	44,86%	49,74%	39,06%	37,32%	48,00%	41,63%
Schwer zu sagen	19,02%	14,91%	22,89%	17,33%	17,64%	23,03%	27,67%	21,09%	14,13%	15,67%
Beim Nürnberger Prozess 1946 wurde Deutschland wegen der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges schuldig gesprochen. Was meinen Sie, empfindet die Mehrheit der Deutschen, die nach dem Kriege geboren und aufgewachsen ist, ein Gefühl der Schuld für die Entfesselung des Krieges oder nicht?										
Ist sich der Schuld bewusst	26,05%	28,70%	23,56%	29,59%	23,78%	25,07%	24,70%	28,90%	25,30%	21,95%
Ist sich der Schuld nicht bewusst	54,22%	53,09%	55,29%	51,66%	58,82%	50,70%	43,06%	50,04%	59,97%	64,32%
Schwer zu sagen	19,61%	17,98%	21,15%	18,41%	17,39%	24,23%	32,24%	20,75%	14,72%	13,73%
Manchen glauben, dass die Deutschen, die nach dem Kriege geboren und aufgewachsen sind, kein Schuldbewusstsein dafür empfinden sollen, dass Deutschland den zweiten Weltkrieg entfesselt hat. Andere meinen, dass alle Deutschen, unabhängig vom Alter, ein Schuldbewusstsein empfinden sollen, dass Deutschland den zweiten Weltkrieg entfesselt hat. Welchen Standpunkt teilen Sie – den ersten oder den zweiten?										
Den ersten (kein Schuldbewusstsein)	50,19%	50,12%	50,26%	50,03%	54,71%	43,91%	39,55%	52,60%	48,68%	61,43%
Den zweiten (Schuld- bewusstsein)	32,96%	34,54%	31,46%	29,50%	31,39%	39,33%	37,66%	29,14%	35,51%	30,42%
Schwer zu sagen	16,85%	15,34%	18,28%	20,47%	13,90%	16,77%	22,79%	18,26%	15,81%	8,16%
Was glauben Sie, gibt es heute unter den Deutschen viele oder wenige, die das faschistische Deutschland wegen der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges verurteilen? Oder gibt es überhaupt keine?										
Viele	21,42%	24,74%	18,29%	21,50%	22,95%	19,13%	17,07%	18,94%	25,56%	22,42%
Wenige	40,15%	39,22%	41,03%	44,61%	40,77%	33,93%	29,38%	41,37%	43,49%	41,38%
Überhaupt keine	2,58%	2,70%	2,46%	4,22%	1,66%	1,93%	2,11%	3,92%	1,31%	2,98%
Schwer zu sagen	35,85%	33,34%	38,22%	29,67%	34,63%	45,01%	51,45%	35,77%	29,64%	33,21%

Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0516.zip>

Was glauben Sie, verurteilen heute viele oder wenige Deutsche das faschistische Deutschland wegen der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges?



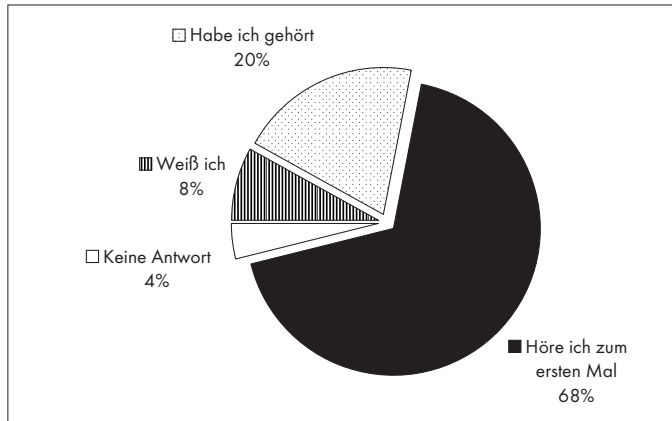
4. Russland und die Welt im Spiegel der russischen öffentlichen Meinung

Umfrage: Russland und die G 8

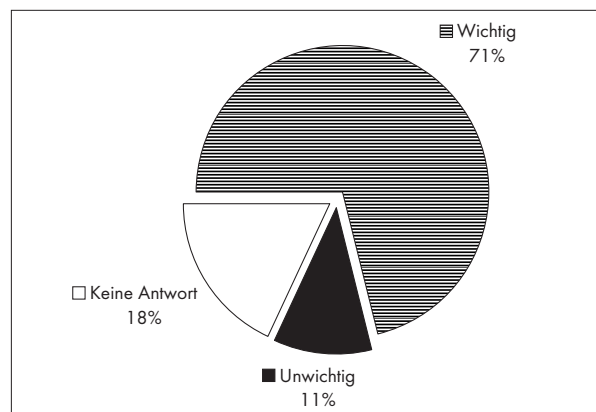
Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 17.–18. Dezember 2005

Quelle: http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0551/domt0551_6/tb055117

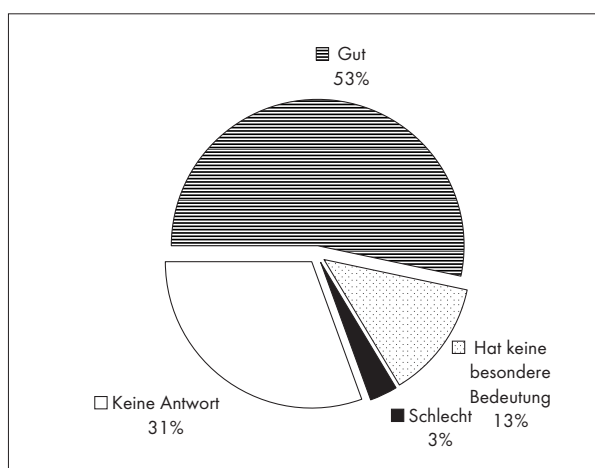
Wissen Sie, dass der G-8 Gipfel 2006 in Russland stattfindet?



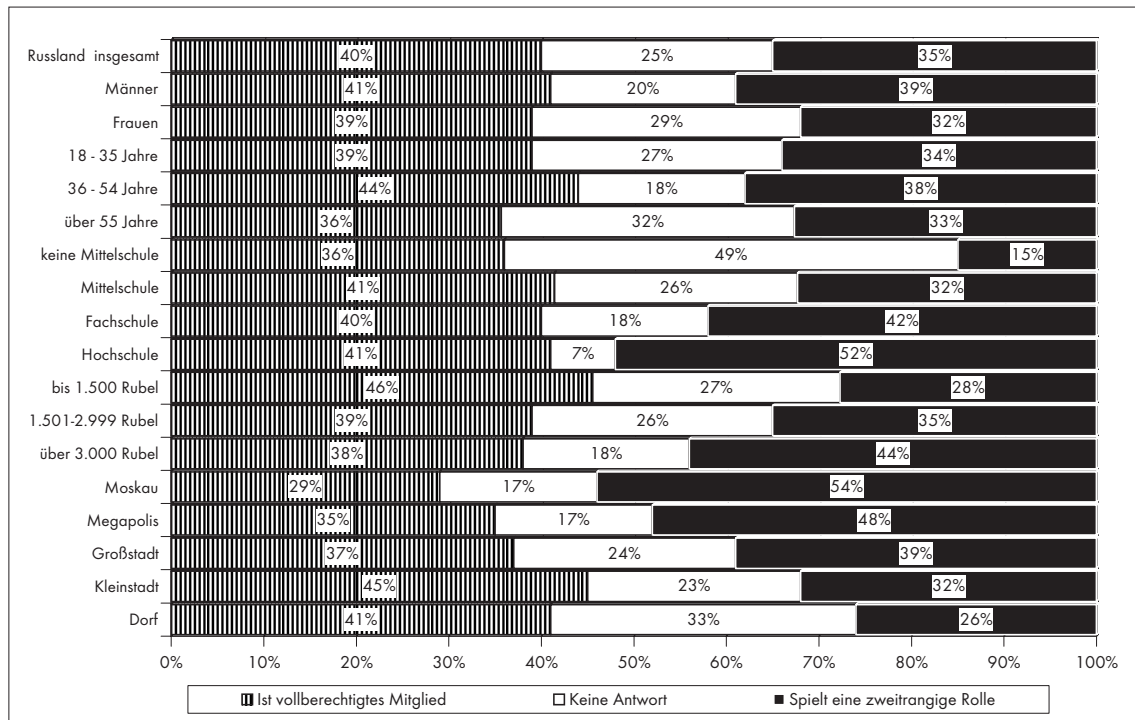
Ist es für Russland wichtig, dass es zu den G-8 gehört?



Welche Bedeutung hat es, dass Russland 2006 den G-8-Vorsitz inne hat?



Ist Russland ein vollberechtigtes Mitglied der G-8 oder spielt es eine zweitrangige Rolle?



***II. Russische Außenpolitik
gegenüber strategischen
Regionen***

1. EU/USA

Daniela Mussnig

Russland und die OSZE: Gespannte Beziehungen

Russland übt – unterstützt von einigen GUS-Staaten – starke Kritik an der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Sie konzentrierte sich zu sehr auf Menschenrechtsfragen und vernachlässigte aktuelle Sicherheitsprobleme. Gleichzeitig sieht sich Russland innerhalb der Organisation selbst Kritik ausgesetzt. Dieses Spannungsverhältnis bestimmt die derzeitige Debatte über die Zukunft der Organisation.

30 Jahre Helsinki-Schlussakte

Die Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte jährte 2005 zum 30. Mal. Mit diesem Dokument wurde mitten im Kalten Krieg die bis heute entscheidende Grundlage für das weitere Wirken der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE), dem ersten institutionalisierten Dialog zwischen Ost und West geschaffen. Darin wurde einerseits die wechselseitige Anerkennung staatlicher Souveränität und bestehender Grenzen festgelegt, was für die Sowjetunion als Anerkennung der Teilung Europas von besonderem Interesse war. Zudem erhoffte man sich auf sowjetischer Seite bessere wirtschaftliche Kontakte und eine Annäherungsmöglichkeit an (West-)Europa. Andererseits gab es seitens der kommunistischen Staaten Osteuropas ein formales Bekenntnis zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, was zu einem wichtigen Angelpunkt für Dissidentinnen und Dissidenten in diesen Staaten wurde und letztendlich zum Sturz der Regime beitrug.

Das „gemeinsame Haus Europa“

Mit der Charta von Paris 1990 wurde schließlich im Rahmen der KSZE das Ende des Kalten Krieges besiegelt. Darin wurde nicht nur das Ende einer „Ära der Konfrontation und Teilung Europas“ erklärt, sondern auch der Beginn der zunehmenden Institutionalisierung der KSZE unter neuen Vorzeichen markiert. Im Jahre 1994 in „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ umbenannt, sollte sie nach damaligen russischen Vorstellungen als „Dach“ des „gemeinsamen Hauses Europa“ fungieren und anderen europäischen Organisationen übergeordnet werden. Für die Russische Föderation schien die KSZE/OSZE u.a. deshalb als geeignetes Forum zur Neugestaltung Europas, da sie die einzige Institution war, an der Russland und die anderen Transitionsstaaten als Gründungsmitglieder und durch das Konsensprinzip von Anfang an gleichberechtigt beteiligt waren. Doch schon bald stellte sich heraus, dass die europäische Integration nach ganz anderem Muster erfolgte und institutionell vor allem durch EU und NATO geprägt blieb. Die russischen Gestaltungsmöglichkeiten erwiesen sich als beschränkt.

Istanbul 1999: Isolation und Zugeständnisse

Die Euphorie der Wendejahre hielt auch innerhalb der OSZE nicht lange an und Differenzen zwischen Russland und anderen europäischen Staaten wurden in diesem Kontext virulent. Das Jahr 1999 stellte hier in vielerlei Hinsicht einen Kulminations- und Wendepunkt dar. 1999 war das Jahr der NATO-Intervention im Kosovo-Konflikt. In diesem Zusammenhang warf Russland den USA und ihren Verbündeten vor, die OSZE und ihre Kosovo Verification Mission zur Vorbereitung der Intervention missbraucht zu haben. 1999 war auch das Jahr, in dem Russland seinen zweiten Tschetschenienfeldzug begann, der fortan zu einem ständigen Streitpunkt mit anderen OSZE-Staaten wurde. Während im ersten Tschetschenienkrieg (1994–1996) trotz einiger interner Widerstände eine OSZE-Assistenzgruppe vor Ort zugelassen wurde, die auch tatsächlich Vermittlungshilfe leisten konnte, lehnt Russland seit 1999 konsequent jede Einmischung ab. Ohne Entgegenkommen Russlands ist die OSZE allerdings gegenüber der laut International Helsinki Federation for Human Rights „zweifelloso schlimmsten menschenrechtlichen und humanitären Krise in Europa“ und der Verletzung ihrer eigenen Grundprinzipien machtlos.

Auf dem OSZE-Gipfel von Istanbul 1999, dem bislang letzten Treffen der OSZE-Staats- und Regierungschefs, sah sich die Russische Föderation jedenfalls isoliert und zusehends unter Druck gesetzt. In Istanbul machte Russland zudem Zugeständnisse in Bezug auf einen Truppenabzug aus Georgien und Moldawien, deren Nichteinlösung bis heute einen Hauptstreitpunkt im Spannungsverhältnis Russlands zur OSZE darstellt. Das Thema war ein wesentlicher Grund dafür, dass es bei den letzten beiden Ministerratstreffen in Maastricht und Sofia zu keiner gemeinsamen Schlusserklärung der OSZE-Staaten gekommen ist und hat bis heute nichts an Aktualität eingebüßt. Das Treffen in Sofia im Dezember 2004 stand zudem im Zeichen von Kontroversen rund um die politische Lage in der Ukraine.

Russische OSZE-Kritik

Russland zeigt sich dementsprechend zusehends unzufrieden mit der Entwicklung der OSZE. Seit Jahren wird das geographische Ungleichgewicht ihrer Aktivitäten bemängelt, die sich auf die Regionen „östlich von Wien“ beschränken. Auch die ungleiche Gewichtung der drei Dimensionen (militärisch-politisch, Wirtschaft/Umwelt, menschliche Dimension) wird vehement kritisiert. Stark verkürzt lässt sich diese Kritik unter den Schlagworten „zu viel menschliche Dimension, zu wenig Sicherheit“ zusammenfassen. Eine Stärkung der notorisch unterentwickelten Wirtschafts- und Umweltdimension wird zwar auch gefordert, aber mit weit weniger Nachdruck.

Eine äußerst deutliche Unmutsäußerung erfolgte im Juli 2004 in einer gemeinsamen Erklärung der Präsidenten Russlands und der GUS-Staaten Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Tadschikistan, Ukraine und Usbekistan: Die OSZE sei unfähig, sich an neue Herausforderungen anzupassen und sie verletze ihre Grundprinzipien der Anerkennung staatlicher Souveränität und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Die Prioritätensetzung auf die „menschliche Dimension“ beeinträchtige ihre Reaktionsfähigkeit auf neue Bedrohungen und Herausforderungen. Sie beschränke sich auf die Beobachtung der Menschenrechtssituation in Südosteuropa und den GUS-Staaten, lenke die Aufmerksamkeit selektiv auf einzelne Staaten, wende doppelte Standards an ohne die Besonderheiten der einzelnen Länder zu beachten. Die Arbeit der OSZE entspreche damit nicht den Interessen und Bedürfnissen der GUS-Staaten.

Hervorzuheben ist hier die Berufung auf das Grundprinzip „Nichteinmischung“ in innere Angelegenheiten, bei der scheinbar die diesbezügliche Entwicklung der Organisation nach Ende des Kalten Kriegs übersehen wird. So heißt es in der Moskauer Deklaration von 1991, dass „die im Bereich der menschlichen Dimension der KSZE eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und eine nicht ausschließlich innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen.“

Die deutlich formulierte Kritik diente für Russland auch als Basis für das aktive Vorantreiben einer OSZE-Reformdebatte. Auf die Juli-Erklärung folgte ein Aufruf der GUS-Außenminister im September 2004 in Astana, in dem konkrete Verbesserungen vorgeschlagen wurden. Dazu gehörten u.a. eine verstärkte Terrorismusbekämpfung, die Ratifizierung des 1999 geänderten Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), die Formulierung objektiver Kriterien für Wahlevaluierung, eine vergleichende Analyse von Wahlgesetzen, eine Konzentration der Feldmissionen auf vom Gastgeberland gewünschte Projekte statt politischen Monitorings, eine geographisch faire Verteilung von Posten, die Transparenz des Budgets, besonders was außerbudgetäre Quellen betrifft, eine Neuaufschlüsselung der Budgetbeiträge, eine Effizienzsteigerung des Sekretariats und Überlegungen zur Stärkung der Rolle des Generalsekretärs.

Streitpunkt Wahlbeobachtung

Stark ins Zentrum der russischen OSZE-Kritik ist das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) gerückt, das eine institutionelle Verwirklichung der nach Meinung Russlands zu stark gewichteten „menschlichen Dimension“ darstellt. Russland ist vor allem mit den von ODIHR durchgeführten Wahlbeobachtungen unzufrieden, denen methodologische

Mängel, intransparente Auswahl zu beobachtender Wahlen, Doppelstandards und generell „Politisierung“ vorgeworfen werden. Oberflächlich gesehen mag die Kritik vielleicht nicht ganz verständlich sein, da sich ODIHR auf eine in langjähriger Praxis entwickelte Expertise und Methodologie stützen kann, auf die sich auch EU oder UN berufen. Doch die Rolle, die diese Wahlbeobachtungen in jüngster Zeit im direkten Umfeld Russlands gespielt haben, ist den außen- und geopolitischen Interessen Russlands oft diametral entgegengesetzt.

Bei den politischen Machtwechseln in Georgien, der Ukraine und Kirgisistan spielte die negative Beurteilung von Wahlen durch die OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen eine wesentliche Rolle. Unter dem Schlagwort einer „vierten Welle der Demokratisierung“ wurden diese Machtwechsel oft als mögliches Modell für andere GUS-Staaten – einschließlich Russland – diskutiert. Damit scheint für Russland eine zunehmende westliche Einflussnahme in seiner unmittelbaren Umgebung zu drohen, zu der die Wahlbeobachtungen beitragen. Der kritischen Beurteilung von Wahlen in den GUS-Staaten durch die OSZE steht meist eine völlig gegensätzliche Sicht der GUS-Wahlbeobachter gegenüber. Hinzu kommt, dass auch die letzten russischen Parlaments- und Präsidentenwahlen von ODIHR kritisiert wurden.

Die gegenwärtige russische politische Elite kann darin für die Zukunft eigentlich nur eine Bedrohung für sich selbst und ihr Modell der „gelenkten Demokratie“ sehen. Die relative Autonomie von ODIHR wird von Russland jedenfalls beanstandet und eine verstärkte Kontrolle durch die nach Konsensprinzip funktionierenden Kollektivorgane der OSZE eingefordert. Der russischen Kritik an der Überdimensionierung der „menschlichen Dimension“ stehen das fast ausschließliche Interesse der USA, für welche die OSZE nicht allzu große Bedeutung hat, an diesem Teilbereich und ähnlich große EU-Interessen gegenüber.

Kompromissversuche und Reformdialog

Das problematische Verhältnis OSZE-Russland fand in jüngster Zeit [Ende 2004] Ausdruck im unerwarteten russischen Veto gegen eine Verlängerung der OSZE-Grenzbeobachtungsmission in Georgien (an der Grenze zu Tschetschenien und den benachbarten Nordkaukasusrepubliken). Die Mission war von den meisten anderen OSZE-Staaten als äußerst erfolgreich betrachtet worden. Zudem blockierte Russland, das auf eine – für sich günstigere – Neuaufschlüsselung der Beitragsleistungen nach UN-Vorbild bestand, lange Zeit den Beschluss des diesjährigen OSZE-Budgets [2005]. Erst im Mai 2005 konnte man sich auf ein provisorisches Budget einigen. In der OSZE gibt es dabei immer Raum für Kompromisse. So wurde z.B. nach dem abrupten Ende der Grenzbeobachtungsmission ein Trainingsprogramm für die georgische Grenzpolizei entwickelt, das nach den ersten Erfahrungen auch von russischer Seite positiv beurteilt wurde.

30 Jahre nach Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte wird unter dem diesjährigen slowenischen Vorsitz jedenfalls intensiv über die Zukunft der OSZE debattiert. So wurde im Juni von einem „Panel of Eminent Persons“ ein Report zur Steigerung der Effektivität der OSZE vorgelegt, in dem – wie auch in anderen Reformpapieren – russischen Kritikpunkten und Vorschlägen Rechnung getragen wurde. Die russischen Reaktionen waren entsprechend positiv. Der slowenische Außenminister Dimitrij Rupel hat sich um Vermittlung und Einbeziehung Russlands in die grundsätzliche Reformdebatte bemüht. Wie erfolgreich er damit war und inwieweit Russland seine außenpolitischen Interessen innerhalb der OSZE verwirklicht sieht, wird das OSZE-Ministerratstreffen am 5. und 6. Dezember in Ljubljana zeigen. [Bei diesem Treffen kritisierte der russische Außenminister Sergej Lawrow die „Doppelstandards“ der Wahlbeobachtung der OSZE und verlangte eine Neudefinition der Prozeduren der Wahlbeobachtung; es wurde kein Schlusssdokument unterzeichnet.]

Heinz Timmermann

Der Moskauer EU-Russland-Gipfel 2005 – Hintergründe, Ergebnisse, Perspektiven

Auf dem Den Haager Gipfel vom November 2004 war es den Partnern nicht gelungen, sich auf Wegekarten (Road Maps) für die vier „Gemeinsamen Räume“ Wirtschaft, Inneres, Äußeres und Bildung/Kultur zu einigen. Grund hierfür war insbesondere die Weigerung Russlands, sich mit der EU auf gemeinsame Aussagen zu den demokratischen Grundwerten und zu den „eingefrorenen Konflikten“ im postsowjetischen Raum zu einigen. Der Moskauer Gipfel verabschiedete nun ein 52 Seiten umfassendes Wegekarten-Paket, das mehrdimensionale enge Kooperation anvisiert, darunter auch im Blick auf die ursprünglich strittigen Punkte. Auf russischen Wunsch findet bereits im Sommer 2005 in Brüssel ein Spitzentreffen Barroso/Fradkow statt, auf dem über Wege und Methoden zur Implementierung der Wegekarten beraten werden soll.

Ungünstige Umfeldbedingungen

Am 10. Mai 2005 fand in Moskau turnusmäßig das 15. Gipfeltreffen EU-Russland statt. Der Zeitpunkt war – nachträglich gesehen – nicht besonders günstig gewählt. Denn zum einen stand der Gipfel ganz im Schatten der pompösen Feiern zum 60. Jahrestag des Sieges über Nazideutschland. Und zum andern wurde er in die Kontroverse hineingezogen, die aus den unterschiedlichen Erinnerungskulturen Russlands und der neuen EU-Mitglieder Ostmitteleuropas erwachsen. Als Lettland sich – entgegen dem Rat aus Brüssel – nicht davon abbringen ließ, die Ratifizierung des Grenzvertrags mit territorialen Ansprüchen an Russland zu verbinden, bezeichnete Putin dies im Gipfelkontext öffentlich als „idiotisch“. Moskau sah sich in seiner Einschätzung bestätigt, dass die Repräsentanten der baltischen Staaten von „primitiver Russophobie“ und „komplexem Atavismus“ geprägt sind und das europäische Rad zum Schaden Russlands um Jahrzehnte zurückdrehen wollen (so Jastrshembskij, Putins Berater in Sachen EU).

Diese Misstöne waren umso gravierender, als der Gipfel unter einem gewissen Erfolgszwang stand. Auf dem 14. Spitzentreffen vom November 2004 in Den Haag war es im Zeichen der Kontroverse um den demokratischen Aufbruch in der Ukraine nicht gelungen, die jeweiligen „Wegekarten“ (Road Maps) für die vier Gemeinsamen Räume Wirtschaft, Inneres, Äußeres und Bildung/Kultur in einem Paket zu verabschieden. Im Kern hatten sich die Divergenzen an zwei Punkten festgemacht: dem Verständnis von „Freiheit“ sowie den „eingefrorenen Konflikten“ in Moldawien (Transnistrien) und Georgien (Abchasien, Südossetien). Der EU-Entwurf verwies ausführlich auf die gemeinsamen Werte als Grundlage für die Partnerschaft, während die russische Wegekarte Freiheit verengt als Chance interpretierte, den Menschen in beiden Teilen Europas uneingeschränkte Reisefreiheit zu gewähren. Im Blick auf die eingefrorenen Konflikte setzte der EU-Dokumentenentwurf auf gemeinsames Konfliktmanagement, in der russischen Version dagegen fehlte jeglicher Bezug auf die Separatistengebilde.

Angesichts der schwierigen Ausgangslage sind die Ergebnisse des Moskauer Gipfels durchaus bemerkenswert. Ihren Ausdruck fanden sie in einem gemeinsam erarbeiteten Dokument, das auf insgesamt 52 Seiten die konkreten Wegekarten zu den vier Gemeinsamen Räumen beschreibt. Inhaltlich orientieren sie sich gerade auch auf den beiden strittigen Feldern weitgehend an den EU-Vorgaben von Den Haag. Das weitgehende Einschwenken Russlands auf EU-Positionen verweist auf das starke Interesse der Putin-Administration an konkreten Ergebnissen: Anscheinend hat sie im Vorfeld des Moskauer Gipfels einen gewissen Druck auf das – bekanntermaßen eher konservative – Außenministerium ausgeübt, seine wenig konstruktiven Wegekarten vom Haager Gipfel an EU-Positionen anzupassen. Freilich handelt es sich bei den Wegekarten, in denen die einzelnen Schritte zur Verwirklichung der jeweiligen Zielvorstellungen niedergelegt sind, nicht um völkerrechtlich bindende Abkommen. Vielmehr stellen sie zunächst unverbindliche Absichtserklärungen dar, bei denen zur Umsetzung der Projekte weder angepasste Mechanismen noch zeitliche Rahmen vorgegeben sind.

Gemeinsamer Wirtschaftsraum

Eindeutige Priorität im Sinne einer Triebkraft für die Partnerschaft genießt für beide Seiten die Perspektive eines Gemeinsamen Wirtschaftsraums mit offenen, integrierten Märkten. In ihm sollen schließlich die berühmten vier Freiheiten zur Geltung kommen: Freiheit des Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehrs. Aus der mit 20 Seiten umfangreichsten Wegekarte, die die Bereiche Energie, Telekommunikation, Transport und Weltraum einschließt, seien als besonders wichtig hervorgehoben:

- Harmonisierung von Standards, technischen Normen und Konformitätsbewertung bei industriellen Produkten, einschließlich Zertifizierung von Systemen zur Kontrolle von Qualität und ökologischer Verträglichkeit. Dass dies keineswegs auf eine vorbehaltlose Übernahme des EU-Gemeinschaftsrechts hinausläuft, demonstriert der Passus, dass die Gesetzesharmonisierung nur in jenen Sektoren erfolgt, in denen sie „angemessen und möglich ist“.
- Im Hinblick auf öffentliche Projektausschreibung Entwicklung eines einheitlichen und transparenten Systems. Dazu gehört die Festlegung gemeinsamer Regeln in der Wettbewerbspolitik, „um ein gleichwertiges Umfeld für die Akteure Russlands und der EU-Staaten auf den beiderseitigen Märkten zu sichern“.
- Verbesserung des Investitionsklimas mit seinen Attributen Transparenz, Berechenbarkeit und Regulierungsvereinfachung nach internationalen Standards. Dazu zählt auch die Harmonisierung der Investitionsgesetzgebung einschließlich entsprechender gerichtlicher Überprüfung.
- Ökologische Aspekte, die in der Moskauer Wegekarte von 2004 nicht expliziert waren, werden als zentrale und sektorübergreifende Aufgabe angesehen, und zwar unter Bezug auf die Umweltpartnerschaft im Rahmen der „Nördlichen Dimension“.
- Intensivierung des Energiedialogs EU-Russland unter besonderer Berücksichtigung der Aspekte nachhaltige Produktion, Verteilung, Transport, Verbrauch und Effizienz von Energie. Russland garantiert den fairen Handel und den Transit von Energieprodukten unter Beachtung „der den Energiechartavertrag leitenden Prinzipien“. In diesem Kontext verwies Russland auf das starke Interesse des Iran an der Schaffung von euro-asiatischen Transportkorridoren; im Zuge der Bemühungen um Beseitigung politischer Hindernisse will Russland die eigenen Positionen mit denen der EU koordinieren. Die EU ihrerseits wird Russland unter bestimmten Voraussetzungen die Perspektive eines integrierten Stromverbundes einräumen und stellt ihm ein langfristiges Abkommen über den Handel mit Nuklearmaterial in Aussicht – so die gemeinsame Wegekarte des Moskauer Gipfels.

Abzuwarten bleibt, ob Russland die normativen Anforderungen tatsächlich schrittweise realisieren und bereit sein wird, seine Normen und Standards über die WTO-Bestimmungen hinaus an das Europäische Gemeinschaftsrecht anzupassen. Einiges spricht dafür, dass das Land an wichtigen Elementen seines eigenen Normensystems als essentiellem Teil seiner nationalen Unabhängigkeit festhalten möchte. Nicht einigen konnten sich die Partner über ein Dauerthema: die materiellen Bedingungen für die transsibirischen Überflugrechte. Um die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Luftfahrtindustrie zu gewährleisten, bestand Putin auf der bisherigen Kostenregelung für europäische Gesellschaften wenigstens bis zum Jahre 2013.

Freiheit, Sicherheit und Justiz

Als zunehmend wichtiges Feld ihrer Partnerschaft betrachten die EU und Russland die Zusammenarbeit im Bereich der nichttraditionellen Sicherheit. So befaßt sich die gemeinsame Moskauer Wegekarte teilweise recht detailliert mit Projekten in den Bereichen Grenzmanagement, Migration, Asylpolitik, Terrorismusbekämpfung, organisierte Kriminalität, Menschenhandel. Angestrebt wird eine engere Zusammenarbeit zwischen den Rechtsbehörden beider Seiten.

In diesen eher technisch-organisatorischen Bereichen greift das in Moskau verabschiedete Dokument die Schwerpunkte *beider* Wegekarten vom November 2004 auf. Anders mit Blick auf das Verständnis von „Freiheit“. Hier beschränkt es sich nicht auf die Reisefreiheit, wie in Den Haag

von Russland vorgeschlagen. Vielmehr bekennt sich die gemeinsame Wegekarte des Moskauer Gipfels ausdrücklich in verschiedenen Zusammenhängen zu gemeinsamen Werten als Grundlage für die Partnerschaft. Deren Potential könne nur dann voll ausgeschöpft werden, wenn sie von Demokratie, Herrschaft des Rechts und Unabhängigkeit der Justiz, Menschen- und Minderheitenrechten sowie Medienfreiheit geprägt sei.

Auch hier ist, was die Bereitschaft und Fähigkeit der russischen Führung zur Umsetzung der Werte betrifft, ein Fragezeichen zu setzen. Wiederholt hatte Putin die genannten Werte ausführlich und in all ihren Dimensionen auch für Russland angemahnt, zuletzt in seiner Jahresbotschaft an die Nation vom 25. April 2005. Ebenso beharrlich hatte er dabei jedoch auf die spezifischen historisch-kulturellen Bedingungen Russlands für die Realisierung dieser Werte verwiesen und deren allgemeine Verbindlichkeit damit stark relativiert.

Nur geringe Fortschritte gab es auf dem Gebiet „Reisefreiheit“, dem Moskau aufgrund der mehrheitlich auf Europa gerichteten Reiseaktivitäten seiner Bürger höchste Priorität beimisst. Die EU hat der langfristigen Perspektive einer stufenweise zu realisierenden Visafreiheit grundsätzlich zugestimmt, sie aber mit dem Abschluß eines Rückübernahmeabkommens für sämtliche illegal in den EU-Raum gelangten Personen verbunden. Angesichts der mehr oder weniger offenen südlichen Grenzen Russlands ist diese Bedingung nur schwer zu erfüllen und erfordert entsprechende Abkommen Moskaus mit den Anrainerstaaten. Erschwerend kommt hinzu, dass Russland auf dem Moskauer Gipfel kundtat, nur *eigene* Staatsbürger zurückzunehmen, nicht aber Personen aus Drittländern, die Russland lediglich als Transitland zur illegalen Einreise in die EU nutzen. Nicht zuletzt diese für die EU-Delegation überraschende Verhärtung der russischen Position, die von Putin offenbar so nicht voll geteilt wird, verhinderte nennenswerte Fortschritte in der Visafrage.

Angesprochen, wenngleich in der Wegekarte nicht erwähnt wurde auf dem Moskauer Gipfel auch der Tschetschenienkonflikt. Die EU machte das Angebot, über humanitären Beistand hinaus substantielle wirtschaftliche und soziale Wiederaufbauhilfe zu leisten – vorausgesetzt, der lokalen Bevölkerung werde Gelegenheit gegeben, in freien und fairen Wahlen ihren politischen Willen kundzutun und an der Gestaltung der Zukunft des Landes mitzuwirken. Die russische Seite ging auf dieses Angebot jedoch nicht ein.

Äußere Sicherheit

Positive Überraschungen bietet die gemeinsame Wegekarte des Moskauer Gipfels zu den internationalen Beziehungen: Sie bezieht sich inhaltlich viel eher auf die europäische Variante von Den Haag als auf die russische, in der jeder Bezug auf Werte sowie auf die eingefrorenen Konflikte und die Zukunft der sensitiven geopolitischen Zwischenzone fehlte. Im Moskauer Gipfeldokument wird die Bedeutung der gemeinsamen Werte „in der Definition der Helsinki-Schlußakte“ hervorgehoben, gelten demokratische Prinzipien und Menschenrechte als Voraussetzung für die Bildung eines größeren Europa. Damit wird es Moskau künftig schwerer haben, demokratische Aufbrüche im postsowjetischen Raum als westliche Verschwörung zu Lasten des russischen Einflusses zu diskreditieren. Die Betonung der Werte hatte für den Charakter des Gipfeldokuments „Äußere Sicherheit“ wichtige Konsequenzen:

- Hinfert gilt es als „souveräne Entscheidung der Staaten“, über ihre Integration in regionale Organisationen selbst zu bestimmen. Entwicklungen wie die Verlagerung des Schwerpunkts der Ukraine von dem russisch dominierten „Einheitlichen Wirtschaftsraum“ hin zur Verdichtung der Beziehungen zur EU werden somit als legitimes Ergebnis inneren Wandels anerkannt.
- In der russischen Wegekarte vom Herbst 2004 nahm der Vorschlag zu gemeinsamer Regelung regionaler Konflikte einen herausragenden Platz ein. Dabei fehlte jedoch jeglicher Bezug auf die eingefrorenen Konflikte, während das parallele EU-Papier gerade in dieser als vorrangige Problemzone definierten Region dringenden gemeinsamen Handlungsbedarf sah. Auch in diesem Punkt bewegte sich Moskau: Die Partner verständigten sich auf dem

Gipfel auf Kooperation und Konfliktregelung „in den an Russland und die EU angrenzenden Regionen“ (so auf russischen Wunsch der neutrale Begriff an Stelle der als zu eindringend empfundenen „Gemeinsamen Nachbarschaft“). Dies läuft – zumindest in der Theorie – auf ein Ende legitimer Dominanzansprüche Russlands im postsowjetischen Raum sowie auf die grundsätzliche Bereitschaft Moskaus hinaus, im Blick auf Georgien, Moldawien und die Ukraine mit der EU zu kooperieren. Kein Thema auf dem Gipfel waren bedauerlicherweise die Entwicklungen in dem scharf autoritären Lukaschenko-Regime in Belarus, das mit wachsender Repression europäische Werte missachtet, dem friedlichen Zusammenwachsen Großeuropas entgegenwirkt und bei einem mittelfristig möglichen demokratischen Aufbruch zum Problemfall für die Partnerschaft EU-Russland werden könnte.

- Im Zuge des demokratischen Aufbruchs in der Ukraine hatte Russland die OSZE in ihrer Relevanz deutlich herabgestuft und ihr vorgeworfen, im postsowjetischen Raum zum Instrument für politische Manipulation und zum Faktor von Destabilisierung zu werden. In der Moskauer Wegekarte vom Herbst 2004 wird die Organisation nur einmal kurz erwähnt, und zwar im Zusammenhang mit friedensschaffenden, nicht aber demokratiefördernden Aufgaben. Ganz anders die gemeinsame Wegekarte des Moskauer Gipfels: Hier sichern die Partner einander zu, „die Rolle und die Effektivität relevanter internationaler und regionaler Organisationen, insbesondere die OSZE und den Europarat, zu fördern“. Dies schließt „die volle Implementierung aller internationalen Verpflichtungen ein, darunter auch diejenigen der OSZE“. Solche Absichtserklärungen erhöhen die Chancen für gemeinsame Regelung der eingefrorenen Konflikte. Darüber hinaus könnten sie dazu beitragen, dass Russland allmählich traditionelle Verschwörungstheorien überwindet und zu der Einsicht gelangt, dass es die Attraktivität der EU und nicht gezielte Konspiration ist, die einzelne Länder des postsowjetischen Raums zu neuer Positionsbestimmung veranlasst.

Perspektiven

Der Haager Gipfel signalisierte einen absoluten Tiefpunkt in den EU-Russland-Beziehungen. Zwar war es in den vergangenen Jahren gelungen, auf einer Reihe von Kooperationsfeldern gemeinsame Lösungen zu finden – von der im Ganzen positiven Regelung des Kaliningrad-Transits über die Zustimmung der EU zum WTO-Beitritt Russlands, die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Moskau bis hin zur Einbeziehung der neuen EU-Mitglieder in das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA). Dennoch waren wechselseitig Unverständnis und sogar Misstrauen gewachsen und erreichten ihren Höhepunkt während des demokratischen Aufbruchs in der Ukraine. Immer unklarer wurde, was eigentlich den Inhalt der Partnerschaft ausmacht und wie sie zu realisieren sei.

Der Moskauer Gipfel hat diesen Negativtrend gewiß nicht umgekehrt, zumindest aber gestoppt. Zwar handelt es sich bei den jetzt beschlossenen Wegekarten nur um unverbindliche Absichtserklärungen, die die Partner erfüllen können oder auch nicht. Im Westen wurden die Ergebnisse von Moskau daher überwiegend als wenig ergiebig oder sogar als irrelevant gewertet. Das scheint insofern einseitig, als die Wegekarten beiden Seiten jetzt als roter Faden für gemeinsame Projekte dienen können und Verweigerung den Gesamtinteressen zum Schaden gereichen würde. Insbesondere die Aussagen über die Zukunft der geopolitischen Zwischenzone können gefährliches Konfliktpotential zwischen Russland und der EU entschärfen.

Für eine konstruktiv-kritische Wertung der Gipfelergebnisse spricht auch, dass die Partner ganz offensichtlich großes Interesse an einem Gelingen der in den Wegekarten fixierten Ziele zeigen. So erhielt der Ständige Partnerschaftsrat EU-Russland den Auftrag, in seinen verschiedenen Formaten über Wege und Methoden der konkreten Implementierung zu befinden; genannt wurden schon jetzt die Aspekte Energie, Umwelt und Visaregelung. Dies deutet darauf hin, dass Russland Tendenzen zu seiner Selbstisolierung entgegenwirken und die in die Krise geratene Partnerschaft mit der EU aktivieren will.

Damit könnten die in den Moskauer Wegekarten formulierten Projekte als wichtige inhaltliche Vorlagen für ein aktualisiertes oder gänzlich neues PKA bilden, das den 1997 ratifizierten und

2007 auslaufenden Vertrag ersetzt. Die bereits beginnenden Diskussionen hierüber bieten die Chance, Charakter und Inhalt der Partnerschaft realistisch und perspektivisch zugleich zu definieren.

EU und Russland: Güterstruktur des Außenhandels 2004

Güter	Gesamtexport		Export nach Russland	
	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
Insgesamt	1.027.893	100,0%	45.664	100,0%
Chemische Erzeugnisse	86.207	8,4%	6.298	13,8%
Sonstige Güter und Dienstleistungen	29.846	2,9%	244	0,5%
Diverse Erzeugnisse	153.496	14,9%	6.161	13,5%
Erzeugnisse (nach Material klassifiziert)	107.589	10,5%	5.231	11,5%
Getränke, Tabak	5.661	0,6%	504	1,1%
Maschinen, Verkehrsmittel	350.587	34,1%	21.325	46,7%
Mineralbrennstoffe, Schmierstoffe usf.	180.960	17,6%	246	0,5%
Nahrungsmittel, Tiere	52.003	5,1%	3.385	7,4%
Öle, Fette, Wachse	3.635	0,4%	264	0,6%
Rohstoffe (außer Brennstoffen)	42.435	4,1%	519	1,1%
Residuum	15.474	1,5%	1.487	3,3%

Quelle: EU Bilateral Trade Relations. Russia. Trade Statistics
http://trade-info.cec.eu.int/doclib-docs-2005-april-tradoc_113440.pdf, 14. Mai 2005

Güter	Gesamtimport		Import aus Russland	
	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
Insgesamt	962.648	100,0%	80.539	100,0%
Chemische Erzeugnisse	151.778	15,8%	2.985	3,7%
Sonstige Güter und Dienstleistungen	22.615	2,3%	2.999	3,7%
Diverse Erzeugnisse	113.854	11,8%	388	0,5%
Erzeugnisse (nach Material klassifiziert)	123.285	12,8%	9.285	11,5%
Getränke, Tabak	14.803	1,5%	36	0,0%
Maschinen, Verkehrsmittel	435.782	45,3%	1.151	1,4%
Mineralbrennstoffe, Schmierstoffe usf.	27.753	2,9%	47.908	59,5%
Nahrungsmittel, Tiere	33.521	3,5%	576	0,7%
Öle, Fette, Wachse	2.367	0,2%	24	0,0%
Rohstoffe (außer Brennstoffen)	16.682	1,7%	3.727	4,6%
Residuum	20.208	2,1%	11.460	14,2%

Quelle: EU Bilateral Trade Relations. Russia. Trade Statistics
http://trade-info.cec.eu.int/doclib-docs-2005-april-tradoc_113440.pdf, 14. Mai 2005

World Bank: "World Development Indicators 2005"

	Bevölkerung		Territorium		Bevölkerungsdichte		Bruttonationaleinkommen		Bruttonationaleinkommen (pro Kopf)		PPP			Bruttoinlandsprodukt		
	Mio.	2003	1.000 km ²	2003	Menschen pro km ²	Mrd. US \$	2003	2003	US \$	Rang	2003	2003	US \$ pro Kopf	Rang	Wachstum in %	Pro-Kopf-Wachstum in %
Tschechien	10	2003	79	2003	132	72,9	2003	2003	7.150	63	159,0	2003	15.600	56	3,1%	3,1%
Polen	38	2003	313	2003	125	201,7	2003	2003	5.280	72	428,0	2003	11.210	69	3,7%	3,8%
Österreich	8	2003	84	2003	98	216,9	2003	2003	26.810	16	241,0	2003	29.740	12	0,7%	0,5%
Belgien	10	2003	31	2003	343	267,3	2003	2003	25.760	20	300,0	2003	28.920	14	1,1%	0,7%
Russland	143	2003	17.075	2003	8	374,8	2003	2003	2.610	97	1.284,0	2003	8.950	82	7,3%	7,8%
Niederlande	16	2003	42	2003	479	425,6	2003	2003	26.230	18	463,0	2003	28.560	18	-0,9%	-1,4%
Italien	58	2003	301	2003	196	1.243,2	2003	2003	21.570	28	1.546,0	2003	26.830	25	0,3%	0,3%
Frankreich	60	2003	552	2003	109	1.521,6	2003	2003	24.730	23	1.652,0	2003	27.640	22	0,5%	0,0%
Großbritannien	59	2003	243	2003	246	1.680,1	2003	2003	28.320	12	1.643,0	2003	27.690	21	2,2%	2,0%
Deutschland	83	2003	357	2003	237	2.085,5	2003	2003	25.270	22	2.279,0	2003	27.610	23	-0,1%	-0,1%
Europäischer Wirtschaftsraum	307	2003	2.507	2003	126	6.999,1	2003	2003	22.810		8.087,0	2003	26.350		0,5%	0,3%

Quelle: http://devdata.worldbank.org/wdi2005/Table_1.htm

Bedeutung der Handelsverbindungen

Jahr	Import	Jährliche Veränderung in %	Anteil der EU am gesamten russischen Import	Export	Jährliche Veränderung in %	Anteil der EU am gesamten russischen Export	Bilanz	Import + Export
Russland, Gesamtaußenhandel								
1999	28.367			67.737			39.370	96.104
2000	36.623	29,1%		111.286	64,3%		74.663	147.909
2001	41.006	12,0%		91.864	-17,5%		50.858	132.869
2002	47.899	16,8%		112.883	22,9%		64.984	160.781
2003	49.875	4,1%		115.493	2,3%		65.618	165.368
2003 (9 Monate)	35.420			84.597	49,0%		177	120.018
2004 (9 Monate)	42.004	18,6%		92.702	9,6%		50.698	134.706
Jährliches Wachstum (Mittel)		15,2%			14,3%			14,5%
Russland, Handel mit der Europäischen Union								
1999	12.103		42,7%	31.947	47,2%		19.844	44.051
2000	14.335	18,4%	39,1%	59.055	84,9%	53,1%	44.720	73.390
2001	19.588	36,6%	47,8%	52.251	-11,5%	56,9%	32.663	71.839
2002	22.719	16,0%	47,4%	55.758	6,7%	49,4%	33.039	78.477
2003	22.986	1,2%	46,1%	59.328	6,4%	51,4%	36.342	82.314
2003 (9 Monate)	16.243	45,9%		43.689	51,6%	27.446,0%	59.933	
2004 (9 Monate)	22.337	37,5%	53,2%	49.222	12,7%	53,1%	26.885	71.560
Jährliches Wachstum (Mittel)		17,4%			16,7%			16,9%

Quelle: EU Bilateral Trade Relations. Russia. Trade Statistics
http://trade-info.cec.eu.int/doclib-docs-2005-april-tradoc_113440.pdf, 14. Mai 2005

Außenhandel EU

Jahr	Import	Jährliche Veränderung in %	Anteil am gesamten EU-Import	Export	Jährliche Veränderung in %	Anteil am gesamten EU-Export	Bilanz	Import + Export
Europäische Union: Gesamtaußenhandel								
2000	995.649			856.728			-138.921	1.852.377
2001	983.440	-1,2%		892.716	4,2%		-90.724	1.876.155
2002	941.989	-4,2%		900.402	0,9%		-41.587	1.842.392
2003	940.504	-0,2%		878.665	-2,4%		-61.839	1.819.170
2004	1.027.893	9,3%		962.648	9,6%		-65.245	1.990.541
Jährliches Wachstum (Mittel)		0,8%			3,0%			1,8%
Europäische Union: Handel mit Russland								
2000	60.918		6,1%	22.512		2,6%	-38.405	83.430
2001	62.976	3,4%	6,4%	31.370	39,3%	3,5%	-31.606	94.346
2002	61.908	-1,7%	6,6%	34.275	9,3%	3,8%	-27.633	96.184
2003	67.779	9,5%	7,2%	37.086	8,2%	4,2%	-30.692	104.865
2004	80.539	18,8%	7,8%	45.664	23,1%	4,7%	-34.875	126.203
Jährliches Wachstum (Mittel)		7,2%			19,3%			10,9%

Quelle: EU Bilateral Trade Relations. Russia. Trade Statistics
http://trade-info.cec.eu.int/doclib-docs-2005-april-tradoc_113440.pdf, 14. Mai 2005

Russischer Außenhandelsumsatz 2004

	2004			2003 (zur Information)		
	Mio. US Dollar	in % zu 2003	in % zur Summe	Mio. US Dollar	in % zu 2002	in % zur Summe
Außenhandelsumschlag insgesamt	257.122,0	134,6%	100,0%	191.002,0	124,9%	100,0%
darunter:						
Nicht-GUS-Staaten	210.014,0	133,5%	81,7%	157.365,0	123,9%	82,4%
davon:						
Europäische Union	115.916,0	136,6%	45,1%	69.144,0	123,0%	36,2%
darunter:						
Großbritannien	7.704,0	121,1%	3,0%	6.362,0	129,2%	3,3%
Deutschland	23.874,0	128,8%	9,3%	18.532,0	126,4%	9,7%
Italien	15.274,0	139,9%	5,9%	10.920,0	112,9%	5,7%
Niederlande	16.623,0	167,4%	6,5%	9.932,0	115,6%	5,2%
Finnland	8.157,0	132,1%	3,2%	6.173,0	138,6%	3,2%
Frankreich	7.497,0	128,4%	2,9%	5.837,0	128,1%	3,1%
Schweden	3.177,0	147,6%	1,2%	2.152,0	106,2%	1,1%
Andere EU-Länder	33.610,0		13,1%	9.236,0		4,8%
China	14.851,0	128,4%	5,8%	11.566,0	125,2%	6,1%
USA	9.783,0	136,3%	3,8%	7.178,0	103,0%	3,8%
Andere Nicht-GUS-Staaten	69.464,0		27,0%	69.477,0		36,4%
GUS-Staaten	47.108,0	140,0%	18,3%	33.637,0	130,0%	17,6%
Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft	26.405,0	141,2%	10,3%	18.700,0	128,4%	9,8%
darunter:						
Belarus	17.605,0	141,0%	6,8%	12.482,0	126,1%	6,5%
Kasachstan	8.125,0	141,2%	3,2%	5.754,0	132,3%	3,0%
Kirgisistan	416,0	156,9%	0,2%	265,0	148,9%	0,1%
Tadschikistan	259,0	130,4%	0,1%	199,0	148,5%	0,1%
Einheitlicher Wirtschaftsraum /EWR	42.598,0	140,7%	16,6%	30.271,0	129,6%	15,8%
Ukraine	16.868,0	140,2%	6,6%	12.035,0	132,0%	6,3%
Andere GUS-Staaten	3.835,0		1,5%	2.902,0		1,5%

Quelle: Angaben von Rosstat

<http://www.gks.ru/scripts/free/lc.exe?XXXX03F.1.8.1/050160R>, 2. März 2005

Russland und die Energieversorgung Europas

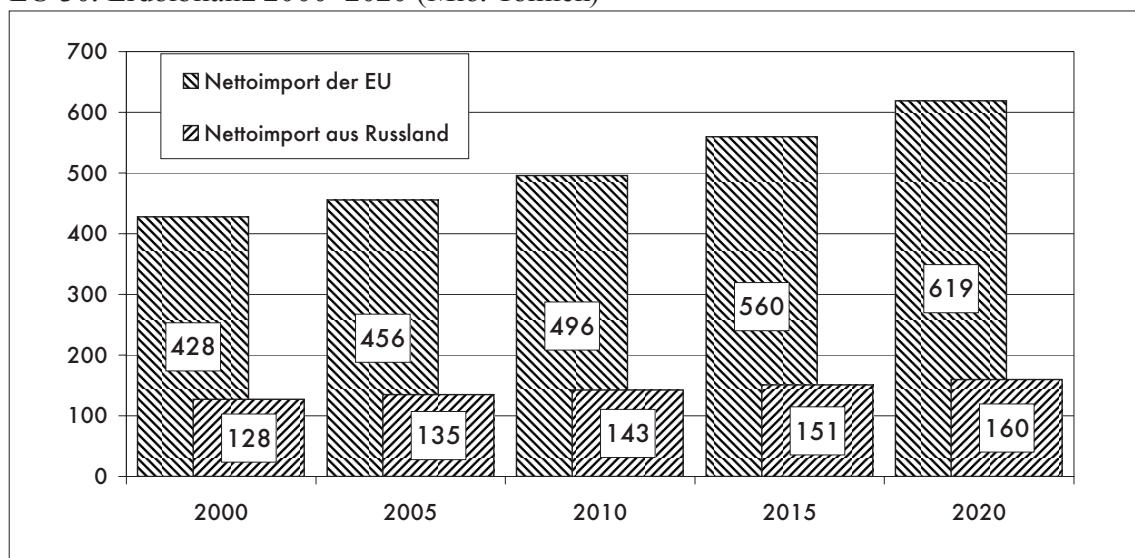
Russland ist und bleibt das wichtigste Land für die Energieversorgung des erweiterten Europa (EU30). Gemäß der nationalen Energiestrategie von 2003 wird sich Russland bis 2020 jedoch zunehmend den Märkten in Asien und Amerika zuwenden. Dies muss Anlass geben, die langfristige Energieversorgung Europas zu überdenken. Der Beitrag behandelt vor allem die Situation bei Erdöl und Erdgas, geht jedoch auch auf weitere Themen der Energiebeziehungen zwischen Russland und Europa, darunter den „Energiedialog“, ein.

Angesichts seiner riesigen Energievorräte scheint Russland auf den ersten Blick für die Rolle des natürlichen Energielieferanten Europas prädestiniert zu sein (gemeint ist hier die EU einschließlich aller möglichen Beitrittskandidaten, jedoch ohne die GUS-Staaten, also die „EU30“). An Erdgas besitzt Russland die weltgrößten Reserven (d.h. die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten förderwürdigen Vorkommen), bei den darüber hinaus nachgewiesenen oder vermuteten Vorkommen sowohl von Erdgas wie von Erdöl steht das Land ebenfalls an erster Stelle, und auch die weltgrößten Kohleressourcen sind dort zu finden. Im Unterschied zum politisch instabilen Nahen Osten, wo der andere Großteil der Energiereserven konzentriert ist, erscheint Russland als stabiler und verlässlicher Handelspartner. Auf die Frage, wie sich die Energiebeziehungen zwischen Russland und Europa entwickeln werden, kann die von der russischen Regierung nach jahrelangen Erörterungen im August 2003 beschlossene Energiestrategie bis 2020 Auskunft geben.

Erdöl

Gemäß der russischen Energiestrategie von 2003 soll der Gesamtexport von Erdöl, der 2000 insgesamt 145 Mio. Tonnen betrug, bis 2020 auf über 300 Mio. Tonnen ansteigen. Der Export nach Europa soll im Zeitraum 2000–2020 allerdings nur um rund 30 Mio. Tonnen oder 1,1% pro Jahr von 127,5 Mio. Tonnen auf 160 Mio. Tonnen steigen. Für den Export in die GUS ist ebenfalls ein Zuwachs in gleicher Größenordnung vorgesehen. Dagegen sollen in andere Länder wie China und die USA, in die bislang nur wenig Erdöl exportiert wurde, ab 2010 rund 100 Mio. Tonnen geliefert werden. Die Zuwächse des Erdölexportes verlagern sich somit deutlich von West nach Ost. Damit korrespondiert, dass in der Energiestrategie die größten Zuwächse bei der Erdölförderung in Ostsibirien erwartet werden.

EU 30: Erdölbilanz 2000–2020 (Mio. Tonnen)



Quelle: Roland Götz, nach EU-Statistik und Angaben der Energy Information Administration.

Europas Erdölimportbedarf wird im Zeitraum 2000–2020 nach den Prognosen der amerikanischen Energy Information Administration (EIA) und der Europäischen Kommission bei mittlerem Wachstum des Erdölkonsums um rund 180 Mio. t zunehmen, da einerseits der Erdölverbrauch steigen, andererseits die europäische Erdölförderung abnehmen wird. Russland wird nach den vorliegenden Planungen und Prognosen zu diesem Importzuwachs nur weniger als 20% beitragen. Über 80% des bis 2020 entstehenden zusätzlichen Einfuhrbedarfs Europas müssen folglich aus anderen Weltregionen gedeckt werden. Aus der Sicht Europas ist und bleibt Russland mit seinem von 30% leicht auf 27% abnehmenden Anteil allerdings der wichtigste Erdöllieferant.

Erdgas

Der starke Anstieg des Erdgasbedarfs Europas hat seine Ursachen einerseits in der aus ökologischen Gründen (Treibhauseffekt) beabsichtigten Substitution von Kohle und Erdöl durch das „saubere“ Erdgas, andererseits in der fortschreitenden „Gasifizierung“ europäischer Randregionen. Während Europas Ölimport zwischen 2000 und 2020 um rund 40% zunehmen dürfte, steigt bei Erdgas der Importbedarf Europas gemäß der Standardprognose der EIA bei mittlerem Wirtschaftswachstum gegenüber 2000 sogar um mehr als 200% und im Falle langsamen Wirtschaftswachstums immerhin noch um 150% an.

Russlands Erdgasproduktion nach Firmen 1997–2003 (in Mrd. Kubikmetern)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Gazprom	534	554	546	523	512	522	540
Unabhängige Gasproduzenten	6	8	15	30	37	41	k.A.
Ölunternehmen	29	29	30	31	32	32	k.A.
Russland gesamt	569	591	591	584	582	595	616

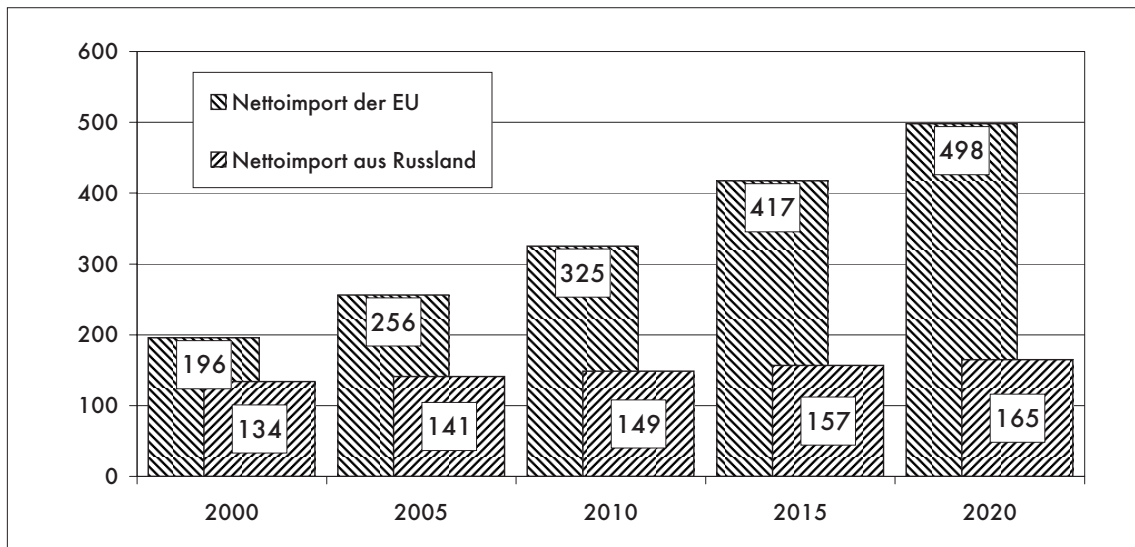
Quellen: Firmenangaben und russisches Energieministerium.

Die im Zeitraum 2000–2020 zu erwartende Vervielfachung der westeuropäischen Gasimporte ist eine Folge sowohl eines um 50 bis 75% steigenden Verbrauchs als auch einer stagnierenden europäischen Eigenproduktion. Diese sich drastisch öffnende Schere zwischen steigendem Gasverbrauch und sinkender Gasförderung lässt den Importbedarf der EU-30 um rund 300 Mrd. Kubikmeter und damit in einem Ausmaß hochschnellen, das Russlands Absichten und Möglichkeiten der Exportsteigerung weit übertrifft.

Wie sehen indessen die russischen Pläne für die Belieferung des EU-Marktes mit Erdgas aus? Während Russlands gesamter Gasexport zwischen 2000 und 2020 um 87 Mrd. Kubikmeter oder 45% zunehmen soll, soll jener in die erweiterte EU nur um 31 Mrd. Kubikmeter bzw. um 23% ansteigen. Dagegen soll sich der Gasexport nach China und in die USA von null auf etwa 100 Mrd. Kubikmeter erhöhen. Wenn es nach der russischen Energiestrategie geht, wird somit der angestrebte Zuwachs bei der Erdgasproduktion überwiegend in außereuropäische Regionen exportiert. Dies korrespondiert mit der Tatsache, dass der Produktionszuwachs bei Erdgas nicht im Westen Russlands, sondern in Ostsibirien und im Fernen Osten erwartet wird, von wo Erdgas entweder auf dem Landweg nach China oder als Flüssiggas per Schiff nach Südostasien und in die USA transportiert werden kann. Während 2000 rund 70% der Gasimporte der EU-30-Staaten aus Russland stammten, wird dieser Anteil 2010 nur noch 50% und 2020 nur noch knapp 30% betragen. Der dann verbleibende Fehlanteil von 70% wird durch eine Vielzahl von Lieferländern abgedeckt werden müssen, wobei für die Zeit nach 2010 keine genauen Prognosen möglich sind. Europa scheint notgedrungen Erdgas in steigendem Maße, zum Teil in Form von Flüssiggas, aus Nordafrika und dem Nahen Osten sowie aus Zentralasien beziehen zu müssen.

Wenn diese Lieferungen wie dargestellt zunehmen, wird es in Europa voraussichtlich nicht zu einer Gasknappheit kommen. Dafür ist aber politische Stabilität in den genannten Regionen Voraussetzung. Günstig wäre es, wenn die außereuropäischen Lieferanten, ebenso wie Russland, in den europäischen Energiedialog eingebunden werden könnten.

EU 30: Erdgasbilanz 2000–2020 (Mio. Tonnen)



Quelle: Roland Götz, nach EU-Statistik und Angaben der Energy Information Administration.

Kohle

Da Kohle kein bedeutendes russisches Exportprodukt ist, ist die Energieversorgung Europas von den Entwicklungen im russischen Kohlesektor nicht direkt berührt. Die vorgesehene schnelle Erhöhung der Förderung und des Binnenverbrauchs von Kohle schaffen aber ein in Russland noch wenig diskutiertes Problem, da hiermit eine höhere Belastung des Weltklimas durch die Emission von CO₂ einhergeht.

Kernenergie

Neben der Kohleförderung wird in der russischen Energiestrategie dem Ausbau der Kernenergiewirtschaft hohe Priorität eingeräumt. Vorgesehen sind die Stilllegung veralteter und besonders störanfälliger Anlagen, der Neubau von „konventionellen“ Kernkraftwerken (Leichtwasserreaktoren) sowie der schrittweise Übergang zur Technologie des Schnellen Brütters. Von der Beherrschbarkeit der Technologie des Schnellen Brütters ist man in Russland ebenso überzeugt wie von der Wirtschaftlichkeit dieser Entwicklungslinie der Elektrizitätsgewinnung. Werden die russischen Pläne verwirklicht, könnte Russland in großem Maßstab Strom Richtung Westen exportieren.

Erneuerbare Energien

Unter den erneuerbaren Energien spielt in Russland die Wasserkraft eine besonders große Rolle. Die Stromerzeugung in großen Wasserkraftwerken soll bis 2020 um knapp 30% ansteigen. Für die sonstigen erneuerbaren Energien ist ein Anstieg ungefähr im Umfang der ebenfalls ansteigenden Gesamterzeugung von Energieträgern vorgesehen, das heißt um rund 30 bis 40%. Dies bedeutet, dass keine Zunahme des Anteils der erneuerbaren Energien, der rund 1% beträgt, geplant ist. Eine „Energiewende“, wie sie in Europa diskutiert wird, sieht die russische Energiestrategie nicht vor.

Energiesparen

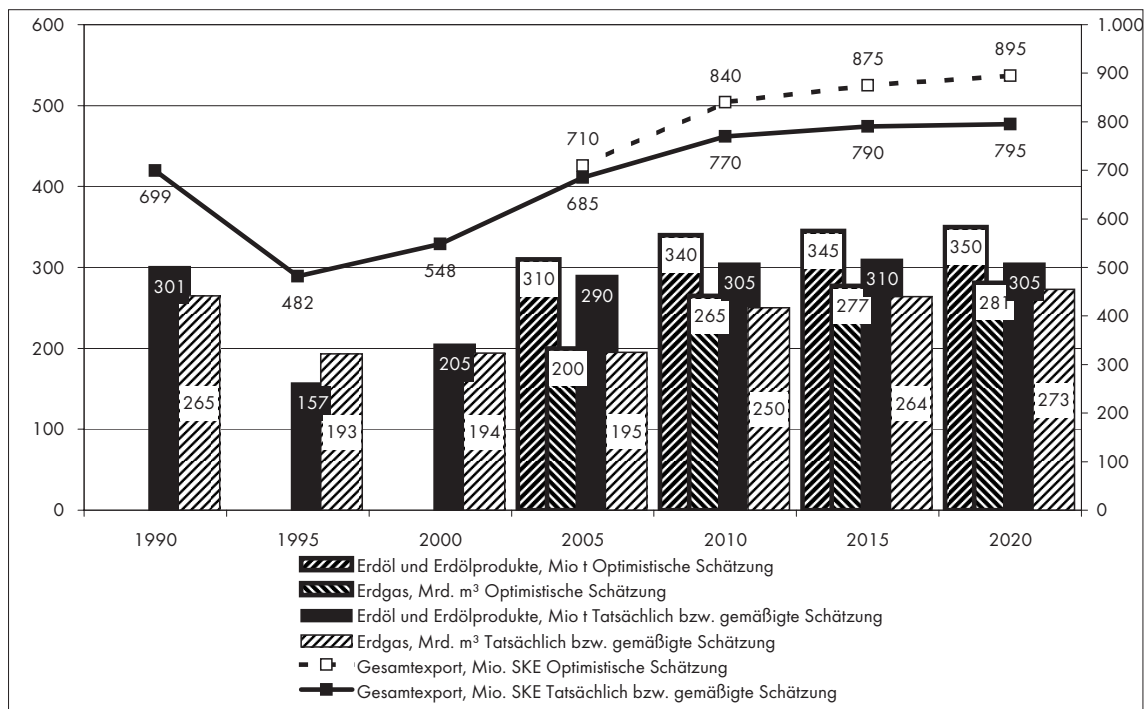
Die Notwendigkeit des Energiesparens wird in der russischen Energiestrategie unterstrichen, auch die daraus folgende Konsequenz veränderter Preisstrukturen im Energiebereich wird betont. Allerdings ist die in der Energiestrategie vorgesehene, nur allmähliche Anpassung des Binnenpreises für Erdgas an das Marktniveau nicht geeignet, einen raschen Durchbruch zu einer sparsamen Verwendung dieses Energieträgers herbeizuführen. Damit wird auch nur ein geringer Anreiz erzeugt, neue, sparsame und weniger umweltschädliche Technologien im Kohlebereich einzuführen. Ob es gelingen wird, den Kohleeinsatz bei Zurückdrängung des Erdgaseinsatzes wie geplant zu erhöhen, muss bezweifelt werden. Möglicherweise werden daher die in der optimistischen Prognose der Energiestrategie anvisierten Spar- und Exportziele bei Erdgas nicht erreicht. Dann aber wäre der Beitrag Russlands zur künftigen Energieversorgung Europas geringer zu veranschlagen, als er es nach den vorliegenden Planungen sein soll.

Energiedialog

Der Energiedialog zwischen der EU und Russland war auf dem Pariser Gipfel im Oktober 2000 beschlossen worden. Er zielt auf eine „Energiepartnerschaft“ und fügt sich in das bestehende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ein. Im März 2001 waren vier Themengruppen benannt worden, die von Experten beider Seiten auf mehreren Treffen bearbeitet wurden: 1. Energiestrategien und Energiebilanzen, 2. Technologietransfer und Energieinfrastruktur, 3. Investitionen und 4. Energieeffizienz und Umwelt. Auf den EU-Russland-Gipfeltreffen im Oktober 2001 und im Mai 2002 wurden die Ergebnisse dieser Expertentreffen vorgestellt. Seit 2003 ist der Energiedialog nach Ansicht der beiden Seiten in die Implementierungsphase eingetreten. Die hauptsächlichen Themen dieses Dialogs sind:

Erstens: die Errichtung einer neuen Energieinfrastruktur von „gegenseitigem strategischem Interesse“. Dazu zählen die Erdgasprojekte „Entwicklung des Schtokman-Gasfelds“, „Ostseepipeline“ und „Erweiterung der Jamal–Europa-Pipeline“. Zweitens soll ein internationaler Energiefonds eingerichtet werden, der die nichtkommerziellen Risiken abdecken soll, die Ausländer von Investitionen in den russischen Energiesektor abschrecken. Drittens möchte die EU die Reform des

Russland: Export von Energieressourcen 1990–2020



SKE = Steinkohleneinheit

Quelle: Energiestrategie Russlands <http://www.mte.gov.ru/fi/les/103/1354.strategy.pdf>

russischen Energiesektors unterstützen, darunter insbesondere die Reform der Elektrizitätswirtschaft und des Gasbereichs. Viertens geht es um die rechtliche Sicherheit der Versorgung der EU mit Erdgas. Die EU legt Wert darauf, dass die langfristigen Verträge im Erdgasbereich mit dem EU-Wettbewerbsrecht kompatibel sind, und ist daran interessiert, dass die territorialen Beschränkungsklauseln (d.h. das Verbot des Weiterverkaufs von Erdgas an Dritte) entfallen.

Fünftens sollen Pilotprojekte auf dem Gebiet des Energiesparens durchgeführt werden. Sechstens sind vor einer Vernetzung der Elektrizitätsnetze der EU und Russlands Fragen der Reziprozität des Marktzugangs, des Umweltschutzes sowie der nuklearen Sicherheit zu klären.

Die EU möchte die privaten Unternehmen unterstützen, die im Energiebereich tätig sind, ohne sie aus ihrer kommerziellen Verantwortung zu entlassen. Indem die EU bestimmte Vorhaben als im „strategischen Interesse“ Europas bezeichnet, befürwortet sie diese. Ob sie damit immer „richtig liegt“, ist eine andere Frage.

Der Anteil von Staatsunternehmen an der russischen Erdölproduktion (Produktion in Mio. t)

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005*
Rosneft	12	13	13	13	12	12	14	15	16	19	22	22
Tatneft	24	25	25	25	24	24	24	25	25	24	25	25
Bashneft	18	17	16	15	13	12	12	12	12	12	12	12
Slavneft	13	13	13	12	12	12	12	15	(zu Sibneft und TNK)			
Onako	7	7	8	7	8	7	8	(zu TNK)				
Komi-TEK	5	6	8	9	9	(zu Lukoil)						
TNK	25	23	21	21	20	20	36	41	38	43	70	70
VNK	11	11	11	(zu Yukos)								
Lukoil	57	53	51	53	54	62	62	63	76	82	84	84
Jukos	37	36	35	47	45	45	50	58	70	81	86	86
Sidanko	26	23	21	20	20	20	11	16	(zu TNK)			
Sibneft	23	20	19	18	17	16	17	25	26	31	34	34
Surgutneftegaz	34	33	33	34	35	38	41	44	49	54	60	60
Übrige	27	27	24	34	38	37	30	33	69	75	66	66
Gesamt	318	307	301	306	303	305	323	348	380	421	459	459
Davon Staat insgesamt	257 (81%)	247 (80%)	115 (38%)	102 (33%)	78 (26%)	67 (22%)	70 (22%)	67 (19%)	53 (14%)	55 (13%)	59 (13%)	145 (32%)
Davon Föderation	210 (66%)	199 (65%)	66 (22%)	53 (17%)	32 (11%)	31 (10%)	34 (11%)	30 (9%)	16 (4%)	19 (5%)	22 (5%)	108 (24%)
Davon Regionen	47 (15%)	48 (16%)	49 (16%)	49 (16%)	46 (15%)	36 (12%)	36 (11%)	37 (11%)	37 (9%)	36 (9%)	37 (8%)	37 (8%)

* Projektion: Produktionswerte von 2004. Alle Förderbetriebe von Jukos gehen an Staatsunternehmen. Unternehmen im Staatsbesitz sind farblich gekennzeichnet. Unternehmen im Besitz der Föderation dunkler ■ und Unternehmen im Besitz von Regionen heller ■. Abweichungen der Summen durch Rundungen.
Quelle: Energieministerium der Russischen Föderation; InfoTEK; Internetseite der Erdölunternehmen.

Russland auf dem Weg in die WTO

Auf ihrem Moskauer Gipfel am 21. Mai 2004 haben Russland und die EU ein bilaterales Abkommen im Rahmen der Verhandlungen über die Aufnahme Russlands in die Welthandelsorganisation WTO geschlossen. Die EU, als einer der wichtigsten Verhandlungspartner, hat damit offiziell alle den WTO-Beitritt Russlands betreffenden Fragen geklärt.

Die langwierigen und konfliktbeladenen Verhandlungen hatten sich in der abschließenden Phase vor allem um vier Streitpunkte gedreht.

- Zölle: Die EU bestand vor allem auf einer Begrenzung der russischen Exportzölle auf Erdgas und auf einer Senkung der Importzölle für Autos. Insgesamt werden die russischen Zollsätze deutlich gesenkt. Russland erreichte im Gegenzug eine Erhöhung der EU-Importquoten für Getreide- und Stahllieferungen.
- Liberalisierung russischer Binnenmärkte: Die EU bestand auf einer Liberalisierung des russischen Erdgasmarktes. Der Binnenmarktpreis für Erdgas soll deutlich erhöht werden. Ausländische Erdgasproduzenten sollen gleichberechtigten Zugang zum Leitungsnetz erhalten. Darüber hinaus wird die russische Telefongesellschaft Rostelecom 2007 ihr Monopol auf Ferngespräche verlieren. Im Versicherungs- und Bankensektor werden Beschränkungen für ausländisches Engagement abgeschwächt.
- Ausweitung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens auf die neuen EU-Mitglieder: Russland hatte einer vollständigen Übertragung des Abkommens erst unmittelbar vor der Aufnahme der neuen Mitgliedsstaaten zugestimmt. Russland hatte argumentiert, dass die Übertragung für die russische Wirtschaft Verluste von mehreren Hundert Million US-Dollar bedeute und deshalb Kompensationen in Form erhöhter Importquoten für russische Produkte verlangt.
- Kaliningrad: Für den Personentransitverkehr von der russischen Exklave Kaliningrad durch die EU ist zwar eine Verzugsregelung gefunden worden, Fragen der Waren- und Energieversorgung sind aber nicht vollständig geklärt.

Das Abkommen mit der EU ist für Russland sicher ein großer Schritt in Richtung WTO-Mitgliedschaft. Vor der Aufnahme in die Welthandelsorganisation stehen Russland aber noch weitere schwierige Verhandlungen bevor, insbesondere die Einigung mit den USA. Obwohl das Abkommen mit der EU Signalwirkung hat und Kompromisslösungen vorgibt, dürfte es also noch zwei bis drei Jahre dauern, bis Russland zur WTO gehört.

Trotzdem bedeutet das Abkommen mit der EU schon jetzt eine zentrale Herausforderung für die russische Wirtschaftspolitik. Wichtige Reformziele sind jetzt nicht mehr allein Gegenstand politischer Erwägungen der Regierung sondern in einer nach internationalem Recht verbindlichen Vereinbarung festgeschrieben. Dies ist von erheblicher innenpolitischer Bedeutung. Mit der Liberalisierung von Binnenmärkten und der Senkung von Importzöllen werden die Interessen einflussreicher Unternehmen und Wirtschaftslobbies ignoriert. Die vorgesehene deutliche Erhöhung des Erdgaspreises wird die Nebenkosten im Wohnungswesen deutlich in die Höhe treiben und birgt erheblichen sozialen Konfliktstoff.

Am stärksten betroffen vom russischen Abkommen mit der EU ist die russische Erdgaswirtschaft. Zum einen, weil sie als Monopol organisiert ist. Vor allem aber, weil Erdgas- und Erdöl-exporte der zentrale Bereich der russischen Wirtschaftsbeziehungen mit der EU sind.

Russische Unternehmen und die neuen EU-Mitgliedsländer

Russische Erdöl- und Erdgasfirmen, allen voran Gazprom, Lukoil und Jukos, bemühen sich bereits seit den 1990er Jahren intensiv um Zugang zum EU-Endverbrauchermarkt, da die Lieferung an den Endverbraucher deutlich höhere Gewinne bringt als der Export bis zur Grenze. Vor allem die Erdölfirmen konnten hier aber keine Erfolge verbuchen. Mit der EU-Osterweiterung wurden Investitionen in den neuen EU-Mitgliedsländern deshalb als Eintrittskarte in die EU gesehen. Aufgrund der engeren wirtschaftlichen Verflechtung mit den ehemals sozialistischen Ländern konnten russische Firmen hier besseren Zugang finden. Ihr Engagement schürte in den neuen EU-Mitgliedsländern aber gleichzeitig politische Ressentiments gegenüber einem Ausverkauf nationaler Interessen an Russland.

Interesse am EU-Endverbraucher

Die kommerziellen privaten Öl- und Gasunternehmen, die die russische Produktion in der ersten Hälfte der 1990er Jahre übernahmen, entwickelten bald ein Interesse, sich auf dem Endverbrauchermarkt der EU zu etablieren, da der Direktverkauf von Erdölprodukten und die Lieferung von Erdgas an den Endverbraucher Profite zulassen, die um einiges höher sind, als diejenigen, die durch den Verkauf von Rohprodukten an der Grenze entstehen.

Der russische Erdgasmonopolist Gazprom war das erste russische Energieunternehmen, das sich auf dem EU-Endverbrauchermarkt etablierte. Gazprom baute auf der strategischen Partnerschaft mit der deutschen Firma Ruhrgas auf, die im Jahre 1970 begann, als der erste Liefervertrag zwischen der Sowjetunion und Ruhrgas unterschrieben wurde. Ruhrgas schien jedoch unwillig, seinem russischen Partner Zugang zu diesem profitablen Segment des Erdgasmarktes zu gewähren, daher unterschrieb Gazprom eine Kooperationsvereinbarung mit Wintershall, einer Tochterfirma von BASF und einem der Haupttrivalen von Ruhrgas auf dem deutschen Erdgasmarkt. Die Vereinbarung beinhaltete den gemeinsamen Verkauf von russischem Erdgas wie auch die gemeinsame Planung und den gemeinsamen Bau von Gasleitungen und -lagereinrichtungen in Deutschland und in den benachbarten Ländern. Die Kooperation mit Wintershall bot Gazprom einen dauerhaften Zugang zur westeuropäischen Gasversorgung. Ruhrgas musste die Strategie seines Hauptlieferanten akzeptieren und intensivierte seinerseits die Zusammenarbeit mit Gazprom. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erwarb Ruhrgas 5% Anteile an dem russischen Unternehmen und erhielt damit einen Sitz im Aufsichtsrat.

Russische Ölfirmen fanden es viel schwerer, einen Zugang zum EU-Endverbrauchermarkt zu erhalten. Erstens war der Ölmarkt der EU liberalisiert und wurde durch multinationale Unternehmen dominiert, die in einer viel stärkeren Position als die nationalen Erdgasfirmen waren, die in einer hoch reglementierten Umgebung agierten. Zweitens ist es für Ölfirmen mit Sitz in der EU viel leichter, Lieferungen zu diversifizieren als für Erdgasfirmen mit Sitz in der EU, die fast völlig von Lieferungen per Pipeline abhängig sind. Dementsprechend sahen EU-basierte Ölfirmen keinen Grund für strategische Partnerschaften mit russischen Firmen.

Engagement in den neuen EU-Mitgliedsländern

Mit dem Näherrücken der Osterweiterung der EU haben russische Unternehmen Investitionen in EU-Beitrittsländer zunehmend als Eintrittskarte in den EU-Binnenmarkt gesehen. Als die Öl- und Erdgasunternehmen in den neuen EU-Mitgliedsländern privatisiert wurden, kam der überwiegende Anteil an russischen Direktinvestitionen in die erweiterte EU aus der Öl- und Gasindustrie. Gazprom hat in Erdgastransport und -handelsfirmen in neun der 15 alten EU-Staaten und in sieben der zehn neuen Mitgliedsländer investiert. Die großen russischen Ölunternehmen, darunter zuallererst Lukoil und Jukos, haben an allen größeren Privatisierungsauktionen von Raffinerien teilgenommen, wenn auch mit begrenztem Erfolg, und haben ein Tankstellennetzwerk aufgebaut. Insgesamt haben russische Ölfirmen nur in drei der alten EU-Mitgliedsstaaten

Aktiva gekauft, aber in allen sieben neuen EU-Mitgliedsländern, die früher dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) angehörten. (Siehe Tabellen)

Investitionen russischer Öl- und Gasfirmen in der erweiterten EU

Lukoil

Land	Investition	Anteil	Aktivitäten
Tschechische Republik	Tankstellen (2003 verkauft)	100%	Vertrieb
Estland	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Finnland	Teboil (muss noch von der EU genehmigt werden)	100%	Vertrieb
Ungarn	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Lettland	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Litauen	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Polen	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb

Quelle: NewsBase Archive (www.newsbase.com)

Jukos

Land	Investition	Anteil	Aktivitäten
Österreich	Joint Venture mit OMV	50%	Bau von Pipelines
Lettland	Jukos-Tankstellen	100%	Vertrieb
Litauen	Mazeikiu Nafta	53,7%	Transport, Vertrieb
	Jukos-Tankstellen	100%	Vertrieb
Slowakei	Transpetrol	49%	Betrieb von Pipelines
UK	John Brown Technology (2003 verkauft)	100%	Consulting im Ingenieurwesen

Source: Vahtra, Peeter / Liuhto, Kari: Expansion or exodus? Foreign operations of Russia's largest corporations, Electronic Publications of the Pan-European Institute (Turku) 8/2004, S.31.

Gazprom

Land	Investition	Anteil	Aktivitäten
Österreich	GHW	50%	Gashandel
Estland	Eesti Gaas	37%	Gashandel und -transport
Finnland	Gasum Oy	25%	Gastransport und -vertrieb
	North Transgas Oy	50%	Bau der Ostseepipeline
Frankreich	FRAgaz	50%	Gashandel
Deutschland	Ditgaz	49%	Gashandel
	Verbundnetz Gas	5,3%	Gastransport und -vertrieb
	Wingas	35%	Gastransport and -lagerung
	Wintershall Erdgas Handelshaus	50%	Gashandel
	Zarubezhgaz	100%	Gashandel
Griechenland	Prometheus Gaz	50%	Marketing and Pipeline-Bau
Ungarn	Panrusgas	50%	Gashandel und -transport
	Borsodchem	25%	Petrochemie
	DKG-EAST Co. Inc.	38,1%	Herstellung von Ausrüstung für die Öl- und Gasindustrie
	General Banking and Trust Co. Ltd.	25,5%	Bank

Gazprom (Fortsetzung)

Land	Investition	Anteil	Aktivitäten
Italien	Promgaz	50%	Gashandel und -vertrieb
	Volta	49%	Gashandel und -transport
Lettland	Latvijas Gaze	34%	Gashandel und -transport
Litauen	Stella-Vitae	30%	Gashandel
	Lietuvos Dujos	34%	Gashandel und -transport
	Kraftwerk Kaunas	100%	Gasbetriebenes Wärmekraft- und Elektrizitätswerk
Niederlande	Pieter-Gaz	51%	Gashandel
Polen	Gas Trading	35%	Gashandel
	Evropol Gaz	48%	Gastransport
Slowakei	Slovrusgaz	50%	Gashandel und -transport
	SPP	16,3%	Gastransport
Slowenien	Tagdem	7,6%	Gastrading
UK/ Belgien	Interconnector	10%	Betreiber einer Pipeline

Quelle: Heinrich, Andreas: Between a rock and a hard place. The energy sector in Central and Eastern Europe, in: Liuhto, Kari / Vincze, Zsuzsanna: Wider Europe, Turku 2005, S.457–490, hier: S.476.

Versuche von russischen Energieunternehmen, in den neuen EU-Mitgliedsländern zu investieren, haben zu beträchtlichen Spannungen geführt. Politischer Widerstand gegen russische Investoren führte oft zu jahrelangen Verzögerungen und politischen Skandalen. In Litauen trat 1999 ein Premierminister wegen eines Streites zwischen amerikanischen und russischen Firmen um einen Anteil an der nationalen Ölfirma, Mazeikiu Nafta, zurück. Erst 2002 wurde schließlich eine Vereinbarung mit Jukos getroffen. Gazprom benutzte eine Scheinfirma mit Sitz in der EU für eine unfreundliche Übernahme der ungarischen Chemiefirma Borsodchem im Jahre 2000, gegen den Widerstand der ungarischen Regierung und unter beträchtlichem politischem Protest. Die polnische Regierung änderte die Privatisierungsstrategie für die Danziger Erdöl-Raffinerie nach einer Bewertung des politischen Risikos, das ein erfolgreiches Angebot von Lukoil mit sich bringen würde, sodass das russische Unternehmen keine Chance hatte, zu gewinnen. Dementsprechend haben sich Investitionen von russischen Firmen im Großen und Ganzen auf Gasleitungen und Tankstellen beschränkt.

Meistens war die russische Außenpolitik nicht imstande, die Investitionsangebote von russischen Firmen wirksam zu fördern, da die russische Regierung kein außenpolitisches Instrument zur Verfügung hatte, um die Position der betroffenen Länder zu ändern. Im Gegenteil, russische Versuche, Druck zugunsten von russischen Unternehmen auszuüben, wären als Beweis dafür interpretiert worden, dass Russland in einer Verbindung von Politik und Wirtschaft versucht, ehemalige sozialistische Länder zu dominieren. Im Endergebnis agierten russische Unternehmen oft ohne merkbare Unterstützung durch die russische Außenpolitik. Wenn sie mit starker Diskriminierung konfrontiert wurden, bildeten sie Konsortien mit westlichen Firmen oder benutzten Scheinfirmen, um ihren russischen Ursprung zu verschleiern. In diesem Zusammenhang ist argumentiert worden, dass russisches Fluchtkapital hinter vielen zyprischen Investitionen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten steht.

Eine Ausnahme von dieser Regel sind die baltischen Staaten. Hier benutzten russische Erdöl- und Erdgasunternehmen Druck, vor allem die Unterbrechung von Energielieferungen, als Instrument bei Übernahmeversuchen von Energiefirmen. Da russische Ölleitungen von einem Unternehmen betrieben werden, das sich im Staatsbesitz befindet und ein staatliches Management hat, bedeuten Unterbrechungen von Öllieferungen implizit die stillschweigende Zustimmung der russischen Regierung. Dies passt zur generell aggressiveren russischen Politik gegenüber den

baltischen Staaten und zur aggressiveren Strategie von russischen Öl- und Gasunternehmen gegenüber Ländern auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Dies soll anhand von zwei Fallstudien verdeutlicht werden.

Fallstudie 1: die polnische Raffinerie Danzig

Nach langen Debatten einigte sich die polnische Regierung Anfang 1998 auf einen Privatisierungsplan für die polnische Ölindustrie. Die Raffinerie Danzig, eine der ersten Ölfirmen, die privatisiert werden sollte, sollte im ersten Quartal 1999 an einen strategischen Investor verkauft werden. Da jedoch kein Investor bereit war, den geforderten Preis zu bezahlen, wurde 1999 ein alternativer Privatisierungsplan für die Raffinerie Danzig formuliert. Im Sommer 2000 wurde die Raffinerie ein weiteres Mal für einen strategischen Investor ausgeschrieben. Bis zum September hatten insgesamt 13 Investoren ein Angebot vorgelegt.

Nach langen Verhandlungen wurde im August 2001 verkündet, dass die britische Rotch Group die Siegerin im Ausschreibungsverfahren für einen 75%-Anteil an der Raffinerie Danzig war. Die Vereinbarung wurde im Oktober 2001 von der neu gewählten polnischen Regierung akzeptiert. Rotch konnte jedoch keine Beweise vorlegen, dass sie imstande war, 1 Mrd. US-Dollar an Investitionen zu leisten. Für neue Verhandlungen bildete Rotch ein Konsortium mit der russischen Erdölfirma Lukoil. Die staatliche Ölfirma Nafta Polska stimmte dem Deal zu. Die Teilnahme von Lukoil führte jedoch zu politischem Widerstand. Der Präsident von Lukoil, Wagit Alekperow, kam im September 2002 nach Warschau, um zu versuchen, die polnische Regierung von den Vorteilen eines solchen Deals zu überzeugen. Der damalige Ministerpräsident Leszek Miller stoppte das Geschäft jedoch mit einem ausdrücklichen Verweis auf das politische Risiko von russischen Investitionen in der polnischen Ölindustrie.

Dies führte dazu, dass Rotch Energy im November 2002 ein neues Konsortium mit der polnischen Ölholding PKN Orlen gründete. Lukoil bildete jetzt ein Konsortium mit Konsorcjum Gdanskie, einer Gruppe von Privatbesitzern polnischer Tankstellen. Obwohl die Regierung gegen das Angebot von PKN Orlen war, da es zu einem Monopol in der Ölbranche geführt hätte, wollte sie das höhere Gebot von Lukoil/Konsorcjum Gdanskie nicht in Erwägung ziehen. Im Februar 2003 setzte sich der damalige russische Ministerpräsident Michail Kasjanow während eines Treffens mit Leszek Miller in Warschau für Lukoil ein. Im Mai 2003 legte Lukoil ein weiteres Mal sein Angebot für die Raffinerie Danzig vor, worauf PKN Orlen mit der Ankündigung reagierte, das eigene Angebot zu erhöhen.

Die Regierung gab jedoch die Verhandlungen auf und beschloss, die Raffinerie Danzig in die staatlich kontrollierte Grupa Lotus zu integrieren, die vier Ölraffinerien zusammenfasst. Seitdem haben sowohl Lukoil wie auch PKN Orlen wiederholt ihr Interesse am Kauf entweder der Raffinerie Danzig oder der Grupa Lotus geäußert. Auf der Suche nach einem Kompromiss machte Lukoil auch den Vorschlag, die Raffinerie zu leasen. Die Regierung hat jedoch kein neues Angebot gemacht.

Im Herbst 2004 kam ein Skandal ans Licht, als ein Parlamentsausschuss Zugang zu Geheimdienstunterlagen erhielt, die die Behauptung enthielten, dass Jan Kulczyk, ein polnischer Geschäftsmann mit einem Minderheitenanteil an PKN Orlen, einem russischen Geheimdienstagenten politische Unterstützung für das Angebot von Lukoil angeboten hatte. Obwohl die Untersuchung des Falls noch nicht abgeschlossen ist, ist offensichtlich, dass Geheimdienstaktionen im Prinzip russischen Investoren nützlicher sein können als offene politische Unterstützung. Wie jedoch der Kulczyk-Skandal gezeigt hat, wird öffentliches Misstrauen über russische politische Einmischung wahrscheinlich für lange Zeit jede größere russische Investition in Polen blockieren. (Eine Dokumentation polnischer Reaktionen folgt ab Seite 81)

Fallstudie 2: die litauische Mazeikiu Nafta

Mazeikiu Nafta, die aus der Mazeikiu-Raffinerie, dem Butinge-Rohölexportterminal und dem litauischen Pipelinesystem besteht, ist Litauens größtes Industrieunternehmen, das für ca. 10% des litauischen Bruttoinlandsproduktes und ungefähr ein Viertel der Steuereinnahmen verantwortlich ist. Traditionell erhält Mazeikiu ihre Öllieferungen aus Russland, wobei Jukos, TNK und Lukoil die Hauptlieferanten waren. Lukoil wurde auch der russische Koordinator für Ölimporte in das Baltikum. Mazeikiu Nafta setzte jedoch mehr und mehr auf westliche Märkte für ihre Produkte, wofür sie mit BP-Amoco eine langfristige Verkaufs- und Vertriebsvereinbarung abschloss.

Die Integration in westliche unternehmerische Strukturen sollte durch einen strategischen Investor abgesichert werden. 1998 erklärte sich das US-Unternehmen Williams International bereit, 33% Anteile von Mazeikiu Nafta zu kaufen. Als der litauische Staatliche Eigentumsfond im Januar 1999 ankündigte, dass 1999 weitere 33% verkauft würden, gab Williams International sein Interesse an einer Mehrheitsbeteiligung an der Raffinerie kund.

Dem stellte sich Lukoil entgegen, das selber ein Interesse an einem Anteil an der Raffinerie hatte. Lukoil stellte Öllieferungen an Litauen im Januar und ein weiteres Mal im Mai 1999 ein und zwang die Raffinerie damit, den Betrieb einzustellen. Im Juni bekräftigten jedoch der Aufsichtsrat von Williams und die litauische Regierung ihre Absicht, die frühere Vereinbarung über den Verkauf von 33% Anteilen zu implementieren. Im selben Monat billigte das litauische Parlament den Plan von Williams, seinen Anteil auf 66% zu erhöhen. Nichtsdestotrotz kam eine endgültige Vereinbarung zwischen Williams und der Regierung wiederum nicht zustande.

Im Oktober 1999 meldeten litauische Medien, dass Jukos ein Interesse an 12% Anteilen hatte, wofür es bereit war, langfristig Lieferungen zu garantieren. Lukoil erhöhte wiederum den Druck. Ein russischer Ölmanager drohte, dass Rohöllieferungen nach Litauen fast vollständig gestoppt würden, was die Raffinerie zu „Schrott“ verwandeln würde, wenn Lukoil nicht 33% Anteile an Mazeikiu Nafta erhielte. Als Bekräftigung wurden Lieferungen eingestellt und eine Preiserhöhung für zukünftige Lieferungen angekündigt.

Gleichzeitig wuchs der Widerstand gegen Williams in Litauen. Der Leiter von Mazeikiu Nafta, der den Transfer des kontrollierenden Anteils an das amerikanische Unternehmen offen kritisiert hatte, trat Mitte Oktober zurück. Der litauische Ministerpräsident kündigte an, dass er die Vereinbarung nicht unterstützen würde. Nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Ende Oktober 1999 wurde der Vertrag, mit dem 33% Anteile an Mazeikiu Nafta an Williams International überführt wurden, endlich unterzeichnet. Dadurch erhielt Williams die operationelle Kontrolle über Mazeikiu Nafta.

Im November musste die Mazeikiu-Nafta-Raffinerie ein weiteres Mal den Betrieb einstellen, nachdem Rohöllieferungen aus Russland gestoppt worden waren. Nach zwei Wochen nahm die Raffinerie die Arbeit mit Nordseeöl, das an das Butinge-Terminal zu beträchtlich höheren Preisen als das russische Öl geliefert worden war, wieder auf. Verhandlungen mit Lukoil über ein Lieferabkommen wurden erneut begonnen und im Mai 2000 unterzeichneten Lukoil und Mazeikiu Nafta endlich ein langfristiges Abkommen.

Anfang 2001 kündigte Lukoil jedoch alle Pläne für eine langfristige Zusammenarbeit mit Mazeikiu auf und stellte ein weiteres Mal die Lieferungen ein, wodurch Mazeikiu Nafta mit Verlusten operierte. Ein Bericht des Staatlichen Rechnungshofes stellte die Behauptung auf, dass Mazeikiu Nafta Bankrott gehen könnte. Dies veranlasste den litauischen Präsidenten, persönlich eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Lukoil über Rohöllieferungen an die Raffinerie zu versuchen. Die litauische Regierung erklärte ihre Absicht, den Verkauf von 33% an Mazeikiu Nafta an das russische Unternehmen zu unterstützen. Russischer Einfluss auf Managemententscheidungen stand jedoch nicht auf der Agenda.

Da Mazeikiu Nafta russische Rohöllieferungen dringend benötigte und Lukoil mehr verlangte, als Litauen geben wollte, erhielt Jukos in den Verhandlungen eine reelle Chance. Im Juni 2001 erzielten Williams und Jukos eine vorläufige Vereinbarung. Jukos sollte 26,85% an Mazeikiu erhalten und dafür im Gegenzug Modernisierungsprojekte finanzieren und Rohöllieferungen garantieren. Der Anteil von Williams würde auf 26,85% zurückgehen, die Firma würde aber ihre Stimmenmehrheit bei Mazeikiu Nafta behalten. Die litauische Regierung und das Parlament billigten die Vereinbarung. Der Abschluss der Vereinbarung wurde jedoch verzögert. Im Dezember 2001 kündigte Williams an, dass sie von der Vereinbarung zurücktreten würde, da Jukos zum alleinigen Rohöllieferanten für die Raffinerie werden wollte. Nichtsdestotrotz setzte das russische Unternehmen seine Rohöllieferungen fort.

Ende Januar 2002 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Williams begann jedoch auch Gespräche mit Lukoil. Im Juni wurde endlich die Vereinbarung zwischen der litauischen Regierung, Williams und Jukos unterschrieben. Als Williams aufgrund finanzieller Probleme im August 2002 gezwungen war, seinen restlichen Anteil zu verkaufen, beschloss die litauische Regierung, keinen Gebrauch von ihrem Vorkaufsrecht auf die Anteile zu machen und stattdessen eine Vereinbarung mit Jukos zu gestatten, die die zusätzlichen 26,85% kaufte. Im Endergebnis besaß die russische Firma jetzt 53,7% der litauischen Firma und hatte die Kontrolle über das Management erhalten. Die Regierung hatte immer noch 41% Anteile an Mazeikiu Nafta und war durch ihre eigene Entscheidung zum Juniorpartner eines russischen Unternehmens in einer litauischen Firma geworden.

Als Jukos *de facto* durch die russischen Steuerbehörden in den Bankrott getrieben wurde, musste das Unternehmen im Januar 2005 Rohöllieferungen an die Mazeikiu Raffinerie einstellen. Der litauische Ministerpräsident kündigte an, dass die Regierung alternative Lieferquellen für Rohöl suchen würde und einen Teil der Jukos-Anteile an der litauischen Firma zurückkaufen wollte. Im Februar 2005 wiederholte Lukoil seine Absicht, Mazeikiu Nafta zu kaufen. Ende April erklärte Jukos sich zu einem Verkauf bereit. Einen Monat später erklärte auch das russisch-britische Konsortium TNK-BP sein Interesse an Mazeikiu Nafta. Die litauische Regierung hofft, bereits im Sommer von einem neuen Besitzer dauerhafte Garantien für die Rohölversorgung der Raffinerie zu erhalten.

Die polnische Debatte um die Abhängigkeit von russischen Energiekonzernen

„Erdöl und Gas, Rechtsparteien und Linksparteien“, in: BBC Polska.com (06.01.2005)

[...] Sensationell haben im Herbst 2004 die Aussagen von Zbigniew Siemiątkowski, dem ehemaligen Geheimdienst-Leiter, vor der Kommission [dem Parlamentsausschuss zur Orlen-Affäre] geklungen.

In einer Sprache, die bisher den polnischen Linken fremd war, hat er ausgesagt, dass Russland in Mittel- und Osteuropa einen „neuen wirtschaftlichen Imperialismus“ betreibt, indem es versucht, den Energiesektor in den Ländern der Region zu übernehmen.

Siemiątkowski hat versichert, dass der Kampf dagegen unter seiner Leitung eine Priorität des polnischen Geheimdienstes war. Daraus resultierte unter anderen das Interesse des Geheimdienstes an den Wiener Gesprächen zwischen Kulczyk [dem polnischen Unternehmer] und Alganow [dem russischen Geheimagenten].

http://www.bbc.co.uk/polish/indepth/story/2005/01/050103_orlen_commission_spec_9.shtml

Piński, Jan / Trębski, Krzysztof: „Naftomania kämpft um die Macht“, in: Wprost, Nr. 1143 (24.10.2004)

Als der russische Spion Wladimir Alganow sich mit dem reichsten Polen Jan Kulczyk am 18. Juli 2003 in Wien traf, war das nur fünf Wochen nach dem [polnischen] Referendum über den EU-

Beitritt. In neun Monaten sollte Polen ein Mitglied der EU werden. Unsere Stabilisierungskräfte im Irak hatten praktisch ihre Mission aufgenommen und Polen war – neben Großbritannien, Spanien und Australien – der treueste Verbündete Amerikas, das in Deutschland, in Frankreich oder bei der UNO stark kritisiert wurde. Wenn jemand, zum Beispiel der russische Geheimdienst, den besten Moment für den Ausbruch einer großen Affäre in unserem Land suchen sollte, hätte er keinen besseren Termin finden können.

Bei dieser Affäre ging es um die Kontrolle über den Erdölsektor, denn dieser gibt auch Kontrolle über die polnische Politik. Alganow musste wissen, dass seine Berichte über die Treffen mit Kulczyk beim polnischen Geheimdienst landen würden und dass sie eine Lawine losretten konnten. Denn Alganow hat de facto eine Bombe zwischen die polnischen Politik- und Wirtschaftseliten geworfen, als er über die Bestechung und Protektionen bei der höchsten Staatsmacht gesprochen hat. Die Bombe hat angefangen zu ticken. Weder Alganow noch jemand in Moskau hat jedoch vermutet, dass sie zufällig zur Explosion gebracht wird. Niemand konnte wissen, dass ein Ausschuss zu Orlen [vom polnischen Parlament] geschaffen werden würde (28 Mai 2004) und der Brennstoffbaron Jan Bobrek petzen würde (6 April 2004). Es hat sich nämlich herausgestellt, dass das, was Bobrek sagt und was bei der Arbeit des Untersuchungsausschusses herauskommt, mit dem zusammenhängt, womit Alganow im Juli 2003 beschäftigt war. Dementsprechend ist die Bombe auf eine unkontrollierte Weise explodiert. [...]

Es gibt viele Hinweise dafür, dass der Kreml dem Föderalen Sicherheitsdienst (Nachfolger des KGB) grünes Licht gegeben hat, damit er die Wiener Provokation organisiert. Man hat zu Recht angenommen, dass danach Leute in Polen, die für Russen unbequem sind, sich gegenseitig fertig machen werden. [...]

Nach einer Affäre wie der jetzigen wird es schwer sein, einen Politiker in Polen zu finden, der das Risiko des Verkaufs irgendeiner strategischen Gesellschaft an Investoren aus Russland auf sich nehmen wird. [...]

<http://www.wprost.pl/ar/?O=69139>

Grzeszak, Adam: „Russland, das ist wer?“, in: Polityka, Nr. 11/2004

Das sollte nicht passieren, ist aber doch passiert – die Russen haben den Gashahn zugezogen. Obwohl sie ihn bald danach wieder aufgedreht haben, sind wir noch im Schock und sehr beunruhigt: Ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland für uns gefahrlos? [...]

Der Vorfall vom Februar hat einen gewissen Vorteil – er hat allen bewusst gemacht, dass die Gefahr nicht ausgedacht ist und dass man daran denken soll, wie man sich wenigstens teilweise vom russischen Lieferanten unabhängig machen kann. [...]

Investitionen in Gasleitungen sind außerordentlich teuer und man weiß nicht wer sie finanzieren sollte. Wenn sie als normale wirtschaftliche Unternehmen betrachtet werden sollten, dann müssen sie eine wirtschaftliche Begründung haben, und wir haben doch einen Vertrag für Gaslieferungen aus Russland für die nächsten 20 Jahre. Vielleicht sollte man Pipelines genau wie den Kauf der Jagdflugzeuge F-16 betrachten – als Investition in die Staatssicherheit? Woher soll man aber Geld dafür nehmen?

Zum Glück ist unsere Abhängigkeit von russischen Rohstofflieferungen außer Gas nicht so groß. 90 Prozent des Erdöls führen wir zwar aus Russland durch die Gasleitung Przyjaźń ein, aber [der polnische Erdölimporteur] Naftoport und die Erdölleitung Gdańsk-Płock geben uns Sicherheit. Falls Probleme auftauchen, kann man den ganzen Rohstoff mit Schiffen einführen.

<http://polityka.onet.pl/162,1153794,1,0,2443-2004-11,artykul.html>

Kubik, Andrzej / Malinowski, Mariusz: „Wird uns das Erdöl ausgehen oder nicht?“, in: Gazeta Wyborcza vom 23.01.2005

Man wurde nervös nach der Einstellung der Erdöllieferungen von Jukos an polnische Raffinerien. Die Raffinerien versichern, dass sie sich vor dieser Situation geschützt haben, aber man weiß nicht, mit wem sie langjährige Verträge unterschreiben werden. Präsident Aleksander Kwaśniewski hat Gespräche über Erdöl mit Russlands Präsident Wladimir Putin angekündigt. [...]

Können die Probleme mit Erdöllieferungen ein Druckmittel der russischen Seite sein? Mitte Dezember hat die russische Presseagentur Interfax ein Interview mit Nikolaj Zachmatow veröffentlicht, dem Handelsberater Russlands in Polen. Zachmatow hat gesagt, dass „eine Erhöhung der Stabilität und des Umfangs der russischen Erdöllieferungen nur dann möglich ist, wenn die russischen Brennstoffunternehmen sich als Investoren an der Privatisierung polnischer Unternehmen der Brennstoffbranche beteiligen werden.“ [...]

<http://gospodarka.gazeta.pl/gospodarka/1,49621,2506376.html>

Kowalski, Janusz K.: „Energiesektor. Russland der Hauptlieferant von Erdöl und Gas. Löchrige Energiesicherheit“, in: Gazeta Prawna, Nr. 62 (30.03.2005)

Polen hat eine Infrastruktur, die den Import von Erdöl nicht nur aus Russland ermöglicht, sondern auch aus verschiedenen Teilen der Welt. Das gibt aber keine volle Garantie für die Energiesicherheit Polens, weil wir keine Pipelines haben, die Benzin und Antriebsöl von unseren Häfen in das ganze Land liefern können. Schwieriger ist die Situation mit der Lieferung von Gas, weil wir immer noch in einem hohen Maße von einem Partner abhängig sind – Russland. [...]

Experten und Politiker sind einer Meinung, dass wir zu sehr von den Gaslieferungen aus Russland abhängig sind und dass man die Lieferquellen und Transportwege differenzieren soll. Deswegen werden Gespräche mit den Vertretern des norwegischen Konzerns Statoil geführt, und mit anderen Partnern, die uns Flüssiggas liefern wollen. [...]

<http://www.gazetaprawna.pl/dzialy/28.html?numer=1427&dok=1427.28.3.2.9.2.0.1.htm>

Übersetzung aus dem Polnischen: Małgorzata Anna Czerniak

Heinrich Vogel

Gipfeltreffen Bush-Putin 2005

Bratislava – mehr als ein Proseminar in Demokratiefragen

Das Gipfeltreffen zwischen George W. Bush und Vladimir Putin in Bratislava hinterlässt einen gespaltenen Eindruck. Aufgeregte Hintergrundanalysen hatten im Vorfeld bereits erhebliche Frustrationen auf beiden Seiten diagnostiziert und so die Erwartungen auf einen *Show-down* angeheizt. Neokonservative wie Demokraten in den USA forderten ein Ende der amerikanischen Geduld mit dem schleichenden Autoritarismus in Russland, eine Anschuldigung, die von kremlnahen Politikern und Journalisten in Moskau mit dem Vorwurf der Heuchelei und der Unfähigkeit, sich von den Stereotypen des Kalten Kriegs frei zu machen, beantwortet wurde. Da half auch keine Vertrauenserklärung Putins für den „anständigen Menschen George W. Bush“ im amerikanischen Wahlkampf.

Tatsächlich war Putin mit seiner Weigerung, die militärische Intervention der USA im Irak zu unterstützen, seiner Einmischung im ukrainischen Wahlkampf und seinem Festhalten am Nukleargeschäft mit Iran auf Kollisionskurs mit der amerikanischen Außenpolitik gegangen. Auch die unübersehbar vom Kreml gesteuerte Chodorkowskij-Affäre und die Verstaatlichung des Yukos-Konzerns waren nicht nur gegen den Oligarchen gerichtet, sie machten nicht zuletzt auch Hoffnungen amerikanischer Energiekonzerne zunichte. Zum zusätzlichen Element der Unsicherheit wurde für Beobachter in Moskau die Ernennung von Condoleeza Rice zur Außenministerin – der ersten Sowjetologin in diesem Amt. Die Befürchtung war, sie werde an die russische Innenpolitik besonders kritische, weil kenntnisreiche Maßstäbe anlegen.

Der Katalog der von Bush in Bratislava angeschnittenen Themen unterschied sich dann auch von der harmonischen Agenda früherer Gipfeltreffen, und zur Erbitterung der russischen Delegation geriet ein großer Teil der öffentlichen Pressekonferenz der beiden Präsidenten zu einem Proseminar mit dem Thema „Terminologie des Demokratievergleichs“, in dem beide Präsidenten ihre Version der Kernelemente einer Demokratie proklamierten. Bushs beschwor Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz, Pressefreiheit und eine lebensfähige Opposition. Er lobte den „enormen Fortschritt“, die „erstaunliche Transformation der russischen Nation“ und Putins „Handhabung eines Transformationslandes“, er berichtete allerdings auch, er habe Putin seine Besorgnis über Russlands Verpflichtung auf die erwähnten universellen Prinzipien vorzutragen. Die Erwähnung der ungelösten Tschetschenienproblematik und der basisdemokratischen Protestbewegungen in Georgien und Ukraine ersparte er seinem russischen Gesprächspartner.

Putin seinerseits verzichtete auf seine inzwischen bekannte Pauschalverteidigung, in der er jede Kritik als Teil einer Isolierungsstrategie gewisser Kreise bezeichnete und beschränkte sich auf die Anmerkung: „Die Prinzipien der Demokratie müssen dem aktuellen Entwicklungsstand Russlands, unserer Geschichte und unseren Traditionen entsprechen“ – ergänzt durch das nicht ganz lehrbuchgerechte Postulat „Demokratie ist die Möglichkeit, demokratische Gesetze zu machen und die Fähigkeit des Staates, die Einhaltung dieser Gesetze durchzusetzen“ – letzteres als Anspielung auf Massenproteste in Tbilissi und Kiew, die er im Gespräch mit slowakischen Journalisten als „Gewalt der Straße“ und „antidemokratische Revolutionen“ abqualifiziert hatte. Russland werde nie mehr zur Vergangenheit des Totalitarismus zurückkehren, nachdem es sich vor vierzehn Jahren ohne äußeren Druck für die Demokratie entschieden habe. Bush verpasste die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass der Umweg über die autoritäre Herrschaft an diesem Ziel vorbeiführen könnte. Kritik an der russischen Innenpolitik wurde in die Watte persönlicher Sympathiesignale verpackt, und so blieb Putin, der unter Druck zu hitzigen Temperamentsausbrüchen neigt, ein möglicher Gesichtverlust erspart. Das gute persönliche Verhältnis der beiden Machtmenschen Bush und Putin ist offenbar ungebrochen.

Der protokollarische Pomp des Gipfels und die professionelle Medienarbeit beider Seiten¹ konnten jedoch den Mangel an Substanz kaum überdecken. Die Konturen der im Jahr 2002 beschworenen strategischen Partnerschaft bleiben weiterhin verschwommen, sieht man von der formelhaften Verpflichtung zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit und dem langfristigen Kalkül der energiepolitischen Komplementarität ab. Als konkretes Ergebnis kann nur ein von Condoleezza Rice und Sergej Ivanov unterzeichnetes Abkommen über die gemeinsame Kontrolle des Exports schultergestützter Boden-Luft-Raketen angeführt werden. Alles andere sind bekannte Absichtserklärungen: Intensivierte Zusammenarbeit beim Kampf gegen den internationalen Terror, bei der Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und bei der Sicherung russischer Nuklearanlagen, verstärkte amerikanische Investitionen in russische Energieprojekte sowie Beschleunigung der Verhandlungen über einen WTO-Beitritt Russlands. Dieser Katalog spricht Bände – denn über jedes dieser Problempakete wurde bereits in der Jelzin-Ära verhandelt, und auch unter Putin sind die überwiegend auf russischer Seite bestehenden Hindernisse nicht wesentlich weniger geworden.

Moskauer Träume von erneuerter Großmachtstellung mit Prärogativen im gesamten Post-Sowjetischen Raum einschließlich des Rechts auf einseitige militärische Intervention zur Durchsetzung nationaler Interessen, Nuklearexporte in den Iran, Raketenlieferungen an Syrien einerseits, der unbedingte weltpolitische Führungsanspruch der USA mit der langfristig angelegten Präsenz amerikanischer Truppen in Zentralasien andererseits und nicht zuletzt die sehr konkreten Arbeiten beider Seiten an asymmetrischen strategischen Waffensystemen garantieren ein anhaltendes Spannungspotential. Wichtigster Faktor jenseits aller diplomatischen Bemühungen aber bleibt das anhaltende wechselseitige Misstrauen der politischen Eliten. Die Öffentlichkeit in den USA ist unvermindert skeptisch gegenüber Putins demokratischen Glaubensbekenntnissen (Senator McCain fordert sogar den Ausschluss Russlands aus der Gruppe der G8). Auf der anderen Seite preist die kremlfromme Presse in Russland zwar die Weisheit der beiden Präsidenten, sieht aber weiterhin eine Kampagne von „Russlandhassern“ am Werk.

Es bleibt die Frage nach den Lehren dieses Medienereignisses. Die Gratwanderung zwischen Prinzipientreue und Pragmatismus wurde ohne Abstürze in die Konfrontation bewältigt. Dass es richtig war, den bedenklichen innenpolitischen Trend in Russland öffentlich anzusprechen, ist schon an der verkniffenen Informationspolitik des Kreml abzulesen, dessen offizielle Website lediglich über Fragen an den russischen Präsidenten und dessen Antworten berichtete; Bushs Formulierungen sollen einer möglicherweise skeptischen russischen Öffentlichkeit vorenthalten werden. Genau hier liegt der Ansatzpunkt, um einer problematischen Entwicklung in Russland entgegenzuwirken – auch für die Planung künftiger deutsch-russischer Gipfeltreffen.

¹ Peinlichkeiten waren nicht ausgeschlossen: Einer der „*embedded* Journalisten“ der russischen Delegation fühlte sich verpflichtet, seinem Präsidenten in der Pressekonferenz mit der Frage beizustehen, warum er die Verletzung der Rechte amerikanischer Journalisten nicht angesprochen habe (gemeint waren die prominenten Fernsehjournalisten Dan Rather und Eason Jordan, die wegen der Verwendung ungeprüfter Recherchen ihren Stuhl bei CBS bzw. MSM räumen mussten). Dass im Gegensatz zu Moskauer Verhältnissen in den USA eine direkte Intervention des Weißen Hauses eher kontraproduktiv wäre (hier sind subtilere Methoden unter Einbeziehung von Blogs notwendig), liegt jenseits der Vorstellungswelt der russischen Delegation.

Russland und die Wahlen in der Ukraine, Belarus und den USA

Die Haltung der russischen Führung zu den Wahlen in Belarus, der Ukraine und den USA hat einige interessante Schlaglichter auf die Beziehungen Russlands zu diesen Ländern geworfen. Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion versucht die russische Politik mit unterschiedlichen Strategien, ihren Einfluss auszubauen, ohne dabei jedoch eine ökonomisch kostspielige politische Integration zu forcieren. Gegenüber den USA hat Russland seine Position als regionale Macht akzeptiert und ist bereit, politische Zugeständnisse zu machen. Insgesamt ist die russische Außenpolitik durch die Zentralisierung der Entscheidungsprozesse kalkulierbarer geworden – demokratischer jedoch nicht.

Parlamentswahlen und Referendum in Belarus – Dilemmata der russischen Politik

Im Oktober und November 2004 fanden in der Ukraine, in Belarus und den USA Wahlen statt. Diese Ereignisse fanden auch in der russischen Politik ihr Echo und bieten einen willkommenen Anlass, einen Blick auf die Beziehungen Russlands zu den betreffenden Staaten zu werfen.

Am 16. Oktober 2004 ließ sich der weißrussische Präsident Lukaschenko gleichzeitig mit von der OSZE harsch kritisierten Parlamentswahlen in einem Referendum „bestätigen“, dass er im kommenden Jahr entgegen Verfassungsbestimmung wieder um das Amt des Präsidenten kandidieren kann. Während die Zentrale Wahlkommission in Minsk mitteilte, 86% der an der Wahl beteiligten Bürger oder 77,3 % aller Wahlberechtigten hätten Lukaschenkos Anliegen zugestimmt, gingen renommierte russische und westliche Meinungsforschungsinstitute davon aus, dass die Zustimmung im Referendum unter 50% gelegen habe.

Die russische Regierung kritisierte diese Zweifel am Ausgang des Referendums. Offizielle Stellen ließen verlauten, die Abstimmung sei regelgerecht – ohne gravierende Verstöße gegen demokratische Spielregeln – durchgeführt worden. Gleichzeitig wurden auch Stimmen laut, die für Russland eine Verfassungsänderung nach belarussischem Muster forderten, um so in vier Jahren die Wiederwahl Präsident Putins zu ermöglichen. All dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beziehungen zwischen den beiden Staaten sich auch nach der Wiederwahl Präsident Putins im März 2004 nicht dem in den 1990er Jahren festgelegten Ziel einer russisch-belarussischen Union angenähert haben.

Generell ist die Bereitschaft post-sozialistischer und vor allem post-sowjetischer Staaten, Souveränität an supranationale Institutionen abzugeben, gering. Dies spiegelt sich auch in der Leblosgigkeit der meisten zwischenstaatlichen Organisationen wider, die in dieser Region nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden sind. Im Verhältnis zwischen Russland und Belarus gibt es darüber hinaus jedoch auch spezifische Faktoren, die eine Vertiefung der Integration verhindern.

Während der Jelzin-Ära hatte der Plan einer russisch-belarussischen Union einen rein deklaratorischen Charakter. Er diente der Exekutive, um nationalistische Kräfte in Russland einzubinden, und war zugleich ein Signal, um – angesichts der NATO-Osterweiterung – den russischen Anspruch auf die Position einer Großmacht aufrechtzuerhalten. Den Worten folgten jedoch kaum Taten.

Unter Wladimir Putin werden die Beziehungen zu anderen ehemaligen Sowjetrepubliken zwar noch immer am machtpolitischen Prestigezugewinn gemessen. Gleichzeitig sind aber ökonomische Erwägungen wesentlich stärker geworden. Die Subventionierung des Energiehandels mit Belarus z.B., die marode, noch kaum reformierte belarussische Wirtschaft und die Isolation des Landes in Europa und der Welt sind Faktoren, die die Bilanz der russisch-belarussischen Beziehungen aus russischer Perspektive wesentlich verschlechtern. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an den Konflikt zwischen der belarussischen Regierung und dem russischen Gasmonopo-

listen Gazprom, der seinen Höhepunkt am 19. Februar 2004 in einem vorübergehenden Stop der Gaslieferungen fand. Die russische Seite hegt auch Bedenken, Präsident Lukaschenko könnte eine größere Rolle in der russischen Innenpolitik anstreben, sollten die beiden Staaten sich weiter integrieren. Angesichts der politischen Unkalkulierbarkeit des belarussischen Staatschefs ist die russische Zurückhaltung auch hier groß.

Präsident Lukaschenko wiederum tritt regelmäßig mit Erklärungen an die Öffentlichkeit, in denen er den russischen Partner des Versuchs bezichtigt, die geplante Union als hegemoniales Projekt zu betrachten und statt eines gleichberechtigten Staatenbundes die Eingliederung von Belarus in den russischen Staat zu betreiben. Dies betrifft aus seiner Sicht sowohl wirtschaftliche als auch finanzpolitische Fragen oder die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft für russische und belarussische Bürger. Darüber hinaus wird in Minsk mit Argwohn registriert, dass trotz der zunehmenden autoritären Elemente im russischen politischen System die belarussische Opposition Unterstützung durch russische Liberale erfährt. Im monolithischen politischen System Weißrusslands wird der beschränkte russische Pluralismus offensichtlich als Gefahr wahrgenommen.

Entsprechend uneindeutig ist die russische Politik gegenüber Belarus. Dies schlug sich auch in der vergleichsweise großen Zurückhaltung Präsident Putins im Vorfeld des Referendums und der Parlamentswahlen nieder, die sich von seiner Politik in Bezug auf die amerikanischen und ukrainischen Wahlen deutlich unterschied.

Präsidentchaftswahlen in der Ukraine – Russlands post-imperiales Syndrom?

Im Herbst 2004 fanden in der Ukraine Präsidentchaftswahlen statt. Dieser Wahlgang galt sowohl in der Ukraine selbst als auch im Ausland als Richtungsentscheidung zwischen einem auf Balance zwischen Russland und dem Westen ausgerichteten (Janukowitsch) und einem die Integration in die westliche Staatengemeinschaft favorisierenden (Juschtschenko) außenpolitischen Kurs.

Die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine durchliefen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine wechselhafte Entwicklung. In den 1990er Jahren waren sie von Konflikten im politischen, wirtschaftlichen, militärischen und gesellschaftlichen Bereich gekennzeichnet. Auf beiden Seiten fehlten Strategien und Konzepte. Ein wesentlicher Streitpunkt, die Aufteilung der sowjetischen Schwarzmeerflotte und die Behandlung der Halbinsel Krim – beides eng verknüpft ist mit der Anerkennung der ukrainischen Grenzen und Souveränität durch Russland – konnte erst 1997 vorläufig beigelegt werden. Andere Konflikte wie z.B. der Status der in der Ukraine lebenden Russen, die ukrainische Energieabhängigkeit von Russland u.v.a.m., sind bis heute ungelöst.

Dennoch zeichnet sich seit dem Amtsantritt von Vladimir Putin 2000 eine Veränderung im ukrainisch-russischen Verhältnis ab. Die politischen Beziehungen gewannen spürbar an Dynamik, der Handel zwischen beiden Staaten und die Investitionen vor allem russischer Energieunternehmen in der Ukraine nahmen zu. Im Frühjahr dieses Jahres wurde sowohl in Moskau als auch in Kiew ein Abkommen über einen Gemeinsamen Wirtschaftsraum ratifiziert. Auch wenn solche politische Initiativen, noch kaum substanziellen Folgen zeitigen, sind sie doch Ausdruck einer veränderten Beziehungsdynamik. Dies hat mehrere, miteinander verschränkte Gründe.

Die Ökonomisierung der russischen Außenpolitik führt dazu, dass angesichts der Zahlungsrückstände im Energiehandel sowie der Verluste, die beim Transport von russischem Gas und Öl durch ukrainische Pipelines entstanden, die russische Haltung gegenüber der Ukraine restriktiver wurde, und russische Energieunternehmen nach alternativen Transportrouten nach Westen zu suchen begannen. Gleichzeitig bemühte sich die russische Seite jedoch auch zumindest teilweise um die Beilegung politischer Konflikte, um Hindernisse für die wirtschaftliche Kooperation auf Unternehmensebene abzubauen. Die „neue“ russische Außenpolitik zielte darüber hinaus auf die Institutionalisierung der Kooperation vor allem mit der EU als wichtigster Handelspartnerin wie auch mit internationalen Wirtschaftsorganisationen, allen voran der WTO.

Zusammen mit den Erweiterungsprozessen von EU und NATO veränderte die russische Politik so das internationale Umfeld der Ukraine. Das Land hat auf absehbare Zeit kaum Aussichten, in die eine oder andere Organisation aufgenommen zu werden. Die Beziehungen vor allem zur EU haben sich angesichts der stagnierenden wirtschaftlichen und politischen Transformation deutlich abgekühlt. Eine stärkere Orientierung nach Russland scheint in dieser Situation fast zwangsläufig. Gleichzeitig hat die Attraktivität Russlands zugenommen. Moskau stellt im Gegensatz zur EU keine unbequeme Forderungen nach demokratischen Reformen. Wirtschaftliches Wachstum im vierten Jahr in Folge machen das Land darüber hinaus zu einem interessanten Wirtschaftspartner, der noch dazu im Energiehandel Vergünstigungen gewähren kann. Die wachsende Institutionalisierung der Handelsbeziehungen zwischen Russland und der EU sowie die Fortschritte Russlands hinsichtlich des WTO-Beitritts lassen eine verstärkte wirtschaftliche Kooperation mit dem Westen nicht gegen, sondern über Russland möglich erscheinen. Dies wird durch die russische Kooperation mit den USA im Rahmen der Allianz gegen den Terror weiter unterstrichen.

Diese Faktoren führten in den Jahren 2001–2004 zu einer vorsichtigen Annäherung zwischen den beiden Staaten und ihren Oberhäuptern, die freilich immer wieder von Rückschlägen unterbrochen wurde – so z.B. von der Auseinandersetzung um die Meerenge von Kertsch im Herbst 2003. Von einem demokratische und marktwirtschaftliche Reformen planenden und wesentlich stärker nach Westen ausgerichteten Präsidenten müsste die russische Führung Veränderungen des ukrainischen außenpolitischen Kurses erwarten müssen. Aus dieser Befürchtung erklärt sich die ungewöhnlich offene Unterstützung des amtierenden Premierministers durch russische Akteure (vgl. dazu auch den Kommentar Seite 88). Gleichwohl ist – auch angesichts der Zuspitzung der Situation nach dem zweiten Wahlgang – nicht zu erwarten, dass die russische Führung über die bisherigen Maßnahmen hinausgeht. Der russische Botschafter in der Ukraine, Viktor Tschernomyrdin, hat in den vergangenen Wochen betont, Russland werde auch mit einem anderen ukrainischen Präsidenten als Janukowitsch zusammenarbeiten. Schließlich wird es – selbst wenn Juschtschenko sich in der Auseinandersetzung über den Ausgang der Wahlen durchsetzen sollte – in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten nur zu graduellen Veränderungen kommen. Die Ukraine wird sich kaum aus der Abhängigkeit von Russland lösen.

Die Wahlen in den USA – Russlands Selbstfindung als regionale Großmacht

Anfang November 2004 fanden in den USA die mit großer Spannung erwarteten Präsidentschaftswahlen statt. Auch hier zögerten Vertreter der russischen Exekutive und Legislative nicht, ihre Präferenz für den Amtsinhaber George W. Bush deutlich zu machen. Dies ist insofern verwunderlich, als es den USA in den vergangenen Jahren gelungen ist, weiter in die Regionen vorzudringen, die in der russischen politischen Elite mehrheitlich als eigene geostrategische Einflussosphäre definiert werden.

Die Beziehungen zwischen Russland und den USA haben seit 1999/2000 eine weite Strecke zurückgelegt. War das wechselseitige Verhältnis zum Zeitpunkt des Amtsantritts der beiden neu gewählten Präsidenten im Jahre 2000 infolge des Kosovo-Krieges 1999 noch von kühler Distanz bestimmt, so bewegten sich die beiden Staaten in den darauffolgenden 18 Monaten wieder aufeinander zu. Die Ereignisse des 11. September 2001 wirkten wie ein Katalysator auf diese Entwicklung, als Präsident Putin Russland ohne Zögern in die von den USA geführte Allianz gegen den Terror einreichte. In den folgenden Monaten tolerierte oder unterstützte die russische Führung den Krieg in Afghanistan, die Stationierung amerikanischer Truppen in Zentralasien, den Rückzug der USA aus dem ABM-Vertrag und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der NATO und den baltischen Staaten. Ihre Grenzen erreichte diese Politik vorübergehend im Frühjahr 2003, als amerikanische und britische Truppen im Irak einmarschierten. Doch führte der russische Protest nicht zu anhaltenden Verstimmungen im Verhältnis zu den USA.

Dies ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Zum einen verbindet die beiden Präsidenten ein gutes persönliches Verhältnis. Es ist davon auszugehen, dass ihre jeweiligen Weltsichten eine vergleichsweise große Schnittmenge aufweisen, z.B. hinsichtlich der Skepsis internationalen Organisationen gegenüber. Auch wenn konkrete Konflikte wie z.B. im Nahen Osten, im Irak oder

im Südkaukasus unterschiedlich interpretiert werden, so bleiben doch die zugrundeliegenden Überzeugungen für die jeweils andere Seite nachvollziehbar. Dies könnte sich ändern, stünde Putin einem demokratischen amerikanischen Präsidenten mit einem vergleichsweise liberalen außenpolitischen Kurs gegenüber. Zum anderen insistiert die Bush-Administration mit Blick auf die innenpolitischen Entwicklungen in Russland nicht allzu entschlossen auf die Durchsetzung und Einhaltung demokratischer Normen. Für den Fall eines Wahlsiegs des demokratischen Präsidentschaftskandidaten befürchteten Beobachter in Russland eine kritischere Haltung sowohl gegenüber der russischen Tschetschenienpolitik als auch hinsichtlich der Zentralisierungstendenzen im russischen politischen System.

Ein weiterer Grund für die offene Unterstützung des amtierenden Präsidenten kann in den innenpolitischen Machtkonstellationen in Russland selbst gesehen werden: die oppositionellen Kreise, die noch bis Ende 2003 z.B. in der Duma Kritik an Putins „Westkurs“ geübt hatten, sind seit den Wahlen im Dezember 2003 bzw. März 2004 weitgehend marginalisiert. Die Präsidentenpartei „Einheit Russlands“ verfügt in der Duma über eine Zweidrittelmehrheit, die nationalistischen Oppositionsparteien sind kooptiert, die Liberalen nicht mehr im Parlament vertreten. Dies eröffnet dem Präsidenten die Möglichkeit, seinen außenpolitischen Kurs ohne nennenswerten Widerstand zu verfolgen.

Fazit

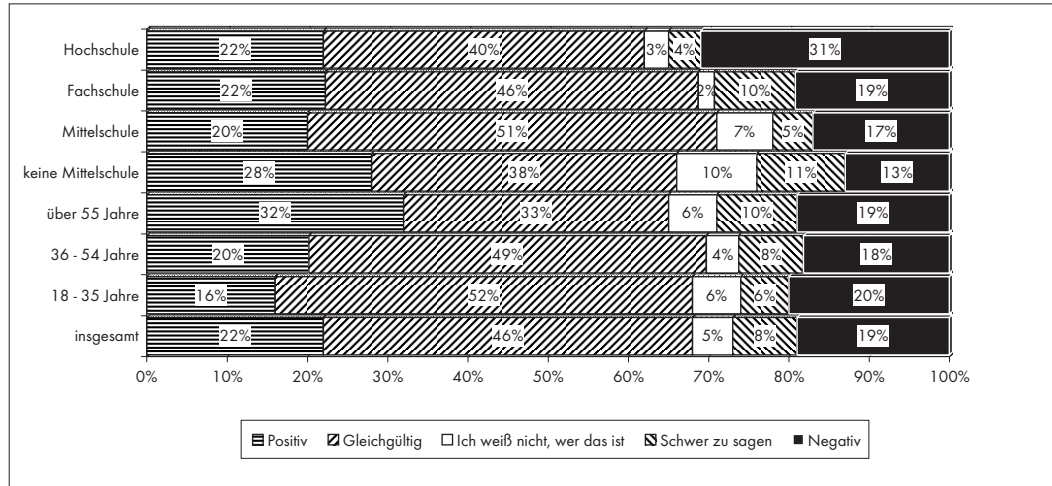
Die russische Politik mit Blick auf die Wahlen bzw. die Volksabstimmung in Belarus und der Ukraine wirft ein Schlaglicht auf die russische GUS-Politik insgesamt. Sie entpuppt sich als komplexes Geflecht von Aktivitäten auf unterschiedlichen (politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und militärischen) Ebenen, die darauf zielen, die russische Position in der Region zu wahren. Dabei wird vor allem an den russisch-belarussischen Beziehungen deutlich, dass die russische Führung nicht die unbedingte Reintegration des post-sowjetischen Raums anstrebt. Gleichzeitig zeigen die politischen Manöver im ukrainischen Wahlkampf, wie weit die russische Politik zu gehen bereit ist, um ihre Interessen in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu wahren.

Die Haltung der russischen Führung zu den Wahlen in den USA erlauben es, zwei Schlüsse zu den russisch-amerikanischen Beziehungen insgesamt zu formulieren: Die Politik symbolischer Proteste der 1990er Jahre ist nach dem Amtsantritt Putins nicht fortgesetzt worden. Die russische Exekutive hat den Machtverlust in den internationalen Beziehungen – vor allem im Verhältnis zu den USA – faktisch und pragmatisch anerkannt. Die russische Führung definiert Russland als Macht auf regionaler Ebene und ist selbst hier zu Zugeständnissen bereit. Darüber hinaus lässt sich eine Prioritätenverschiebung hin zu ökonomischer Entwicklung und Integration in die Weltwirtschaft beobachten. Die Schaffung von Machtvertikalen im Innern und die faktische Ausschaltung der Opposition machen die russische Außenpolitik darüber hinaus in einem Maße kalkulierbar, wie sie es seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht gewesen ist.

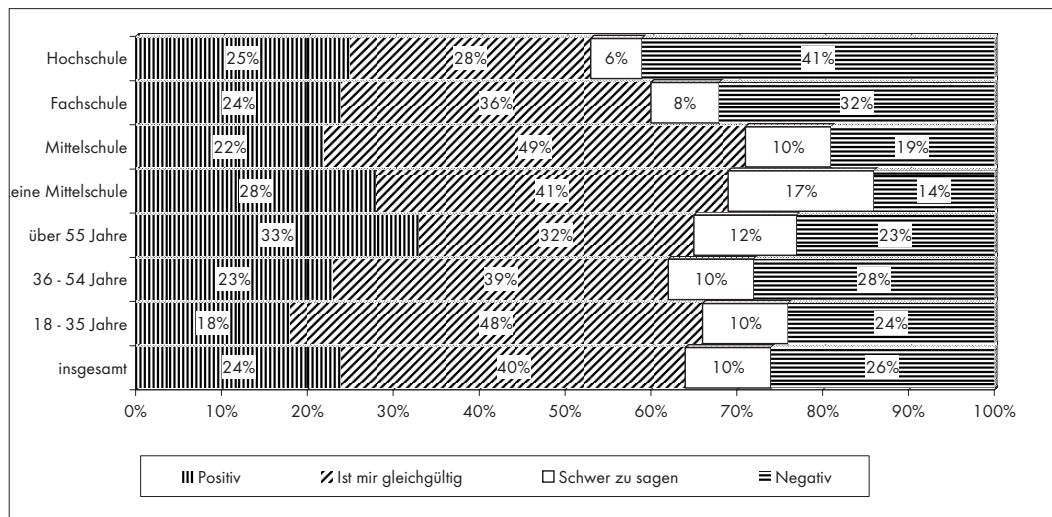
Belarus, Ukraine und die USA in der russischen öffentlichen Meinung
 Umfragen der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) im Oktober und November 2004

Das Referendum in Belarus

Wie stehen Sie zu Lukaschenko – positiv, negativ oder gleichgültig?



Wie stehen Sie dazu, dass Lukaschenko das Recht eingeräumt wurde, zum dritten Mal bei den Präsidentschaftswahlen zu kandidieren?



	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 – 35 Jahre	36 – 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Anteil der Gruppe in %	100%	34%	37%	29%	16%	33%	38%	12%
Wie stehen Sie zu Lukaschenko – positiv, negativ oder gleichgültig?								
Ich weiß nicht, wer das ist	5%	6%	4%	6%	10%	7%	2%	3%
Positiv	22%	16%	20%	32%	28%	20%	22%	22%
Gleichgültig	46%	52%	49%	33%	38%	51%	46%	40%
Negativ	19%	20%	18%	19%	13%	17%	19%	31%
Schwer zu sagen	8%	6%	8%	10%	11%	5%	10%	4%

(Fortsetzung auf nächster Seite)

Das Referendum in Belarus (Fortsetzung)

	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 – 35 Jahre	36 – 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule

Wissen Sie, dass am 17. Oktober in Belarus ein Referendum darüber durchgeführt wurde, ob Lukaschenko das Recht erhalten solle, zum dritten Male an den Präsidentschaftswahlen teilzunehmen?

Weiß ich	44%	34%	48%	51%	40%	35%	48%	62%
Habe davon gehört	32%	34%	32%	29%	31%	33%	33%	25%
Höre davon zum ersten Mal	19%	27%	17%	14%	18%	29%	15%	10%
Schwer zu sagen	5%	4%	4%	7%	11%	3%	4%	2%

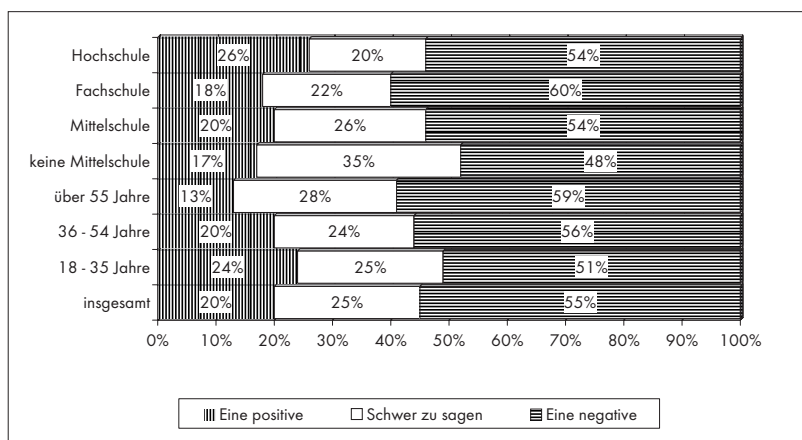
Wie stehen Sie dazu, dass Lukaschenko das Recht eingeräumt wurde, zum dritten Mal bei den Präsidentschaftswahlen zu kandidieren?

Positiv	24%	18%	23%	33%	28%	22%	24%	25%
Ist mir gleichgültig	40%	48%	39%	32%	41%	49%	36%	28%
Negativ	26%	24%	28%	23%	14%	19%	32%	41%
Schwer zu sagen	10%	10%	10%	12%	17%	10%	8%	6%

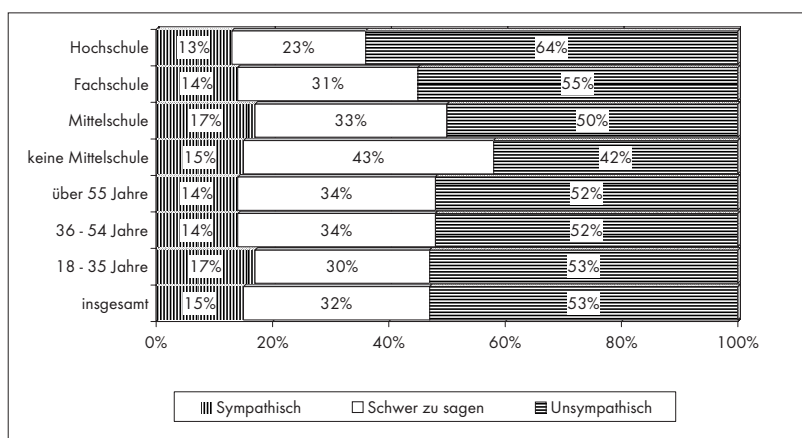
Umfrage vom 23.–24. Oktober 2004 <http://bd.fom.ru/zip/tb0443.zip>

Vor den Wahlen in den USA

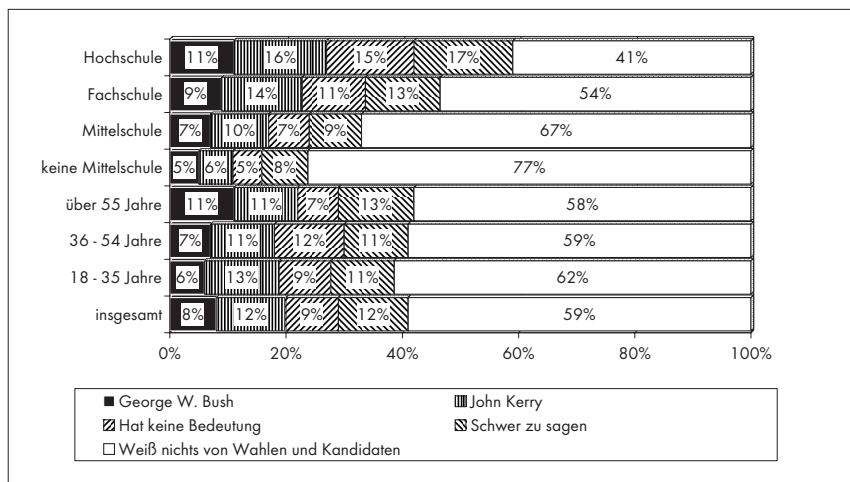
Spielen die USA in der Welt von heute eher eine positive oder eine negative Rolle?



Ist Ihnen George Bush als Politiker sympathisch oder unsympathisch?



Was meinen Sie, ist für Russland wichtig, wer gewinnt? Welcher Kandidat entspricht am ehesten den Interessen Russlands?



	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Anteil der Gruppe in %	100%	37%	35%	28%	14%	35%	35%	15%

Manche meinen, dass die USA in der Welt von heute eher eine positive Rolle spielt. Andere vertreten die Ansicht, dass die USA eher eine negative Rolle spielt. Welcher Standpunkt ist eher der Ihre?

Standpunkt	Russland insgesamt	18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Der erste	20%	24%	20%	13%	17%	20%	18%	26%
Der zweite	55%	51%	56%	59%	48%	54%	60%	54%
Schwer zu sagen	25%	25%	24%	28%	35%	26%	22%	20%

Sagen Sie bitte, wie ist Ihre Einstellung zu Amerika?

Einstellung	Russland insgesamt	18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Gut	29%	31%	32%	23%	12%	30%	29%	42%
Gleichgültig	49%	51%	46%	51%	57%	51%	49%	36%
Schlecht	16%	14%	16%	20%	19%	15%	17%	16%
Schwer zu sagen	6%	5%	7%	6%	11%	5%	5%	6%

Sagen Sie bitte, ist Ihnen George Bush als Politiker sympathisch oder unsympathisch?

Sympathie	Russland insgesamt	18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Sympathisch	15%	17%	14%	14%	15%	17%	14%	13%
Unsympathisch	53%	53%	52%	52%	42%	50%	55%	64%
Schwer zu sagen	32%	30%	34%	34%	43%	33%	31%	23%

Kandidaten für die US-Präsidentschaft

Kennen Sie die Namen der Kandidaten für die US-Präsidentschaft? Wenn ja, nennen Sie sie bitte (Antworten derer, die von den baldigen Wahlen wissen)

Antwort	Russland insgesamt	18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Richtige Antwort (George W. Bush, John Kerry)	40%	38%	41%	42%	23%	33%	47%	59%
Falsche Antwort	5%	5%	6%	5%	7%	7%	4%	4%
Weiß nicht, schwer zu sagen	33%	32%	35%	34%	40%	36%	31%	26%
Weiß nichts von den Wahlen	21%	25%	18%	19%	30%	24%	19%	11%

	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule

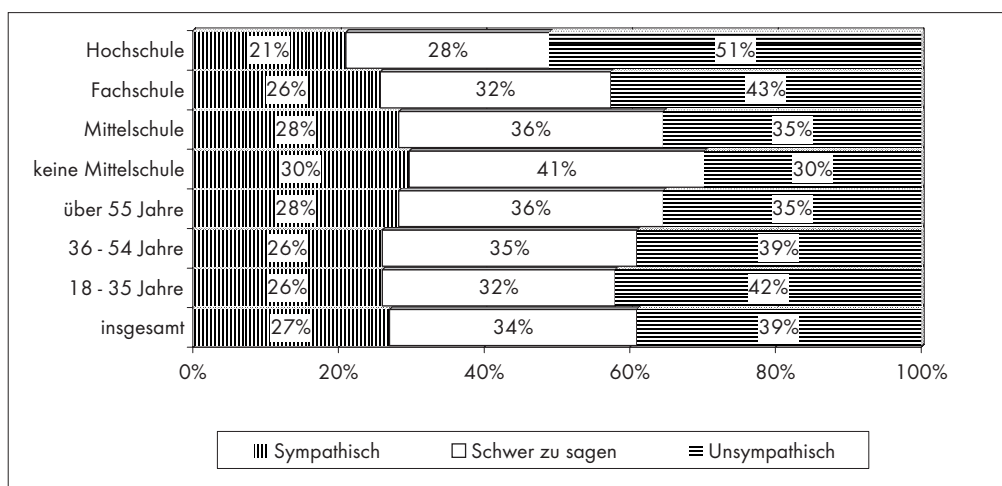
Was meinen Sie, ist für Russland wichtig, wer von den beiden Kandidaten gewinnt? Und wenn ja, welcher Kandidat entspricht am ehesten den Interessen Russlands George W. Bush oder John Kerry (Antworten derer, die die Namen der Kandidaten richtig genannt haben)

Hat keine Bedeutung	9%	9%	12%	7%	5%	7%	11%	15%
George W. Bush	8%	6%	7%	11%	5%	7%	9%	11%
John Kerry	12%	13%	11%	11%	6%	10%	14%	16%
Schwer zu sagen	12%	11%	11%	13%	8%	9%	13%	17%
Weiß nichts von Wahlen und Kandidaten	59%	62%	59%	58%	77%	67%	54%	41%

Umfrage vom 6.-7. November 2004 <http://bd.fom.ru/zip/tb0445.zip>

Nach den Wahlen in den USA

Ist Ihnen George Bush als Politiker sympathisch oder unsympathisch?



	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Anteil der Gruppe in %	100%	34%	37%	29%	18%	34%	36%	12%

Bei den Präsidentenwahlen in den USA hat sich George Bush durchgesetzt. Was meinen Sie, was wäre für Russland besser gewesen: der Sieg von Georg Bush oder der von John Kerry?

George Bush	26%	24%	26%	28%	22%	24%	27%	30%
Ist für Russland unwichtig	22%	25%	23%	18%	20%	24%	23%	20%
John Kerry	11%	13%	9%	9%	7%	10%	12%	14%
Schwer zu sagen	42%	39%	42%	45%	51%	42%	38%	37%

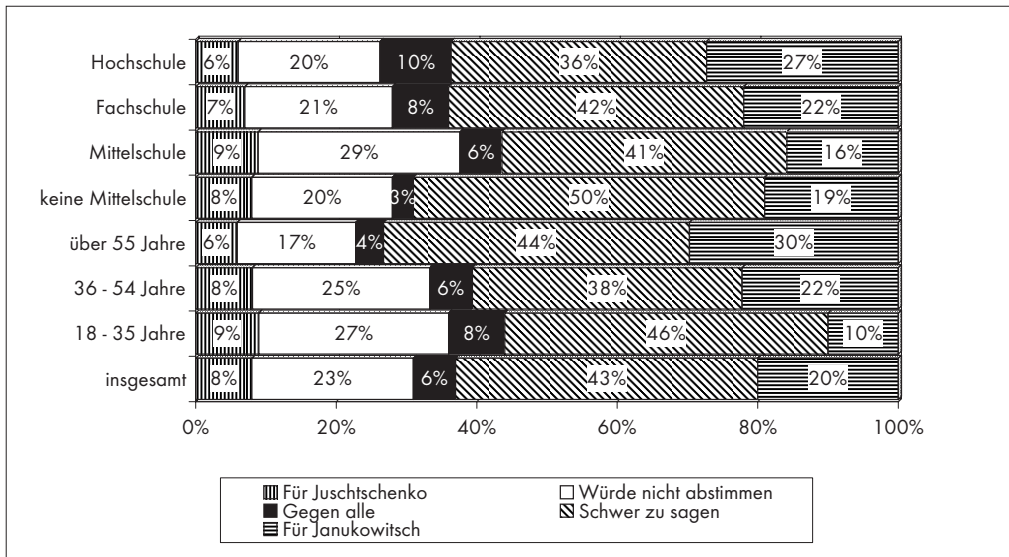
	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 – 35 Jahre	36 – 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule

Sagen Sie bitte, ist Ihnen George Bush als Politiker sympathisch oder unsympathisch?

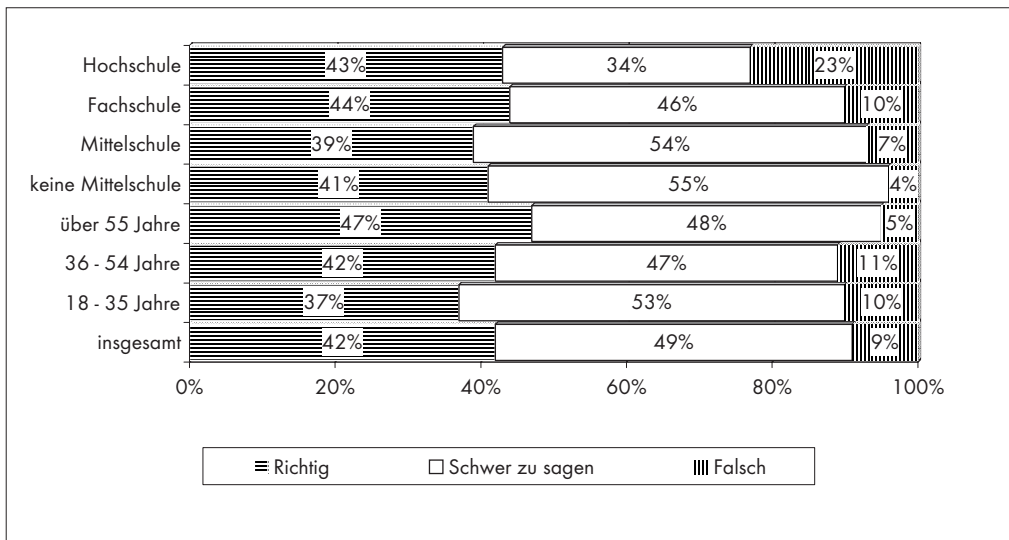
Sympathisch	27%	26%	26%	28%	30%	28%	26%	21%
Unsympathisch	39%	42%	39%	35%	30%	35%	43%	51%
Schwer zu sagen	34%	32%	35%	36%	41%	36%	32%	28%

Umfrage vom 13.–14. November 2004 <http://bd.fom.ru/zip/tb0446.zip>

Ukraine: Zwischen den Wahlgängen
Im zweiten Wahlgang treten Juschtschenko und Janukowitsch an.
Für welchen der Kandidaten würden Sie stimmen?



War es richtig oder falsch, dass Putin wenige Tage vor den Wahlen im ukrainischen Fernsehen auftrat?



Ukraine: Zwischen den Wahlgängen

	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 – 35 Jahre	36 – 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Anteil der Gruppe in %	100%	34%	38%	28%	20%	34%	36%	11%

Interessiert Sie der Wahlkampf in der Ukraine oder nicht?

Interessiert mich	33%	22%	35%	43%	29%	28%	35%	46%
Interessiert mich nicht	60%	72%	58%	48%	61%	67%	57%	49%
Schwer zu sagen	7%	6%	7%	9%	10%	5%	8%	5%

Am 31. Oktober hat in der Ukraine der erste Wahlgang der Präsidentenwahlen stattgefunden. In den zweiten Wahlgang sind Viktor Juschtschenko und Viktor Janukowitsch gelangt. Sagen Sie bitte, für welchen der Kandidaten würden Sie stimmen?

Für Juschtschenko	8%	9%	8%	6%	8%	9%	7%	6%
Für Janukowitsch	20%	10%	22%	30%	19%	16%	22%	27%
Gegen alle	6%	8%	6%	4%	3%	6%	8%	10%
Würde nicht abstimmen	23%	27%	25%	17%	20%	29%	21%	20%
Schwer zu sagen	43%	46%	38%	44%	50%	41%	42%	36%

Die Wahlen in der Ukraine und die Position Russlands**Wie soll sich Ihrer Meinung nach die russische Führung verhalten: einen von beiden Kandidaten unterstützen oder eine neutral Position einnehmen?**

Einen von beiden unterstützen	24%	22%	22%	31%	25%	24%	24%	25%
Sich neutral verhalten	50%	51%	56%	40%	39%	53%	50%	56%
Schwer zu sagen	26%	28%	23%	28%	37%	22%	26%	19%

Und wie agiert Ihrer Meinung nach die russische Führung: Unterstützt sie Juschtschenko oder Janukowitsch oder verhält sie sich neutral?

Unterstützt Juschtschenko	5%	3%	6%	4%	4%	4%	5%	5%
Unterstützt Janukowitsch	20%	13%	20%	27%	16%	15%	23%	30%
Verhält sich neutral	19%	21%	21%	14%	15%	22%	19%	16%
Schwer zu sagen	57%	64%	52%	55%	64%	59%	53%	48%

Putins Auftreten im ukrainischen Fernsehen**War es richtig oder falsch, dass Putin wenige Tage vor den Wahlen im ukrainischen Fernsehen auftrat?**

Richtig	42%	37%	42%	47%	41%	39%	44%	43%
Falsch	9%	10%	11%	5%	4%	7%	10%	23%
Schwer zu sagen	49%	53%	47%	48%	55%	54%	46%	34%

Umfrage vom 6.–7. November 2004 <http://bd.fom.ru/zip/tb0445.zip>

2. GUS

Christoph Saurenbach

Russische Einflussnahme bei den ukrainischen Präsidentenwahlen

Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine ist für Russland und die Zukunft des „Einheitlichen Wirtschaftsraums“ von erheblicher Bedeutung. Dabei zog die russische Führung den als pro-russisch geltenden Ministerpräsident Wiktor Janukowitsch dem Oppositionskandidaten Wiktor Juschtschenko gegenüber vor und nahm keinen Anstand, in den ukrainischen Wahlkampf einzugreifen. Dies tat sie auf drei Ebenen:

Längerfristig angelegt war die *politologisch-mediale Unterstützung* für den amtierenden ukrainischen Ministerpräsidenten. Schon mehrere Monate vor der Wahl arbeiteten putinnahe russische „Polittechnologen“, allen voran der einflussreiche Gleb Pawlowski, als PR-Berater und Wahlkampfmanager im Team Janukowitschs. In ihrer Medienarbeit wird der Oppositionskandidat Wiktor Juschtschenko als ukrainischer Nationalist, Vasall Amerikas und Feind Russlands dargestellt, Janukowitsch hingegen als erfolgreicher Regierungschef, der als Präsident die bilateralen Beziehungen zu Russland stärken wird. In diesen Zusammenhang gehören auch die überraschenden Versprechungen, die Janukowitsch wenige Wochen vor der Wahl machte, Russisch neben Ukrainisch zur Amtssprache zu machen und die doppelte Staatsbürgerschaft einzuführen.

Daneben ist die *finanziell-logistische Unterstützung* Russlands für Janukowitschs Wahlkampf von erheblicher Bedeutung. Verschiedenen Quellen zufolge wurde die Hälfte seines 600 Millionen Dollar umfassenden Wahlkampfbudgets auf Anweisung der Putin-Administration von russischen Firmen bereitgestellt, wobei allein der halbstaatliche russische Erdgaskonzern Gazprom 200 Millionen Dollar aufbrachte. Aktive Wahlkampfhilfe wurde auch in Russland selbst geleistet, etwa in Form von Wahlwerbung auf Moskaus Straßen oder extrem einseitiger Berichterstattung russischer Fernsehsender über den ukrainischen Wahlkampf. In Russland leben etwa drei Millionen Ukrainer, deren Votum letztlich ausschlaggebend sein könnte.

Am meisten Aufmerksamkeit zog die *Parteinahme führender russischer Politiker* für Janukowitsch auf sich. Es versteht sich praktisch von selbst, dass Rechtspopulist Schirinowski in Kiew Wahlkampf betrieb. Auch Sjuganow, der Vorsitzende der russischen KP, rief – anders als der Führer der ukrainischen KP, Simonenko – zur Wahl von Janukowitsch auf. All das verblasste jedoch gegenüber dem offenen Engagement des russischen Präsidenten im ukrainischen Wahlkampf. Zunächst lud Putin seine „Freunde“ Kutschma und Janukowitsch anlässlich seines Geburtstages und vor versammelter Presse in seine Residenz unweit von Moskau ein, dann reiste er selbst nur wenige Tage vor dem ersten Wahlgang nach Kiew. Während des dreitägigen Aufenthalts in Kiew wich Janukowitsch selten von Putins Seite, ob bei dem Besuch eines Konzerts oder bei der Abnahme einer (aus leicht einsehbaren Gründen um einige Tage vorverlegten) Militärparade zur Befreiung Kiews im von deutscher Besatzung im Jahre 1944. Der Höhepunkt des persönlichen Engagements Putins war ein mehrstündiges Live-Interview, das auf drei ukrainischen Fernsehkanälen ausgestrahlt wurde und in dem Putin die Leistungen der ukrainischen Regierung und die hervorragenden bilateralen Beziehungen lobte. Selbst die russische Staatsduma wurde für Wahlkampfzwecke eingespannt: Noch vor der Stichwahl wurden Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen für ukrainische Staatsbürger erleichtert und die Grundlage für ein bilaterales Übereinkommen zur doppelten Staatsbürgerschaft gelegt.

Ob die Parteinahme der Putinschen Führung wirklich den Wahlausgang beeinflusste, bleibt zweifelhaft. Selbst der kremlnahe Analytiker Sergej Markow gab nach den für Moskau enttäuschenden Ergebnissen der ersten Runde zu, dass die offensichtliche Unterstützung Russlands für Janukowitsch zu einer Übersättigung der ukrainischen Wähler geführt haben könnte und letztlich der Eindruck entstanden sei, den Ukrainern werde das Wahlverhalten von außen vorge-schrieben.

So agierte der Präsident nach den Ergebnissen des ersten Wahlgangs merklich vorsichtiger. Zwar traf sich Putin Anfang November erneut mit Leonid Kutschma und wünschte Janukowitsch am Rande des Treffens viel Erfolg, doch fand das Treffen praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Auch der ehemalige russische Ministerpräsident und jetzige Botschafter Russlands in der Ukraine, Wiktor Tschernomyrdin, sagte voraus, dass eine konstruktive Zusammenarbeit mit einem Präsidenten Juschtschenko möglich sei.

In der Tat ist die einseitige Parteinahme für Janukowitsch schwer verständlich. Das oft kolportierte Stereotyp eines pro-europäischen, in der Westukraine verwurzelten Juschtschenko und eines pro-russischen Janukowitsch ist falsch. Janukowitschs politische Heimat ist zwar das Donezbecken, wo Russland positiver gesehen wird als in anderen Teilen der Ukraine, doch haben er und mit ihm verbündete Oligarchen in der Vergangenheit aus eigenen Geschäftsinteressen oft russische Unternehmer behindert. Hingegen stieg unter Juschtschenko als Premier (Dezember 1999 bis Mai 2001) der Umfang russischer Investitionen erheblich an, und russische Unternehmen beteiligten sich mit hohen Beträgen an der Privatisierung ukrainischer Betriebe. Eine radikale Abkehr von Russland ist auf Grund der engen kulturellen, sprachlichen und wirtschaftlichen Verflechtung der beiden Staaten ohnehin nicht zu erwarten.

Russische Unternehmer und die neue Ukraine

Obwohl die westliche öffentliche Meinung der Ansicht ist, dass die Orangene Revolution in der Ukraine eine Niederlage für Russland bedeutet, zeichnet sich ein anderes Bild ab, sobald die Frage differenzierter betrachtet wird. Die ukrainische und die russische Wirtschaft sind weiter eng verbunden, vor allem in Branchen wie Schwerindustrie und Maschinenbau. Russland ist nach wie vor der Hauptgläubiger und der Hauptmarkt der Ukraine. Die Tatsache, dass die Verbindungen so eng sind, bedeutet, dass ungeachtet der offiziellen Politik der beiden Staaten Russland in der nahen Zukunft weiterhin bedeutende Trümpfe in den Beziehungen zur Ukraine in der Hand halten wird. Die Ölkrise vom Mai 2005 hat der Ukraine auf schmerzhaft Weise klar gemacht, dass die Abhängigkeit von Russland so stark wie eh und je ist, trotz der politischen Veränderungen. Gleichzeitig hat sich aber der politische Kontext des Verhältnisses geändert, was sowohl neue Möglichkeiten eröffnet als auch zu neuen Herausforderungen führt.

Das russische Unternehmertum in der Ukraine unter Präsident Kutschma

Die innenpolitische Schwäche des Regimes von Leonid Kutschma (1994–2004) führte dazu, dass es in zunehmendem Maß – sowohl wirtschaftlich als auch politisch – abhängig von Russland wurde, während es auf der anderen Seite für einige russische Unternehmen bedeutende Hürden in der Ukraine errichtete. Präsident Kutschmas häufig repressive und intransparente Politik führte dazu, dass er international immer isolierter wurde und er somit in eine Situation geriet, in der er mehr und mehr abhängig von russischer Unterstützung wurde. Mit wenig Reserven an Legitimität sowohl zu Hause als auch im Ausland, hatte Kutschma kaum andere Alternativen, als sich nach russischen Wünschen zu richten, vor allem in der Energiepolitik. So hatten russische Öl- und Gasfirmen bis zum Jahr 2004 durch wenig publik gemachte Vereinbarungen mit den Ölfirmen Gazprom und Transneft sogar die Kontrolle über einen Großteil des Öl- und Gashandels sowie der entsprechenden Infrastruktur der Ukraine erlangt.

Auf der anderen Seite kann man auch nicht sagen, dass das Kutschma-Regime russische Unternehmen besonders positiv behandelt hätte – das System von Verbindungen zwischen administrativ-bürokratischen Gruppen (die oft als regionale „Clans“ bezeichnet werden) und den politischen Machthabern führte dazu, dass Unternehmen, die kein „Dach“ durch den Schutz eines der Clans hatten, es sehr schwer hatten. Dies galt auch für ungeschützte ausländische Unternehmen - einschließlich russischer Unternehmen. Ein offensichtliches Beispiel ist die Privatisierung, wo ukrainische Insider eindeutig bevorzugt wurden und große Unternehmen zu Preisen kaufen konnten, die weit unter dem Marktwert lagen. Der russische Bieter Sewerstal zum Beispiel verlor bei der Privatisierung von Kryvorizhstal im Jahre 2004, obwohl er einen sehr viel höheren Preis geboten hatte als der ukrainische Konkurrent, eine Allianz zwischen Rinat Achmetow (Donezk) und Wiktor Pintschuk (Dnepropretrowsk). Ein weiteres Gebiet, auf dem russische Unternehmen im Vergleich zu ukrainischen Insidern diskriminiert wurden, war der lukrative Mobilfunksektor. Die russische Firma Mobile TeleSystems (MTS) verlor durch Übergriffe der ukrainischen Regulierungsbehörde fast die Kontrolle über ihre ukrainische Tochterfirma UMC.

Wirtschaftsbeziehungen nach der Orangen Revolution

Obwohl die russische Unterstützung für den Pro-Establishment-Kandidaten Wiktor Janukowitsch ein Fehlschlag war, sind die russisch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen doch von Dauer. Wenn man die Interessen von russischen Unternehmen in der Ukraine, die Haltung der russischen Wirtschaft gegenüber der neuen ukrainischen Regierung und die Politik der neuen ukrainischen Regierung im Hinblick auf russisches Kapital betrachtet, so erhält man ein differenziertes Bild der Lage.

Die russischen Öl- und Gasfirmen sind hauptsächlich an der Ukraine als Transitland und als Konsument interessiert. Für die russischen Öl- und Gasfirmen, die in der Ukraine tätig sind, sind ein

stabiles Umfeld für den Transit und der Erwerb von Pipelines und Lagerungsinfrastruktur, die zur nach Westeuropa orientierten Exportstrategie dieser Firmen kompatibel sind, prioritär. Als Erweiterung dieser Strategie haben russische Firmen verschiedene andere wichtige industrielle Aktiva in der Ukraine erworben. Gleichzeitig ist die Ukraine mittlerweile zu einem lukrativen und zahlungskräftigen Markt für russische Firmen geworden.

Bei der Analyse der Interessen des russischen Unternehmertums in der Ukraine ist jedoch zu beachten, dass es vielfältige Interessen innerhalb dieser Firmen geben kann, die manchmal einen Synergie-Effekt erzeugen, manchmal sich aber auch gegenseitig widersprechen können. Dies ist vor allem der Fall in staatlich kontrollierten Firmen wie Gazprom, wo die Unternehmensinteressen nicht immer mit denen des russischen Staates übereinstimmen, wo aber auch die Interessen des leitenden Managements oft andere waren als die eigentlichen Unternehmensinteressen. Ein Beispiel für die Wirkung dieser indirekten Beziehungen zwischen Staat und Energiesektor auf die Beziehungen mit der Ukraine sind Unternehmen, die formal im Staatsbesitz sind, die aber von einigen ihrer Topmanager für die Verfolgung eigener Interessen benutzt werden, insbesondere für den Abzug von Finanzmitteln aus dem staatlichen Unternehmen in die eigene Tasche.

Tatsächlich haben einige russische Unternehmen in der Ukraine sogar von der weit verbreiteten Intransparenz in den ukrainischen Energiemärkten profitiert. Sie verschaffte russischen Firmen einen wichtigen Vorteil, da vor allem russische Firmen die „Expertise“ haben, um auf dem post-sowjetischen grauen Markt profitabel (wenn auch nicht immer völlig legal) zu arbeiten.

Russische Energieunternehmen haben wohl am meisten von den Absprachen und Manipulationen der Kutschma-Periode profitiert, während russische Unternehmen aus anderen Branchen, wie etwa Metallindustrie und Telekommunikation, die Opfer dieses Systems waren. Der Grund, dass russische Energieunternehmen besser mit dem Kutschma-System zurechtkamen als russische Unternehmen aus anderen Branchen, war, dass im Energiesektor die größten Profite gemacht werden konnten und dies daher eine Branche war, in der beide Seiten in großem Maße profitieren konnten: Das Regime und ihm nahe stehende Unternehmen konnten bedeutende Gewinne abschöpfen, die benutzt werden konnten, um Wahlkämpfe zu finanzieren und Koalitionen zu schmieden. Russische Energieunternehmen und ihre Manager konnten beträchtliche Gewinne sowohl für ihre Firmen als auch für sich persönlich einstreichen.

Die Haltung von russischen Unternehmen gegenüber der neuen Regierung

Die russische Unterstützung für Wiktor Janukowitsch gab der Juschtschenko-Koalition die Möglichkeit, Opposition gegen Korruption, die durch Russland oder russische Unternehmen gefördert wurde, im Wahlkampf als wichtigen Slogan zu benutzen. Zweifellos stellt die Niederlage von Janukowitsch eine Niederlage der offiziellen russischen Politik in der Ukraine dar. Nach dem Regimewechsel sind aber eine Reihe von Trends sichtbar geworden, die darauf hindeuten, dass die Rolle von russischen Unternehmen komplexer ist, als nur eine Waffe Moskaus in der Unterstützung für ein korruptes Regime zu sein. Diese neuen Trends können sowohl in der Einstellung der neuen Regierung gesehen werden, als auch in der Haltung von russischen Unternehmen.

Viele russische Unternehmen (vor allem in Branchen außerhalb des Energiesektors) sahen den Regierungswechsel als Chance: Erstens als Chance, um von den neuen und transparenten Spielregeln zu profitieren, die Juschtschenko anbot, waren doch viele russische Unternehmen Opfer des Insiderkapitalismus und der Insiderprivatisierung geworden, die für das Regime Kutschma typisch war. Zweitens sahen viele russische Unternehmen die angekündigte Neuprivatisierung als Möglichkeit: sollte dieser Prozess fair vonstatten gehen und Unternehmen dem höchsten Bieter angeboten werden, würden viele von ihnen an russische finanzielle und industrielle Holdings verkauft werden. Drittens sahen viele russische Unternehmer, die durch die wachsenden autoritären Tendenzen des russischen Staates beunruhigt waren, Juschtschenkos Ukraine mit ihren Versprechen einer transparenten Politik und der Trennung von Staat und Wirtschaft als Chance, auf bekanntem Terrain zu investieren und Geschäfte fortzusetzen, ohne die wachsenden Einschränkungen, die ihnen durch das Putin-Regime in Russland aufgelegt werden. Insgesamt kann

der Schluss gezogen werden, dass sich zwischen den geopolitischen Interessen des Kremls und den Interessen einiger russischer Unternehmen in der Ukraine eine Kluft aufgetan hat, die die Kiewer Führung im eigenen Interesse nutzen kann.

Haltung der jetzigen ukrainischen Regierung gegenüber russischen Investoren

Wie hat die ukrainische Regierung diese Chance genutzt? Anscheinend nicht zum Besten, was die Spannung zwischen zwei Haltungen zu russischem Kapital widerspiegelt, die in Juschtschenkos Regierung seit ihrer Amtseinführung am 23. Januar 2005 existiert haben.

Die Tatsache, dass die Orangene Revolution mit einem Pakt zwischen einigen der vorher existierenden Eliten und nicht mit einer allgemeinen Konfrontation endete, bedeutet, dass die politischen Interessenkonstellationen (inklusive der Implikationen für das russische Kapital) sich nicht diametral geändert haben. Dies wird besonders im Energiesektor deutlich, wo einiger der Hauptbefürworter einer pro-russischen Transitpolitik ihre staatlichen Ämter behalten haben.

Wir können zwei Einstellungen zu einer „friedlichen Koexistenz“ russischen Kapitals mit der neuen ukrainischen Regierung ausmachen: Auf der einen Seite gibt es den Wunsch, russische Unternehmen als Gegengewicht zu einer Dominanz ukrainischer Oligarchenclans zu benutzen, auf der anderen Seite existiert eine Konfliktposition, die russische Unternehmen für viele der Probleme, mit denen die ukrainische Wirtschaft konfrontiert wird, verantwortlich macht.

Russische Unternehmen als Verbündete im Kampf gegen ukrainische Oligarchen

Die neue ukrainische Regierung weiß sehr wohl, dass sie aus wirtschaftlichen, außen- und innenpolitischen Gründen gute Beziehungen zu russischen Unternehmen braucht. Bezeichnend für Juschtschenkos Interesse an russischen Unternehmenskreisen ist seine Ernennung des russischen liberalen Politikers Boris Nemzow zum Berater. Gleichzeitig haben Präsident Juschtschenko und Premierministerin Timoschenko [bis September 2005] russische Unternehmen als wichtigen Verbündeten im Konflikt mit einheimischen Oligarchen, die mit dem Kutschma-Regime in Verbindung standen, angesehen. Diese Strategie wird besonders deutlich am Fall des Konfliktes zwischen dem russischen Bürger Konstantin Grigorischin und dem Führer eines Clans aus der Kutschma-Ära, Hrihori Surkis, über die Kontrolle von regionalen Stromversorgern und anderen Unternehmen des Kiewer Clans von Surkis, der auch den Fußballverein Dynamo Kiew umfasst. Hier benutzte die ukrainische Regierung Grigorischins Versuche, den Anspruch auf sein Eigentum durchzusetzen, um die Position von Surkis zu schwächen.

Russische Unternehmen als Feind und Sündenbock

Trotz offizieller Erklärungen darüber, dass gute Beziehungen zu Russland nötig und wünschenswert sind, hat die neue ukrainische Regierung *de facto* russische Unternehmen in einer Reihe von Fällen als feindlich dargestellt und sie als Sündenbock für innenpolitische Probleme benutzt. Das offensichtlichste Beispiel hierfür ist die Benzinkrise im April 2005. Als die Benzinpreise übernacht um 10–15% stiegen, legte Premierministerin Timoschenko gegenüber russischen Ölraffinerien eine ziemlich harte Haltung an den Tag. Sie beschuldigte die russischen Ölfirmen, ihre Monopolstellung (russische Raffinerien liefern 80% allen Benzins, das in der Ukraine verkauft wird) und Kartellvereinbarungen zu benutzen, um dem ukrainischen Markt höhere Preise aufzuzwingen. Timoschenko verordnete eine Reihe von interventionistischen Maßnahmen wie Preisobergrenzen und ein Verbot von Benzin- und Deselexporten.

Obwohl die „freiwillige“ Annahme der Preisobergrenzen durch die russischen Ölfirmen im April als Anzeichen für einen Kompromiss zwischen beiden Seiten gewertet wurde, hatten diese Obergrenzen bis Mitte Mai zu einem Benzindefizit geführt, und die Regierung beschloss, die Obergrenze anzuheben, während sie gleichzeitig die russischen Firmen beschuldigte, als Vergeltung gegen die ukrainische Regierung Öleinfuhren in die Ukraine einzustellen.

Ausblick

Obwohl die beiden oben beschriebenen Haltungen zu russischem Kapital wahrscheinlich auch weiterhin koexistieren werden, führten bis Mai 2005 eine Reihe weitere Faktoren zu einer verstärkten Konfrontationshaltung zwischen beiden Seiten: Erstens hat die verwirrende und oft widersprüchliche Regierungspolitik zur Renationalisierung und Neuprivatisierung von Firmen zu Unsicherheit und Furcht unter ausländischen, auch russischen, Investoren geführt. Dies führte seinerseits zu einer vorsichtigeren Haltung russischer Unternehmen zum Juschtschenko-Regime. Zweitens hat die Tatsache, dass einige von der ukrainischen Polizei gesuchte prominente Korruptionsverdächtige Zuflucht in Moskau gefunden haben, nicht gerade geholfen.

Obwohl letztendlich die Antwort auf die Frage, welche Position die ukrainische Regierung zu russischen Holdings in der Ukraine einnehmen wird, immer noch nicht klar ist, ist es doch eindeutig, dass unterschiedliche Perspektiven zu diesem Problemkreis eng mit dem Zusammenspiel von Politikzielen und wirtschaftlichen Interessen im Juschtschenko-Lager selbst verbunden sind.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Jeronim Perović

Zwischen Markt und Macht Russlands Wirtschaftsexpansion in den Südkaukasus und nach Zentralasien

Nachdem Russland die südlichen Länder seines „nahen Auslandes“ in den 1990er Jahre politisch und wirtschaftlich stark vernachlässigt hatte, ist es seit dem Amtsantritt von Wladimir Putin dabei, verlorenes Terrain zurück zu gewinnen; allerdings nicht primär mit Hilfe seines Militärs, sondern über seine mächtigen Energieunternehmen. Die Expansion russischer Konzerne wie Gazprom, Lukoil oder RAO UES in den Südkaukasus (Armenien, Georgien, Aserbaidschan) und nach Zentralasien (Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan) hat bislang kaum für große Schlagzeilen in der westlichen Presse gesorgt. Dabei ist es diese Entwicklung, die mit darüber entscheidet, welche Gestalt die Beziehungen zwischen diesen Staaten und Russland in Zukunft annehmen werden.

Russlands Rolle

In den 1990er Jahren war Russlands Politik gegenüber seinen südlichen Nachbarn ganz auf Schadenbegrenzung angelegt: Es ging darum, den Einfluss anderer Großmächte in der Region, insbesondere aber der USA, einzudämmen. Die Methoden, die Moskau anwandte, um die Staaten der Region im Einflussbereich Russlands zu halten, erzielten allerdings den gegenteiligen Effekt: Wiederholte ökonomische Sanktionen (etwa die Schließung von Pipelines für den Export von Öl und Gas aus der Region), die Unterstützung von Sezessionsbestrebungen (im Südkaukasus) und jahrelange Obstruktionspolitik bei der Frage der Regelung des Rechtsstatus des Kaspischen Meeres waren mit dafür verantwortlich, dass sich einzelne Staaten von Russland abwandten und vermehrt nach westlichen Partnern und Investoren Ausschau hielten.

Mit dem Wechsel von Jelzin zu Putin trat hier eine Änderung ein. Im Unterschied zu seinem Vorgänger bedient sich der jetzige Präsident keiner plumpen Großmachtrhetorik. Der Kremlführer versucht, die Staaten der Region nicht durch Sanktionen oder Drohungen, sondern über wirtschaftliche Anreize für eine Kooperation mit Russland zu gewinnen. Bereits im Frühjahr 2000 hatte Putin die Energieunternehmen seines Landes ausdrücklich aufgefordert, sich aktiver am Geschehen in der Kaspischen Region zu beteiligen. Anstatt lediglich Kritik am Vordringen westlicher Staaten und Unternehmen zu üben, sollte Russland sich an internationalen Energieprojekten beteiligen und den Ländern der Region gewinnbringende Alternativen der Kooperation mit Russland aufzeigen.

Um den Weg für eine vertiefte Wirtschaftskooperation zu ebnet, hat sich Putin denn auch von Beginn seiner ersten Amtszeit weg intensiv um eine Verbesserung der Beziehungen zu den Ländern dieses Raumes bemüht. Tatsächlich hat diese Politik, welche die *soft power*-Seite von Russlands Macht unterstreicht, mit dazu beigetragen, dass Moskau heute gute Beziehungen mit den meisten Staaten unterhält. Einzig das Verhältnis zu Georgien bleibt wegen der ungelösten Frage der russischen Militärbasen und der russischen Unterstützung von Abchasien und Südossetien weiterhin gespannt.

Moskaus Möglichkeiten, die politischen Entwicklungen in seinen Nachbarländern direkt zu beeinflussen, sind allerdings beschränkt. Die Ablösung der pro-russischen Regime in Georgien, der Ukraine und Kirgisistan haben dies deutlich gemacht. Russland aber bleibt für alle Länder der Region wichtigster strategischer und wirtschaftlicher Bezugspunkt. Alte und neue regionale Führungseliten sind sich bewusst, dass es keine Alternative zu einer engen Zusammenarbeit mit dem nördlichen Nachbarn gibt.

Die strukturellen Abhängigkeiten, insbesondere im Infrastrukturbereich, machen die Zusammenarbeit mit Russland für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Staaten unverzichtbar. Außer

Usbekistan sind alle Länder der Region entweder abhängig von russischen Energieimporten (sei dies Gas, Erdöl oder Strom) oder auf das russische Pipelinenetz für den Export von Rohstoffen angewiesen (in erster Linie Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan). Russland ist zudem wichtigster Handelspartner für die Mehrheit der Staaten und ein lebenswichtiger Arbeitsmarkt für Millionen von Menschen (insbesondere aus Armenien, Georgien, Aserbaidschan, Kirgisistan und Tadschikistan).

Expansionsdynamik: Die Rolle von Gazprom, Lukoil und RAO UES

Die Expansion im Energiebereich wird im Wesentlichen von drei Unternehmen angeführt: Gazprom, Lukoil und RAO Unified Energy Systems (RAO UES). Je nach spezifischem Interesse treten diese Akteure als Käufer anderer Unternehmen in diesen Ländern auf (wobei sie diese oft im Gegenzug für den Erlass von Schulden gegenüber Russland erstehen), schließen sich zu Joint Ventures mit lokalen Firmen zusammen, nehmen an internationalen Öl- und Gasförderprojekten teil oder tätigen groß angelegte Investitionen im Infrastrukturbereich (Energietransportsysteme, Elektrizitätswerke, Raffinerien, usw.).

Gazprom ist es unterdessen gelungen, mit allen fünf zentralasiatischen Staaten und Georgien Langzeitverträge betreffend den Import und/oder den Export von Gas abzuschließen. Zudem steht Gazprom kurz davor, Kontrolle über das gesamte südkaukasische und zentralasiatische Erdgastransportsystem zu erlangen. Gazprom profitiert bei seiner Expansion von der Tatsache, dass alle größeren Gaspipelines über russisches Territorium verlaufen, was dem Unternehmen gegenüber anderen ausländischen Investoren einen großen Vorteil einbringt: ohne in kostspielige neue Pipelines investieren zu müssen, können dem bestehenden Transportnetz, falls nötig, kurze Verbindungsstücke angefügt werden. Wirtschaftlich betrachtet besteht das Hauptinteresse für Gazprom darin, billiges Gas aus Zentralasien zu beziehen, um damit mehr eigenes Gas für den Export in den gewinnbringenden europäischen Markt freizumachen. Gleichzeitig entledigt sich Russland damit auch der möglichen Konkurrenz durch zentralasiatisches Gas auf dem Weltmarkt. Demgegenüber wären Investitionen in Förderungsprojekte in Russland selber oder die Liberalisierung des russischen Gasbinnenmarktes im ersten Fall sehr kostspielig, im zweiten Fall sozialpolitisch kaum durchsetzbar.

Im Ölsektor ist Russlands größtes privates Ölunternehmen, **Lukoil**, der wichtigste russische Investor im Kaspischen Raum und derzeit mit milliardenschweren Investitionen an Projekten in Aserbaidschan, Kasachstan und Usbekistan beteiligt. Die Situation im Ölmarkt ist dynamischer als im Gasmarkt, weil ausländische Investoren über die letzten zehn Jahre aktiv in Förder- und Transportprojekte investiert haben. Obwohl Russland über das staatliche Transportunternehmen Transneft noch immer über Zweidrittel des Ölflusses von Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan kontrolliert, so wird diese Quote abnehmen, wenn erst die vielen im Bau befindlichen oder geplanten Pipelineprojekte realisiert worden sind, die russisches Territorium umgehen. Insbesondere Aserbaidschans Abhängigkeit wird abnehmen, wenn die von der amerikanischen Regierung unterstützte Ölpipeline von Baku über georgisches Territorium in den türkischen Hafen Ceyhan Ende 2005 eröffnet wird. Anstatt abseits dieser Entwicklungen zu stehen, beteiligt sich Lukoil bereits seit Mitte der 1990er an internationalen Projekten im Kaspischen Raum. Lukoils Ziel ist es, seine ausländischen Reserven auszubauen, um in Zukunft Öl zu produzieren, dessen Produktionskosten billiger sind als in Russland selber. Investitionen im Ausland sind aber auch deshalb von strategischer Bedeutung, weil Russlands Produktion aufgrund limitierter Ölreserven wohl bereits ab dem Jahr 2015 stagnieren wird.

Im Strombereich wird die Expansion angeführt vom russischen Elektrizitätsmonopolisten **RAO UES**. Diesem Unternehmen ist es in der Zwischenzeit gelungen, weite Teile des einheitlichen sowjetischen Strommarktes wiederherzustellen. Hervorgetan hat sich RAO UES vor allem mit Investitionen im Südkaukasus, insbesondere in Georgien und Armenien, wo es Schlüsselunternehmen aufgekauft hat und dadurch große Teile dieser Märkte kontrolliert. RAO UES erklärte Ziel ist es, die Rentabilität seiner ausländischen Standorte zu erhöhen und mehr Elektrizität in die lukrativen Märkte des fernen Auslandes (Türkei und Iran) zu exportieren. Weil Strompreise (ge-

nauso wie Gaspreise) auf dem einheimischen Markt vom Staat festgelegt sind und sehr niedrig gehalten werden, ist RAO UES (genau wie Gazprom) dringend auf Einnahmen aus dem Export angewiesen, um die Modernisierung der heruntergekommenen Infrastruktur in Angriff nehmen zu können.

Möglichkeiten und Grenzen von Russlands Wirtschaftsmacht

Die wachsende Aktivität russischer Unternehmen lässt sich in einer starken Zunahme des Handelsvolumens und einem Anstieg der russischen Direktinvestitionen erkennen. Während die GUS-Staaten im Jahre 2002 für rund 14 Prozent des totalen Handelsvolumens Russlands verantwortlich waren, so waren es im 2004 18 Prozent. Während das Handelsvolumen zwischen Russland und der GUS zwischen Januar und November 2004 um stattliche 36 Prozent gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres zunahm, so wuchs der Handel mit den südlichen Ländern überdurchschnittlich: mit Kirgisistan um über 60 Prozent, mit Georgien, Kasachstan, Usbekistan und Aserbaidschan um 40–45 Prozent.

Auch im Bereich der Direktinvestitionen, das bislang schwächste Element in den russischen Außenwirtschaftsbeziehungen, hat Russland aufgeholt: Gemäß dem UN World Investment Report 2004 gingen von den insgesamt 4,1 Milliarden USD an (offiziellen) russischen Direktinvestitionen ein Viertel in GUS-Staaten (gegenüber 10 Prozent im Jahr 2000). Den größten Teil absorbierten die Ukraine, Belarus, Kasachstan und Usbekistan, die heute zur Gruppe der zehn ausländischen Topdestinationen für russisches Kapital gehören.

Die Grenzen und Möglichkeiten von Russlands Expansion sind je nach Sektor verschieden. Gazprom kann sein faktisches Monopol über zentralasiatisches Gas wahrscheinlich auch in Zukunft aufrechterhalten, weil es das Pipelinennetz kontrolliert und damit die Optionen für große Alternativprojekte limitiert sind. RAO UES hat im Südkaukasus ebenfalls kaum internationale Konkurrenz zu befürchten. Tatsächlich war es der Rückzug des amerikanischen Elektrizitätsgiganten AES aus dem Südkaukasus, der es RAO UES erst ermöglichte, dessen Anteile zu erwerben und damit die Basis der Expansion zu legen. Allerdings sind sowohl Gazprom als auch RAO UES an guten Beziehungen zu den Nachbarn interessiert: Gazprom wird gegenüber den Gas exportierenden Staaten (insbesondere Turkmenistan) wohl zu gewissen Kompromissen in Fragen des Preises und des zu transportierenden Gasvolumens bereit sein, weil es auf zentralasiatisches Gas als Element seiner Langzeitstrategie setzt. RAO UES will seinen südkaukasischen Partnerstaaten ebenfalls nicht unnötig vor den Kopf stoßen, weil es auf einen gut funktionierenden Elektrizitätsmarkt angewiesen ist, um hier Profite zu erzielen und in andere Märkte expandieren zu können.

Anders ist die Situation im Erdölbereich: Aufgrund der größeren internationalen Dynamik werden Russlands Unternehmen weiterhin einem harten Wettstreit mit anderen Ölfirmen ausgesetzt bleiben. Dabei macht der hohe Ölpreis die Region für ausländische Investitionen noch attraktiver als früher. Trotz umfangreichen Investitionen gehört Lukoil (noch) nicht zu den führenden Investoren der Region. Zum Vergleich: Zwischen 1993 und 2004 betrug Russlands gesamte Direktinvestitionen in Kasachstan rund 930 Millionen USD. Die USA, Großbritannien und Italien investierten im gleichen Zeitraum zusammengenommen rund 15 Milliarden USD, das meiste davon floss in den Ölsektor.

Geopolitik und wirtschaftliche Interessen

Russlandbeobachter sind hinsichtlich der Einschätzung von Russlands Wirtschaftsexpansion geteilter Meinung. Einige sehen darin ein von geopolitischen oder gar neoimperialen Überlegungen angetriebenes Projekt des Kremls, der mit Hilfe seiner staatlich kontrollierten (Gazprom und RAO UES) beziehungsweise staatlich-loyalen Firmen (Lukoil) versucht, Russlands Hegemonie über seine Nachbarstaaten auszubauen. Andere sehen wirtschaftliche und profitorientierte Motive als die maßgeblichen Triebkräfte der Expansion und unterstreichen die positive Funktion, welche Russlands Wirtschaft bei der Stabilisierung des zentralen eurasischen Raumes zukommt.

Gemäß dieser Lesart strebt Russland nicht so sehr eine politische Kontrolle an, sondern versucht über Wirtschaftsbeziehungen seine eigene Wirtschaft anzukurbeln und seine Position im Weltenergiemarkt zu festigen.

Tatsächlich besteht im Energiebereich eine weitgehende Übereinstimmung zwischen staatlichen und wirtschaftlichen Interessen. Zweifelsohne steht die grenzüberschreitende Expansion russischer Grossunternehmen in Übereinstimmung mit der von Putin postulierten Devise, dass eine gesunde Wirtschaft die Voraussetzung dafür ist, dass Russland wieder zu einer Großmacht wird. Demgemäß ist die Teilnahme Russlands am internationalen Wettstreit um Marktanteile ist nötig, um Einfluss und Macht in der Weltpolitik zurück zu gewinnen. Solange dabei strategisch wichtige Güter wie Öl und Gas aus dem Kaspischen Raum mehrheitlich über russische Pipelines in den Westen transportiert werden und solange Russlands Nachbarstaaten von Energieimporten aus Russland abhängen, bleiben die Länder dieser Region im Einflussbereich von Russlands Energieunternehmen und damit auch des russischen Staates.

Entscheidend für die künftigen Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen wird letztlich sein, ob Russland weiterhin eher auf *soft power*-Methoden setzt oder wieder zu Zwangsmitteln greifen wird, um seine Interessen durchzusetzen. Es ist zu erwarten, dass wirtschaftliche Elemente weiterhin die dominierende Rolle in Russlands Beziehungen zu seinen südlichen Nachbarn spielen werden; allerdings wird Moskau wohl auch auf *hard power*-Methoden zurückgreifen, wenn es darum geht, Entwicklungen zu verhindern, die vitalen russischen Sicherheitsinteressen zuwiderlaufen. Besonders empfindlich würde Moskau wohl reagieren, wenn Georgiens Zentralregierung Anstalten machen würde, die abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien mit Gewalt dem georgischen Staatenverband einzuverleiben. Wirtschaftssanktionen (vollständiger Stopp der russischen Gas-, Öl-, und Stromlieferungen) oder gar eine militärische Intervention könnten die Folgen sein.

Wirtschaftsentwicklung im Kaspischen Raum

(Zusammengestellt von Jeronim Perović)

Wirtschaftsdaten 2002

	Bevölkerung	GNI	GNI pro Kopf	PPP	BIP		
	Millionen 2002	Mrd. US\$ 2002	Mrd. US\$	Mrd. US\$	US\$ pro Kopf	Jährliches Durchschnittswachstum 1990–2002	Zuwachse 2001–2002 in %
Russland	144	306,6	2.130	1.165	8.080	-2,7%	4,3%
Armenien	3	2,4	790	10	3.230	0,4%	12,9%
Aserbaidshjan	8	5,8	710	25	3.010	2,2%	10,6%
Georgien	5	3,4	650	12	2.270	-4,3%	5,6%
Kasachstan	15	22,6	1.520	84	5.630	-1,6%	9,8%
Kirgisistan	5	1,4	290	8	1.560	-2,2%	-0,5%
Tadschikistan	6	1,1	180	6	930	-6,8%	9,1%
Turkmenistan	5	23	4.780	-1,0%	14,9%
Usbekistan	25	7,8	310	41	1.640	0,8%	4,2%

Quelle: World Bank, World Development Indicators 2004.

Handelsbeziehungen 2002

Armenien		Aserbaidtschan		Georgien		Kasachstan	
Hauptexportpartner							
Belgien	21,5%	Italien	28,7%	Türkei	23,0%	Russland	16,2%
Russland	14,6%	Deutschland	17,7%	Italien	12,1%	Bermuda	12,1%
Israel	10,3%	Israel	10,6%	Russland	11,4%	China	11,3%
Iran	9,4%	Frankreich	8,4%	Griechenland	8,5%	Deutschland	8,8%
USA	8,2%	Georgien	6,7%	Niederlande	7,5%	Italien	5,5%
Schweiz	6,8%	Russland	4,7%	Spanien	5,9%	Ukraine	4,9%
Deutschland	6,2%	Andere	23,2%	Turkmenistan	4,7%	Frankreich	4,0%
Andere	23,0%			Ukraine	4,3%	Andere	37,2%
				Andere	22,6%		
Hauptimportpartner							
USA	15,3%	Russland	17,8%	Türkei	15,6%	Russland	37,1%
Russland	12,9%	Türkei	11,9%	Aserbaidtschan	11,2%	USA	9,3%
Belgien	12,3%	Deutschland	10,7%	USA	9,9%	China	9,3%
Iran	10,3%	Frankreich	7,0%	Russland	9,1%	Deutschland	9,1%
Vereinigte Arabische Emirate	6,3%	Kasachstan	6,3%	Deutschland	7,2%	Andere	35,2%
Deutschland	5,5%	China	6,0%	Italien	5,1%		
Italien	4,9%	Großbritannien	5,5%	Bulgarien	4,9%		
Andere	32,5%	USA	4,5%	Rumänien	4,3%		
		Andere	30,3%	Frankreich	4,2%		
				Ukraine	4,1%		
				Andere	24,4%		

Handelsbeziehungen 2002 (Fortsetzung)

Kirgisistan		Tadschikistan		Turkmenistan		Usbekistan	
Hauptexportpartner							
Schweiz	19,9%	Niederlande	29,4%	Ukraine	49,7%	Russland	17,7%
Russland	16,5%	Türkei	16,1%	Italien	18,0%	Ukraine	11,0%
Vereinigte Arabische Emirate	14,2%	Russland	11,9%	Iran	13,1%	Italien	7,6%
China	8,5%	Usbekistan	9,9%	Türkei	6,2%	Tadschikistan	6,8%
Kasachstan	7,6%	Schweiz	9,3%	Andere	13,0%	Polen	5,1%
USA	7,4%	Ungarn	5,4%			Südkorea	5,0%
Usbekistan	5,7%	Lettland	4,2%			Kasachstan	4,5%
Andere	20,2%	Andere	13,8%			USA	4,2%
						Andere	38,1%
Hauptimportpartner							
Kasachstan	21,1%	Russland	22,7%	Russland	19,8%	Russland	22,6%
Russland	19,9%	Usbekistan	18,4%	Türkei	12,8%	Deutschland	9,8%
Usbekistan	10,2%	Ukraine	11,2%	Ukraine	11,7%	Südkorea	9,4%
China	10,1%	Kasachstan	10,0%	Vereinigte Arabische Emirate	10,0%	Kasachstan	8,1%
USA	8,1%	Turkmenistan	6,5%	USA	7,5%	USA	6,9%
Deutschland	5,3%	Aserbaidschan	5,7%	China	6,0%	Ukraine	6,8%
Andere	25,3%	Indien	4,4%	Deutschland	5,7%	China	5,2%
		Andere	21,1%	Iran	4,4%	Türkei	4,6%
				Andere	22,1%	Andere	26,6%

Quelle: CIA World Factbook 2003 (updated December 2003).

Wichtigste Öl- und Gasprojekte mit ausländischer Beteiligung

Projekt	Wichtigste Investoren	Vorgesehene Investitionen	Nachgewiesene Reserven	Produktion 2004	Projektion
Aserbaidtschan					
Azeri-Chirag-Guneshli	BP (UK) 34.1% (operator), Unocal (10.2%), Inpex (Japan) 10%, SOCAR (Azerbajian) 10%, Statoil (Norway) 8.6%, ExxonMobil (US) 8%, et al.	\$15 Mrd.	5.4 Mrd. barrels	144,000 barrels/day	2005: 460,000 barrels/day 2008-09: 1 million bbd/d
Shah Deniz	BP (UK) (operator) 25.5%, Statoil (Norway) 25.5%, SOCAR (Azerbajian) 10%, Lukoil (Russia) 10%, TotalFinElf (France/Belgium) 10%, OIEC of Iran 10.0%, TPAO (Turkey) 9.0% et al.	\$4.5 Mrd.	2.5 Mrd. barrels 14 trillion cubic feet	Production to begin in 2006	2006: 296 Mrd. cubic feet
Kasachstan					
Tengiz	Developed by the joint venture company TengizChevrOil (TCO): ChevronTexaco (US) 50%, ExxonMobil (US) 25%, Kazmunaigaz (Kazakhstan) 20%, LukArco (Russia) 5%, et al.	\$20 Mrd. over 40 years	6-9 Mrd. barrels	290,000 barrels/day (also produced 56 Mrd. cubic feet of natural gas through first five months of 2002)	2006: 450,000 barrels/day 2010: 750,000 barrels/day
Karachaganak	Agip (Italy) 32.5%; BG (U.K.) 32.5%; ChevronTexaco (U.S.) 20%; Lukoil (Russia) 15%.	\$8 Mrd.	2.4 Mrd. barrels 16 trillion cubic feet	210,000 barrels/day (also produced 68.8 Mrd. cubic feet of natural gas through first five months of 2002)	2008: 240,000 barrels/day

Wichtigste Öl- und Gasprojekte mit ausländischer Beteiligung (Fortsetzung)

Projekt	Wichtigste Investoren	Vorgesehene Investitionen	Nachgewiesene Reserven	Produktion 2004	Projektion
Kasachstan (Fortsetzung)					
Kashagan	Developed by Agip Kazakhstan North Caspian Operating Company (Agip KCO): ENI-Agip (Italy) 16.67%, BG (UK) 16.67%, ExxonMobil (US) 16.67%, TotalFinaElf (France/Belgium) 16.67%, Royal Dutch/Shell (UK/Netherlands) 16.67%, et al.	\$7 Mrd. between 2003-06	Approximately 40 Mrd. barrels (up to 10 Mrd. of which are thought to be recoverable)	Production by 2005	2008 : 75,000 barrels/day
Turkmenistan					
Cheleken	Dragon Oil (United Arab Emirates)		0.6 Mrd. barrels	10,000 barrels/day	2003: 11,000 barrels/day
Nebit dag	Burren Energy (UK)		0.1 Mrd. barrels	10,000 barrels/day	2003: 12,000 barrels/day
Usbekistan					
Central Ustyurt and Southwest Gissar	Trinity Energy (UK)		Being developed	2006: 2,600 barrels/day & 71 Mrd. cubic feet	2006: 2,600 barrels/day & 71 Mrd. cubic feet

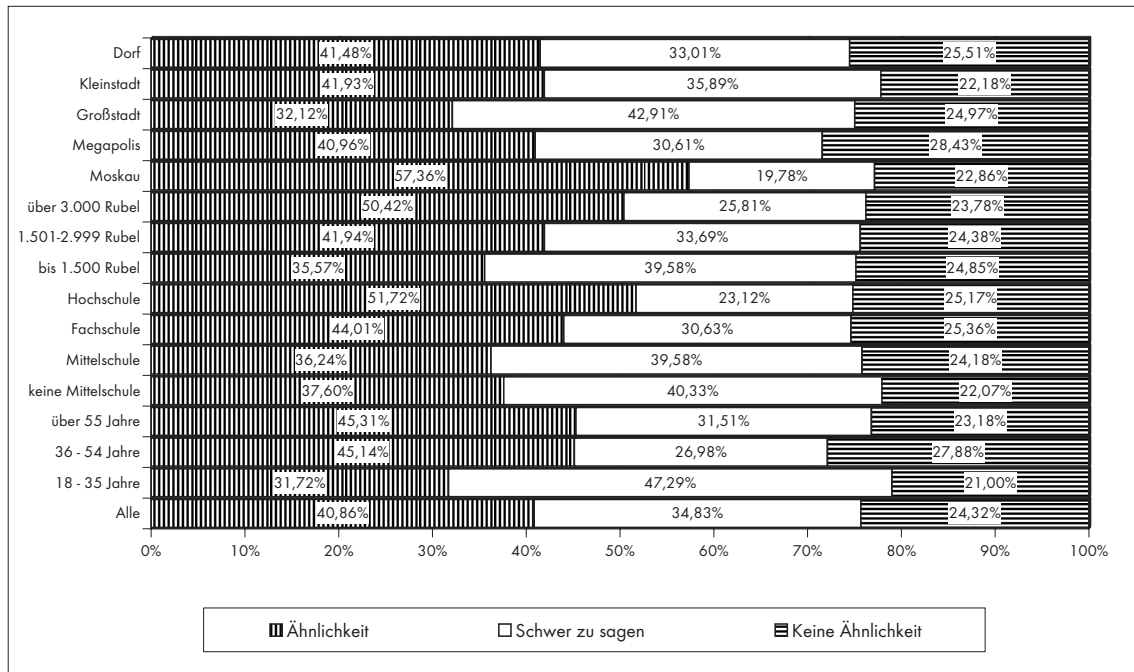
Öl- und Gasreserven im Kaspischen Raum

	Nachgewiesene Ölreserven		Nachgewiesene Erdgasreserven	
	Mrd. barrels	Anteil an den Weltreserven	Mrd. cubic feet	Anteil an den Weltreserven
Russland	60,000	4,74%	1.680,0	30,54%
Kasachstan	9,000	0,71%	65,0	1,18%
Aserbaidshan	7,000	0,55%	30,0	0,55%
Usbekistan	0,594	0,05%	66,2	1,20%
Turkmenistan	0,546	0,04%	71,0	1,29%

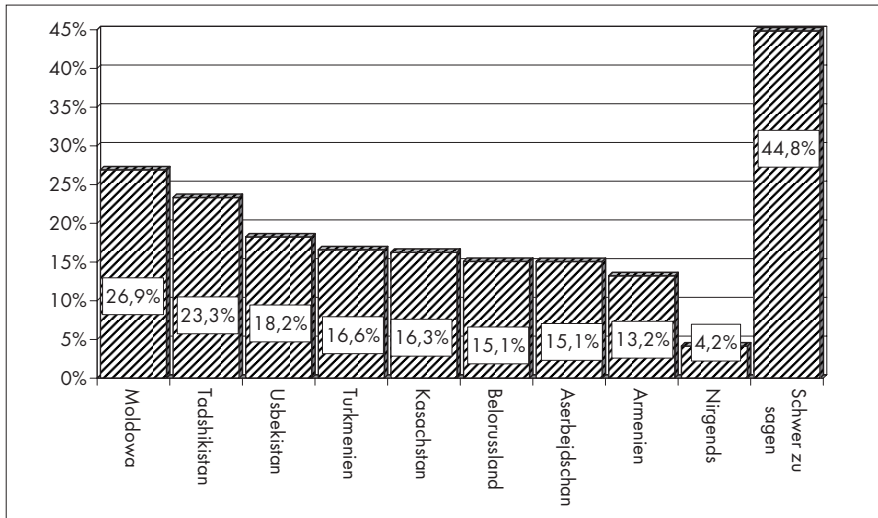
Kirgisistan und die GUS mit russischen Augen

Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 2.–3. April 2005
<http://bd.fom.ru/zip/tb0514.zip>, 11. April 2005

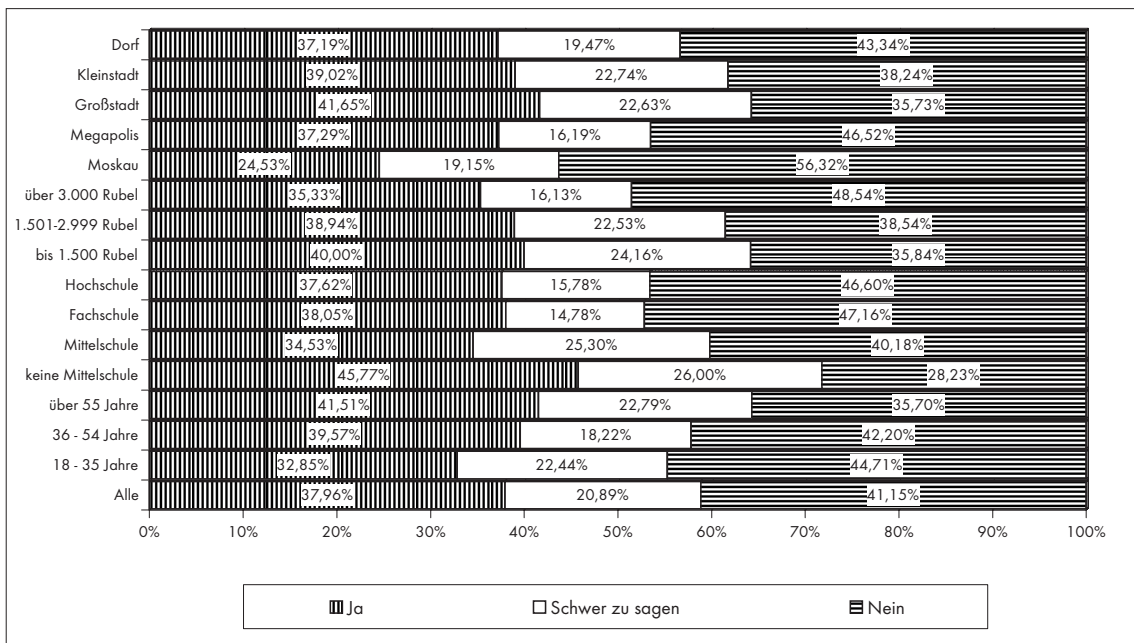
Haben die Ereignisse in Kirgisistan Ähnlichkeit mit den Vorgängen in Georgien und der Ukraine?



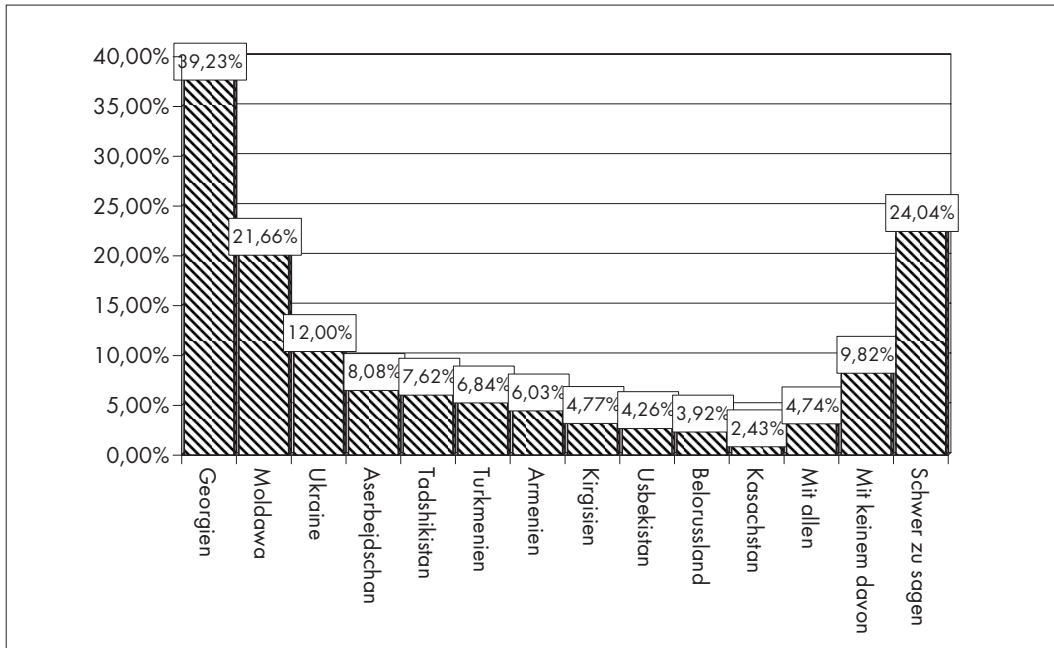
Können sich Ereignisse wie in Kirgisistan in irgendeinem Land der GUS wiederholen?
Wenn ja, in welchen Ländern?



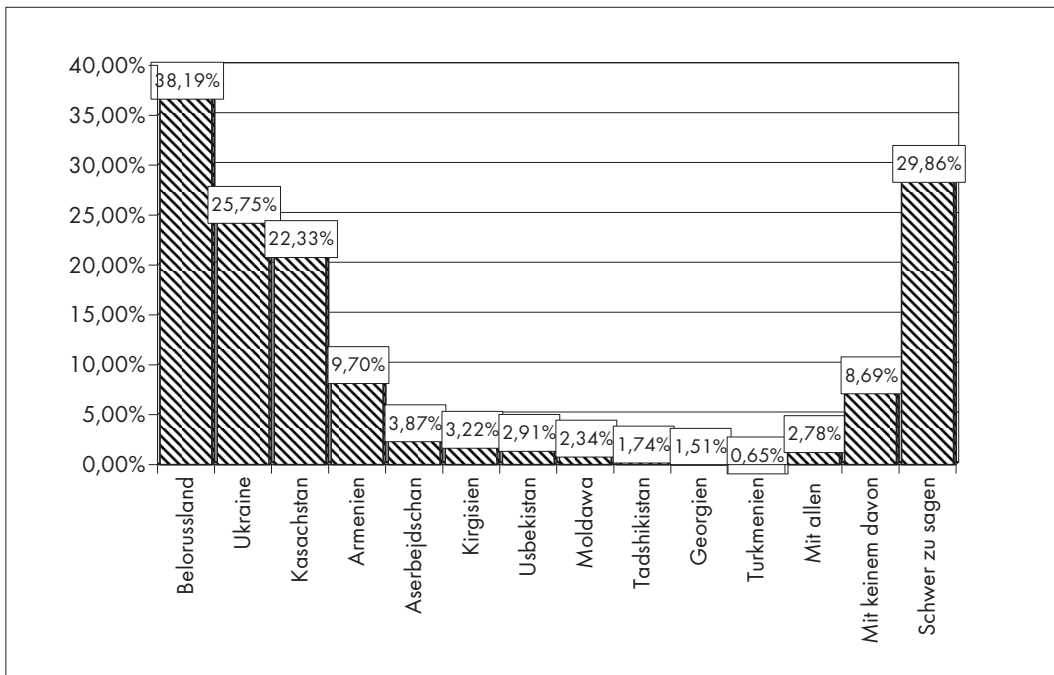
Können in Russland Ereignisse wie in Kirgisistan vorkommen?



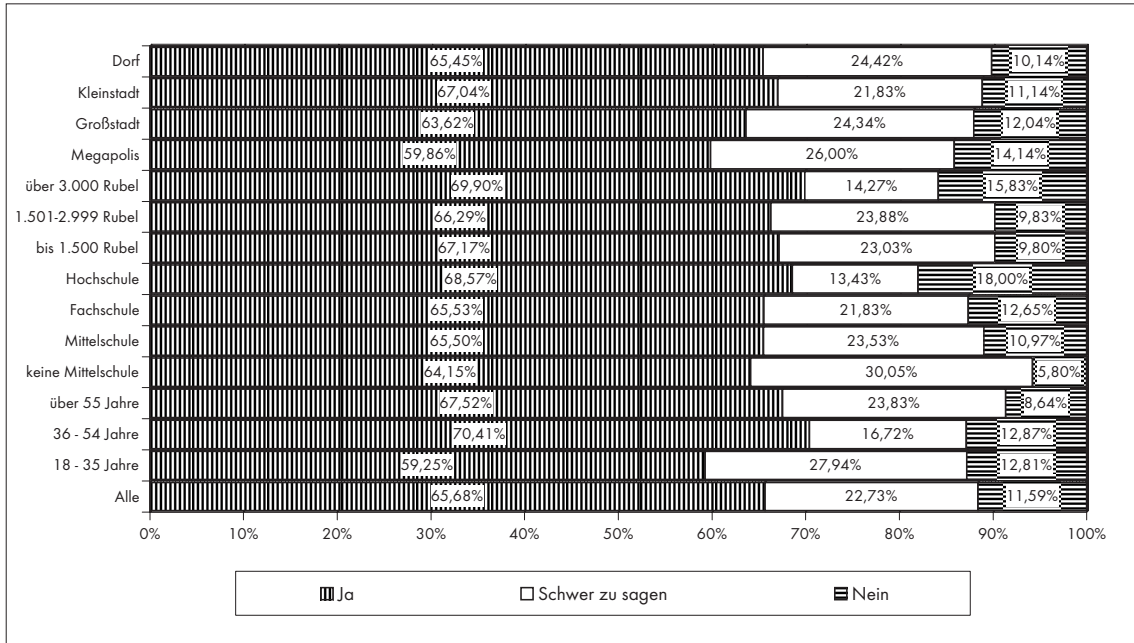
Mit welchen GUS-Staaten hat Russland heute die am wenigsten engen und freundlichen Beziehungen?



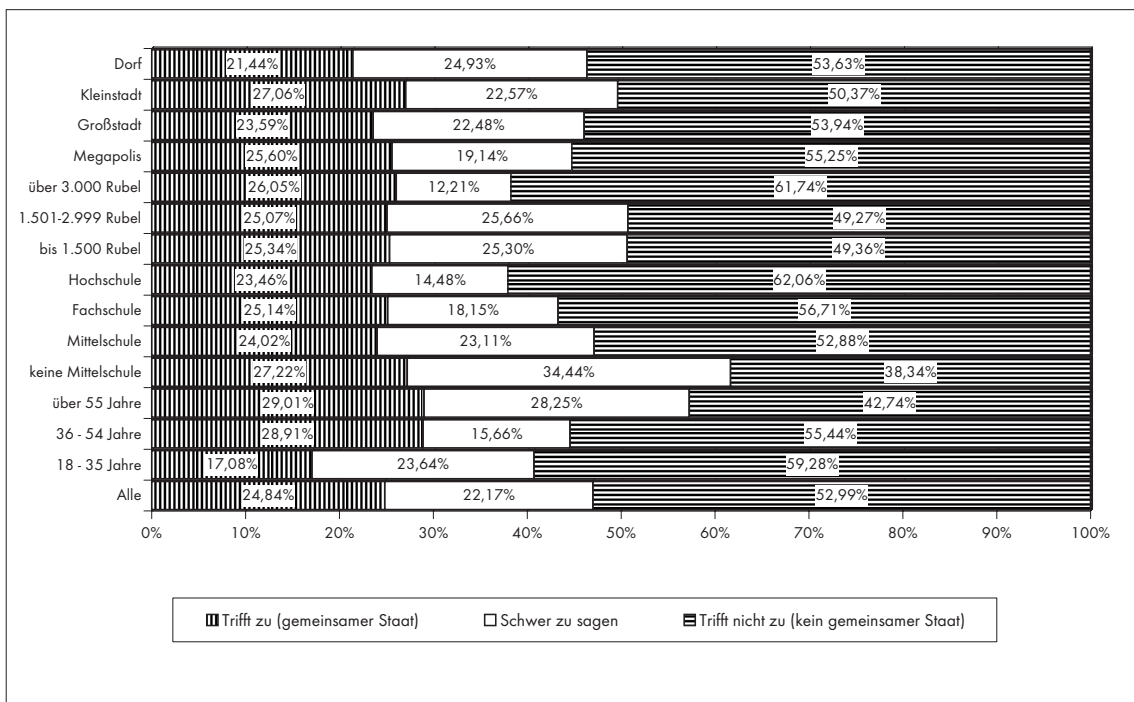
Mit welchen GUS-Staaten hat Russland die engsten, freundschaftlichsten Beziehungen?



Was meinen Sie, soll Russland die Stärkung der GUS anstreben oder nicht?



„Die Mehrheit der GUS-Ländern wird sich früher oder später in einem Staat vereinen.“



Russland und die GUS

	Russland Alle	Lebensalter		Bildung			Prokopfeinkommen			Wohnorttyp					
		18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	bis 1.500 Rubel	1.501-2.999 Rubel	über 3.000 Rubel	Megapolis	Großstadt	Kleinstadt	Dorf
Anteil der Gruppe	100%	34,67%	35,57%	29,76%	16,04%	37,83%	33,48%	12,65%	29,87%	32,24%	24,83%	12,83%	16,90%	35,82%	27,32%
Was meinen Sie, soll Russland die Stärkung der GUS anstreben oder nicht?															
Ja	65,68%	59,25%	70,41%	67,52%	64,15%	65,50%	65,53%	68,57%	67,17%	66,29%	69,90%	59,86%	63,62%	67,04%	65,45%
Nein	11,59%	12,81%	12,87%	8,64%	5,80%	10,97%	12,65%	18,00%	9,80%	9,83%	15,83%	14,14%	12,04%	11,14%	10,14%
Schwer zu sagen	22,73%	27,94%	16,72%	23,83%	30,05%	23,53%	21,83%	13,43%	23,03%	23,88%	14,27%	26,00%	24,34%	21,83%	24,42%
Mit welchen Ländern der GUS hat Russland heute die engsten, freundschaftlichsten Beziehungen? (Karte, nicht mehr als drei Antworten)															
Belarus	38,19%	30,96%	43,28%	40,53%	38,89%	33,80%	37,96%	51,07%	38,68%	35,53%	44,48%	40,50%	32,61%	37,52%	39,35%
Ukraine	25,75%	24,60%	28,49%	23,80%	26,20%	25,19%	27,04%	23,40%	29,91%	23,94%	25,57%	25,64%	22,03%	24,26%	29,40%
Kasachstan	22,33%	18,50%	23,88%	24,93%	15,51%	19,31%	24,48%	34,28%	20,59%	23,42%	24,98%	28,98%	18,21%	21,88%	21,02%
Armenien	9,70%	7,90%	9,85%	11,61%	6,30%	8,48%	9,46%	18,30%	7,37%	8,70%	13,78%	10,69%	7,14%	10,01%	7,70%
Aserbaidschan	3,87%	2,78%	5,19%	3,58%	1,50%	4,90%	3,46%	4,90%	3,55%	3,36%	6,14%	2,56%	3,81%	5,03%	2,58%
Kirgisistan	3,22%	3,13%	3,20%	3,33%	3,14%	2,93%	2,94%	4,92%	2,31%	4,38%	3,86%	3,18%	1,86%	3,61%	3,92%
Usbekistan	2,91%	2,86%	3,16%	2,68%	1,61%	2,72%	2,77%	5,50%	2,43%	2,66%	3,99%	6,66%	2,18%	3,06%	1,51%
Moldawien	2,34%	2,63%	2,32%	2,01%	3,25%	2,03%	2,84%	0,75%	1,76%	1,59%	2,34%	4,81%	2,16%	1,88%	1,53%
Tadschikistan	1,74%	1,40%	2,75%	0,94%	1,74%	1,49%	1,86%	2,19%	1,28%	1,46%	3,24%	0,35%	0,51%	2,22%	1,89%
Georgien	1,51%	2,12%	1,44%	0,89%	1,40%	1,60%	1,52%	1,40%	1,11%	1,23%	1,04%	1,61%	2,55%	0,99%	1,45%
Turkmenien	0,65%	0,47%	1,09%	0,35%	0,26%	0,53%	0,83%	1,06%	0,79%	0,58%	0,60%	0,32%	0,26%	0,90%	0,65%
Mit allen	2,78%	2,11%	2,29%	4,14%	2,15%	4,08%	2,21%	1,17%	2,34%	4,12%	1,98%	3,78%	4,42%	1,86%	3,14%
Mit keinem davon	8,69%	8,14%	10,21%	7,50%	8,32%	8,32%	9,71%	7,55%	10,13%	9,35%	7,96%	5,98%	9,50%	12,21%	5,09%
Schwer zu sagen	29,86%	36,12%	24,10%	29,43%	36,19%	32,90%	28,97%	15,07%	30,67%	31,30%	23,75%	26,75%	36,28%	26,62%	33,87%

Mit welchen Ländern der GUS hat Russland heute die am wenigsten engen und freundlichen Verbindungen? (Karte, nicht mehr als drei Antworten)																
Georgien	39,23%	33,67%	41,24%	43,31%	31,74%	35,19%	40,10%	58,54%	40,67%	39,14%	43,12%	34,37%	27,72%	43,29%	40,35%	
Moldawien	21,66%	15,39%	24,27%	25,86%	20,56%	18,38%	22,01%	31,98%	21,25%	23,15%	25,69%	15,41%	17,31%	25,24%	19,50%	
Ukraine	12,00%	11,86%	11,81%	12,40%	7,06%	11,98%	12,64%	16,63%	10,04%	12,33%	14,00%	10,73%	7,49%	12,64%	11,91%	
Aserbaidschan	8,08%	9,08%	8,56%	6,35%	6,03%	8,11%	8,87%	8,51%	8,48%	7,48%	10,45%	8,11%	7,58%	7,92%	8,16%	
Tadschikistan	7,62%	9,91%	7,38%	5,22%	7,73%	6,55%	8,84%	7,41%	9,07%	6,06%	9,01%	6,21%	9,72%	8,20%	6,30%	
Turkmenien	6,84%	5,92%	6,54%	8,28%	4,26%	5,28%	6,83%	14,80%	4,79%	7,02%	9,17%	6,83%	8,05%	7,33%	4,21%	
Armenien	6,03%	7,82%	6,22%	3,70%	6,24%	5,21%	6,88%	5,95%	6,71%	6,28%	7,31%	3,65%	6,98%	5,02%	8,59%	
Kirgisistan	4,77%	3,91%	5,15%	5,34%	3,75%	4,58%	5,65%	4,34%	5,10%	3,84%	5,01%	6,05%	5,37%	3,60%	4,97%	
Usbekistan	4,26%	5,00%	4,33%	3,30%	1,40%	5,71%	3,26%	6,17%	4,09%	2,85%	6,56%	5,72%	3,55%	4,14%	4,12%	
Belarus	3,92%	3,78%	4,49%	3,39%	1,50%	3,84%	5,49%	3,05%	2,04%	3,96%	3,49%	2,71%	6,15%	3,51%	3,40%	
Kasachstan	2,43%	2,93%	2,97%	1,18%	3,49%	1,76%	2,31%	3,34%	3,04%	1,90%	2,72%	0,67%	2,72%	2,54%	2,79%	
Mit allen	4,74%	5,11%	5,16%	3,80%	5,07%	4,01%	6,14%	2,80%	4,71%	4,52%	5,26%	1,51%	4,63%	6,65%	4,47%	
Mit keinem davon	9,82%	8,34%	7,61%	14,18%	13,55%	10,74%	9,77%	2,47%	9,53%	12,45%	7,30%	5,65%	11,98%	10,02%	12,01%	
Schwer zu sagen	24,04%	27,63%	22,71%	21,45%	32,85%	27,09%	20,20%	13,91%	24,26%	23,94%	18,86%	39,64%	29,47%	18,21%	22,10%	

Was meinen Sie, bleibt die GUS in nächster Zeit bestehen oder zerfällt sie? Und wen sie bestehen bleibt, nimmt die Zahl der Mitgliedsländer ab, zu oder bleibt sie gleich?																
Zerfällt	20,33%	20,18%	20,95%	19,76%	18,51%	20,11%	19,67%	25,04%	18,57%	18,82%	24,69%	11,89%	23,07%	21,43%	19,43%	
Bleibt bestehen, Zahl der Mitgliedsländer bleibt gleich	20,79%	20,35%	22,19%	19,64%	24,67%	21,04%	20,48%	15,95%	20,38%	21,85%	21,33%	27,86%	22,75%	17,83%	21,14%	
Bleibt bestehen, Zahl der Mitgliedsländer steigt	6,09%	5,42%	6,18%	6,76%	4,72%	6,29%	6,05%	7,35%	8,33%	5,50%	6,04%	8,11%	5,65%	5,93%	5,29%	
Bleibt bestehen, Zahl der Mitgliedsländer sinkt	20,23%	19,66%	22,06%	18,72%	11,41%	20,25%	21,06%	29,17%	22,56%	17,90%	24,16%	24,71%	14,18%	24,22%	16,46%	
Schwer zu sagen	32,49%	34,20%	28,61%	35,11%	40,40%	32,31%	32,74%	22,32%	30,16%	35,80%	23,70%	27,43%	34,34%	30,59%	37,52%	
Manche meinen, daß die Mehrheit der GUS-Ländern sich früher oder später zu einem Staat vereint. Andere meinen, daß die Mehrheit der GUS-Ländern sich niemals vereinigen werden. Welche Position ist Ihnen am nächsten – die erste oder die zweite?																
Die erste (ein gemeinsamer Staat)	24,84%	17,08%	28,91%	29,01%	27,22%	24,02%	25,14%	23,46%	25,34%	25,07%	26,05%	25,60%	23,59%	27,06%	21,44%	
Die zweite (kein gemeinsamer Staat)	52,99%	59,28%	55,44%	42,74%	38,34%	52,88%	56,71%	62,06%	49,36%	49,27%	61,74%	55,25%	53,94%	50,37%	53,63%	
Schwer zu sagen	22,17%	23,64%	15,66%	28,25%	34,44%	23,11%	18,15%	14,48%	25,30%	25,66%	12,21%	19,14%	22,48%	22,57%	24,93%	

Erik R. Scott

Die russisch-georgischen Beziehungen bleiben schwierig

Trotz der Tatsache, dass Russland kürzlich einem Abzug seiner Truppen aus Georgien zugestimmt hat, sind die Beziehungen zwischen beiden Ländern von gegenseitigem Misstrauen belastet. Die politische Entwicklung in Georgien nach der Rosenrevolution von 2003 haben in Moskau Sorge wegen verstärkter Einmischung der USA in der Region ausgelöst und werden auch von den politischen Führern in den Nachbarländern Armenien und Aserbaidschan misstrauisch beobachtet. Die politischen Ereignisse sollten jedoch nicht davon ablenken, daß die russischen Investitionen in Georgien zunehmen, die eigene Möglichkeiten und Herausforderungen eröffnen, und von der problematischeren russischen Unterstützung für Abchasien und Südossetien, die beide die Unabhängigkeit von Tbilisi anstreben.

Russlands Panzer ziehen ab, die Banken bleiben

Die Tatsache, dass Russland einem Rückzug aus seinen militärischen Stützpunkten in Georgien bis zum Jahre 2008 zugestimmt hat, ist zu Recht als Durchbruch in den Beziehungen zwischen beiden Ländern gelobt worden. Obwohl der Abzug von ca. 3.000 russischen Soldaten mit ihrer militärischen Ausrüstung natürlich die Machtbalance im Südkaukasus beeinflussen wird, ist der georgische Sieg bis jetzt zum größten Teil nur symbolisch. Angeblich will Russland viele dieser Truppen und Ausrüstung in das Nachbarland Armenien verlegen – eine Erinnerung an die fortgesetzte russische Militärpräsenz in der Region. Darüber hinaus setzt Russland seine stillschweigende politische und wirtschaftliche Unterstützung für Abchasien und Südossetien fort, zwei – strategisch wichtige – separatistische Gebiete in Georgien. Diese Unterstützung hat den Unterton des Misstrauens zwischen den beiden Ländern verstärkt. Zu guter Letzt stellt der georgische Kampf gegen die russische Militärpräsenz den kürzlich eingetretenen Wechsel in der russischen Politik nicht in Rechnung, die von militärischem zu wirtschaftlichem Druck übergegangen ist, um die außenpolitischen Ziele in der Region zu erreichen, ein Trend, den der georgische Wirtschaftswissenschaftler und kürzlich ernannte Präsident der Nationalbank Georgiens, Roman Goziridse, treffend als eine Schwenk von „Panzern zu Banken (tanks to banks)“ bezeichnet. Während Georgien nun die Belastung auf sich nehmen und Projekte entwickeln muss, um die wirtschaftliche Lücke zu überbrücken, die die Schließung der russischen Militäreinrichtungen und der Verlust der Arbeitsplätze hinterlassen hat, stellt die wirtschaftliche Überlegenheit Russlands in der Region weiterhin eine kritische Herausforderung für Georgiens Reformregierung dar.

Das Ende einer wundervollen Freundschaft?

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben gegenseitiges Misstrauen und Vorwürfe die Beziehungen zwischen beiden Ländern bestimmt. Russland hat die zweihundert Jahre andauernde politische und kulturelle Beziehung mit dem georgischen Volk nur widerwillig beendet, eine Beziehung, die trotz des Aufstiegs von vielen Georgiern zu hohen Stellungen in der sowjetischen politischen Elite und der kulturellen Intelligenzija auf russischer Seite oft von imperialer Herablassung gefärbt war. In Fortsetzung dieser Haltung ist das Bekenntnis von Russlands politischer Elite zur Souveränität Georgiens nach 1991 phasenweise durchaus fragwürdig gewesen.

Auch wenn die russische Außenpolitik in der Region mitunter schlecht koordiniert zu sein scheint, mit offiziellen und inoffiziellen Politiken, die weit auseinanderklaffen, können doch eine Reihe von Tendenzen ausgemacht werden. Russland bemüht sich darum, eine militärische Präsenz in der Region zu bewahren, indem es eng mit Armenien kooperiert und bis vor kurzem den Abzug von Truppen aus Georgien hintertrieb. Russland möchte auch Einmischung von außen in der Region auf einem Minimum halten. Viele russische politische Entscheidungsträger fühlen sich bedroht durch die Bemühungen der USA und von Mitgliedsstaaten der EU, ihren Einfluss in der Region auszudehnen. Als Bedrohung wird auch der wachsende politische und wirtschaftliche Einfluss der Türkei empfunden, einer der traditionellen Rivalen Russlands in der Region. Rus-

sland ist besonders besorgt über den Bau von großen Öl- und Gaspipelines, die durch Georgien von Ost nach West führen (und damit Russland umgehen), wie auch durch die Anstrengungen der USA, georgische Soldaten auszubilden und auszurüsten.

Die Rosenrevolution als Bedrohung des status quo?

Die georgische Rosenrevolution im November 2003 hat die russisch-georgischen Beziehungen noch weiter belastet und Befürchtungen von vermehrter Einmischung der USA in der Region aufkommen lassen. Obwohl der georgische Präsident, Micheil Saakaschwili, ziemlich bald nach seinem Amtsantritt nach der gewaltlosen Revolution betonte, dass eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Russland und Georgien ein prioritäres Ziel seiner Politik sei, haben sein populistischer Stil und seine Vergangenheit als Anwalt mit Ausbildung in den USA in Russland und anderswo in der Region Verdacht erregt. Obwohl Saakaschwili sich, was die Beziehungen mit den etablierten politischen Eliten in Russland und in den Nachbarländern Armenien und Aserbaidschan betrifft, als Pragmatiker erwiesen hat, hat das revolutionäre Beispiel Georgiens dazu geführt, dass die Eliten in den beiden Nachbarländern die Möglichkeit einer Ausbreitung des revolutionären Eifers als Bedrohung wahrnehmen und als Gefahr für den *status quo* der existierenden politischen und wirtschaftlichen Abmachungen. Die „Orangene Revolution“ in der Ukraine und die engen Beziehungen, die zwischen dem ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko und Saakaschwili geknüpft wurden, haben in Moskau Befürchtungen laut werden lassen, dass es zu einer regionalen Allianz mit engen Bindungen zu den USA und der EU kommen könnte, die als Gegengewicht gegen Russland fungieren würde.

Russische Investitionen in der georgischen Wirtschaft

Auch wenn Georgien sich politisch vielleicht mehr nach Westen ausgerichtet hat als früher, scheint es doch so, als ob Russlands wirtschaftliche Rolle in dem südkaukasischen Land zunimmt. Trotz Saakaschwilis politischer Rhetorik ist während seiner Regierungszeit von russischer Seite verstärkt in Georgien investiert worden. Die Ernennung des Industriemagnaten Kacha Bendukidse zum Wirtschaftsminister im Jahre 2004, eines Georgiers mit russischer Staatsangehörigkeit, (er ist seither zum Leiter der georgischen Wirtschaftsreformen aufgestiegen) signalisierte Georgiens erneuten Willen, dringend benötigte Investitionen aus Russland zu erhalten. Im Jahr 2004 hat eine russische Firma zusammen mit georgischen Partnern die Manganmine Tschiatura erworben; es wird erwartet, dass russische Investoren konkurrenzfähige Angebote für einen größeren metallurgischen Betrieb, eine chemische Fabrik und eine Ölraffinerie und ein Terminal im Hafen Batumi machen werden. Pläne zur Privatisierung weiterer Energieressourcen sind formuliert worden, darunter des georgischen Gaspipeline-Netzwerks, für welches Gazprom ein wahrscheinlicher Bieter wäre, obwohl dies zu einer größeren Kontroverse in der georgischen Politik geführt hat. (siehe auch die Tabellen auf Seite 121)

Investitionen aus Russland sind an sich keine schlechte Sache. Georgiens Industrie, die um ihr Überleben kämpft, braucht dringend Geld, und das Nachbarland Russland erscheint dabei als natürlicher Partner. Die Art der Investitionen und der Charakter der Firmen, die sie tätigen, provozieren jedoch wichtige Fragen. Viele der Investitionen, die im Energiesektor gemacht werden, könnten dazu führen, dass Russland die Kontrolle über diese strategisch wichtigen Ressourcen dazu benutzen könnte, Druck auf die georgische Führung auszuüben, um seine außenpolitischen Forderungen durchzusetzen, so wie es dies schon in der ehemaligen Sowjetunion durch die Kontrolle von Öl- und Gaslieferungen und -preisen getan hat. Diese Möglichkeit ist in Anbetracht der Tatsache, dass Russlands große Energiefirmen von der Regierung kontrolliert werden, besonders signifikant, da diese Firmen dazu bewegt werden könnten, politische Ziele zu verfolgen. Wenn Georgien seine strategisch wichtigen Energieressourcen privatisiert, muss es sichergehen, dass es auf der einen Seite seinen Finanzbedarf und auf der anderen Seite die strategischen Implikationen und die Art von russischen Investitionen abwägt.

Russland und der georgische Separatismus

Russische wirtschaftliche Aktivitäten in den separatistischen Gebieten Abchasien und Südossetien, zwei nicht-erkannten Ministaaten, die *de facto* unabhängig von Georgien sind, sind ein noch größerer Irritationsfaktor in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Russische Wirtschaftstätigkeit ist entscheidend für diese Gebiete und stellt die Hauptquelle für wirtschaftlichen Unterhalt und politische Legitimität für die dortigen *de facto* Regimes. Obwohl Waffenstillstandsvereinbarungen Handel mit den separatistischen Gebieten begrenzen sollen, fließen als Ergebnis nicht-regulierten Handels große Mengen von Alkohol, Tabak, landwirtschaftlichen Waren, Benzin und Holz in beiden Richtungen zwischen Russland und diesen Gebieten. Neben dem Handel mit diesen Waren werden Berichten zufolge auch häufig Handfeuerwaffen, Drogen und gestohlene Autos geschmuggelt, da Schmuggler von dem Fehlen politischer Autorität in diesen Gebieten profitieren. Neben dem Schmuggel haben russische Investoren, die oft politische Verbindungen zu russischen regionalen und föderalen Behörden haben, viele Ressourcen in den nicht-erkannten Territorien aufgekauft und sogar Banken eröffnet, die ohne Regulierung durch internationale Standards und Kontrollen tätig sind.

Russlands Unfähigkeit – oder mangelnde Bereitschaft – unregulierten Handel mit den Kleinststaaten an seinen Grenzen zu kontrollieren muss im Kontext stillschweigender politischer Unterstützung für die *de facto* Regierungen dieser Gebiete gesehen werden, obwohl Russland behauptet, die territoriale Integrität Georgiens zu respektieren. Moskau hat im Jahre 2002 begonnen, Einwohnern von Abchasien und Südossetien die russische Staatsbürgerschaft zu gewähren, was vielleicht das direkteste Anzeichen von offener Unterstützung für die nicht-erkannten Territorien darstellt. Jetzt hat die Mehrheit der Bevölkerung dieser Gebiete die russische Staatsbürgerschaft, wodurch sie frei in und aus der Russischen Föderation reisen kann, in dramatischem Gegensatz zu georgischen Staatsbürgern, die ein Visum benötigen, um Russland zu besuchen oder dort zu arbeiten. Auch wenn eine Annexion durch Russland in der Duma diskutiert worden ist, ist es wahrscheinlicher, dass Russland weiterhin offiziell die territoriale Integrität Georgiens befürwortet und gleichzeitig seine strategischen Stützpunkte in der Region behalten wird. Angesichts des andauernden Konfliktes in Tschetschenien dürfte Russland nur ungern eine Neuziehung der Grenzen im Kaukasus befürworten.

Russische Einmischung und innergeorgische Konflikte

Für die meisten Georgier ist die russische Einmischung in Abchasien und Südossetien das Problem, das die größte Feindseligkeit gegen den nördlichen Nachbarn provoziert. Diese unkontrollierten Gebiete werden als integraler Teil des georgischen Staates angesehen und die ungelösten Konflikte dort haben über 200.000 Georgier zur Migration gezwungen. Der erbitterte Konflikt zwischen den beiden Staaten hat sich jetzt der Rhetorik des „Krieges gegen den Terrorismus“ der Regierung Bush bemächtigt, sodass beide Seiten sich gegenseitig beschuldigen, Terroristen Unterschlupf zu gewähren und zu unterstützen. Während Russland Georgien beschuldigt hat, tschetschenischen Rebellen und Terroristen im Pankisi-Tal Schutz zu gewähren, hat Georgien Russland beschuldigt, anti-georgische Terroristen und Saboteure zu fördern, insbesondere eine Gruppe aus Südossetien, die von der georgischen Regierung mit einer Reihe von Aktionen, u.a. einer gegen die Polizei in der Stadt Gori gerichtete Autobombe im Februar 2005, in Verbindung gebracht wird. Obwohl Verdächtige, die in Zusammenhang mit letzterem Ereignis festgenommen wurden, behauptet haben, durch den russischen Geheimdienst unterstützt worden zu sein, hat die russische Regierung wenig Interesse gezeigt, den Fall weiter zu verfolgen.

Spannungen zwischen Russland und Georgien werden wahrscheinlich in der nächsten Zukunft andauern, vor allem in Anbetracht der wachsenden Beziehungen zwischen der georgischen Führung und den USA, wie durch den Besuch von Präsident Bush in Tbilisi im Mai 2005 bezeugt. Russland sieht die Rolle der USA in der Region weiterhin als Bedrohung für seine Interessen, und eine Atmosphäre gegenseitigen Misstrauens wird weiterhin die Beziehungen zwischen Russland und seinem kleinen, aber äußerst unabhängigen Nachbarn beeinflussen. Da im November 2005 wichtige Parlamentswahlen in Aserbaidschan anstehen, werden die Regierungen in Baku

und Moskau die politische Entwicklung dort genau beobachten, da sie eine Wiederholung des Sturzes der korrupten und unbeliebten Regierungen in Georgien und danach in der Ukraine und in Kirgisistan befürchten. Während Georgien wahrscheinlich einen pragmatischen Kurs in den Beziehungen zu seinen Nachbarn im Südkaukasus steuern wird, werden die Bürger und Regierungen dieser Länder an das georgische Beispiel denken. Der Erfolg oder Misserfolg, den Georgien bei der Durchsetzung von Maßnahmen gegen die Korruption, bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Erhöhung des Lebensstandards durch eine Regierungsreform erzielt, werden die Einstellung der Nachbarvölker dazu, ob ein Wechsel in ihren Ländern nötig ist, beeinflussen.

Übersetzung aus dem amerikanischen Englisch: Matthias Neumann

Außenhandel der Russischen Föderation mit den Ländern der GUS

	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Export						
Nicht-GUS-Staaten	63.687,0	89.269,0	85.352,0	91.001,0	113.157,0	152.157,0
GUS-Staaten	14.530,0	13.824,0	14.617,0	15.711,0	20.498,0	29.375,0
<i>darunter:</i>						
Aserbaidshan	85,6	136,0	133,0	277,0	410,0	621,0
Armenien	127,0	27,5	75,5	94,5	126,0	135,0
Belarus	2.965,0	5.568,0	5.438,0	5.922,0	7.602,0	11.143,0
Georgien	48,9	42,3	58,2	91,4	153,0	230,0
Kasachstan	2.555,0	2.247,0	2.778,0	2.403,0	3.279,0	4.645,0
Kirgisistan	105,0	103,0	83,3	104,0	161,0	266,0
Moldawien	413,0	210,0	240,0	269,0	306,0	372,0
Tadschikistan	190,0	55,9	69,4	67,9	128,0	183,0
Turkmenistan	93,1	130,0	140,0	143,0	222,0	242,0
Usbekistan	824,0	274,0	409,0	453,0	512,0	767,0
Ukraine	7.149,0	5.024,0	5.282,0	5.885,0	7.595,0	10.771,0
Residuum	-25,6	6,3	-89,4	1,2	4,0	0,0
Import						
Nicht-GUS-Staaten	33.117,0	22.275,0	30.680,0	36.011,0	44.207,0	57.857,0
GUS-Staaten	13.592,0	11.604,0	11.202,0	10.163,0	13.139,0	17.733,0
<i>darunter:</i>						
Aserbaidshan	107,0	135,0	81,1	86,8	93,0	136,0
Armenien	75,1	44,0	51,8	56,6	78,7	73,7
Belarus	2.185,0	3.710,0	3.963,0	3.977,0	4.880,0	6.463,0
Georgien	57,9	76,6	83,4	69,0	84,2	107,0
Kasachstan	2.675,0	2.200,0	2.018,0	1.946,0	2.475,0	3.479,0
Kirgisistan	101,0	88,6	61,9	74,2	104,0	150,0
Moldawien	636,0	325,0	347,0	281,0	403,0	496,0
Tadschikistan	167,0	237,0	130,0	66,0	69,9	75,9
Turkmenistan	179,0	473,0	39,1	32,1	28,4	43,2
Usbekistan	889,0	663,0	584,0	344,0	484,0	612,0
Ukraine	6.617,0	3.651,0	3.845,0	3.230,0	4.437,0	6.096,0
Residuum	-97,0	0,8	-2,3	0,3	1,8	1,2

Quelle: <http://www.gks.ru/bgd/regl/brus05/IswPrx.dll/Stg/25-06.htm> 29.6.2005

(Laufende Preise, Mio. US\$, Angaben der russischen Zentralbank)

Russische Investitionen in Georgien

Erwerb großer georgischer Unternehmen durch russische Gesellschaften

Russische Gesellschaft	Georgisches Unternehmen	Umfang	Termin
Gazprom	Memorandum über strategische Kooperation mit Georgien bei Gasversorgung und Rohrsanierung für 25 Jahre unterzeichnet	k.A.	Juli 2003
EES Rossii (United Energy Systems)	Telasi (Tbilisi Electricity Distribution Company)	75% der Anteile (Preis unbekannt)	August 2003
Wneschtorgbank	United Georgian Bank	51% der Anteile (Preis nicht offen gelegt)	Januar 2005
EwrAsHolding	Chiaturmarganets (Manganbergbau und Erzeugung) und Vartsikhe Hydro Cascade	132 Mio US\$	Januar 2005

Georgische Unternehmen, die zur Privatisierung vorgesehen sind und für die es russische Interessenten gibt

Unternehmen	Datum
Madneuli Gold Mining Company	2005
Azot Chemical Factory	2005
Rustavi Metallurgical Plant	2005
Batumi Oil Refinery and Terminal	2005
National Gas Pipeline System	Derzeit nicht zur Privatisierung vorgesehen, weil der Verkauf politisch kontrovers ist, wemgleich die Möglichkeit erwogen wird. Gazprom hat im Januar 2005 ein Angebot gemacht.

Margarete Wiest

Russland im Nahen Osten

Der Ausgang des Irakkriegs und die Versuche der Regierung Bush, die gesamte Nahostregion neu zu ordnen, stellen die russische Nahostpolitik vor große Herausforderungen. Moskau muss befürchten, von den fälligen Entscheidungen in der Region ausgeschlossen zu werden. Andererseits verfügt die russische Regierung nicht über die nötigen Ressourcen, um im Nahen Osten als *global player* aufzutreten. Das Hauptproblem besteht jedoch im Fehlen einer klaren Strategie für die weltpolitisch bedeutsame Region. So lange eine solche fehlt, wird die russische Nahostpolitik auch weiterhin von einem kurzfristigen, vor allem innen- und wirtschaftspolitisch motivierten Interessenkalkül bestimmt sein.

Russlands Nahostpolitik in den 1990er Jahren: zwischen Rückzug und virtueller Großmachtpolitik

Mit den Anschlägen am 11. September 2001 rückte der Nahe Osten wieder ins Blickfeld der internationalen Aufmerksamkeit. Für Russland geht es in der Region vor allem um geo- und sicherheitspolitische Interessen. Zum einen befindet sich Russlands fragile Südflanke in unmittelbarer Nachbarschaft zu den nahöstlichen Konfliktherden. Ferner beobachtet die russische Führung den amerikanischen Machtzuwachs in der Region mit Sorge. Schließlich spielt der Nahe Osten als Devisenbringer für die Rüstungs- und Nuklearindustrie eine wichtige Rolle.

In den 1990er Jahren durchlief Russlands Nahostpolitik zwei Phasen. Am Beginn des ersten Abschnitts standen der Golfkrieg von 1991 und der Zerfall der Sowjetunion. Beide Ereignisse veränderten die Ausgangslage für die sowjetische / russische Nahostpolitik. Während die USA zur dominanten Militärmacht in der Golfregion aufstiegen, verlor Moskau, das primär mit seinen inneren Problemen beschäftigt war, an politischer und wirtschaftlicher Anziehungskraft für die Staaten der Region. Folge war ein Rückzug Russlands aus dem Nahen Osten. Dies hing zum einen damit zusammen, dass es Moskau schlicht an den Ressourcen für eine aktivere Politik mangelte, zum anderen spiegelte sich darin das geringe Interesse an den so genannten „Marginalländern“ des Nahen Ostens wider. Anfang der 1990er Jahre war das übergeordnete Ziel russischer Außenpolitik die schnellstmögliche Westintegration des Landes. Diesem Vorhaben wurden die Beziehungen zu den übrigen Regionen der Welt untergeordnet. Dementsprechend verfolgte Moskau im Nahen Osten bis 1993/94 eine zurückhaltende und auf enge Kooperation mit den USA ausgerichtete Politik.

Als im Zuge des Machtkampfes mit dem Parlament Boris Jelzins Westkurs in die Kritik geriet, zog der politische Schwenk auch eine Änderung der russischen Nahostpolitik nach sich. Russland, das sich nun wieder als Großmacht gerierte, verfolgte zunehmend eine Politik, die im Gegensatz zu amerikanischen Interessen stand. So schlüpfte Moskau erneut in die traditionelle sowjetische Rolle als Anwalt des Irak, indem es die Aufhebung der UN-Sanktionen forderte, die es bis 1994 mitgetragen hatte. Außerdem begann es, mit dem Iran im Bereich der zivilen Nukleartechnologie zusammen zu arbeiten. Die Versuche, in Abgrenzung von den USA wieder Großmachtpolitik zu betreiben, waren aber nur mäßig von Erfolg gekrönt und konnten nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass es Russland an einer klaren Strategie im Nahen Osten mangelte. Die russische Nahostpolitik wurde von einzelnen Gruppen und Branchen, wie der Rüstungsindustrie und dem Atomministerium, dominiert, die ihre kurzfristigen Partikularinteressen verfolgten. Sie war ein Beispiel für den chaotischen außenpolitischen Entscheidungsprozess, der von Nebenaußenpolitiken und institutionellem Wildwuchs gekennzeichnet war.

Die Dilemmata des Präsidenten Putin

An diesen grundsätzlichen Problemen änderte auch Putins Amtsantritt nichts. Die Nahostpolitik des außenpolitischen Neueinsteigers zeichnete sich zunächst durch Kontinuität aus, zumal sein Interesse an der Region eher gering war. Mit dem 11. September 2001 änderte sich die Situation

jedoch einschneidend. Putin suchte mit den USA den Schulterschluss im Anti-Terror-Kampf. Allerdings zeigten sich gerade im Nahen Osten schnell die Grenzen der neuen Partnerschaft. Beide Seiten definieren – wie das Beispiel Irak zeigte – den internationalen Terrorismus offensichtlich ganz unterschiedlich und auch ihre Bedrohungsperzeptionen weichen – wie am Beispiel Iran ersichtlich – deutlich voneinander ab.

Putin ist in der Nahostregion mit zwei Dilemmata konfrontiert. Er versteht, dass er sein übergeordnetes Ziel, Russland wieder zu einer Großmacht zu machen, nur dann erreichen kann, wenn die russische Wirtschaft gesundet. Die Ökonomisierung der Außenpolitik führt im Nahen Osten jedoch zu ambivalenten Ergebnissen. Aus kurzfristigen Überlegungen fördert sie die Rüstungs- und Nuklearkooperation mit so genannten „Schurkenstaaten“ wie Iran und Syrien, da nur so die für den Großmachtstatus wichtigen High-Tech-Industrien am Leben erhalten werden können. Zugleich werden durch solche Projekte, wie den Bau eines Atomkraftwerks im iranischen Bushehr, aber die Beziehungen zu den USA teils massiv belastet, was sich wiederum nachteilig auf das übergeordnete Ziel – die Integration in die Weltwirtschaft – auswirkt.

Das zweite Dilemma Moskaus besteht darin, dass es aufgrund seiner eigenen Schwäche und der Dominanz der USA mittelfristig keine kohärente Strategie im Nahen Osten implementieren kann. Stattdessen ist es auf ein „System von Aushilfen“ angewiesen, d.h. auf wechselnde Interessenkoalitionen mit teils konkurrierenden Staaten. So wird sich Russland z.B. im Irak-Konflikt, einmal mehr an Frankreich und Deutschland, dann wieder eher an die USA anlehnen, während es in anderen Bereichen, wie dem Kaukasus und Zentralasien, mit dem Iran kooperiert. Eine solche Taktik mag dazu dienen, die russische Position im Nahen Osten kurzfristig zu sichern. Sie ist jedoch äußerst fragil und birgt daher die Gefahr des Scheiterns in sich. Wie begrenzt die russischen Handlungsmöglichkeiten im Nahen Osten tatsächlich sind, wird deutlich, wenn man Russlands Rolle im Irak und bei den internationalen Vermittlungsversuchen im israelisch-palästinensischen Konflikt betrachtet.

Russlands Irakpolitik

Im Irakkonflikt galt Russland bis zum Einmarsch amerikanischer und britischer Truppen am 20. März 2003 neben den USA und der UNO als einer der wichtigen externen Akteure. Das lag zum einen daran, dass dieser Konflikt im UN-Sicherheitsrat institutionalisiert war, wo Moskau ein Vetorecht besaß, zum andern an den besonderen Beziehungen, die Russland seit Jahrzehnten mit Bagdad verbinden.

Es verwundert daher nicht, dass Moskau eine militärische Lösung des Konflikts stets ablehnte. Man fürchtete, ein Krieg ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats würde diesen und damit eine der wenigen verbliebenen Großmachtressourcen Russlands schwächen. Des Weiteren sorgte man sich um die Gültigkeit der mit dem Hussein-Regime geschlossenen Wirtschaftsverträge. Russische Firmen waren aktiv am Öl-für-Lebensmittel-Programm beteiligt. Beispielsweise wickelte die irakische Seite 40% ihrer Ölexporte über russische Unternehmen ab. Große Ölfirmen hatten in den 1990er Jahren lukrative Deals mit dem Irak abgeschlossen. Z.B. erhielt LUKoil den Zuschlag zur Ausbeutung eines der weltweit ergiebigsten Ölfelder, West-Qurna II. Dieses sollte dem Unternehmen in den kommenden 35 Jahren 20 Mrd. US\$ Einnahmen bescheren.

Das Vorgehen der USA im Irak zeigte die Grenzen der russischen Handlungsfähigkeit. Trotz seiner starken Stellung in diesem Konflikt konnte Russland den Krieg nur verzögern, nicht aber verhindern. Weder die enge Koordinierung seiner Politik mit Berlin und Paris, noch die taktische Kehrtwende in der Frage der Sanktionen und Waffeninspektionen konnten etwas Substantielles an dem Gang der Ereignisse ändern. Anders als während der Irakkrise von 1997/98 führte der Krieg diesmal aber nicht zu einer massiven Belastung der russisch-amerikanischen Beziehungen. Zwar erklärte Putin am 28. März 2003, der Angriff auf den Irak stelle den ernstesten Konflikt seit dem Ende des Kalten Krieges dar. Zugleich sei Russland aber weiterhin an guten Beziehungen zu Washington interessiert. Dahinter steht die Einsicht des Pragmatikers Putin, dass eine erfolgreiche russische Irakpolitik in Zukunft nur über die USA möglich ist.

Zu den dringenden Anliegen Russlands gehört im Moment – neben der Stärkung der UNO und der schnellen Übertragung der vollen Souveränität an die Iraker – die Sicherung der Verträge russischer Firmen. Hierzu wird bereits mit der neuen irakischen Übergangsregierung verhandelt. Moskau verfügt dabei über zwei *bargaining chips*: zum einen kann es einen (Teil)Erlas der noch aus sowjetischer Zeit stammenden irakischen Schulden im Wert von 8 Mrd. US\$ anbieten. Zum anderen könnte es – darüber wird spekuliert – ein Kontingent zur Verstärkung der Koalitionstruppen entsenden. Zwar wird dies von russischer Seite dementiert; angesichts der anstehenden Präsidentenwahlen in den USA könnte eine solche Unterstützungsgeste jedoch durchaus zu politischen Gegenleistungen führen.

Russland und der israelisch-palästinensische Konflikt

Im Gegensatz zum Irakkonflikt nahm Moskau im israelisch-palästinensischen Konflikt nie eine herausgehobene Position ein. Das lag daran, dass die UNO hier nur eine geringe Rolle spielt und keine der Konfliktparteien dringend auf die Unterstützung Russlands angewiesen ist. Der Handlungsspielraum Moskaus ist daher stark begrenzt.

Eine unilaterale Strategie ist unter diesen Umständen zum Scheitern verurteilt. Das zeigte sich deutlich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, als Russland versuchte, im Alleingang und in klarer Frontstellung zu den USA Politik zu betreiben. Im Ergebnis war Russland Ende der 1990er Jahre aus dem nahöstlichen Friedensprozess faktisch ausgeschlossen.

Erfolg versprach einzig eine multilaterale Herangehensweise. Das ließ sich Anfang der 1990er Jahre beobachten, als Russland als geachteter Ko-Sponsor beim Zustandekommen des Oslo-Abkommens mitwirkte. Auch Putin erkannte diese Notwendigkeit und schloss sich bereitwillig dem Nahostquartett internationaler Vermittler an (UNO, USA, EU, Russland). Die von diesem im Dezember 2003 herausgegebene *roadmap* flößte dem Friedensprozess wieder neues Leben ein. Russlands Chancen, über diesen Weg wieder eine größere Rolle in der Region zu spielen, standen bis vor kurzem nicht schlecht. Von palästinensischer Seite wurde ein Engagement Russlands begrüßt, federte es doch den übermächtigen amerikanischen Einfluss etwas ab. Zugleich haben sich die Beziehungen zwischen Russland und Israel verbessert, was zum einen daran liegt, dass Israel Russlands wichtigster Handelspartner im Nahen Osten ist, und zum anderen, dass in Israel mittlerweile jeder sechste Bürger aus der Ex-UdSSR stammt und diese Gruppe auf enge Beziehungen mit Russland drängt.

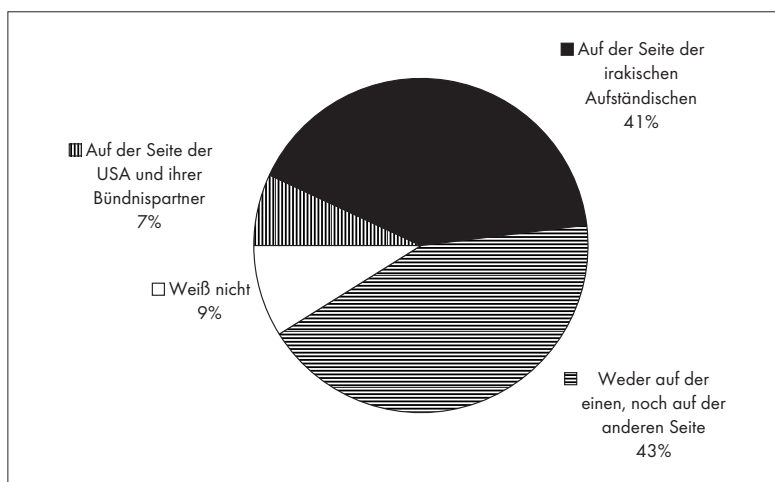
Doch bereits Mitte April 2004 zeigte sich, wie schwach Russlands Einfluss tatsächlich war. Es konnte nämlich nicht verhindern, dass die *roadmap* von Israel und den USA *de facto* zu Grabe getragen wurde. Für Russland bedeutet dies vorläufig, dass es im nahöstlichen Friedensprozess erneut marginalisiert ist. Es hat erst dann wieder eine Chance auf Einflussnahme, wenn Israel und die USA das Instrumentarium des Nahostquartetts erneut in Anspruch nehmen.

Ausblick

Russland ist im Moment im Nahen Osten nicht mehr als eine Randgröße. Seine Position wurde durch den Ausgang des Irakkriegs, die Umgehung der UNO bei den wichtigsten Entscheidungen und das vorläufige Ende der *roadmap* deutlich geschwächt. Das muss jedoch nicht immer so bleiben. Auch wenn die Bush-Regierung weitreichende Pläne zur Neuordnung der gesamten Region hat (*Greater Middle East Initiative*), so zeigt doch gerade die Situation im Irak die Grenzen der amerikanischen Gestaltungsmacht. Unter diesen Bedingungen kann Russland für die USA wieder an Bedeutung gewinnen, wie deren Drängen auf Entsendung russischer Truppen in den Irak zeigt. Für die Staaten der Region wiederum könnte Russland gerade wegen seiner USA-kritischen Haltung zu einem Bezugspunkt werden. Letztendlich hängt Russlands Erfolg im Nahen Osten aber von einer Stärkung seines ökonomischen Potentials ab.

Die russische öffentliche Meinung über die Lage im Nahen Osten und die Rolle der USA (April, Mai, August 2004)

Auf welcher Seite sind im Irak Ihre Sympathien?



Die Lage im Nahen Osten in den Augen der russischen Öffentlichkeit, April 2004
(Angaben des Lewada-Zentrums)

Auf welcher Seite sind im gegenwärtigen Irakkonflikt Ihre Sympathien?

Auf der Seite der USA und ihrer Bündnispartner	7%
Auf der Seite der irakischen Aufständischen	41%
Weder auf der einen, noch auf der anderen Seite	43%
Weiß nicht	9%

Welcher Ausgang des Konflikts wäre für Russland am besten?

Die Niederlage der USA und der Koalitionskräfte	41%
Die Unterdrückung der Aufständischen und die Wiederherstellung der Ordnung	20%
Weiß nicht	39%

Die einen sagen, dass Israel eine Aggression gegen das Volk von Palästina führt, die anderen, dass es sich gegen palästinensische Terroristen verteidigt.

Welcher der Standpunkte ist richtig?

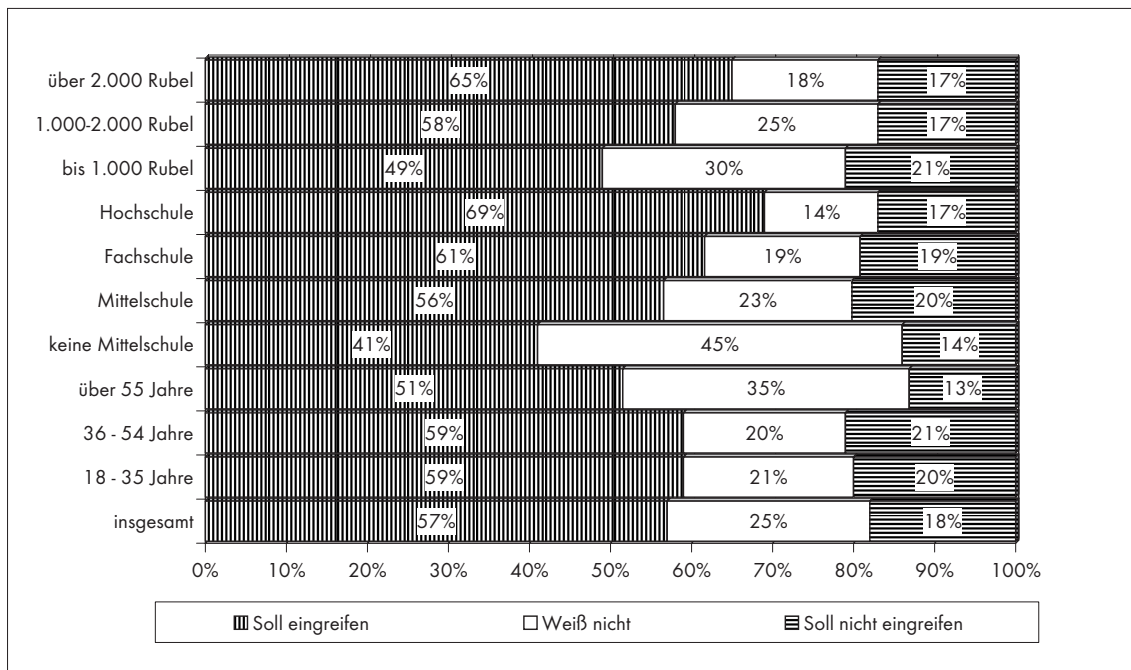
Israel führt eine Aggression gegen das Volk von Palästina	21%
Israel verteidigt sich gegen Terroristen	26%
Beides ist richtig	22%
Weiß nicht	31%

Heißen Sie die jüngsten Operationen der israelischen Spezialkräfte zur Liquidierung der Leiter der palästinensischen Hamas-Organisation gut oder nicht?

Ja, eher ja	31%
Nein, eher nein	29%
Weiß nicht	40%

Quelle: Umfrage des Lewadazentrums am 25. und 26. April 2004
<http://www.levada.ru./press/2004042804.html>

Soll die UNO im Irak eingreifen?

Die Lage im Irak in den Augen der russischen Öffentlichkeit, April 2004
(Angaben der "Stiftung Öffentliche Meinung")

	Russland Insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittel- schule	Mittel- schule	Fach- schule	Hoch- schule
Anteil der Gruppe in %	100%	33%	38%	28%	19%	34%	35%	12%

Hat sich Ihrer Meinung nach die Situation im Irak in letzter Zeit verbessert, verschlechtert oder ist sie unverändert geblieben?

Verbessert	5%	4%	5%	4%	3%	5%	6%	5%
Unverändert	26%	28%	28%	22%	26%	29%	25%	22%
Verschlechtert	55%	52%	55%	56%	45%	52%	59%	63%
Weiß nicht	15%	15%	12%	18%	26%	14%	10%	11%

Soll die UNO Ihrer Meinung nach in die Lage im Irak eingreifen oder nicht?

Soll eingreifen	57%	59%	59%	51%	41%	56%	61%	69%
Soll nicht eingreifen	18%	20%	21%	13%	14%	20%	19%	17%
Weiß nicht	25%	21%	20%	35%	45%	23%	19%	14%

Die Lage im Irak in den Augen der russischen Öffentlichkeit, April 2004
(Angaben der "Stiftung Öffentliche Meinung") (Fortsetzung)

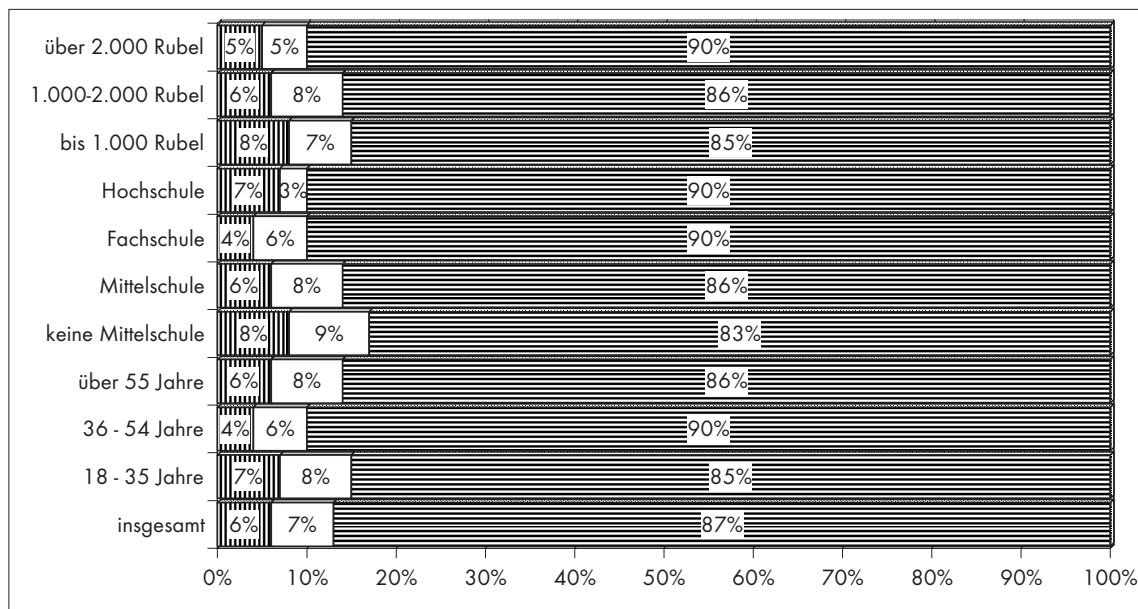
	Russland Insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 – 35 Jahre	36 – 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittel- schule	Mittel- schule	Fach- schule	Hoch- schule

In welchem Fall wird sich die Lage im Irak eher verbessern?

Wenn die Truppen der USA und der Koalitionspartner im Irak bleiben	2%	3%	3%	2%	2%	3%	2%	2%
Wenn anstelle der Truppen der USA und der Koalitionspartner UN-Friedenstruppen treten	25%	30%	26%	20%	13%	26%	27%	41%
Wenn alle ausländischen Truppen den Irak verlassen	49%	49%	51%	47%	48%	49%	52%	44%
Weiß nicht	23%	19%	21%	31%	37%	23%	19%	12%

Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM), 24.–25.4.2004
<http://bd.fom.ru/zip/tb0417.zip>

Soll Russland Friedenstruppen in den Irak entsenden?



Russische Friedenstruppen in den Irak? (Umfragedaten aus dem April 2004)

	Russland Insgesamt	Lebensalter			Bildung				Prokopfeinkommen		
		18 – 35 Jahre	36 – 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mit- tel- schu- le	Mit- tel- schu- le	Fach- schu- le	Hoch- schu- le	bis 1.000 Rubel	1.000 – 2.000 Rubel	über 2.000 Rubel
Anteil der Gruppe in %	100%	34%	37%	29%	19%	33%	35%	13%	20%	34%	30%

Was glauben Sie, wenn russische Friedenstruppen in den Irak geschickt würden, hätte dies für unser Land eher positive oder eher negative Folgen?

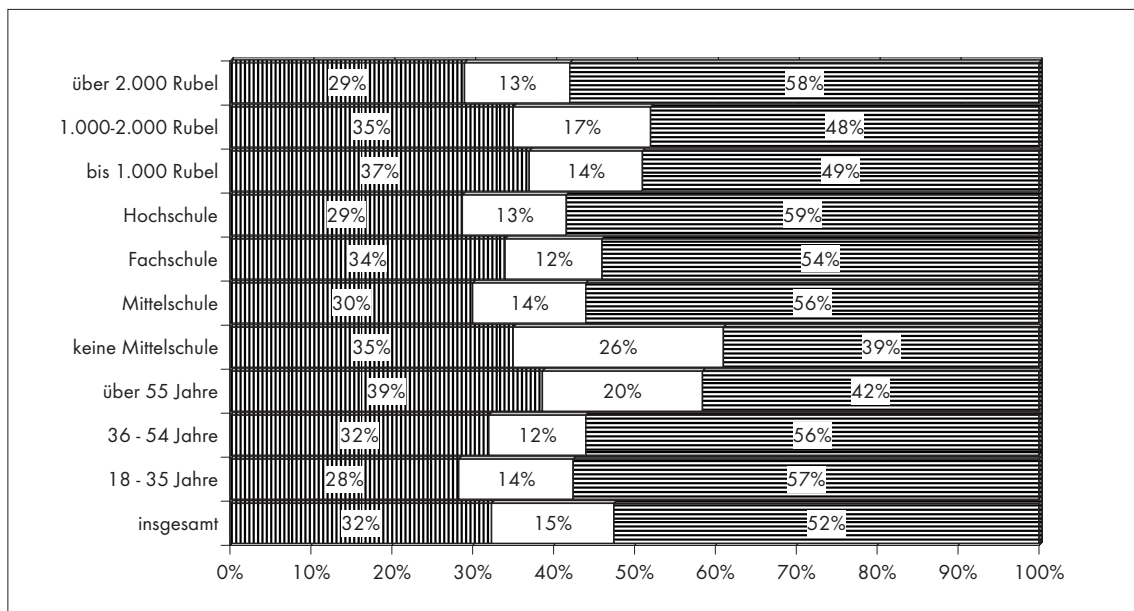
Eher po- sitive	6%	8%	6%	6%	6%	6%	6%	9%	7%	5%	7%
Eher ne- gative	77%	75%	82%	75%	73%	76%	81%	79%	73%	77%	81%
Weiß nicht	16%	17%	12%	20%	22%	18%	13%	12%	20%	17%	12%

Soll Russland Ihrer Meinung nach Friedenstruppen in den Irak entsenden oder nicht?

Entsen- den	6%	7%	4%	6%	8%	6%	4%	7%	8%	6%	5%
Nicht ent- senden	87%	85%	90%	86%	83%	86%	90%	90%	85%	86%	90%
Weiß nicht	7%	8%	6%	8%	9%	8%	6%	3%	7%	8%	5%

Quelle: Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM), April 2004,
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0431/dpril0431/tb043107>

Hat Sie die Nachricht über die Anwendung von Folter durch US-Soldaten im Irak überrascht?



Die Bewertung der Nachrichten über die Folter von Gefangenen im Irak, Mai 2004

	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung				Prokopfeinkommen		
		18 – 35 Jahre	36 – 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mit- tel- schule	Mit- tel- schule	Fach- schule	Hoch- schule	bis 1.000 Rubel	1.000 – 2.000 Rubel	über 2.000 Rubel
Anteil der Grup- pe in %	100%	35%	37%	28%	18%	33%	37%	12%	24%	34%	28%

Kam für Sie die Nachricht, dass amerikanische Soldaten im Irak Gefangene foltern, unerwartet oder haben Sie so etwas erwartet?

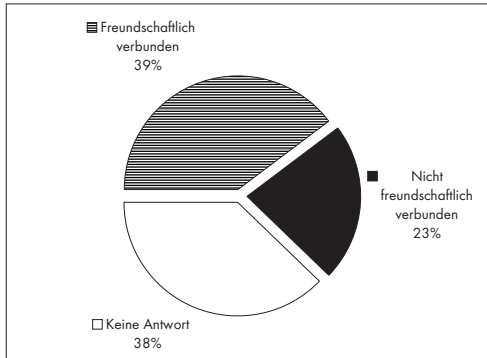
War un- erwartet	32%	28%	32%	39%	35%	30%	34%	29%	37%	35%	29%
Kam nicht un- erwartet	52%	57%	56%	42%	39%	56%	54%	59%	49%	48%	58%
Weiß nicht	15%	14%	12%	20%	26%	14%	12%	13%	14%	17%	13%

Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM), 15.-16. Mai 2004 <http://bd.fom.ru/zip/tb0419.zip>

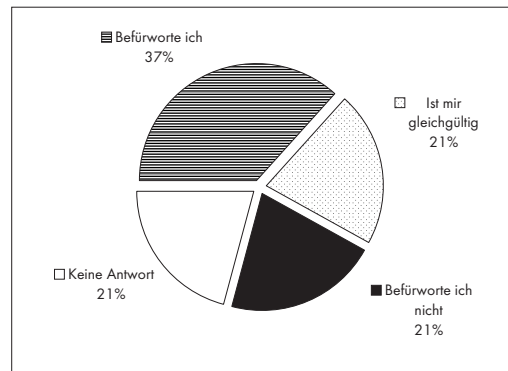
Umfrage: Russland und das Iran-Problem. Die Wahrnehmung der russischen Öffentlichkeit

Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 21.–22. Januar 2006.
Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0604.zip> 27. Januar 2006

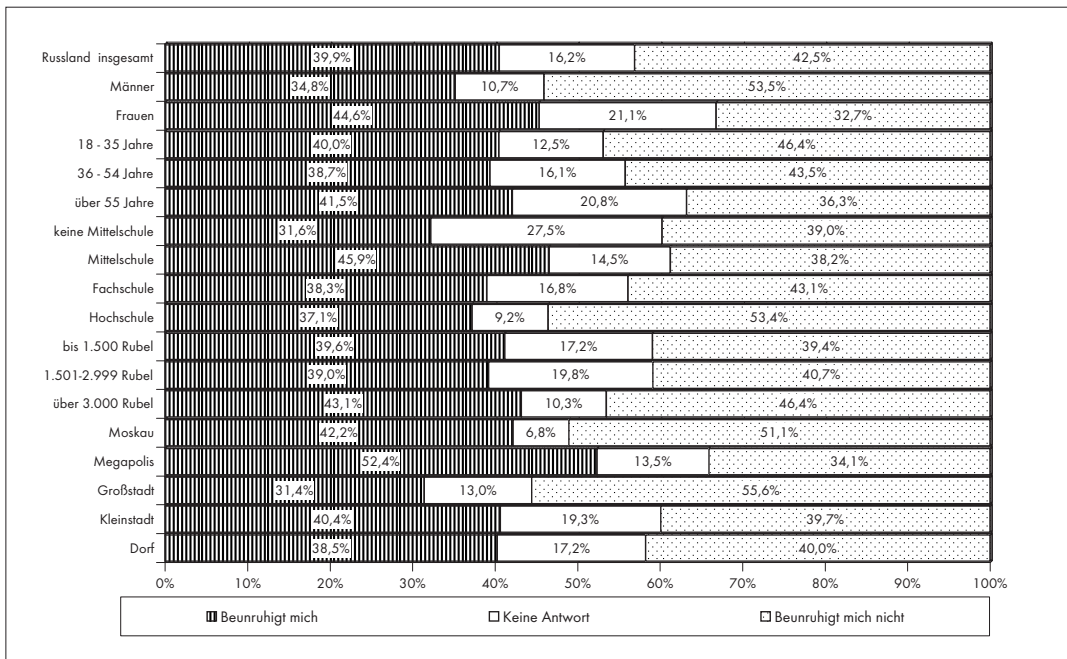
Ist der Iran mit Russland freundschaftlich verbunden?



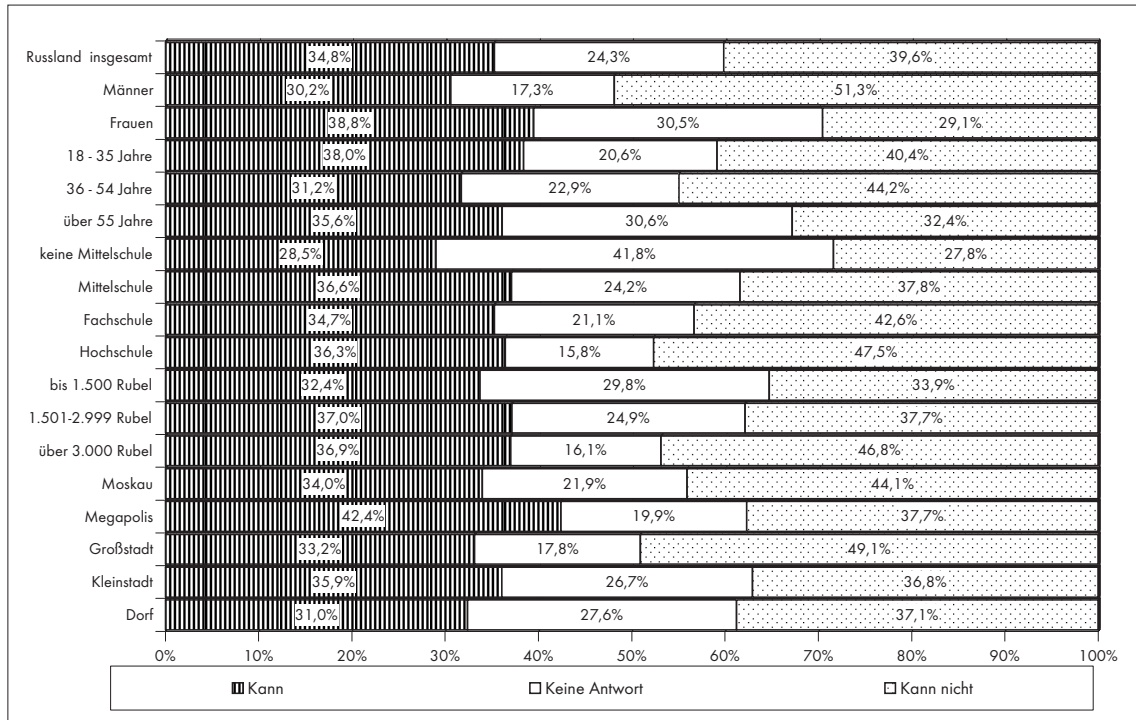
Befürworten Sie die Zusammenarbeit Russlands mit dem Iran auf dem Gebiet der Nukleartechnologie?



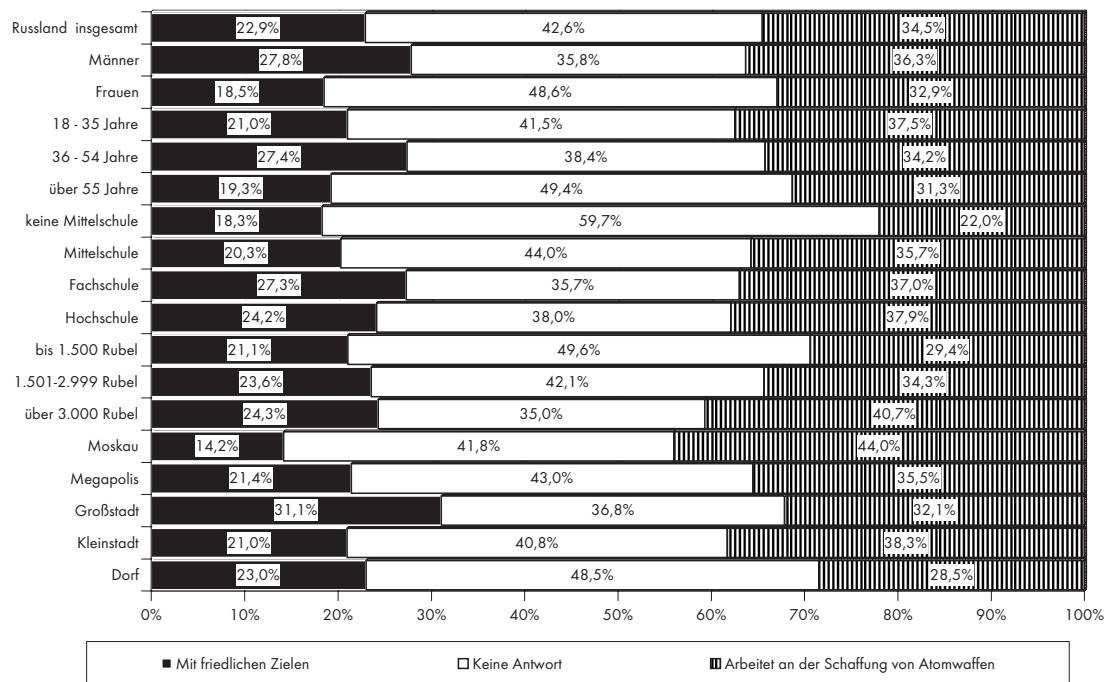
Entwickelt der Iran Nukleartechnologie ausschließlich mit friedlichen Zielen oder arbeitet er an der Schaffung von Atomwaffen?



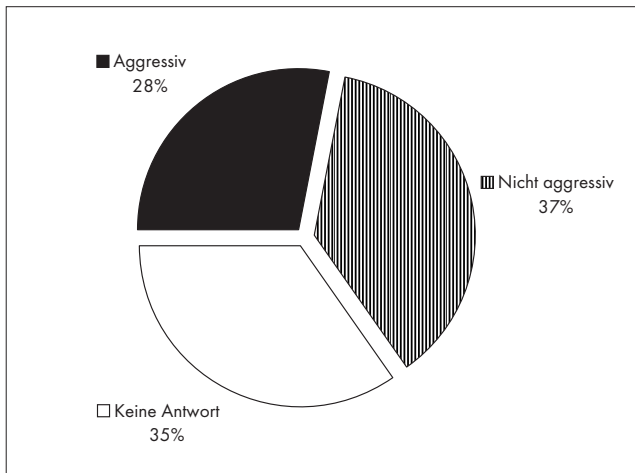
Kann die iranische Nuklearentwicklung für Russland eine Gefahr darstellen?



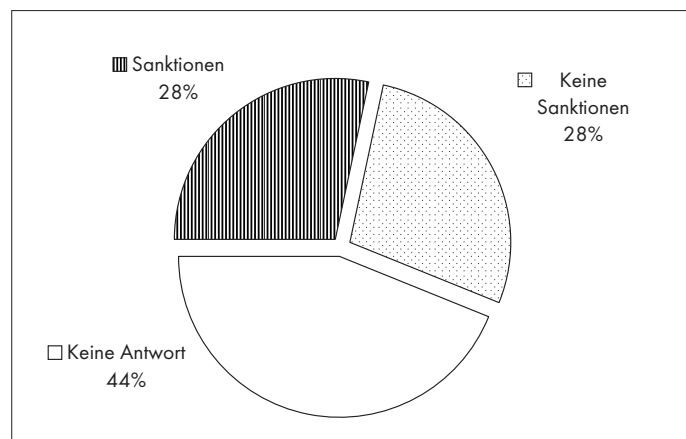
Entwickelt der Iran Nukleartechnologie ausschließlich mit friedlichen Zielen oder arbeitet er an der Schaffung von Atomwaffen?



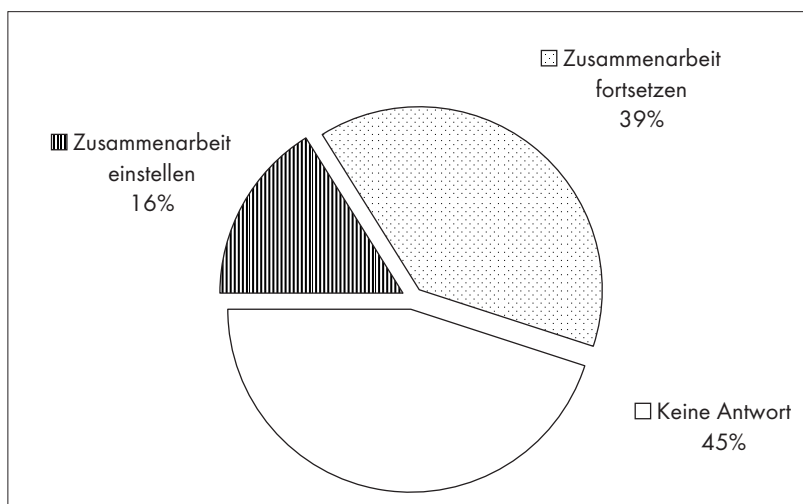
Ist der Iran ein aggressiver Staat, der eine Gefahr für andere Länder darstellt?



Soll man Sanktionen gegen den Iran verhängen, wenn dieser die Entwicklung von Nukleartechnologie nicht einstellt?



Soll Russland die Zusammenarbeit mit dem Iran fortsetzen, selbst wenn dieser die Entwicklung von Nukleartechnologie nicht einstellt?



***III. Die Wertedebatte zwischen
Russland und dem Westen***

Diana Schmidt

Eine Wertelücke zwischen Russland und dem Westen?

Vorläufige Anmerkungen zu einem schwierigen Diskurs

Seit 2003–2004 wächst die westliche Kritik am Zustand der Demokratie in Russland. Dabei offenbart sich eine Kluft zwischen westlichen und russischen Demokratieentwürfen – und zwischen den Vorstellungen von Europäischer Union und USA. Die russische Seite besteht ihrerseits auf Souveränität – auch im Bezug auf Wertedefinitionen. Der gegenwärtige internationale Diskurs um demokratische Werte in Russland gibt allerdings eher Aufschluss darüber, wie sich die Opponenten selbst und das Gegenüber wahrnehmen. Außenpolitische Interessen vermischen sich mit der Diskussion der Rolle von demokratischen Werten.

Ist in Russland immer alles anders?

Was aus westlicher Perspektive als undemokratisch angesehen wird, stellt jedoch aus russischer Sicht mitunter einen Demokratisierungserfolg dar – und *vice versa*. Zum Beispiel wird die Jelzin-Ära, im Westen allgemein als Demokratisierungs- und Pluralisierungsepoche betrachtet, von der russischen Bevölkerung als eine chaotische, von zahlreichen Wirtschaftskrisen und elitären Machtkämpfen durchzogene Phase empfunden. Der Putin-Ära dagegen erscheint als Phase der Durchsetzung demokratischer Rechte und Freiheiten. Die Legitimierung eines „starken Staates“ erfolgt nicht als Ergebnis einer Demokratiediskussion, sondern mit Blick auf die Reduzierung von Kriminalität und Chaos. Die Niederlage liberaler Parteien bei den Wahlen im Jahre 2003 – für den Westen eine Zurückdrängung von Kräften, die für demokratische Werte stehen – wird in Russland auch als ein Sieg über extremistische Tendenzen gewertet.

Gesetzesreformen, die aus westlicher Perspektive als undemokratisch bewertet werden, stoßen in der russischen Öffentlichkeit kaum auf Widerspruch, sei es weil sie in der Praxis kaum zur Wirkung kommen, sei es weil ihnen eine andere Bedeutung zugeschrieben wird (z.B. die Regulierung der Medien als Gegenmittel zur „Privatisierung der Macht“). Die Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien, das problematische Verfahren gegen Chodorkowski oder die Maßnahmen zur weitgehenden Stärkung staatlicher Obrigkeit werden von russischer Seite nicht als Absage an ein stabiles und demokratisches Russland gewertet, sondern als eine Politik, die die Rückkehr zum Chaos der 1990er Jahre verhindert.

„Demokratie“ – in Bratislava ein wichtiges Randthema

Diese Wahrnehmungsunterschiede finden in den letzten Jahren einen Niederschlag im internationalen Dialog. Erstmals wurden im Vorfeld des Treffens der Präsidenten Bush und Putin in Bratislava (24. Februar 2005) deutliche Bedenken hinsichtlich mangelnder Demokratisierung und drohenden Autoritarismus in Russland laut. Während des Gipfels wurde diese Kritik allerdings nur in abgeschwächter Form geäußert: es ging hauptsächlich um beiderseitig interessierende Fragen von atomarer Sicherheit, Terrorbekämpfung, des WTO-Beitritts und der Energiekooperation. Dennoch stieß die amerikanische Regierung eine internationale Wertediskussion an. Bush betonte, es sei sehr wichtig, dass alle Nationen die Werte der Demokratie verstünden. Putin bekräftigte seinerseits, Russland habe eine Grundsatzentscheidung zugunsten der Demokratie getroffen und es gäbe kein zurück mehr.

Der Pluralismus „westlicher“ Demokratievorstellungen

Allerdings gibt es im Westen einen Pluralismus von Demokratieinterpretationen. Die USA präsentieren einen föderalen und präsidentiellen Staat, in der EU sind Staaten mit sehr unterschiedlichen Regierungssystemen vereint. Des Weiteren werden auch die verschiedenen Elemente von Demokratie unterschiedlich gewichtet. Für Russland betonen die USA einen Bedarf an Rechtsstaatlichkeit, am Schutz für Minderheiten, einer notwendigen Balance zwischen Zivilgesellschaft und Staat sowie an Pressefreiheit. Nach dem Ende des Kalten Krieges haben die USA ihre Be-

ziehung zu Russland vor allem auf die Unterstützung von Demokratie ausgerichtet. Strategische Partnerschaft trat dagegen zurück. Dementsprechend wirkt sich die Wahrnehmung, dass die gemeinsamen Visionen und gemeinsamen Werte abhanden gekommen sind, und dass Putin nicht mehr als Demokrat angesprochen werden kann, auf die Beziehungen aus. Die Partnerschaft der beiden Staaten wird dadurch belastet. Demgegenüber hat die EU Demokratisierung und Marktwirtschaft gleichermaßen betont. Auch wenn beide Prozesse selbstverständlich als zwei Seiten derselben Medaille angesehen werden, werden Diskussionen um Werte und strategische Partnerschaft hier doch anders gewichtet.

Europäischer Pragmatismus?

Die EU hat zwar die Aufgabe der Demokratisierung Russlands rhetorisch stets betont, praktisch jedoch nur einen relativ geringen Anteil der materiellen Hilfe in die Umsetzung demokratischer Reformen geleitet. Pragmatischere Fragen der strategischen Partnerschaft, insbesondere der Sicherheit und der Energiepartnerschaft, standen und stehen im Vordergrund. Dies manifestiert sich in einer Reihe Strategiepapiere, Abkommen und gemeinsamer Gremien. So gibt es regelmäßige Gipfeltreffen, einen Permanenten Partnerschaftsrat (PPC), ein Kooperationskomitee, eine Delegation der Europäischen Kommission und Tacis-Büros in Russland.

Die Beziehungen zwischen Russland und der EU stellen sich allerdings als ausgesprochen komplex dar, denn die EU ist kein monolithischer, sondern ein multipler Akteur, dessen einzelne Mitgliedsstaaten (bzw. deren Repräsentanten) auch autonom durchaus verschiedene Einstellungen vertreten. Da jedes Land neben der gemeinsamen „EU-Position“ auch eine eigene Außenpolitik hat (man denke an das Beispiel Irak), kann es auch in den Beziehungen zu Russland eine eigene Agenda verfolgen. So suchen einige EU Mitgliedsstaaten – wie z.B. Deutschland, Frankreich oder Spanien – gemeinsame Positionen und eine neue langfristige und multilaterale Partnerschaft mit Russland, um den „Schlüssel zu Frieden, Demokratie, und Rechtsstaatlichkeit“ (Chirac) auf dem europäischen Kontinent zu finden.

Deutsche Politik in der Kritik

Im offiziellen Diskurs des EU-Mitgliedstaates Deutschland ist die Betonung des guten, primär wirtschaftlichen, Nachbarschaftsverhältnisses noch ausgeprägter. Ex-Bundeskanzler Schröder vermied jegliche Kritik an der russischen Politik, ungeachtet der Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit, in der die ambivalenten politischen Reformen, die Beschränkung der Pressefreiheit, Russlands Position bei den Wahlen in Tschetschenien oder der Ukraine und der Chodorkowski-Prozess wachsende Besorgnis erregen. Ende 2004 bezeichnete der ehemalige Bundeskanzler Putin gar als „lupenreinen Demokraten“ und bestand darauf, dass dieser Russland in eine Demokratie umwandeln wolle und „dass er dies aus tiefer Überzeugung tut.“

Von Menschenrechtsgruppen – aber auch aus den Reihen der eigenen Partei – kommt zunehmend Kritik an dieser Politik, der man unterstellt, sie folge dem Prinzip „Markt vor Moral“.

Wandel im Laufe der Zeit: EU (und internationaler) Diskurs

Wie schwer sich die EU in ihrem Verhältnis zu Russland tut, wird deutlich, wenn man den offiziellen EU-Diskurs analysiert. Das Thema Demokratie wird im offiziellen EU-Diskurs in den letzten Jahren eher vermieden. Demokratie wurde weder als gemeinsames Prinzip in den „vier Räumen“ deklariert, noch im Zusammenhang mit den „Bereichen der Zusammenarbeit“, die der russischen Öffentlichkeit von der Moskauer EU-Delegation vorgestellt werden. Hier wird Demokratie nur in Bezug auf die Tacis und EIDHR Förderung erwähnt, sowie in der Selbstbeschreibung der EU: „Die EU ist eine Familie demokratischer europäischer Länder“. Eine Einordnung Russlands bleibt aus. Es wird weiter ausgeführt, dass das Partnerschaftsabkommen „auf gemeinsamen Prinzipien wie Marktwirtschaft, politischer und wirtschaftlicher Freiheiten und Rechtsstaatlichkeit basiert“, ohne jedoch die demokratische Konsolidierung zu erwähnen, die im EU-Russland-Abkommen anvisiert wurde. Die Relevanz der Osterweiterung 2004 wird öffent-

lich nur in Bezug auf wirtschaftliche Aspekte kommentiert.

Nachdem die internationale Kritik an der Regierung Putin in jüngster Zeit zunimmt, spiegeln sich diese Bedenken allmählich auch im EU-Diskurs. Damit knüpft man wieder an die ursprünglichen Zielsetzungen an. So war Demokratie eines der erklärten Hauptziele der Tacis-Förderung wie auch der Vereinbarung über Partnerschaft und Zusammenarbeit. Russlands Ziele dagegen waren eher wirtschaftlicher Natur. Die Rhetorik russischer Stellungnahmen richtete sich jedoch anfangs stark an den westlichen Programmen aus. In letzter Zeit reagiert die russische Seite aber mit wachsendem Unmut auf westliche Ansprüche an das politische System und betont die potentielle Gefährdung des Partnerschaftsverhältnisses. Zugleich stellt sie im Hinblick auf die Wertefrage zunehmend die eigene, russische Position heraus.

Ansprüche – Praxis – Reaktionen

Nicht nur die Politik, auch die Wissenschaftler haben sich schwer getan. Russland wurde zu lange als Transformationsland gesehen, das man selbstverständlich auf dem Wege in Richtung Demokratie wähnte. Der Bruch mit der sowjetisch-autoritären Vergangenheit schien nur den Weg in die demokratische Konsolidierung offen zu lassen. Mehr als zehn Jahre wurde Russland als „Demokratie mit Adjektiven“ klassifiziert. Die vorgeschlagenen Subtypen reichten von „unkonsolidierter“, „unperfekter“, „delegativer“, „defekter“, „partieller“, „illiberaler“ bis hin zu „Pseudo-Demokratie“. Erst spät, als mit der systematischen Beseitigung der *checks and balances* unter Putin ungewiss wurde, ob Russland den Pfad der Demokratisierung nicht schon verlassen hatte, begann man zögerlich Kritik zu üben. Schließlich setzte sich aber die Auffassung durch, dass man nicht nur die Adjektive, sondern das gesamte Konzept auswechseln müsse: *Governance* in Russland wurde nun als „verdeckter Autoritarismus“, „Neo-Autoritarismus“ und schließlich als „konsolidiertes bürokratisch-autoritäres Regime“ kategorisiert.

Russland als wehrhafte Demokratie in Europa?

Die russische Seite reagiert auf diesen Perzeptionswechsel mit wachsender Gereiztheit. Man leugnet einerseits ab und besteht andererseits auf der eigenen Souveränität – auch im Bezug auf Wertedefinitionen. Folgt man dem Präsidenten und den Äußerungen seiner Minister gibt es keine Gefahren für die russische Demokratie.

Putin bestreitet Pläne zu hegen, durch weitere Reformen der russischen Regierungsstruktur mehr Macht an sich zu reißen oder die Verfassung zu ändern. Vielmehr strebe er ein ausbalanciertes Regierungssystem an. Zur Rechtfertigung umstrittener Reformmaßnahmen verweist er immer wieder auf die erreichten wirtschaftlichen Erfolge

Gewiss entspricht diese Position nicht einer Sichtweise, die Pluralismus, faire Wahlen und dezentralisierte Politik als wichtige Elemente von Demokratie versteht. Gleichzeitig nähert sie sich aber Positionen an, die als Grundvoraussetzungen von Demokratie Wohlstand und ein Mächtegleichgewicht betonen, die Monopolisierung von Macht durch einzelne Einflussgruppen dagegen als eine Grundgefahr für moderne Demokratien ansehen. Unter einem solchen Blickwinkel bewertet Putin den Zustand der Demokratie in Russland positiv und unterstreicht die großen Fortschritte.

In Putins Botschaft an die Föderalversammlung des Jahres 2005 fanden sich entschieden mehr Referenzen zu Demokratie als in den Jahren zuvor. Der Präsident ging vorrangig auf die innenpolitische Lage ein, lieferte aber zugleich eine Werte-Positionierung Russlands im internationalen Kontext – welche sowohl Distanzierung vom westlichen Diskurs als auch Zugeständnisse an ihn umfasst. Zum einen betont der Präsident, dass Russland als größte europäische Nation seine Demokratievorstellung und die entsprechende Fortschrittsgeschwindigkeit selbst definieren, den Erhalt eigener Werte und das Überleben der „Russischen Demokratie“ in Übereinstimmung mit russischen Traditionen garantieren müsse. Zum anderen bekräftigt er, dass Russland schon immer eine europäische Nation war, die seit drei Jahrhunderten gemeinsam – „Hand in Hand“ – mit

anderen europäischen Nationen einen Prozess der Aufklärung durchlebt habe. So begegnet Putin westlicher Kritik mit einem dezidiert kulturellrelativistischen Argument. Das wird einerseits durch die Betonung einer gemeinsamen europäischen Identität abgeschwächt, erhält aber andererseits durch einen zunehmenden Kurs geopolitischer Konfrontation auch neues Gewicht.

Zugleich mit der Selbstverortung als demokratische Macht in Europa setzt sich die russische Führung auch gegen die westliche Kritik zur Wehr. Auf dem EU-Russland-Gipfel im November 2004 beispielsweise warf Putin der EU vor, die Opposition in der Ukraine zu unterstützen und empfahl, sich nicht in den Wahlprozess einzumischen. Außenminister Sergei Lawrow sah seinerseits in der westlichen Kritik eine weltweite Kampagne zur Wiederherstellung eines Kalten-Kriegs-Klimas, die die Unterschiede zwischen Moskau und dem Westen übertreibe und Russland als Feindbild konstruiere. Verteidigungsminister Sergei Iwanow betonte, dass sich Demokratie nicht „wie Kartoffeln“ verpflanzen ließe und richtete harsche Kommentare an die Wahlbeobachtung der OSZE in der GUS, die für ihre Prüfungen post-sowjetische Staaten herausgreife, nicht objektiv und als Organisation selbst reformbedürftig sei. Verschiedene Treffen zwischen westlichen und russischen Regierungsvertretern liefen eher auf gegenseitige Beschuldigungen als auf einen konstruktiven Dialog hinaus.

In jüngster Zeit beginnt die russische Seite, sich für die Auseinandersetzung mit der westlichen Kritik auch organisatorisch zu rüsten. Die Duma hat eine „Kommission zur Studie der Praktiken zur Garantie von Menschenrechten und Grundfreiheiten und zur Garantie ihres Monitorings in Ausländischen Staaten“ eingerichtet, die sich für Menschenrechte und Freiheiten im Ausland einsetzen soll. Sie soll die Probleme mit Rechten und Freiheiten in den EU-Ländern, den USA sowie im postsowjetischen Raum thematisieren. Die Aktivitäten der Kommission sind zweierlei: Abgeordnete werden Berichte über die Beobachtung der Menschenrechte im Ausland vorbereiten und parallel dazu ihr eigenes Konzept von Demokratie und Freiheiten ausarbeiten.

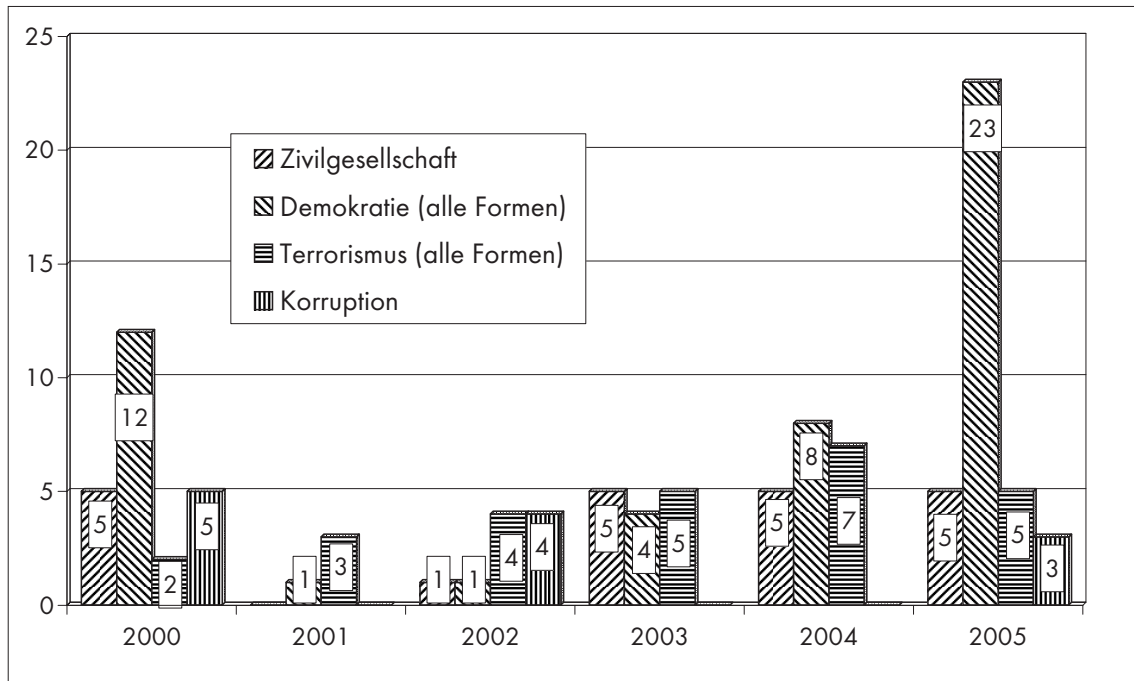
Ferner hat die russische Regierung den englischsprachigen Fernsehkanal *Russia Today* eingerichtet, der ab September 2005 rund um die Uhr Nachrichten nach Europa, in die USA und nach Asien (sowie innerhalb Russlands und in die ehemaligen Sowjetstaaten) ausstrahlen soll. Vier Büros in Washington, London, Brüssel und Jerusalem sind geplant. Mikhail Lesin, Medienberater des Präsidenten, hatte schon länger einen solchen Kanal gefordert, um westlicher Kritik zu begegnen und Russlands Position zu präsentieren.

Fazit

Die Interpretationen des Stands der Demokratie in Russland können widersprüchlicher nicht sein. Der gegenwärtige internationale Diskurs um demokratische Werte in Russland gibt eher Aufschluss darüber, wie sich die Opponenten selbst und das Gegenüber wahrnehmen. Außenpolitische Interessen vermischen sich mit der Diskussion demokratischer Werte. Es wird deutlich, dass neben der Rolle nationaler demokratischer Traditionen für heutige Wertedefinitionen auch der Stand der Beziehungen der USA bzw. der EU zu Russland von Bedeutung sind. So wünschbar eine offene Diskussion der historisch gewachsenen Werte und der These einer Wertekluft zwischen den verschiedenen Staaten ist, so schwierig wird sie durch die Verschränkung mit innen- und außenpolitischen Machtinteressen. Dennoch macht es Sinn, sie ernsthaft in Angriff zu nehmen. Sinnvoll ist auch eine Ausweitung des Diskurses über den Kreis der Staatsoberhäupter und Minister hinaus. Kontrastierende Argumente, wie sie beispielsweise von den Menschenrechtsgruppen sowohl im Westen als auch in Russland vertreten werden, werden im offiziellen internationalen Diskurs bisher unzureichend wahrgenommen.

Trends in der Häufigkeit der Nennung zentraler Governance-Konzepte in Präsident Putins jährlichen Reden zur Lage der Nation (2000–2005)

(Häufigkeit der Nennungen von Schlüsselbegriffen in Putins Botschaften an die Föderalversammlung. Erstellt von Diana Schmidt und Dmitry Vorobyev / Zentrum für Unabhängige Sozialforschung, St. Petersburg)



Europäische oder Russische Demokratie? Zitate aus den letzten Monaten

Alexander Solshenizyn

Wenn sie uns unsere Demokratie wegnehmen, können sie nur das wegnehmen, was wir haben. Wenn wir aber nichts haben, kann auch nichts weggenommen werden. [...] Wir haben dem Volk schon alles weggenommen. [...] Wir haben nichts, das der Demokratie ähnelt. [...] Wir versuchen, Demokratie aufzubauen ohne kommunale Selbstverwaltung. Vor allem anderen müssen wir ein System aufbauen, dass die Menschen in die Lage versetzt, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen.

Interview für die Sendung Westi Nedeli, Rossija TV, AP, 5. Juni 2005 (JRL #9170, 6. Juni 2005)

Natalja Narotschnizkaja, Mitglied der Partei „Mutterland“ (Rodina)

Niemand wundert sich darüber, dass es eine Menge internationaler Organisationen gibt, die die Menschenrechte in verschiedenen Ländern beobachten. Die Zeit ist gekommen, dass auch Russland mit seinen eigenen Ansätzen und Zielen dieses Feld betritt [...], um die bloß defensive Position zu verlassen, die unser Land einnimmt. [...] Wir müssen, was Philosophie und Werte betrifft, unsere eigenen Diskussionen diktieren – Menschenrechte werden überall verletzt. [...] Die Amerikaner sollten aufhören, sich mit ihrer eigenen Demokratie zu brüsten: Das amerikanische Wahlsystem ist archaisch und undemokratisch, es ist indirekt und ein winziger Prozentsatz der Bevölkerung wählt den Präsidenten.

Zu Gazeta.ru über die Einrichtung der „Kommission zur Studie von Praktiken, um Menschenrechte und grundlegende Freiheiten zu garantieren und Garantien hierfür in ausländischen Staaten zu überwachen“ durch die Staatsduma, JRL #9168, 4. Juni 2005 (Gazeta.ru, 2. Juni 2005, <http://www.gazeta.ru>)

Alvaro Gil-Robles, Kommissar für Menschenrechte des Europarates

Es war sehr wichtig für mich, dieses Dokument über die Russische Föderation, die eine große europäische Demokratie ist, vorzubereiten. Es war auch wichtig für mich, diesen Bericht genau so wie für alle anderen europäischen Länder vorzubereiten, die Mitglieder im Europarat sind.

Bei dem Treffen mit Präsident Vladimir Putin, 27. Mai 2005, Kreml, Moskau,
http://www.kremlin.ru/eng/speeches/2005/05/27/2030_type82914_88756.shtml

Benita Ferrero-Waldner, Kommissarin für Außenbeziehungen der EU

Am wichtigsten ist, dass wir bestätigt haben, dass die Beziehungen zwischen EU und Russland auf gemeinsamen Werten basieren, einschließlich des Respekts für Menschenrechte und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freier Marktwirtschaft. Diese Werte müssen uns auch bei der Implementation leiten [...] Ihre Resolution lenkt berechtigterweise die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass Russland ein wichtiger strategischer Partner für die Europäische Union ist, der seit unserer letzten Erweiterung noch wichtiger geworden ist [...] Ich stimme auch mit Ihrem letzten Vorschlag überein, dass die Politik der Union gegenüber Russland allzu oft unter einem Mangel an Kohärenz gelitten hat. Wir müssen alle unsere Bemühungen intensivieren, eine gemeinsame Linie der EU zu definieren und beizubehalten [...] Meine Priorität ist es, im Konsensus mit Russland zusammenzuarbeiten und mir alle Ideen genau anzuhören. Ich würde sehr gerne die Ansichten des Europäischen Parlamentes hören.

Beziehungen EU-Russland, Rede, 25. Mai 2005, Europäisches Parlament, Brüssel,
http://www.delrus.cec.eu.int/en/news_712.htm

Condoleezza Rice, US-Außenministerin

Natürlich glauben wir, dass dieses Land eine große Demokratie sein kann, dass es noch mehr Schritte machen muss, um dahin zu kommen. Das Verhältnis von Präsident Putin und Präsident Bush lässt sie aber über diese Themen auf eine Art reden, die so offen und so ehrlich ist, die für mich, als alte Expertin für die Sowjetunion und Russland, sehr bemerkenswert ist. Es gibt keine Themen, die nicht auf den Tisch gelegt werden, wenn sie miteinander sprechen. Sie sprechen über die Notwendigkeit einer freien Presse. Sie sprechen über die Zivilgesellschaft [...].

Wir werden uns aber weiterhin öffentlich für diese wichtigen Werte einsetzen, wie wir es in der ganzen Welt tun. Wir werden weiterhin Gespräche mit unseren russischen Kollegen über diese Werte führen. Wir erkennen aber auch, dass ein isoliertes Russland nicht sehr wahrscheinlich Fortschritte in der Demokratie machen wird; wenn es auch nicht immer mit der Geschwindigkeit passieren wird, die wir gerne hätten, haben wir eine viel größere Chance, dass Russland demokratisch wird, wenn es in internationale Institutionen integriert wird, die ihrerseits demokratisch sind.

CNN-Interview mit John King, 9. Mai 2005, <http://www.cdi.org/russia/johnson/9145-9.cfm>

Präsident Bush

Es ist nicht nur sehr wichtig, dass wir ein funktionierendes Verhältnis haben, sondern auch, dass wir verstehen, dass im 21. Jahrhundert starke Länder durch die Entwicklung von starken Demokratien aufgebaut werden. Also sprachen wir über Demokratie. Demokratien spiegeln immer die Sitten und Kultur eines Landes wider, das weiß ich auch. Demokratien haben aber gewisse Dinge gemeinsam: Sie haben Rechtsstaatlichkeit und Schutz von Minderheiten, eine freie Presse und eine lebensfähige Opposition [...] Ich konnte meine Besorgnis über Russlands Engagement bei der Erfüllung dieser universellen Prinzipien mitteilen. Ich tat dies auf konstruktive und freundliche Art. Ich habe meinen Glauben, dass es Demokratie und Freiheit sind, die wahre Sicherheit und wahren Wohlstand in jedes Land bringen, bestätigt.

#8 – JRL 9068, Büro zur sofortigen Veröffentlichung des Pressesekretärs, Weißes Haus [Präsident Putin bei derselben Gelegenheit: Demokratie wurde nicht erwähnt, nur die „internationale Agenda“], Halle der Konstitution, Bratislavaer Burg, Bratislava, Slowakei, 24. Februar 2005, <http://www.cdi.org/russia/johnson/9068-8.cfm>

Sergej Lawrow, russischer Außenminister

[Russland ist offen für Kritik, falls diese] in gutem Glauben und im ehrlichen Interesse an einer fairen Partnerschaft geübt wird [...] Leider ist dies nicht immer der Fall. Ab und zu werden wir mit Kritik konfrontiert, die nicht nur die Tatsachen verzerrt, sondern auch den kaum verhohlenen Zweck hat, die Beziehungen zwischen Russland und den USA zu beschädigen und auf die eine oder andere Art das „Feindbild“ wiederherzustellen. Dieser Ansatz ist völlig unzulässig.

#3 – JRL 9041 (RIA Novosti), Moskau, 29. Januar 2005, <http://www.cdi.org/russia/johnson/9040-3.cfm>

Sergej Iwanow, russischer Verteidigungsminister

Russland hat es satt, vom Westen in Sachen Demokratie belehrt zu werden, ist aber bereit, das Problem offen mit den Vereinigten Staaten zu diskutieren. [...] Demokratie ist keine Kartoffel, die man aus einem Gemüsegarten in den anderen umpflanzen kann. Ich meine, dass sich die Demokratie in Russland in den letzten Jahren normal entwickelt hat [...] Wir sind bereit, uns weiterhin ruhig in dieser Richtung voranzubewegen, indem wir die Demokratie entwickeln und uns in das globale Wirtschaftssystem integrieren, dabei möchten wir aber Herren im eigenen Haus sein [...] Gibt es etwa keine Probleme mit der Demokratie in westeuropäischen Ländern oder im Baltikum?

Trevelyan, 2005 #1021

Offener Brief an die Staats- und Regierungsoberhäupter von Europäischer Union und NATO

Russlands demokratische Institutionen sind immer schwach und zerbrechlich gewesen. Seitdem er im Januar 2000 Präsident geworden ist, hat Wladimir Putin sie noch mehr geschwächt. Er hat systematisch Freiheit und Unabhängigkeit der Presse untergraben, die „checks and balances“ des russischen Föderalsystems zerstört, sowohl echte wie eingebildete politische Rivalen verhaftet, rechtmäßige Kandidaten von Wahlen ausgeschlossen, Leiter von NGOs schikaniert und verhaftet und die russischen politischen Parteien geschwächt [...] Dies sind nur die letzten Beweise dafür, dass Russland von den demokratischen Kernwerten der Euro-Atlantischen Gemeinschaft losbricht.

JRL #8385, 28. September 2004, <http://www.cdi.org/russia/johnson/8385-24.cfm>

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Russland und der Westen: Das politische Verhältnis

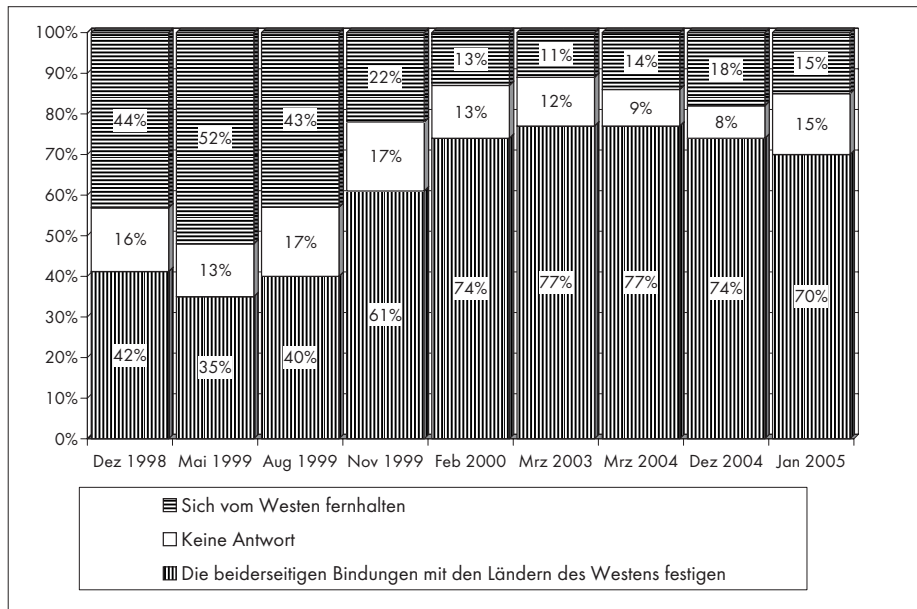
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums 1998-2005 <http://www.levada.ru/interrelations3.html> und der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 4.-5. Juni 2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0523.zip>

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen...



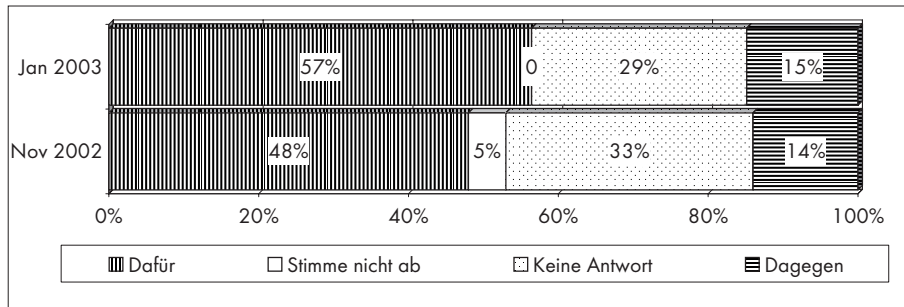
(Umfragen des Lewada-Zentrums in den Jahren 2000–2004)

Wie soll Russland sich verhalten?



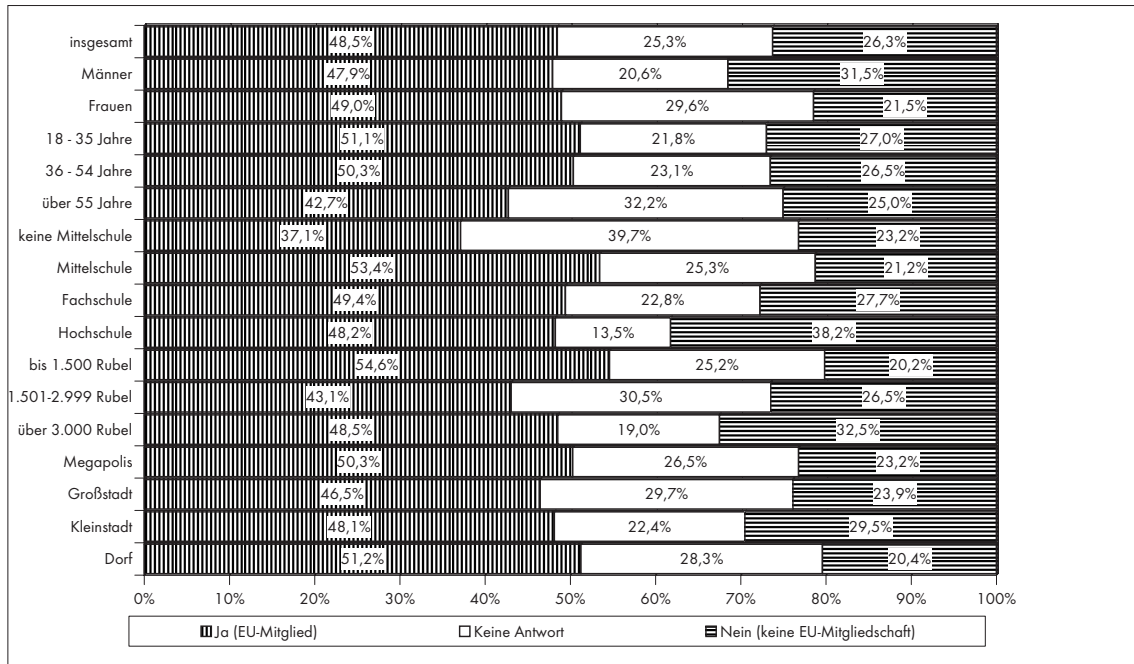
(Umfragen des Lewada-Zentrums in den Jahren 1998–2005)

Würden Sie für oder gegen den Beitritt Russlands zur EU stimmen?



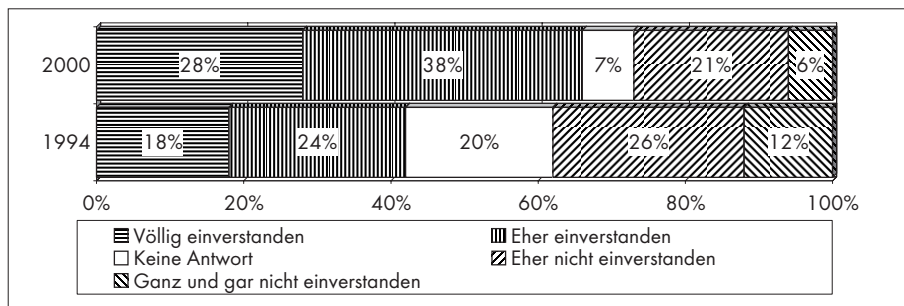
(Umfragen des Lewada-Zentrums in den Jahren 2002 und 2003)

Was meinen Sie, soll Russland die Mitgliedschaft in der EU anstreben oder nicht?



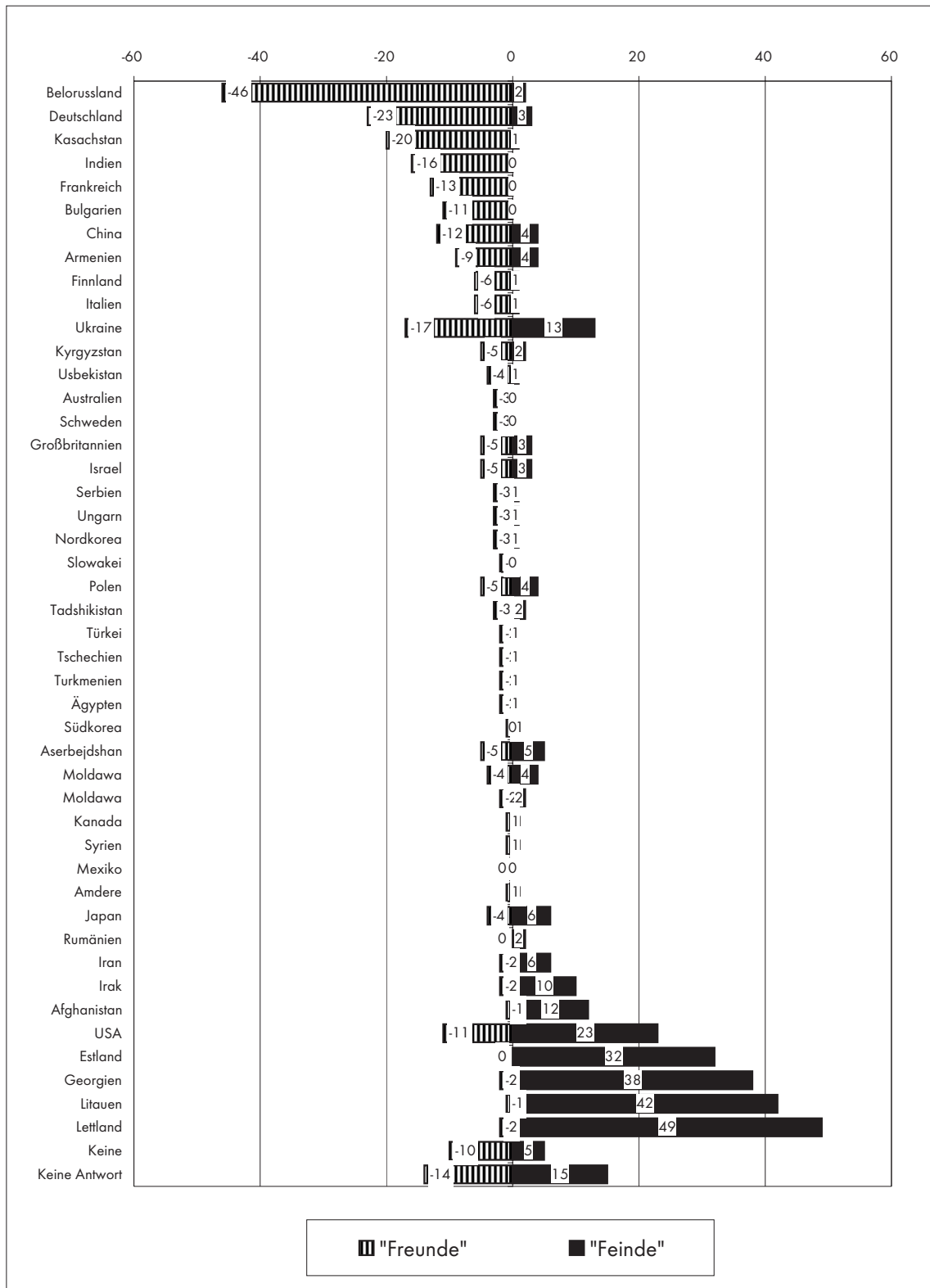
(Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 4.-5. Juni 2005)

Stimmen Sie mit der Auffassung überein, dass Russland immer bei anderen Staaten feindliche Gefühle hervorgerufen hat, und dass uns auch heute niemand etwas Gutes wünscht?



(Umfragen des Lewada-Zentrums aus den Jahren 1994 und 2004)

“Freunde” und “Feinde” Russlands 2005

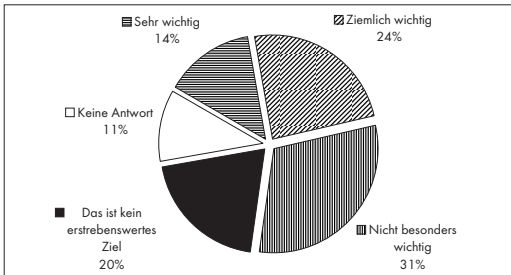


Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 13.–18. Mai 2005 <http://www.levada.ru./press/2005060800.htm>

Russland und die westliche Kultur

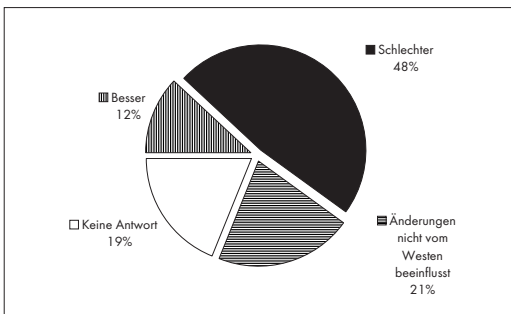
Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 27.12.2000 http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dominant2000/114_4826/273_4851/1004_4856/d003610 und vom 4.-5. Juni 2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0523.zip> sowie Umfragen des Lewada-Zentrums aus den Jahren 1989-2004 <http://www.levada.ru/interrelations.html>

Wie wichtig ist es für Russland sich in die Weltkultur zu integrieren, die Lebensweise der Mehrheit der entwickelten Länder zu übernehmen?



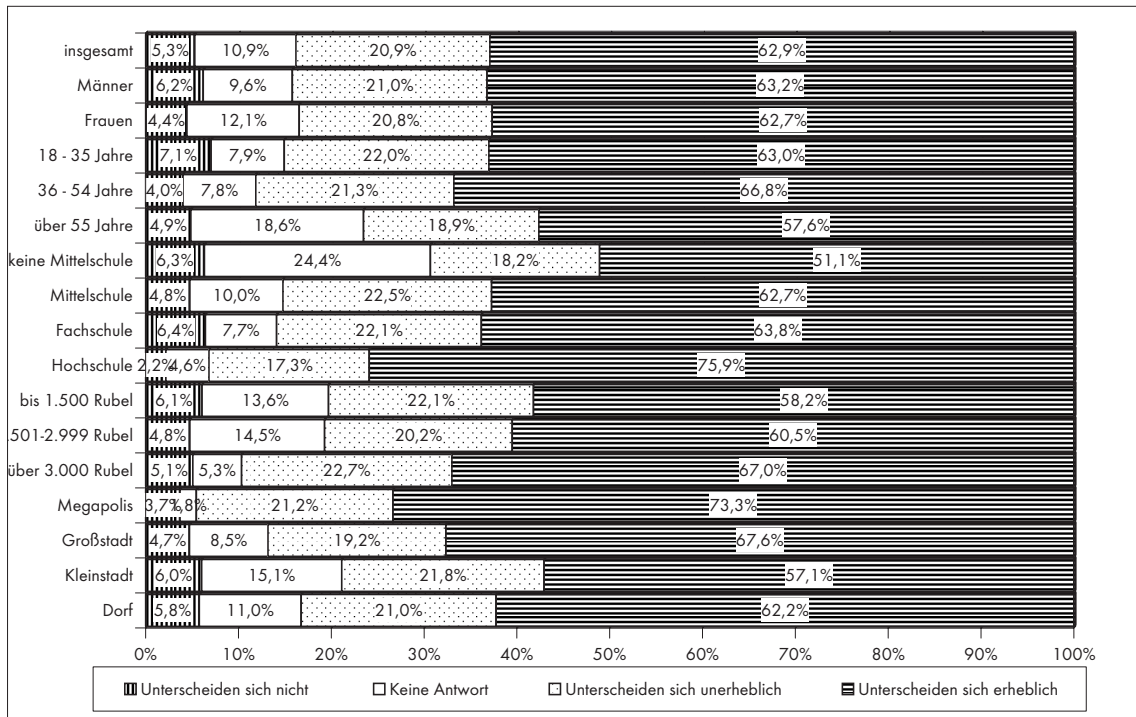
(Umfrage des Lewada-Zentrums im Jahre 2000)

Werden die Menschen in Russland unter dem Einfluss der westlichen Kultur besser oder schlechter oder hat die westliche Kultur keinen Einfluss? (Dezember 2000)



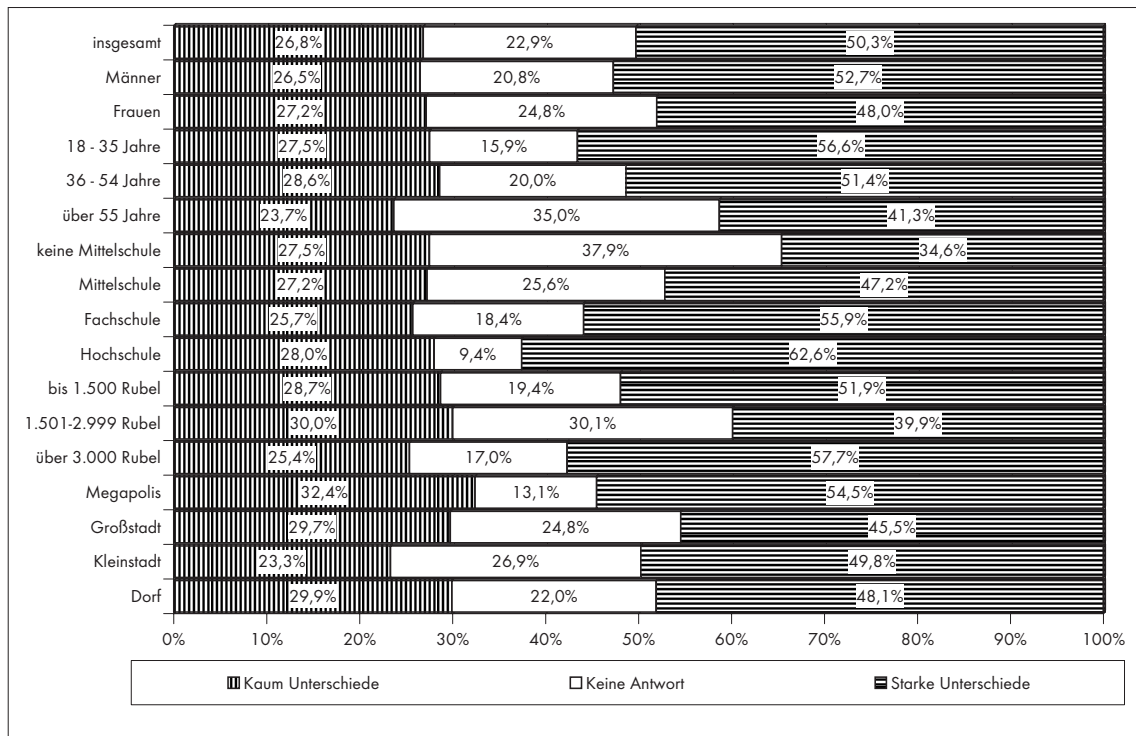
(Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 27.12.2000)

Unterscheiden sich Kultur und Werte von Russen und Europäern? (Juni 2005)



(Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 4.-5. Juni 2005)

Unterscheiden sich Kultur und Werte der Westeuropäer und der Amerikaner? (Juni 2005)

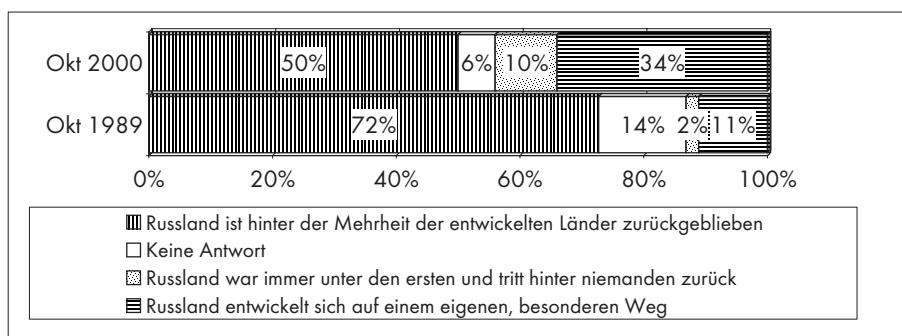


(Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 4.-5. Juni 2005)

Russland und der Westen: Das Gesellschaftsmodell

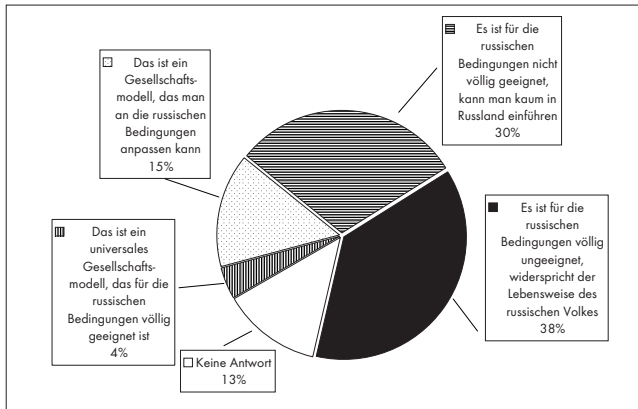
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums aus den Jahren 1989-2004 <http://www.levada.ru/interrelations.html>

Welcher der folgenden Auffassungen stimmen Sie zu?



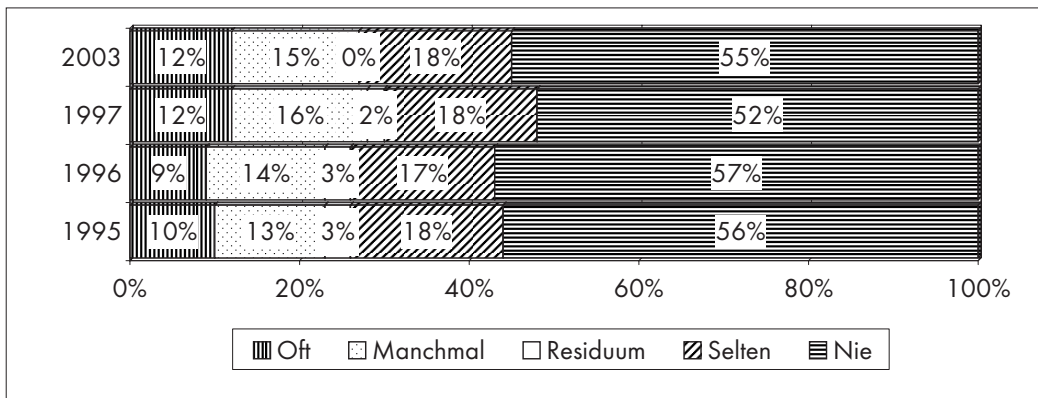
(Umfragen des Lewada-Zentrums aus den Jahren 1989 und 2000)

Wieweit ist das westliche Gesellschaftsmodell für Russland geeignet?



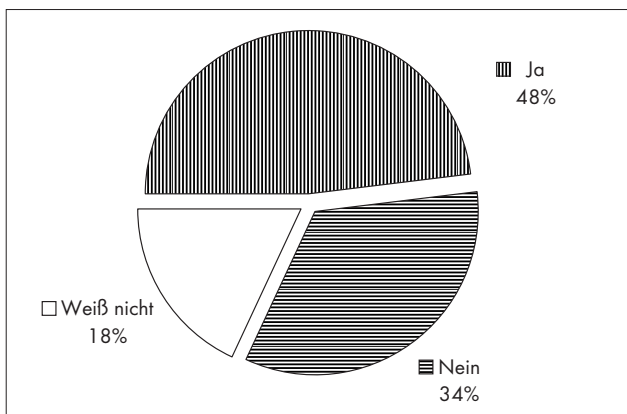
(Umfrage des Lewada-Zentrums im Jahre 2000)

Fühlen Sie sich als Europäer?



Umfragen des Lewada-Zentrums aus den Jahren 1995–2003

Wollen Sie in Russland so leben, wie die Menschen im Westen leben?

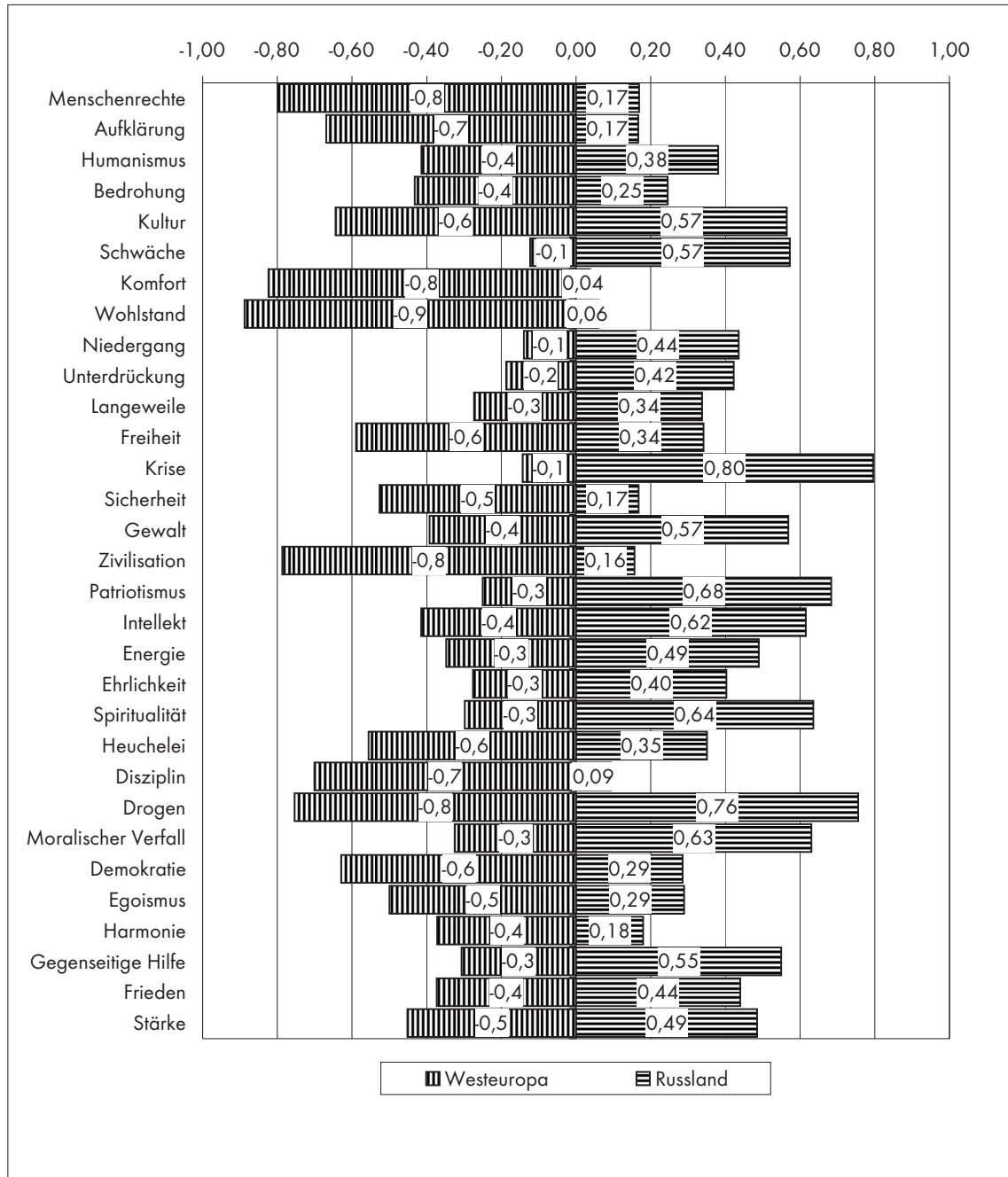


(Umfrage des Lewada-Zentrums im Jahre 1999)

Russland und Europa in der russischen Wahrnehmung 2000

Quelle: Umfragen des Russischen Unabhängigen Forschungsinstituts „Evropa i Germanija glazami rossijan“ (Europa und Deutschland in den Augen der Bürger der Russischen Föderation), Moskva 2002
<http://www.ispr.ru/SOCOPROS/Files/germany.zip>

Welche der aufgeführten Begriffe verbinden Sie mit den führenden Ländern Europas und welche mit Russland?



Offener Brief an die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der Europäischen Union und der NATO vom 28. September 2004

Als Bürger der euroatlantischen Gemeinschaft demokratischer Staaten möchten wir unsere Sympathie und Solidarität mit den Bürgern der Russischen Föderation bei ihrem Kampf gegen den Terrorismus bekunden. Die Massenmörderer, die die Schule Nr. 1 in Beslan überfielen, haben einen abscheulichen Akt des Terrorismus verübt, der nicht rational erklärt oder entschuldigt werden kann. Während auch andere Massenmörderer Kinder und unbewaffnete Zivilisten getötet haben, stellt die Tatsache, dass so viele unschuldige Kinder in einer Schule als Ziel ausgesucht wurden, einen beispiellosen Akt der Barbarei dar, der die Werte und Normen unserer Gemeinschaft verletzt und der von allen zivilisierten Nation verurteilt werden muss.

Gleichzeitig sind wir tief besorgt, dass diese tragischen Ereignisse benutzt werden, um die Demokratie in Russland weiter zu untergraben. Die demokratischen Institutionen in Russland sind immer schwach und zerbrechlich gewesen. Seit seinem Amtsantritt als Präsident im Januar 2000 hat Wladimir Putin sie noch mehr geschwächt. Er hat systematisch Freiheit und Unabhängigkeit der Presse unterhöhlt, die „*checks and balances*“ im russischen föderalen System zerstört, willkürlich sowohl wirkliche wie imaginäre politische Gegner verhaftet, legitime Kandidaten von Wahllisten entfernt, Führer von NGOs verhaftet und schikaniert und die politischen Parteien Russlands geschwächt. Im Sog des furchtbaren Verbrechens in Beslan hat Präsident Putin Pläne verkündet, um die Macht weiter zu zentralisieren und Maßnahmen durchzusetzen, die Russland einen Schritt weiter in Richtung eines autoritären Regimes treiben werden.

Wir sind auch über eine Verschärfung des russischen Verhaltens in auswärtigen Beziehungen besorgt. Die Außenpolitik Präsident Putins ist mehr und mehr von einer drohenden Haltung gegenüber Russlands Nachbarn und gegenüber der Energiesicherheit Europas gekennzeichnet, von einer Rückkehr zu einer militaristischen und imperialen Rhetorik und von der Weigerung, die internationalen vertraglichen Verpflichtungen Russlands einzuhalten. Es scheint, dass die Instrumente staatlicher Macht in allen Bereichen der russischen Politik wiederhergestellt werden und die Dominanz der Sicherheitsdienste wächst. Wir glauben, dass dieses Verhalten nicht als Fundament einer wahren Partnerschaft zwischen Russland und den Demokratien der NATO und der Europäischen Union akzeptiert werden kann.

Diese Maßnahmen sind nur der neueste Beweis dafür, dass die jetzige russische Führung sich von den demokratischen Kernwerten der euroatlantischen Gemeinschaft lossagt. In der Vergangenheit hat der Westen allzu oft geschwiegen und sich bei Kritik zurückgehalten, im Glauben, dass Präsident Putins Schritte in die falsche Richtung nur temporär seien, und in der Hoffnung, dass Russland bald auf einen demokratischen und pro-westlichen Pfad zurückkehren würde. Westliche Führer haben Präsident Putin weiter umworben, trotz wachsender Belege dafür, dass sich das Land in die falsche Richtung bewegt und dass seine [Präsident Putins] Strategie zur Bekämpfung des Terrors weniger und weniger Freiheit zur Folge hat. Wir sind der festen Meinung, dass eine Diktatur nicht die Antwort auf Russlands Probleme und auf die sehr realen Bedrohungen, mit denen es konfrontiert wird, ist und nicht sein kann.

Die führenden Politiker des Westens müssen erkennen, dass unsere gegenwärtige Strategie gegenüber Russland versagt. Unsere Politik hat dabei versagt, zu dem demokratischen Russland beizutragen, das wir uns gewünscht haben, und das die Menschen dieses großen Landes verdienen, nach allem, das sie durchgemacht haben. Es ist an der Zeit zu überdenken, wie und bis zu welchem Grade wir uns mit Putins Russland auseinandersetzen; es ist an der Zeit, dass wir uns eindeutig auf die Seite der demokratischen Kräfte in Russland stellen. Zu diesem kritischen Zeitpunkt in der Geschichte, während der Westen auf demokratische Veränderung in der Welt drängt, unter anderem auch in der weiteren Region des Mittleren Ostens, ist es zwingend erforderlich, dass wir bei der Bewertung von Moskaus Benehmen nicht beide Augen zudrücken, oder einen doppelten Standard für die Demokratie in den Ländern, die östlich von Europa liegen, aufstellen. Wir müssen die Wahrheit über das, was in Russland geschieht, sagen. Wir schulden es den Opfern von Beslan und den Zehntausenden von russischen Demokraten, die noch kämpfen,

um Demokratie und Freiheit in ihrem Land zu bewahren.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Unterzeichner

Urban Ahlin, Abgeordneter, Schweden; Madeleine K. Albright, Frühere Aussenministerin, U.S.A.; Giuliano Amato, Früherer Ministerpräsident, Italien; Uzi Arad, Institute for Policy and Strategy, Israel; Timothy Garton Ash, St. Antony's College, Oxford, Grossbritannien; Anders Aslund, Carnegie Endowment for International Peace, U.S.A.; Ronald D. Asmus, The German Marshall Fund of the United States, U.S.A.; Rafael L. Bardaji, Strategic Studies Group, Spanien; Wladyslaw Bartoszewski, Früherer Aussenminister, Polen; Arnold Beichman, Hoover Institution, U.S.A.; Jeff Bergner, U.S. Senat, U.S.A.; Joseph R. Biden, Senator, U.S.A.; Carl Bildt, Früherer Ministerpräsident, Schweden; Max Boot, The Council on Foreign Relations, U.S.A.; Ellen Bork, Project for the New American Century, U.S.A.; Pascal Bruckner, Schriftsteller, Frankreich; Mark Brzezinski, McGuire Woods, LLP, U.S.A.; Reinhard Bütikofer, Vorsitzender, „Die Grünen“, Deutschland; Janusz Bugajski, Center for Strategic and International Studies, U.S.A.; Sir Michael Butler, Früherer Ständiger Vertreter bei der EU, Grossbritannien; Martin Butora, Früherer Botschafter, Slowakei; Daniele Capezzone, Italien; Per Carlsen, Institute of International Affairs, Dänemark; Gunilla Carlsson, Abgeordnete, Schweden; Ivo Daalder, Brookings Institution, U.S.A.; Massimo D'Alema, Früherer Ministerpräsident, Italien; Pavol Demes, Früherer Aussenminister, Slowakei; Larry Diamond, U.S.A.; Philip Dimitrov, Früherer Ministerpräsident, Bulgarien; Thomas Donnelly, American Enterprise Institute, U.S.A.; Nicholas Eberstadt, American Enterprise Institute, U.S.A.; Uffe Ellemann-Jensen, Früherer Aussenminister, Dänemark; Helga Flores Trejo, Heinrich Böll Foundation of North America, U.S.A.; Francis Fukuyama, U.S.A.; Jeffrey Gedmin, Aspen Institute Berlin, Deutschland; Bronislaw Geremek, Früherer Aussenminister, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Polen; Carl Gershman, National Endowment for Democracy, U.S.A.; Marc Ginsberg, U.S.A.; Andre Glucksmann, Schriftsteller, Frankreich; Phil Gordon, Brookings Institution, U.S.A.; Karl-Theodor von und zu Guttenberg, Abgeordneter, Deutschland; Istvan Gyarmati, Institute for Euro-Atlanticism and Democracy, Ungarn; Pierre Hassner, Center for International Studies and Research, Frankreich; Vaclav Havel, Früherer Präsident, Tschechien; Richard C. Holbrooke, Früherer Botschafter bei der UN, U.S.A.; Toomas Ilves, Früherer Aussenminister, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Estland; Bruce Jackson, Project on Transitional Democracies, U.S.A.; Donald Kagan, Yale University, U.S.A.; Robert Kagan, U.S.A.; Jerzy Kozminski, Früherer Botschafter bei der UN, Polen; Craig Kennedy, The German Marshall Fund of the United States, U.S.A.; Glenys Kinnock, Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Grossbritannien; Bernard Kouchner, Früherer UN Sondergesandter im Kosovo, Frankreich; Ivan Krastev, Center for Liberal Strategies, Bulgarien; William Kristol, Project for the New American Century, U.S.A.; Girts Valdis Kristovskis, Früherer Minister of Defense, Lettland; Ludger Kühnhardt, Professor, Universität Bonn, Deutschland; Mart Laar, Früherer Ministerpräsident, Estland; Vytautas Landsbergis, Früherer Präsident, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Litauen; Stephen Larrabee, RAND Corporation, U.S.A.; Mark Leonard, The Foreign Policy Center, Grossbritannien; Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Deutschland; Tod Lindberg, Policy Review, U.S.A.; Tom Malinowski, Human Rights Watch, U.S.A.; Will Marshall, Progressive Policy Institute, U.S.A.; Margarita Mathiopoulos, Professorin, Universität Potsdam, Deutschland; Clifford May, U.S.A.; John McCain, Senator, U.S.A.; Michael McFaul, U.S.A.; Matteo Mecacci, Italien; Mark Medish, Früherer Senior Director des Nationalen Sicherheitsrats, U.S.A.; Thomas O. Melia, Institute for the Study of Diplomacy, U.S.A.; Sarah E. Mendelson, U.S.A.; Michael Mertes, Dimap Consult, Deutschland; Ilir Meta, Früherer Ministerpräsident, Albanien; Adam Michnik, Gazeta Wyborcza, Polen; Richard Morningstar, Früherer Botschafter bei der EU, U.S.A.; Joshua Muravchik, American Enterprise Institute, U.S.A.; Klaus Naumann, Früherer Vorsitzender des NATO Militärausschusses, Deutschland; Dietmar Nietan, Abgeordneter, Deutschland; James O'Brien, Früherer Präsidentengesandter auf dem Balkan, U.S.A.; Janusz Onyszkiewicz, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Polen; Cem Ozdemir, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Deutschland; Can Paker, Turkish Economic and Social Studies Foundation, Türkei; Botschafter Mark Palmer, Capital Development Company, LLC, U.S.A.; Martin Peretz, U.S.A.; Friedbert Pflüger, Abgeordneter, Deutschland; Danielle Pletka, American Enterprise Institute, U.S.A.; Florentino Portero, Strategic Studies Group, Spanien; Samantha Ravich, Long Term Strategy Project, U.S.A.; Janusz Reiter, Center for International Relations, Polen; Alex Rondos, Früherer Botschafter, Griechenland; Jim Rosapepe, Früherer Botschafter in Rumänien, U.S.A.; Jacques Rupnik, Center for International Studies and Research, Frankreich; Eberhard Sandschneider, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Deutschland; Randy Scheunemann, Project for the New American Century, U.S.A.; Christian Schmidt, Abgeordneter, Deutschland; Gary Schmitt, Project for the New American Century, U.S.A.; Simon Serfaty, Center for Strategic and International Studies, U.S.A.; Stephen Sestanovich, U.S.A.; Radek Sikorski, American Enterprise Institute, U.S.A.; Stefano Silvestri, Institute for International Affairs, Italien; Martin Simecka, Editor, Slowakei; Gary Smith, American Academy in Berlin, Deutschland; Abraham Sofaer, Hoover Institution, U.S.A.; James Steinberg, The Brookings Institution, U.S.A.; Gary Titley, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Grossbritannien; Ivan Vejvoda, Fund for Open Society, Serbien; Sasha Vondra, Früherer Stellvertretender Aussenminister, Tschechien; Celeste Wallander, Center for Strategic and International Studies, U.S.A.; Ruth Wedgwood, U.S.A.; Richard Weitz, Institute for Foreign Policy Analysis, U.S.A.; Kenneth Weinstein, Hudson Institute, U.S.A.; Jennifer Windsor, Freedom House, U.S.A.; R. James Woolsey, U.S.A.

Quelle: <http://www.cdi.org/russia/johnson/8385-24.cfm> From: „Celeste Wallander“ CWallander@csis.org

Heinrich Vogel

Anmerkungen zum „Offenen Brief an die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der Europäischen Union und der NATO“ vom 28. September 2004

Der offene Brief der Politiker und Intellektuellen formuliert Notwendiges und Überfälliges: Entsetzen über den Massenmord von Beslan, Solidarität mit den Betroffenen und Kritik an der geschäftsmäßigen Reaktion des Kreml, der die Ereignisse als Anlass für weitere Schritte zum systematischen Rückbau demokratischer Elemente in der russischen Verfassung missbraucht. Zweifellos verdienen die Initiatoren Unterstützung, wo sie auf die angestrenzte Verdrängung der Realität durch die offizielle Politik des Westens hinweisen. Und dennoch verfehlt der Brief seinen Zweck aus drei Gründen:

1. Die Initiatoren folgen der Medienmeute, für die Russland längst in einer Grauzone zwischen „neuer Demokratie“ und russischer Andersartigkeit zwischengelagert ist. Um es zynisch zu formulieren: Die Zahl der Toten bestimmt den Grad öffentlicher Aufmerksamkeit, und Interesse an der politischen Entwicklung in Russland (wie auch in anderen Regionen) kann nur für die Dauer von Krisen geweckt werden. Das weiß auch die russische Führung. Die Diagnose eines autoritären Trends ihrer Innenpolitik kommt zur falschen Zeit bzw. im falschen Kontext, und die Feststellung, dass die russische Führung sich von den „demokratischen Kernwerten der euroatlantischen Gemeinschaft“ lossage, ist sogar falsch, da sich weder Jelzin noch Putin explizit zu diesen Wertvorstellungen bekannt haben. So wird es den Propagandisten der eisernen Hand in Moskau zu leicht gemacht, denn diese können den angezielten politischen Effekt der Kritik jetzt zuhause leicht mit emotionalen Rundschlägen gegen *Russia-bashing* und mangelndes Verständnis des Westens für das Ausmaß der Bedrohung neutralisieren. Beides – die Sympathieerklärungen des Westens für die Opfer wie auch die Kritik am autoritären Trend der Innenpolitik – dienen so der Selbstbestätigung des Kreml.

2. Der Brief täuscht einen Konsens über Ziele und Methoden westlicher Außenpolitik und insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus vor, den es so nicht gibt. Die überparteiliche Einmütigkeit wichtiger amerikanischer Unterzeichner des Briefes besteht nur an der Oberfläche einer Verurteilung der russischen Politik, aber allen Lesern des Offenen Briefs ist klar, dass die Visionen eines Robert Kagan (der hier ungeschminkt als Vertreter des *Project for the American Century* firmiert) von demokratischer Veränderung im *Broader Middle East* wenig gemein haben mit denen einer Madeleine Albright. Noch viel weniger genügt die Kritik an Putin als kleinster gemeinsamer Nenner, um transatlantische Divergenzen in der Frage nach einer weltweiten Strategie im Kampf gegen den Terror zu überbrücken. Zwischen Kristol und Leutheusser-Schnarrenberger liegen Welten.

3. Die von den Autoren geforderte Eliminierung von Doppelstandards müsste auch im Nah-Ost-Konflikt und mit einem glaubwürdigen Konzept der Entmilitarisierung des weltweiten Kampfs gegen den Terror erbracht werden. Solange der Kampf gegen den Terror auf die Logik der Spezialkommandos und Abstandswaffen reduziert bleibt, wird man sich weiter auf frustrierende Hinweise aus Moskau einstellen müssen: Wie steht es um die völkerrechtlichen Grundlagen der Auslieferung von Guantanamo-Gefangenen zum Verhör an Folterstaaten? Und was lässt sich schließlich einwenden, wenn der FSB nach verstärkter gesetzlicher Absicherung willkürlicher Eingriffe in die Bürgerrechte nach dem Modell des amerikanischen *Patriot Act* ruft? Warum soll Putin einen Zusammenhang zwischen seiner Tschetschenienpolitik und islamistischem Terror in Betracht ziehen, wenn Richard Perle, immerhin Mitglied des innersten Führungszirkels der amerikanischen Konservativen, die Forderung aufstellt, „to decontextualize terrorism“ – das Problem des Terrorismus unabhängig von einem Kontext zu behandeln? Russlands Innenpolitik ist gewiss Teil des Problems der weltweiten Bedrohung durch den Terrorismus. Aber in einer solchen Nachbarschaft kann Putin sein Russland auch als Teil einer Achse der Selbstgerechtigkeit reklamieren.

In dieser Perspektive ist der Offene Brief nur ein Dokument ratloser Empörung. Wirkung bei den Adressaten wird er nicht erzielen, solange energiewirtschaftliche Komplementarität und nukleare Restbedrohungen als Argument ausreichen, das Wegschauen als notwendig im Interesse einer strategischer Partnerschaft zu stilisieren. Empört sein ist leicht, die Entwicklung eines Konzepts strategischer Einflussnahme in Russland dagegen schwer. Ein Anfang wäre immerhin schon gemacht, wenn die Anstrengungen zur Bewahrung der Standards demokratischer Rechtsstaatlichkeit mit der selben Intensität betrieben würden wie der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, und dies nicht nur in Russland.

Andreas Langenohl

Putins Sicherheitspolitik und Russlands Intellektuelle

Russische Intellektuelle waren direkt und indirekt an der Entwicklung von Kernelementen der Putinschen Sicherheitspolitik beteiligt. Dieser Einfluss findet sich einmal in der Herstellung eines bestimmten gesellschaftlichen Meinungsklimas, dem „patriotischen Konsens“, zu dessen Verwirklichung Intellektuelle maßgeblich beigetragen haben. Kerngedanken dieses „Konsenses“ lassen sich in sicherheitspolitischen Dokumenten auffinden, die im Jahre 2000 unter Putin verabschiedet worden sind. Außerdem nehmen Intellektuelle beratend direkten Einfluß auf den Entwurf sicherheitspolitischer Leitlinien.

Ein Versagen der Intellektuellen?

Das Russland der Präsidentschaft Wladimir Putins gilt als „defekte Demokratie“. Zwar sind demokratische Institutionen vorhanden, doch politisches Handlungsvermögen und Einflussressourcen sind in der Hand einiger weniger Akteure konzentriert. Die Gesellschaft selbst ist kein Akteur. Als symptomatisch hierfür gilt das Versagen der russischen Intellektuellen, die den Tendenzen der Staatsautoritarisierung unter Putin und seiner Bereitschaft, Konflikte gewaltsam zu lösen – wie etwa im zweiten Tschetschenienkrieg –, praktisch keinerlei Widerstand entgegenzusetzen. Indes war die Erwartung, von Intellektuellen werde Widerstand ausgehen, von Beginn an naiv: denn russische Intellektuelle waren direkt und indirekt an der Entwicklung von Kernelementen der Putinschen Sicherheitspolitik beteiligt.

Die Ausgangslage 1999: „Patriotischer Konsens“ und Eurasismus

Als Putin im September 1999 Ministerpräsident wurde, entwickelte er zunächst sicherheits- und außenpolitischen Vorstellungen, in denen sich eine bewußte Distanz gegenüber dem Westen mit einer nahezu alarmistischen Sorge um die territoriale Integrität Russlands verband. Er tat dies in einer Situation, in der das Meinungsklima auf solche Ansichten in vielerlei Hinsicht vorbereitet war. Seit 1998 war die Medienlandschaft durch einen „patriotischen Konsens“ geprägt, der Kritik an der Regierung, am Präsidenten und sonstigen Machtinstanzen nur sehr bedingt zuließ. Dieses Klima war durch eine Reihe unterschiedlicher Faktoren erzeugt worden. Außenpolitisch hatten die NATO-Luftangriffe auf Serbien im Frühjahr 1999 zu einer Ernüchterung und zu einer tiefen Enttäuschung über das Verhalten der NATO und der USA geführt. Die Bombenattentate auf Wohnhäuser in Moskau und anderen Städten, die das Land im Frühherbst 1999 erschütterten, schufen innenpolitisch ein allgemeines Klima des Sich-Bedroht-Fühlens.

Doch es waren intellektuelle Konzeptionen und Diskussionen, die die öffentliche und politische Wahrnehmung dieser Ereignisse mitgestalteten. Denn der „patriotische Konsens“ war, inhaltlich betrachtet, in erster Linie ein „eurasischer Konsens“. Er nutzte begriffliche Kategorien aus der Eurasismus-Diskussion der 1990er Jahre. Die eurasische Konzeption, die von russischen Emigranten im Westeuropa der 1920er bis 1930er Jahre entwickelt wurde, nimmt die Existenz eines geographisch bestimmbar Gebildes namens „Eurasien“ an, das halb auf dem europäischen und halb auf dem asiatischen Kontinent angesiedelt ist. Eurasien hat danach eine einzigartige west-östliche Mischkultur hervorgebracht, den institutionellen Garanten findet es im russländischen Staat. Das Konzept hat außen- und sicherheitspolitische Konsequenzen: Erstens erscheint eine Annäherung an den Westen aus dieser Perspektive als weder erfolgversprechend noch wünschenswert, weil die kulturellen Differenzen zu gravierend sind; zweitens erhält die Integrität des eurasischen Territoriums oberste Priorität, was eine starke Staatsmacht zu ihrem Schutz unabdingbar macht.

Formulierung von Sicherheitspolitik: Die Mitwirkung der Intellektuellen

In drei unter Putin verabschiedeten, sicherheitspolitisch relevanten Dokumenten werden Kerngedanken des eurasischen Paradigmas aufgenommen. Die „Nationale Sicherheitskonzeption der Russländischen Föderation“, die erstmals im Dezember 1997 unter Jelzin verabschiedet wurde,

um dann im Januar 2000 durch den nunmehr Putinschen Sicherheitsrat zugespitzt zu werden, beschreibt Russland als ein großes Land „mit einer Jahrhunderte langen Geschichte und reichen kulturellen Traditionen“ und mit einer „einmaligen Lage auf dem eurasischen Kontinent“. Seine Position in der Welt wird als ein „Pol“ in einer „multipolaren“ internationalen Ordnung bezeichnet, eine Vorstellung, die stark an Samuel Huntingtons „*clash of civilizations*“-These erinnert, die bei Russlands Intellektuellen auf großes Interesse und verbreitete Zustimmung gestoßen ist. In der im April 2000 verabschiedeten „Militärdoktrin der Russländischen Föderation“, die die Abfassung der „Konzeption“ begleitete, wird mit einem Begriff der „Bedrohung“ gearbeitet, der nicht nur auf einen bewaffneten Angriff, sondern auf jede Gefährdung der nationalstaatlichen Interessen abstellt. Auch die „Konzeption der Außenpolitik der Russländischen Föderation“ vom Juni 2000 geht von einer Bedrohung des russländischen Staates und seines eurasischen geopolitischen Gewichts durch die Herausbildung einer unipolaren, durch die USA dominierten Welt aus.

Diese doktrinären Dokumente wurden in der intellektuellen Öffentlichkeit verhandelt, beispielsweise in der Militärzeitschrift „*Krasnaja Swesda*“. Dies gibt Intellektuellen die Möglichkeit, jenseits der Erzeugung eines bestimmten Meinungsklimas wie etwa des „patriotischen Konsenses“ direkten beratenden Einfluss auf die Formulierung sicherheitspolitisch relevanter Dokumente nehmen. Im Falle der neuen „Militärdoktrin“ war das beispielsweise u. a. der Leiter des Instituts für USA- und Kanadastudien an der Akademie der Wissenschaften, Sergej Rogov, dessen Kritik zu Modifikationen des Erstentwurfs der Doktrin führte. Aber ihr Einfluss reicht bisweilen sogar tiefer in die Sicherheitsstrukturen hinein: So gehört dem einflussreichen Sicherheitsrat beim Präsidenten der RF neben dem Premier und den Ministern der „Machtministerien“ (d.h. mit eigenen polizeilichen oder militärischen Kräften ausgestatteten Ministerien) auch der Präsident der Akademie der Wissenschaften an.

Der kulturellrelativistische Schwenk der Intellektuellen

Nur wenige Journalisten wie Anna Politkowskaja und Pawel Felgengauer setzten sich tatsächlich offen und kritisch mit Regierungspositionen und solchen des Präsidenten auseinander. In der Mehrheit nehmen Intellektuelle gern jene Sprachregelungen des politischen Zentrums wieder auf, zu denen sie diesem selbst verholten haben. Die intellektuelle Öffentlichkeit und das sicherpolitische Establishment korrespondieren über den „patriotischen“ bzw. „eurasischen Konsens“, dessen Kern eben die Befürwortung einer starken Staatlichkeit in Russland sowohl im Innenverhältnis als auch auf der Ebene internationaler Politik ist. Zur Begründung bedienen sich viele Intellektuelle mittlerweile derselben Argumentationsmuster: nur staatliche Strukturen seien in der Lage, Ordnung und Sicherheit im eurasischen Raum zu gewährleisten (da internationale Abkommen sich als wenig verlässlich erwiesen hätten). Die geografisch-kulturelle Besonderheit dieses Raums bringe es mit sich, dass westliche Vorstellungen von Staatlichkeit, gesellschaftlicher und moralischer Ordnung nur bedingt übertragbar seien.

Dieser Schwenk zu einer kulturellrelativistischen Sichtweise auf Gesellschaft hat u.a. zur Folge, dass Intellektuelle als *moralische Instanz* von der Bühne abtreten. Dies zeigt sich auch anhand eines Vergleichs der Haltung von Medien und Intellektuellen in den beiden Tschetschenienkriegen. In den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen russländischen Regierungstruppen und tschetschenischen Rebellen 1994–1996 und ab 1999 litt vor allem die Zivilbevölkerung. Nach wie vor steht der Vorwurf im Raum, daß Angehörige der föderalen Streitkräfte foltern. Während im ersten Krieg die liberal orientierten, prodemokratischen Medien die Regierungspolitik verurteilten und ihre Haltung mit dem Verweis auf allgemeinmenschlich-moralische Prinzipien motivierten, gibt es dieses Kritikmuster im zweiten Krieg praktisch nicht mehr. Dies hängt auch mit Versuchen der präsidentialen Exekutive zusammen, die Massenmedien auf Linie zu bringen, wie ein „Instruktionsbrief“ an die Medienvertreter belegt, der zwar schon aus dem Jahre 1996 stammt, aber erst im zweiten Krieg Beachtung fand. Der Grund für das Einlenken der meisten Journalisten ist in einem gewachsenen Druck auf sie zu sehen: Die Medienunternehmen sind mittlerweile von Großkonzernen dominiert, die, da sie staatliche Protektion erfahren, an einer Kritik der Exekutive nicht interessiert sind.

Präsident und Intellektuelle: Hand in Hand

Bemerkenswert ist, dass selbst dort, wo Kritik am sicherheitspolitischen Vorgehen zu erwarten gewesen wäre, diese sich erst spät bzw. überhaupt nicht regte und stattdessen die Sprachregelungen der Regierung und des Präsidenten übernommen wurden. Dies gilt etwa für die wichtigste russländische Menschenrechtsorganisation *Memorial*, die den zweiten Tschetschenienkrieg erst relativ spät als solchen bezeichnete und stattdessen zunächst die Aktion ganz auf Regierungslinie als Kampf gegen den Terrorismus bezeichnete. Symptomatisch ist auch der Fall des als liberal geltenden Reformers Anatolij Tschubajs, der dem Jabloko-Chef Grigorij Jawlinski „Verrat“ vorwarf, weil dieser sich für Verhandlungen mit der tschetschenischen Seite eingesetzt hatte.

Noch weiter geht die Buchpublikation des bekannten Wissenschaftlers Walerij Tischkow („*Die Gesellschaft im bewaffneten Konflikt: Ethnografie des Tschetschenienkrieges*“, Moskau 2001, russisch). Tischkow ist Leiter des Akademie-Instituts für Ethnologie und Anthropologie und war 1992 unter Präsident Jelzin Minister für Nationalitätenfragen der RF. Das Buch rechnet mit der Berichterstattung westlicher Journalisten über den ersten Krieg ab. Tischkow argumentiert zunächst durchaus überzeugend, dass die Massenmedien zur Verbreitung eines klischeebeladenen Bildes „der“ Tschetschenen beigetragen hätten, das dann von den Kämpfenden auch bedient worden sei. Anschließend aber klagt er westliche Kritiker Moskaus eines (so wörtlich) „moralischen Terrorismus“ an, der eine differenzierte Sichtweise auf den Konflikt verhindere. Wenn westliche Medien ihrerseits kritisieren, daß die Anschläge auf russische Wohnhäuser im September 1999 pauschal tschetschenischen Terroristen zugeschrieben wurden, verweist Tischkow darauf, dass dies nur die unmittelbare Anfangsphase der Berichterstattung betreffe und daß Putin selbst davor gewarnt habe, den Terrorismusvorwurf auf das ganze tschetschenische Volk auszudehnen. Diesen präsidentialen Vorbehalten zum Trotz übernimmt Tischkow letztendlich jedoch eben den entgrenzten Begriffs des „Terrorismus“, dessen sich Putin bedient, um die Kriegführung in Tschetschenien und allgemein seine Sicherheitspolitik zu rechtfertigen.

Resümee: Sicherheitspolitik und intellektuelle Gesellschaftskritik

Als Jegor Gajdar von Condoleezza Rice nach seiner Ansicht darüber gefragt wurde, was man tun könne, um die liberal-kritischen Demokraten in Russland zu unterstützen, antwortete er: Nichts. Zumindest im Moment stehe man auf verlorenem Posten. Diese negative Einschätzung findet ihre Begründung einmal in der Strukturveränderung des politischen Systems, die zu einer verstärkten Machtkonzentration bei Präsident und Exekutive geführt hat. Doch sie folgt auch daraus, daß gerade die, die die Möglichkeit zu Kritik hätten und die Motive, Kritik zu äußern, haben müssten, eben auf Kritik verzichten. Wenn das selbsternannte „moralische Gewissen“ Russlands, Alexander Solschenizyn, die russischen Luftschläge auf Tschetschenien mit dem Argument rechtfertigt, dass „der Terror“ im Nordkaukasus gestoppt werden müsse, drängt sich der Eindruck auf, dass die russischen Intellektuellen sich zu Komplizen des Zentrums machen, wenn es Begriffe bewußt verwischt und verzerrt. Die Idee eines starken Staates, der sich der „terroristischen“ Bedrohung zu stellen habe und nicht verraten werden dürfe, hat sich in der Legitimierung des Krieges in Tschetschenien als Grundmuster durchgesetzt. Sie wurde durch Intellektuelle an die politische Macht herangetragen und für sie operationalisiert, besonders durch die Diskussionen über die eurasische Idee.

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Dr. Margarita M. Balmaceda ist Assoziierte Professorin an der John C. Whitehead School of Diplomacy and International Relations, Seton Hall Universität und Associate am Harvard Ukrainian Research Institute und am Davis Institute for Russian and Eurasian Studies an der Universität Harvard.
- Dr. Sabine Fischer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin.
- Prof. Dr. Dale Herspring lehrt Politikwissenschaft an der Kansas State University (Manhattan, Kansas), Mitglied des Rates für Internationale Beziehungen, ehemaliger US-Diplomat und Kapitän z.S. a.D.
- Olaf Hillenbrand ist stellvertretender Leiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für Angewandte Politikforschung, München.
- Dr. Iris Kempe ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für Angewandte Politikforschung, München.
- Dr. Andreas Langenohl ist wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der Justus-Liebig-Universität Gießen im Bereich Politische Soziologie und Kulturosoziologie.
- Daniela Mussnig ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für den Donauraum und Mitteleuropa in Wien.
- Dr. Jeronim Perović ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich.
- Dr. Heiko Pleines ist Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa.
- Christoph Saurenbach war Stipendiat des Stiftungskollegs für internationale Aufgaben, das von der Robert Bosch Stiftung gefördert wird.
- Diana Schmidt promoviert am Institute of Governance, Public Policy and Social Research, Queen's University Belfast, Nordirland.

- Prof. Dr. Hans-Henning Schröder ist Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa.
- Erik R. Scott promoviert an der University of California, Berkeley.
- Jens Siegert ist Diplompolitologe und Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau, wo er vorher als Korrespondent deutscher Zeitungen tätig war.
- Dr. Heinz Timmermann ist freier Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, wohnhaft in Köln.
- Dr. Dmitri Trenin ist Stellvertretender Direktor und Senior Associate am Moskauer Carnegie Zentrum.
- Prof. Dr. Heinrich Vogel ist Mitglied des Vorstands der Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin und Associate Professor für europäische Sicherheitspolitik der Universität Amsterdam.
- Dr. Margarete Wiest ist Wissenschaftliche Assistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg.
- Dr. Andrei Zagorski lehrt am Moskauer Staatlichen Institut für Außenpolitik.

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 64 **Die Jukos-Affäre**
Russlands Energiewirtschaft und die Politik
Von Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder (Hg.)
(Zweite, aktualisierte Auflage) (*Juni 2005*)
- No. 65 **Political Corruption in Poland**
Sources of Corruption in Post-Communist Poland
By Aleksander Surdej
Clientelism in the Silesian Coal Mining Industry
By Kaja Gadowska
(*March 2005*)
- Nr. 66 **Tschetschenienkrieg und nationalistischer Diskurs in Russland**
Am Beispiel von KPRF und Jabloko
Von Jin-Sook Ju
(*April 2005*) – Druckfassung vergriffen –
- No. 67 **Participation of Civil Society in New Modes of Governance**
The Case of the New EU Member States
Part 1: The State of Civil Society
By Heiko Pleines (ed.)
(*May 2005*)
- Nr. 68 **„Stiller als Wasser, tiefer als Gras“**
Zur Migrationsgeschichte der russischen Displaced Persons
in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg
Von Anne Kuhlmann-Smirnova
(*Juli 2005*)
- No. 69 **How to explain Russia's post-Soviet Political and Economic System**
By Heiko Pleines (ed.)
(*August 2005*)
- Nr. 70 **Integration und Ausgrenzung im Osten Europas.**
Beiträge für die 13. Tagung junger Osteuropa-Experten
Veranstaltet von Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Osteuropa-Institut
der Freien Universität Berlin, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Europäische
Akademie Berlin
(*September 2005*)
- Nr. 71 **Die Mittel- und Osteuropa-Aktivitäten der Universität Bremen im Überblick**
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen,
International Office der Universität Bremen (Hg.)
(*Oktober 2005*)
- Nr. 72 **Russlands Regionen auf dem Weg nach Europa?**
Von Galina Michaleva (Hg.)
(*November 2005*)

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten
Abonnement (10 Hefte pro Jahr): 30 Euro + Portokosten

**Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de
Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen**

Vergriffene Hefte können als PDF-Datei gratis bestellt bzw. von der Website der Forschungsstelle Osteuropa (www.forschungsstelle-osteuropa.de) heruntergeladen werden.

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 21 **Isabelle de Kegel:**
Die Staatssymbolik des neuen Russland.
Traditionen - Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse
LIT-Verlag (Münster) 2006 (in Vorbereitung), 256 S., br., ISBN 3-8258-8862-2, Euro 24,90
- Bd. 20 **Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Nur ein Ölboom?
Bestimmungsfaktoren und Perspektiven der russischen Wirtschaftsentwicklung
LIT-Verlag (Münster) 2005, 304 S., br., ISBN 3-8258-8284-5, Euro 29,90
- Bd. 19 **Heiko Pleines:**
Ukrainische Seilschaften
Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004
LIT-Verlag (Münster) 2005, 208 S., br., ISBN 3-8258-8283-7, Euro 19,90
- Bd. 18 **Wolfgang Schlott:**
Polnische Prosa nach 1990
Nostalgische Rückblicke und Suche nach neuen Identifikationen
LIT-Verlag (Münster) 2004, 224 S., br., ISBN 3-8258-7916-x, Euro 19,90
- Bd. 17 **Silvia Miháliková:**
Zwischen Kreuz und Europastern
Politische Symbolik in der Slowakei
LIT-Verlag (Münster) 2004, 208 S., br., ISBN 3-8258-7623-3, Euro 24,90
- Bd. 16 **Stefanie Harter, Jörn Grävingsholt, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder:**
Geschäfte mit der Macht
Wirtschaftseliten als politische Akteure im Russland der Transformationsjahre 1992–2001
Edition Temmen (Bremen) 2003, 380 S., Hardcover, ISBN 3-86108-339-6, Euro 20,90
- Bd. 15 **Christian Meier, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Ökonomie – Kultur – Politik. Transformationsprozesse in Osteuropa
Festschrift für Hans-Hermann Höhmann
Edition Temmen (Bremen) 2003, 346 S., Hardcover, ISBN 3-86108-346-9, Euro 20,90
- Bd. 14 **Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines (Hg.):**
Wirtschaftspolitik in Osteuropa zwischen ökonomischer Kultur, Institutionenbildung und Akteursverhalten
Russland, Polen und Tschechische Republik im Vergleich
Edition Temmen (Bremen) 2003, 245 S., Hardcover, ISBN 3-86108-347-7, Euro 20,90

Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik

- Bd. 39 **Jin-Sook Ju:**
Konstituierung der Programmatik russischer Parteien
Programmatische Differenzierung als Element der Parteibildung im
post-sowjetischen Russland
LIT Verlag (Hamburg) 2005, 312 S., ISBN 3-8258-8537-2, Euro 24,90
- Bd. 38 **Isabelle de Kegel:**
**Konstruktionsversuche neuer historischer Identitäten im Russland
der Transformationszeit**
LIT Verlag (Hamburg) 2006 (in Vorbereitung), ca. 656 S., ISBN 3-8258-8201-2, Euro 44,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

RussiaWeeklyInfo

„RussiaWeeklyInfo“ ist eine wöchentliche ca. 10-seitige Zusammenstellung aktueller Nachrichten zu Russland (in englischer und deutscher Sprache). Abgedeckt werden die Themenbereiche Wirtschaft und Soziales, Innenpolitik, Medien und öffentliche Meinung.

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse. Abonnenten von „RussiaWeeklyInfo“ erhalten die Russlandanalysen automatisch.

Ukraine-Analysen

Jede Ukraine-Analyse bietet eine kurze Analyse zu einem aktuellen Thema der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Entwicklung des Landes. Ergänzt wird die Analyse mit Tabellen und Grafiken. Zusätzlich gibt es regelmäßig Kommentare und Hintergrundinformationen zu aktuellen Ereignissen sowie jeweils eine Chronik mit den wichtigsten Geschehnissen der vergangenen Wochen. Die Ukraine-Analysen erscheinen an jedem zweiten und vierten Dienstag im Monat.

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen werden in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands diskutieren. Sie richten sich an eine interessierte Öffentlichkeit in Kultur, Politik und Medien sowie im deutsch-russländischen Kooperationskontext. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Bibliographische Dienste

Die folgenden vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu mehreren osteuropäischen Ländern. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Publications on the Czech and Slovak Republics. A quarterly bibliography

Publications on Poland. A quarterly bibliography

Publications on Russia. A quarterly bibliography

Publications on Ukraine. A quarterly bibliography

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Bremer Russland-Netz

Das Bremer Russland-Netz bietet Hinweise auf Russland-bezogene Veranstaltungen und Publikationen in und aus Bremen. Gleichzeitig soll es Bremer Russland-Interessierte untereinander vernetzen.

Alle E-Mail Dienste können kostenlos abonniert werden bei

publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Dabei bitte angeben, welche der E-Mail Dienste gewünscht werden.